

Statistisch-prognostischer Bericht 1996

Daten - Analysen - Perspektiven

Wirtschafts- und Sozialentwicklung

Forschung und Entwicklung an den Hochschulen

Berufsakademien

Zur Situation an den Krankenhäusern

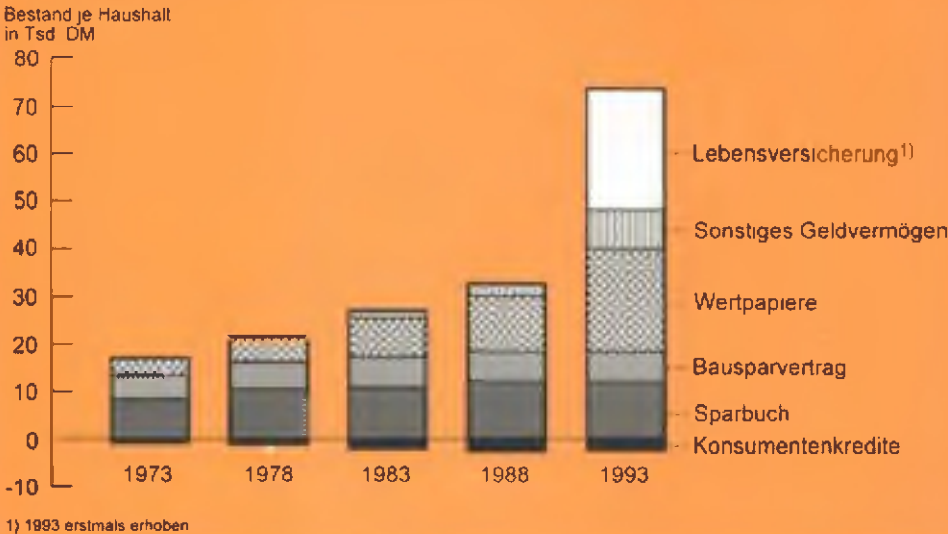
Die Auswirkungen von Währungsschwankungen auf die baden-württembergische Wirtschaft

Heft 23

Baden-Württemberg



In den Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 bis 1993
erfaßtes Geldvermögen privater Haushalte in Baden-Württemberg
Stand jeweils 31. Dezember



Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Länder seit 1985
– in konstanten Preisen –



Statistisch-prognostischer Bericht 1996

Daten – Analysen – Perspektiven

Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg
vorgelegt vom Statistischen Landesamt

Artikel-Nr. 1114 96001

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 70049 Stuttgart

Verlag und Vertrieb: Metzler-Poeschel Verlag,

Werastraße 21 - 23, 70182 Stuttgart, Telefon (0711) 21 94 - 104, Fax (0711) 21 94 - 119

Preis DM 17,40

zuzüglich Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Heute, wo es darum geht, den Wirtschaftsstandort Deutschland gerade auch im Südwesten zu sichern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Weichen dafür zu stellen, staatliches Handeln mit Blick auf die Zukunft effektiver zu gestalten, ist eine Einrichtung wie der statistisch-prognostische Bericht der Landesregierung wichtiger denn je. Nur wer mit den Fakten und Trends vertraut ist, mag erkennen, welche Veränderungen sich heute in Wirtschaft und Gesellschaft abzeichnen und welche Herausforderungen sich daraus für das politische Handeln von morgen ergeben. Interesse verdienen dabei nicht nur die spektakulären Entwicklungssprünge von Jahr zu Jahr. Häufig sind es die fast unmerklich sich vollziehenden Veränderungen, die den Wandel über mehrere Jahre hinweg nachhaltig prägen. Ihnen gilt das besondere Augenmerk.

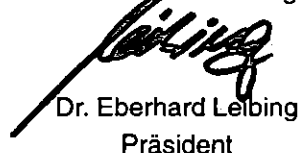
Die Aufgabe des Berichts besteht darin, durch eine kompakte Zusammenschau der Strukturen und Entwicklungen in den zentralen Feldern der Landespolitik eine verlässliche Daten- und Informationsgrundlage zu schaffen, die für die Positionsfindung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtig sind. Die Daten und Analysen des Berichts dienen der Regierung, den Ressorts und dem Landtag als Anregung und Stütze im politischen Entscheidungsprozeß. Sie dienen ebenso der Information der Kommunen, Verbände und Kammern wie auch der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die sich ein eigenes Urteil über die Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen. Die wesentliche Quelle dieser Informationen ist die amtliche Statistik. Durch ihre Objektivität, Neutralität und wissenschaftliche Unabhängigkeit bildet sie ein unverzichtbares Gegengewicht zu einseitig interessengeprägten Darstellungen.

Der Bericht beschreibt in seinem ersten Teil zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung die grundlegenden Strukturen der wichtigen Wirtschafts- und Sozialbereiche und untersucht, inwiefern die kurzfristig aufgetretenen Änderungen Ausdruck der bekannten Trends sind oder nennenswert davon abweichen. Im zweiten Teil des Berichts wird in Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen teils grundlegenden, teils aktuellen Fragestellungen nachgegangen, so dem Umfang, der Ausrichtung und Finanzierung der Hochschulforschung sowie dem Werdegang der Berufsakademien von einem Modellversuch zu einem bedeutenden und äußerst effektiven Ausbildungsangebot für Abiturienten. In weiteren Abhandlungen wird den Kosten- und Leistungsaspekten von Krankenhäusern, speziell auch angesichts einer alternden Bevölkerung nachgegangen und schließlich die Frage untersucht, inwieweit die Abwertungen der Währung wichtiger Konkurrenzländer die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nachhaltig tangiert haben.

Mit bewährter Sorgfalt und großem Einsatz haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes die verfügbaren Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert. Über Expertengespräche mit Vertretern der jeweils betroffenen Ressorts wurden die statistischen Analysen um wertvolle Hintergrund- und Zusatzinformationen ergänzt. Der statistisch-prognostische Bericht ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Politikberatung und zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

Stuttgart, im August 1996

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg



Dr. Eberhard Leibing
Präsident

Inhalt

Seite

Vorwort

3

Teil I Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1995/96

| | |
|--------------------------------|----|
| Beschäftigung und Arbeitsmarkt | 9 |
| Bevölkerung | 15 |
| Haushalte und Familien | 17 |
| Schulwesen | 20 |
| Wohnsituation | 22 |
| Gesundheitswesen | 24 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 28 |
| Bauwirtschaft | 31 |
| Einzelhandel | 33 |
| Außenhandel | 34 |
| Insolvenzen | 37 |
| Vermögen privater Haushalte | 39 |
| Preise | 42 |
| Realeinkommen | 44 |
| Öffentliche Finanzen | 45 |
| Wirtschaftliche Perspektiven | 47 |

Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

| | |
|---|----|
| Personal und Ausgaben für Forschung und Entwicklung an den Hochschulen in Baden-Württemberg | 55 |
| Die Berufsakademie – vom Modellversuch zur bundesweit anerkannten Einrichtung | 71 |
| Zur Situation der Krankenhäuser Baden-Württembergs | 81 |
| Die Auswirkungen von Währungsschwankungen seit 1990 in der EU, im Dollarraum und im Raum des japanischen Yen auf die baden- württembergische Wirtschaft | 97 |

Anhang

| | |
|------------------|-----|
| Anhangtabellen | 117 |
| Autoren | 135 |
| Zeichenerklärung | 136 |

Teil I

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1995/96

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1995/96 *

Wirtschaft und Gesellschaft Baden-Württembergs sehen sich im Jahr 1996 auf einer Reihe von Politikfeldern vor Aufgaben gestellt, für die es widerspruchsfreie Lösungen nicht gibt und nicht geben kann. Dies ist nicht neu, weil sich die grundlegenden Strukturen nur langsam verändern. Neu ist allerdings die Erkenntnis, daß wirksame Lösungen einen Eingriff in soziale Besitzstände und damit ein hohes Maß an Solidarität erfordern, während noch vor wenigen Jahren auch anspruchsvolle Neuerungen auf dem Fundus eines kräftigen Wirtschaftswachstums angegangen werden konnten.

Den Südwesten Deutschlands – gemessen an der Wirtschaftsleistung je Kopf der Bevölkerung nach wie vor unter den führenden Flächenländern – trifft dies härter als andere Bundesländer, weil es, vom Wirtschaftswachstum in den 60er Jahren verwöhnt, inzwischen auf einen Mittelplatz zurückgefallen ist. Im Zuge der Globalisierung der Weltmärkte und bei anhaltender DM-Stärke fällt es hierzulande, wo gut jeder vierte Arbeitsplatz im Verarbeitenden Gewerbe vom Export abhängt, stärker ins Gewicht, daß hohe Arbeits-einkommen auf der anderen Seite hohe Produktionskosten bedeuten und die Vermarktung von Produkten made in Baden-Württemberg zunehmend erschweren. Daß nach der deutschen Einheit und mit fortschreitender Alterung der Bevölkerung die Kosten der sozialen Sicherheit – ein wesentlicher Teil der Lohnnebenkosten – in die Höhe geschossen sind, erschwert die Suche nach schnell greifenden, praktikablen und sozial verträglichen Wegen aus dieser Krise zusätzlich. Es ist das aktuelle Grunddilemma, daß bei dem Versuch, den Anstieg der Lohnkosten nur über die Tariflöhne zu begrenzen, die Binnen-nachfrage nicht die nötigen Impulse erhält. Nach drei Jahren Schrumpfprozeß sind die realen Nettolöhne und -gehälter inzwischen auf das Niveau des Jahres 1989 gesunken und daran dürfte sich nach dem Verlauf der bisherigen Tarifverhandlungen auch im Jahr 1996 nur wenig ändern. Die reale Konsum-nachfrage – in den letzten Jahren in einer ohnehin schwachen Konjunkturlandschaft sogar noch stützend – wird trotz steuerlicher Entlastung für kinderreiche Familien und geringer Verdienende und trotz deutlich steigender Einkommen aus Vermögen voraussichtlich nur geringfügig zunehmen und könnte ihren stützenden Einfluß verlieren, wenn die privaten Haushalte ihre Sparquote nicht weiter zurückführen, sondern für zukünftige, möglicherweise noch schwere Jahre vorzusorgen beginnen.

Dies wäre in einer Zeit, in der Vertrauen in die Zukunft wichtiger ist denn je, kontraproduktiv. Umso wichtiger scheint es, daß Bund, Länder und Gemeinden angesichts hoher Verschuldung und schwächer wachsenden Steuereinnahmen auf dem notwendigen Weg zur Haushaltskonsolidierung die wichtigen Zukunftsinvestitionen nicht unterlassen. Angesichts der außenwirtschaftlichen Risiken und der zögerlichen Investitionsbereitschaft der Unternehmen gilt es, die wenigen Spielräume zur Stärkung der Binnenkonjunktur zu nutzen und der Wirtschaft des Landes Zeichen zu geben.

In erster Linie kommt es jetzt darauf an, den Prozeß der Haushaltskonsolidierung durch ein Programm zu flankieren, das einen nachhaltigen Abbau der hohen Steuer- und Abgabenbelastung verspricht. In einem ersten Schritt geht es dabei um eine deutliche Senkung der die Lohnnebenkosten aufblähenden Sozial-abgaben. Damit werden sowohl die Ertragskraft der Unternehmen als auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gestärkt. Dies schafft Raum für mehr Beschäftigung und führt über eine höhere Konsumnachfrage zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum und schafft zudem dank höherer Steuereinnahmen Raum für nachfolgende Steuersenkungen. Zu einem nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit und seiner Folgekosten, welche die öffentlichen Haushalte schon jetzt empfindlich belasten, bedarf es allerdings eines kräftigen Wirtschaftswachstums. Zwar darf man für das nächste Jahr von einer konjunkturellen Erholung ausgehen, aber es bleibt abzuwarten ob sie ausreicht, den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die im Laufe des vergangenen Jahres nachlassenden konjunkturellen Antriebskräfte und anhaltende Rationalisierungsanstrengungen ließen in Baden-Württemberg keine Spielräume für mehr Beschäftigung und eine nachhaltige Entspannung auf dem Arbeitsmarkt.

Stellenabbau hält an

Der seit Herbst 1992 zu beobachtende Abbau von Arbeitsplätzen hat sich bis ins Jahr 1995 fortgesetzt. Ende September 1995 waren knapp 3 772 000 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 0,7 % weniger als im Vorjahr. Dieser Trend hielt über

*) Redaktionsschluß: Anfang Juni 1996.

die Jahreswende hinaus an. Im Februar 1996 lag die Beschäftigung 0,8 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau und belief sich auf knapp 3 691 000 Beschäftigte. Seit dem Beschäftigungshöchststand im September 1992 hat sich das Arbeitsplatzangebot bis Ende Februar 1996 um fast 290 000 Arbeitsplätze verringert. Der Stellenabbau hat sich im vergangenen Jahr jedoch weiter abgeschwächt (1993: - 2,9 %, 1994: - 1,7 %, 1995: - 0,7 %).

Ausschlaggebend für diese Gesamtentwicklung war im wesentlichen die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Dort ging der Personalabbau von fast 5 % im Jahr 1994 binnen zwölf Monaten auf knapp 2 % – also um mehr als die Hälfte – zurück. Im September 1995 waren 1 529 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe tätig, rund 240 000 weniger als drei Jahre zuvor. Demgegenüber hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor von September 1992 bis September 1995 um 40 000 auf 1 916 000 Beschäftigte zugenommen. Der Personalzuwachs im Dienstleistungssektor konnte den Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe nur zu einem Sechstel ausgleichen. Seit 1990 tendiert der Stellenzuwachs im Dienstleistungssektor schwächer und betrug im vergangenen Jahr nur noch 0,6 %. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich die Rationalisierungsmaßnahmen nun auch stärker im Dienstleistungsbereich auswirken. Deutlich

wird dies durch die verstärkten Stelleneinsparungen beim Staat sowie am Beispiel des Kredit- und Versicherungsgewerbes, in dem der Arbeitsplatzabbau 1995 erst eingesetzt hat. Somit bildete der Stellenzugang im Dienstleistungssektor nur ein schwaches Gegengewicht zum Verlust an Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe, von dem im vergangenen Jahr nicht nur das Verarbeitende Gewerbe und die Energiewirtschaft, sondern erstmals auch das Baugewerbe betroffen war.

Seit dem Rezessionsjahr 1993 war der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsabbau in Baden-Württemberg erstmals wieder schwächer als im westlichen Bundesgebiet. Insbesondere in den Bereichen Handel und Staat fiel der Stellenabbau im Südwesten prozentual geringer aus. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung nahm die Beschäftigung sogar zu, während auf Bundesebene Stellen abgebaut wurden. Demgegenüber waren die Beschäftigungseinbußen im baden-württembergischen Baugewerbe vergleichsweise stark.

In diesem Jahr ist mit einer weiteren Verschlechterung der Beschäftigungssituation zu rechnen. Wegen der schwachen Ausgleichsfunktion des Dienstleistungssektors und der Wachstumsschwäche im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe könnten sich die Arbeitsplatzverluste sogar wieder verstärken.

Tabelle 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet am 30. September 1995

| Wirtschaftsabteilungen | Baden-Württemberg | | | Früheres Bundesgebiet | | |
|---|-------------------|---------------------------|--------------|-----------------------|---------------------------|--------------|
| | insgesamt | Veränderung gegen Vorjahr | | insgesamt | Veränderung gegen Vorjahr | |
| | 1000 | | % | 1000 | | % |
| Wirtschaftsabteilungen insgesamt | 3 771,9 | - 27,5 | - 0,7 | 22 852,5 | - 177,8 | - 0,8 |
| davon | | | | | | |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 30,6 | - 1,8 | - 5,5 | 207,3 | - 10,2 | - 4,7 |
| Energie- und Wasserversorgung, Bergbau | 35,6 | - 0,9 | - 2,3 | 388,8 | - 12,9 | - 3,2 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 1 528,8 | - 29,3 | - 1,9 | 7 551,1 | - 150,1 | - 1,9 |
| Baugewerbe | 260,8 | - 7,1 | - 2,6 | 1 628,0 | - 36,2 | - 2,2 |
| Handel | 479,8 | - 3,2 | - 0,7 | 3 269,0 | - 35,5 | - 1,1 |
| Verkehr, Nachrichtenübermittlung | 146,2 | + 0,3 | + 0,2 | 1 140,6 | - 21,9 | - 1,9 |
| Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe | 152,3 | - 2,4 | - 1,5 | 971,6 | - 13,3 | - 1,4 |
| Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt | 846,5 | + 18,2 | + 2,2 | 5 668,8 | + 126,2 | + 2,3 |
| Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte | 79,7 | + 1,8 | + 2,3 | 608,0 | + 16,0 | + 2,7 |
| Gebietskörperschaften, Sozialversicherung | 211,5 | - 3,1 | - 1,5 | 1 418,5 | - 40,0 | - 2,7 |

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit.

Hohe Arbeitslosigkeit verfestigt sich

Der Arbeitsmarkt startete denkbar schlecht in das neue Jahr. Bereits im Januar überschritt die auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote mit 8,1 % erstmals die 8 Prozentmarke. Im Februar erreichte die Zahl der Arbeitslosen ein neues Rekordniveau von 365 000 und die Arbeitslosenquote stieg auf 8,2 %. Die Frühjahrsbelegung setzte nicht zuletzt wegen des lang anhaltenden und kalten Winters erst später ein und war schwächer als in den Jahren zuvor. Von Februar bis Mai 1996 ging die Zahl der Arbeitslosen nur um knapp 23 000 auf rund 342 000 zurück, lag aber noch mehr als 8 % über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote sank lediglich von 8,2 auf 7,8 %. Im vergangenen Jahr ging die Zahl der Arbeitslosen demgegenüber vom Höchststand im Januar bis Ende Mai um fast 36 000 zurück.

Daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert, ist jedoch keineswegs eine Entwicklung, die sich auf die ersten Monate dieses Jahres beschränkt. Die konjunkturellen Entlastungswirkungen haben sich bereits im Laufe des vergangenen Jahres abgeschwächt. So nahm die Zahl der Arbeitslosen schon im zweiten Halbjahr mit immer geringerer Rate ab und lag ab November über dem entsprechenden

Vorjahresniveau. Die günstigere Entwicklung insbesondere in der ersten Jahreshälfte bestimmte jedoch das Jahresergebnis und die Arbeitslosenzahl ging gegenüber 1994 um 1,5 % zurück. Die Arbeitslosenquote blieb jedoch hoch und sank nur geringfügig von 7,5 auf 7,4 %.

Anders als in den Jahren 1993 und 1994, in denen die Zahl der Arbeitslosen hierzulande prozentual stärker zunahm als im früheren Bundesgebiet, verzeichnete der Südwesten 1995 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, während diese im früheren Bundesgebiet noch leicht anstieg. Im Mai dieses Jahres war die Arbeitslosenquote lediglich in Bayern mit 7,3 % niedriger als hierzulande.

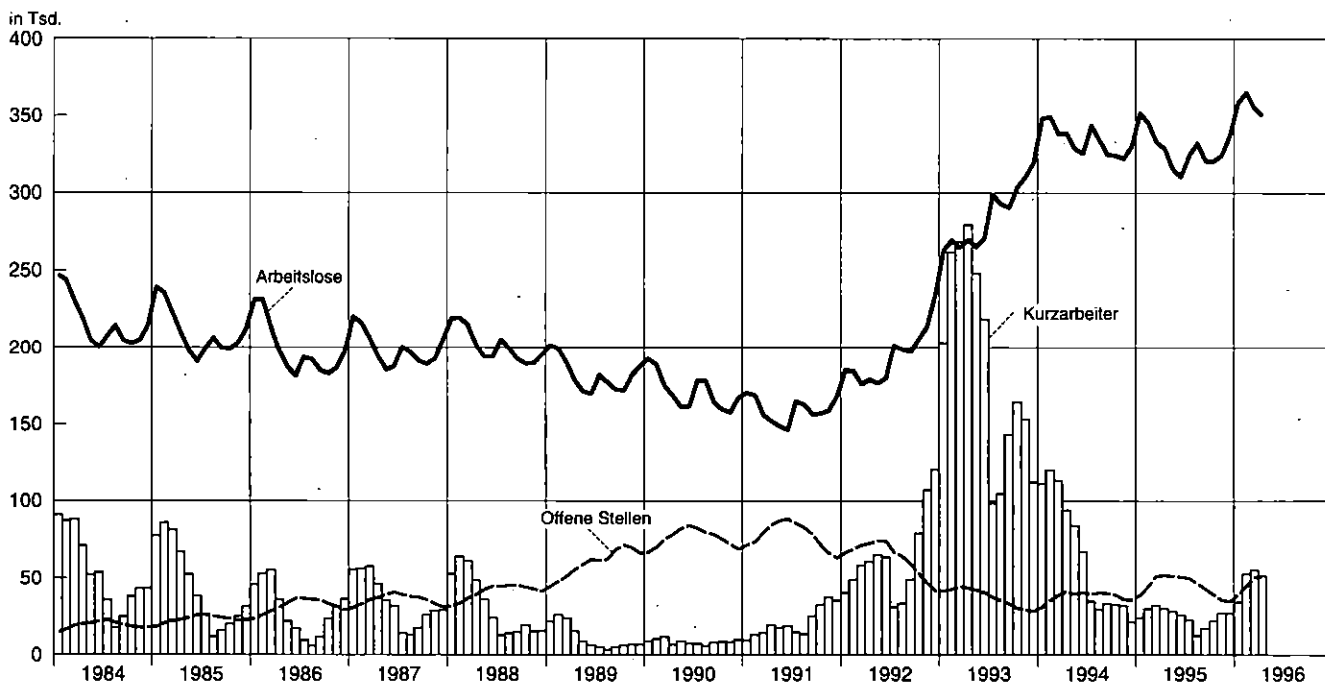
Erfolge arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr war vor allem ein Erfolg der Arbeitsmarktpolitik.¹ Im Durchschnitt des Jahres 1995 wäre ohne die ar-

1 Vgl. hierzu: "Von Aufschwung keine Spur", in: Stuttgarter Zeitung Nr. 246, S. 9, 24. Oktober 1995.

Schaubild 1

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1984



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

251 96

beitsmarktpolitischen Maßnahmen der Arbeitsämter in Baden-Württemberg die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 81 200 Personen² höher gewesen. Nach der Darstellung des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg wäre die Arbeitslosigkeit im Land im Jahr 1995 ohne Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld, § 105c-Fälle,³ Maßnahmen für Rehabilitanden, Deutschkurse für Aussiedler und Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit um knapp 25% höher ausgefallen.

Die Kurzarbeit hat sich im vergangenen Jahr deutlich verringert. Die Zahl der Kurzarbeiter lag 1995 mit durchschnittlich 25 000 um fast 40 000 unter dem Vorjahresniveau. Infolge der im Laufe des vergangenen Jahres nachlassenden konjunkturellen Dynamik schwächte sich der Rückgang der Kurzarbeit jedoch

bereits in der zweiten Jahreshälfte ab, und zu Jahresende lag die Zahl der Kurzarbeiter wieder über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Im Mai dieses Jahres wurden fast 45 000 Kurzarbeiter gezählt, 57 % mehr als im Mai des Vorjahres. Der starke Anstieg der Kurzarbeit ist auch eine Folge der ungünstigen Witterung und der neuen Schlechtwettergeld-Regelung. So hat sich die Zahl der Kurzarbeiter im Baugewerbe, dem Wirtschaftsbereich mit den meisten Kurzarbeitern, von Dezember 1995 bis Januar 1996 auf 15 000 verdoppelt und lag im Mai mit mehr als 9 000 immer noch 75 % über dem Vorjahresmonat. Aber auch in den Schlüsselindustrien des Landes hat die Kurzarbeit deutlich zugenommen. So arbeiteten im Mai dieses Jahres im Maschinenbau und in der Elektrotechnik fast dreimal so viele Arbeitnehmer kurz wie im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Straßenfahrzeugbau war die Zahl der Kurzarbeiter im Mai 40 % höher als ein Jahr zuvor.

2 Vgl.: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg: Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 02/96.

3 Hierbei handelt es sich um 58-jährige und ältere Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungsgeld bzw. Eingliederungshilfe, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Die Abhängigkeit des Arbeitsmarktes von der konjunkturellen Entwicklung zeigte sich auch in der Entwicklung der Stellenangebote. Insgesamt hat 1995 die Zahl der offenen Stellen um mehr als 18 % zugenommen, gegen Jahresende wurden die Arbeitgeber jedoch zunehmend zurückhaltender gegenüber Neu-

Tabelle 2

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1995 und 1996

| Nachweis | Einheit | 1995 | | | | 1996 | |
|---------------------------------|------------------------------|-------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|-------------------|-----------------------|
| | | Januar bis April | | Jahresdurchschnitt | | Januar bis April | |
| | | Baden-Württemberg | früheres Bundesgebiet | Baden-Württemberg | früheres Bundesgebiet | Baden-Württemberg | früheres Bundesgebiet |
| Arbeitslose | Anzahl | 339 506 | 2 659 780 | 328 298 | 2 564 906 | 357 208 | 2 875 022 |
| | Veränderung zum Vorjahr in % | - 1,2 | - 0,6 | - 1,5 | + 0,4 | + 5,2 | + 8,1 |
| Arbeitslosenquote ¹⁾ | % | 7,4 ²⁾ | 9,3 ²⁾ | 7,4 | 9,3 | 8,0 ²⁾ | 10,1 ²⁾ |
| Kurzarbeiter | Anzahl | 29 090 | 148 623 | 24 920 | 128 059 | 48 265 | 269 684 |
| | Veränderung zum Vorjahr in % | - 73,5 | - 68,2 | - 61,3 | - 53,5 | + 65,9 | + 81,5 |
| Offene Stellen | Anzahl | 46 482 | 279 897 | 44 777 | 266 503 | 46 340 | 286 120 |
| | Veränderung zum Vorjahr in % | + 26,7 | + 19,7 | + 18,4 | + 14,1 | - 0,3 | + 2,2 |

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Ende April.

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit.

einstellungen. Ende Mai dieses Jahres lag die Zahl der offenen Stellen mit gut 49 000 fast 4 % unter dem Vorjahrsmonat. Daß die Arbeitgeber die Konjunktur und den Arbeitskräftebedarf nach wie vor sehr zurückhaltend einschätzen, äußert sich auch in dem anhaltend hohen Anteil befristeter Stellenangebote. Wie schon im Vorjahr war 1995 durchschnittlich ein Viertel aller Stellen befristet, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres sogar fast ein Drittel.

Im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres haben sich alle Indikatoren des Arbeitsmarktes gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter hat wieder zu-, die der offenen Stellen abgenommen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den ersten fünf Monaten dieses Jahres spiegelt tendenziell auch die Erwartungen für das gesamte Jahr 1996 wider. Die anhaltende Wachstumsschwäche der baden-württembergischen Wirtschaft wird voraussichtlich zu einem weiteren Stellenabbau und damit zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen. Nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit wird die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland auch dann steigen, wenn das Wirtschaftswachstum höher ausfällt als derzeit angenommen.⁴

Wenig Ausbildungsstellen – viele Bewerber

Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hat sich 1995 im dritten Jahr in Folge verschlechtert. Die Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe hat im vergangenen Jahr weiter nachgelassen. Das Angebot an Ausbildungsstellen lag mit 86 000 am Ende des Berufsberatungsjahres 1994/95 fast 14 % unter dem Niveau des Vorjahres. Erschwerend kam hinzu, daß die Zahl der Bewerber um 5 % auf 81 000 zugenommen hat. Diese Entwicklung ist bereits seit 1992 zu beobachten. In der Bilanz gab es im vergangenen Jahr zwar immer noch einen Angebotsüberhang von rund 5 000 Lehrstellen, doch ist dieser binnen drei Jahren von rund 74 000 fast völlig geschrumpft. Kamen 1992 noch auf einen Bewerber zwei Stellen, betrug das Verhältnis 1995 nur noch 1:1.

Daß es für die Jugendlichen immer schwieriger wird, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden, äußert sich auch in der Zahl der noch nicht vermittelten Be-

werber, die 1995 um fast 14% auf 2 000 Jugendliche angestiegen ist. Die Verschlechterung der Lage auf dem Lehrstellenmarkt hat sich bis zum Ende des ersten Quartals 1996 fortgesetzt. Von Oktober 1995 bis März 1996 wurden 8,7 % weniger Lehrstellen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum angeboten, während die Zahl der gemeldeten Lehrstellenbewerber um 6 % zunahm. Gegenüber März 1995 haben sich die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, in allen Berufsgruppen verschlechtert. Bei der Gruppe der Waren- und Dienstleistungskaufleute war im Gegensatz zu den Vorjahren die Bewerberzahl größer als das Lehrstellenangebot, so daß in dieser bei den Jugendlichen beliebtesten Berufsgruppe die Chancen auf einen Ausbildungsplatz deutlich geringer geworden sind. Leichter hatten es dagegen die Jugendlichen, die Ernährungs-, Metall- oder Bauberufe ergreifen wollten.

Tabelle 3

Arbeitslose in Baden-Württemberg 1995

| Merkmal | Anzahl | Veränderung zum Vorjahr |
|---|----------------|----------------------------|
| | | % |
| Arbeitslose insgesamt | 328 298 | - 1,5 |
| nach Geschlecht | | |
| Frauen | 145 521 | + 0,4 |
| Männer | 182 777 | - 3,1 |
| nach Alter ¹⁾ | | |
| unter 30 Jahren | 82 062 | - 7,2 |
| 30 bis unter 55 Jahren | 164 318 | - 2,2 |
| 55 Jahre und älter | 74 223 | + 9,2 |
| nach Berufsausbildung ¹⁾ | | |
| mit abgeschlossener Berufsausbildung | 170 047 | - 1,3 |
| ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 150 556 | - 1,1 |
| nach Stellung im Beruf ¹⁾ | | |
| Arbeiter | 202 118 | - 2,7 |
| Angestellter | 118 485 | + 1,5 |
| nach Dauer der Arbeitslosigkeit ¹⁾ | | |
| unter einem Jahr | 223 664 | - 4,6 |
| Langzeitarbeitslose | 96 939 | + 7,7 |
| Ausländer | 76 645 | - 0,3 |
| Aussiedler | 19 922 | - 23,0 |
| Schwerbehinderte | 16 751 | + 3,9 |

1) Stand Ende September; Zahl der Arbeitslosen insgesamt: 320 603 (- 1,2 % gegenüber 1994).

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

⁴ Vgl.: "Auch bei günstiger Konjunkturlage droht ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit", in: Handelsblatt, 15. April 1996.

Praxisnahe Ausbildung von Vorteil

Die Engpässe auf dem Lehrstellenmarkt sind umso schwerwiegender, als sich eine arbeitsmarktorientierte Ausbildung auszahlt. Ende September 1995 lag die Zahl der Arbeitslosen um 1,2 % unter dem Vorjahresniveau. Überdurchschnittlich von diesem Rückgang profitiert hatten die Arbeitslosen mit Fachhochschulabschluß (- 4 %), gefolgt von den Arbeitslosen mit betrieblicher Ausbildung (- 1,4 %). Demgegenüber hatte die Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen um 1,2 % zugenommen.

Die nun auch im Dienstleistungssektor verstärkt einsetzenden Rationalisierungsmaßnahmen führten zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Angestellten. Gegenüber dem Vorjahr war die Zahl der arbeitslosen Angestellten im September 1995 um 1,5 % gestiegen, während die Arbeitslosigkeit bei den Arbeitern um 2,7 % abnahm. Seit Dezember 1995 steigt die Zahl der arbeitslosen Arbeiter jedoch wieder überdurchschnittlich stark an. Es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklung witterungsbedingt ist oder einen neuen Trend darstellt.

Von den Rationalisierungsmaßnahmen im Dienstleistungssektor waren im vergangenen Jahr vor allem die Frauen betroffen. Im Jahresdurchschnitt nahm die Zahl der arbeitslosen Frauen um 0,4 % leicht zu, wäh-

rend die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt vorwiegend den männlichen Stellensuchenden zugute kam (- 3,1 %). Nachdem der Anteil der Frauen unter den Arbeitslosen im Zeitraum 1990 bis 1994 zurückgegangen war, ist dieser im vergangenen Jahr wieder leicht angestiegen und betrug 1995 gut 44 % bei einem Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen von 42 %.

Nach wie vor schwer bei der Arbeitssuche hatten es schwerbehinderte und ausländische Arbeitnehmer. So ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer im vergangenen Jahr nur leicht zurückgegangen, bei den schwerbehinderten Arbeitslosen war sogar eine Zunahme von fast 4 % zu verzeichnen.

Jeder vierte Arbeitslose mindestens 55 Jahre alt

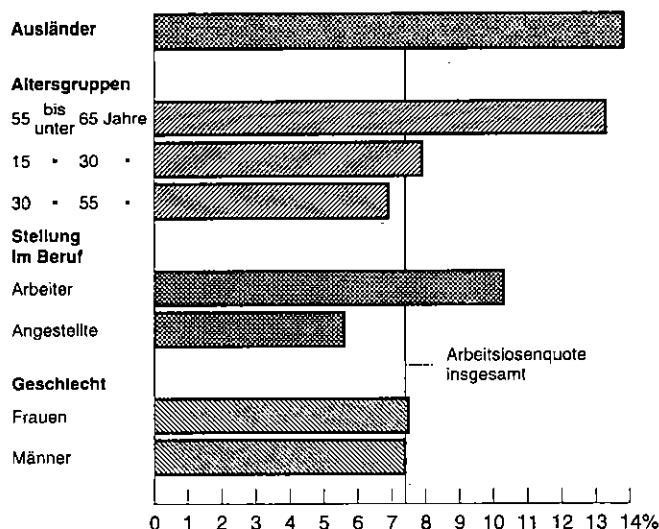
Die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die bereits länger als ein Jahr arbeitslos sind, ist im vergangenen Jahr nochmals angestiegen und lag fast 8 % über dem Vorjahresniveau. Bei der Gruppe der Personen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, betrug die Zunahme sogar 40 %. Dies zeigt, daß es mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit immer schwieriger wird, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dagegen ging die Zahl der unter einem Jahr Arbeitslosen um knapp 5 % zurück. Inzwischen ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen auf 30 % gestiegen.

Daß die Langzeitarbeitslosen so schwer auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar sind, mag auch daran liegen, daß sie zu mehr als 40 % mindestens 55 Jahre alt sind. Gerade ältere Personen wurden in den vergangenen Jahren häufig in den Vorruhestand geschickt. Ende September vergangenen Jahres war mehr als die Hälfte der Arbeitslosen, die bereits das 55. Lebensjahr vollendet hatten, länger als ein Jahr arbeitslos. Zwei Jahre zuvor lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen in dieser Altersgruppe noch bei knapp 40 %. Das Beschäftigungsproblem verschiebt sich somit zunehmend zu Lasten der Älteren. Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Arbeitslosen, die mindestens 55 Jahre alt sind, um 9 % zugenommen und beträgt derzeit fast ein Viertel aller Arbeitslosen.

Während die Entwicklung der Erwerbslosigkeit in den Jahren 1991 und 1992 noch maßgeblich durch demographische Faktoren – insbesondere durch hohe Wanderungsgewinne – bestimmt war, spielten diese seit 1993 eine immer geringere Rolle. In den letzten beiden Jahren war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit vor allem auf den Abbau von Arbeitsplätzen zurückzuführen.

Schaubild 2

Ausgewählte Arbeitslosenquoten*) in Baden-Württemberg 1995



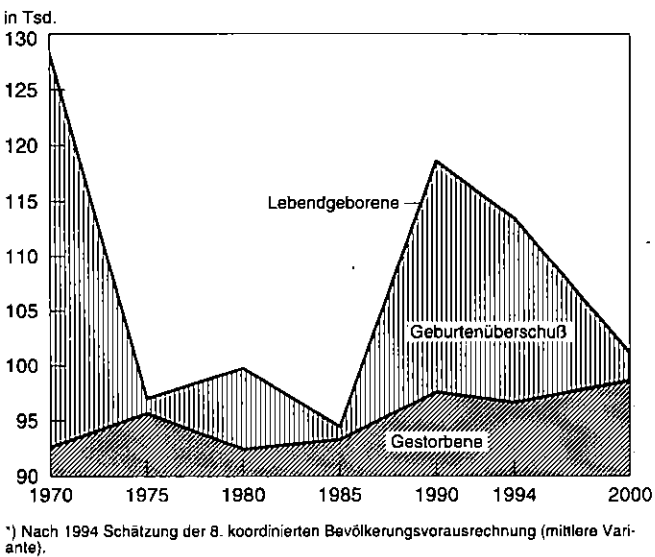
*) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Jahresdurchschnitte). Bei den Altersgruppen sind die Erwerbslosenquoten (Erwerbslose in Prozent der Erwerbstätigen) dargestellt.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Bevölkerung

Die Bevölkerung Baden-Württembergs wächst nach wie vor, gleichwohl nicht mehr wie in dem Tempo der letzten Jahre. Der Geburtenüberschuß ist weiterhin rückläufig. Gleichzeitig hat der Wanderungsgewinn deutlich abgenommen. Nachdem zum Ende des Jahres 1991 die 10 Millionen-Einwohnermarke überschritten worden war, lebten Ende 1994 knapp 10,3 Millionen Menschen im Lande. In den ersten drei Quartalen 1995 stieg die Bevölkerungszahl nochmals um 41 000 Personen. Das Bevölkerungswachstum nahm in den letzten Jahren stetig ab, und zwar von 200 000 Personen in 1990 auf 38 000 Personen in 1994. Für 1995 ist aber wieder mit einer etwas stärkeren Bevölkerungszunahme zu rechnen, die in erster Linie auf den spürbar angestiegenen Wanderungsüberschuß zurückzuführen ist.

Schaubild 3
Lebendgeborene und Gestorbene in Baden-Württemberg 1970 bis 2000*)



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 252 96

Geburtenverlust bei Deutschen

Der Geburtenüberschuß lag 1994 sichtbar unter dem Niveau der Vorjahre. Seit Beginn der 90er Jahre wurden in Baden-Württemberg jährlich um die 118 000 Kinder lebend geboren. Demgegenüber waren es 1994 nur noch gut 113 000 Kinder. Selbst der leichte Rückgang der Sterbefälle von 99 000 (1993) auf 97 000 (1994) konnte das Abnehmen des Geburtenüberschusses seit 1990 nicht aufhalten. Betrug der Geburtenüberschuß 1990 noch 21 000 und hatte damit einen seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr er-

reichten Höchststand, lag er 1994 bei knapp 17 000. Im Jahr 1995 dürfte der Überschuß der Geburten über die Sterbefälle erneut geschrumpft sein. In den ersten drei Quartalen lag die Zahl der Geburten um knapp 11 000 über der der Sterbefälle. Bei dieser Gesamtentwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg sind allerdings deutliche

Tabelle 4

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1994 und 1995

| Merkmal | 1994 | | | 1. – 3. Quartal | | | | | |
|--|-----------------------|-----------|-----------|-----------------------|-----------|-----------|-----------------------|-----------|-----------|
| | Personen insgesamt | davon | | Personen insgesamt | davon | | Personen insgesamt | davon | |
| | | Deutsche | Ausländer | | Deutsche | Ausländer | | Deutsche | Ausländer |
| | | | | | | | | | |
| Lebendgeborene | 113 398 | 94 367 | 19 031 | 84 753 | 70 670 | 14 083 | 82 971 | 69 304 | 13 667 |
| Sterbefälle | 96 638 | 94 301 | 2 337 | 71 779 | 70 112 | 1 667 | 72 306 | 70 661 | 1 645 |
| Geburtenüberschuß bzw. -verlust | 16 760 | 66 | 16 694 | 12 974 | 558 | 12 416 | 10 665 | - 1 357 | 12 022 |
| Zuzüge über die Landesgrenze | 294 264 | 133 053 | 161 211 | 216 386 | 98 215 | 118 171 | 220 898 | 101 383 | 119 515 |
| Fortzüge über die Landesgrenze | 272 981 | 126 732 | 146 249 | 202 289 | 93 733 | 108 556 | 190 229 | 90 979 | 99 250 |
| Wanderungssaldo | 21 283 | 6 321 | 14 962 | 14 097 | 4 482 | 9 615 | 30 669 | 10 404 | 20 265 |
| Ein- bzw. Ausbürgerung | – | 16 209 | – 16 209 | – | 12 287 | – 12 287 | – | 12 633 | – 12 633 |
| Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme | 38 043 | 22 596 | 15 447 | 27 071 | 17 327 | 9 744 | 41 334 | 21 680 | 19 654 |
| Bevölkerungsstand (am Jahresende bzw. am Ende 3. Quartals) | 10 272 069 | 8 944 365 | 1 327 704 | 10 261 097 | 8 939 096 | 1 322 001 | 10 313 403 | 8 966 045 | 1 347 358 |

Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen festzustellen. Zwischen 1990 und 1993 nahm die Zahl der Geburten ausländischer Kinder ständig zu und die der deutscher Kinder laufend ab. Auch 1994 wurden deutlich weniger deutsche Kinder geboren als im vorangegangenen Jahr, doch diesmal nahm ebenso die Zahl ausländischer Geburten leicht ab. 1994 waren von den insgesamt 113 000 lebendgeborenen Kindern 19 000 ausländischer und gut 94 000 deutscher Staatsangehörigkeit. Die Zahl der Todesfälle unter der ausländischen Bevölkerung stieg in den letzten Jahren von 1 700 (1990) auf 2 300 (1994). Im Gegensatz dazu schwankte in dieser Zeit die Zahl der Sterbefälle unter der deutschen Bevölkerung zwischen 94 000 und 96 000. Im Ergebnis lag 1994 der Geburtenüberschuß für die ausländische Bevölkerung bei knapp 17 000 Personen, für die deutsche Bevölkerung nahe bei Null. Auch in den ersten drei Quartalen des Jahres 1995 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Bei der ausländischen Bevölkerung betrug der Geburtenüberschuß 12 000 Personen, bei der deutschen Bevölkerung ist diesmal sogar ein Geburtenverlust zu beobachten, also mehr Sterbefälle als Geburten. Bisherige Bevölkerungsvorausrechnungen erwarten für die Zukunft insgesamt deutlich sinkende Geburtenzahlen und leicht steigende Sterbefälle, was zur Jahrhundertwende, wenn überhaupt, nur noch zu einem geringen Geburtenüberschuß führte.

Deutlicher Rückgang des Wanderungsüberschusses 1994

Die Zunahme der Bevölkerung im Jahr 1994 ergab sich aus einem Geburtenüberschuß von knapp 17 000 Personen und einem Wanderungsgewinn von 21 000 Personen. Der Wanderungsgewinn sank damit gegenüber dem Vorjahr um gut zwei Drittel. Das Wandervolumen, das 1993 erstmals seit Mitte der 80er Jahre wieder abnahm, verringerte sich dadurch noch einmal. Die abnehmende Dynamik im Wanderungsgeschehen beruhte wiederum auf einer deutlich geringeren Zahl von Zuzügen und diesmal auch auf einem leichten Rückgang der Fortzüge. Besonders zurückgegangen sind die Zuzüge, aber auch die Fortzüge von Ausländern. Während die Zuwanderungen von Deutschen nur leicht abnahmen, stieg die Zahl der Abwanderungen.

Die Abflachung des Bevölkerungswachstums war angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten. Während aber in den Rezessionen von 1974/75 und 1981/82 mehr Einwohner ab- als zuwanderten, blieb der Wanderungssaldo 1994 positiv. Dieser Gewinn beruht jedoch allein aus Wanderungsüberschüssen mit dem europäischen und außereuropäischen Ausland. Denn seit 1993 besteht ein Wanderungsdefizit mit dem übrigen Bundesgebiet. Die ho-

hen Wanderungsgewinne in 1989 und 1990 gegenüber dem Bundesgebiet, als die Anteile am gesamten Wanderungsgewinn noch 56 % und 44 % betrugen, haben sich in den folgenden Jahren kontinuierlich verringert. Ohne die zwar abnehmende, aber weiterhin positive Bilanz mit den neuen Ländern wäre das Wanderungsdefizit mit dem übrigen Bundesgebiet schon wesentlich früher eingetreten. Diese Entwicklung hat sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 1995 fortgesetzt.

Die Wanderungsgewinne Baden-Württembergs gegenüber dem europäischen Ausland, zu dem auch die Türkei und der europäische Teil der früheren Sowjetunion zählen, hatten zwischen 1989 und 1992 erheblich an Bedeutung für die gesamte Wanderungsbilanz des Landes gewonnen. Ihr Anteil am Gesamtwanderungsüberschuß hatte sich in diesem Zeitraum von knapp 39 % auf rund 75 % fast verdoppelt. Im Jahre 1994 sank er wieder auf 62 %. Der Wanderungsgewinn mit dem außereuropäischen Ausland hatte zu Beginn der 90er Jahre erst einen Anteil am Gesamtüberschuß von gut 5 %. Die in den folgenden Jahren sprunghaft angestiegenen Zuwanderungen aus heute selbständigen, in Asien liegenden Ländern der früheren Sowjetunion führten allerdings dazu, daß deren Gewicht deutlich zunahm. Obwohl 1994 im Vergleich zum Vorjahr die Zuwanderung aus dem außereuropäischen Ausland sich halbierte, stieg ihr relatives Gewicht am insgesamt deutlich kleineren Wanderungsüberschuß auf 76 %.

Verstärkter Staatsangehörigkeitswechsel hält Ausländeranteil konstant bei 13 %

Der Zugang der Aussiedler hat sich 1995 um 5,5 % gegenüber 1994 verringert. Ebenso ist der Zugang der Asylbewerber um 2,0 % zurückgegangen. Nachdem 1992 so viele Asylbewerber registriert worden waren wie noch nie zuvor, hielt damit auch 1995 die Wirkung des novellierten Asylverfahrensgesetzes an. 1995 wurden knapp 13 000 Asylbewerber aufgenommen. Im ersten Quartal des Jahres 1996 erhöhte sich allerdings leicht der Zugang der Asylbewerber im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 1995.

Das Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg beruht nach diesen Ergebnissen fast ausschließlich auf Wanderungsgewinnen mit dem Ausland und auf einem Geburtenüberschuß der Ausländer in Baden-Württemberg. Der größere Teil der Bevölkerungszunahme 1994 entfiel allerdings auf die deutsche Bevölkerung, bedingt durch die hohe Zahl der Staatsangehörigkeitswechsel. In Baden-Württemberg nahm zum ersten Mal 1994 die Zahl der Deutschen in erster

Tabelle 5

**Zugänge an Aussiedlern und Asylbewerbern
in Baden-Württemberg 1995 und 1996**

| Jahr/ Zeitraum | Aussiedler | | Asylbewerber | |
|-----------------|------------|------------------------------------|--------------|------------------------------------|
| | Anzahl | Veränderung zum Vorjahr in % | Anzahl | Veränderung zum Vorjahr in % |
| 1995 | | | | |
| 1. Quartal | 6 002 | - 4,2 | 3 007 | - 9,9 |
| 2. Quartal | 6 114 | - 7,2 | 2 560 | - 7,8 |
| 3. Quartal | 6 899 | + 7,9 | 3 545 | + 10,7 |
| 4. Quartal | 7 440 | - 14,9 | 3 813 | - 1,5 |
| Jahr | 26 455 | - 5,5 | 12 927 | - 2,0 |
| 1996 1. Quartal | 5 234 | - 12,8 | 3 046 | + 1,3 |

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg.

Linie aufgrund der rund 16 200 Fälle zu, in denen vorher nichtdeutsche Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Obwohl auch in den ersten drei Quartalen 1995 die Zahl ausländischer Einwohner nochmals um 20 000 Personen auf fast 1,35 Millionen stieg, blieb besonders infolge der Staatsangehörigkeitswechsel der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung mit 13,1 % nahezu konstant. Rund 20 % der Ausländer kamen aus EU-Mitgliedsstaaten. Von den Nicht-EU-Angehörigen waren die Türkei mit einem Anteil von insgesamt etwa 8 % und das ehemalige Jugoslawien mit 19 % häufigste Herkunftsgebiete der 1994 nach Baden-Württemberg gezogenen Ausländer.

**Bevölkerungsrückgang erst auf längere
Sicht – Anstieg der älteren Bevölkerung**

Die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnungen des Statistischen Landesamtes zeigen bis in das erste Jahrzehnt des kommenden Jahrhunderts einen Anstieg der Bevölkerungszahl von 10,4 im Jahr 1995 auf 10,9 Millionen im Jahr 2010. Im weiteren Verlauf ist ein allmählicher, nach 2020 sogar ein deutlicher Bevölkerungsrückgang zu erwarten. Einschneidendere Wirkung als die Entwicklung der Bevölkerungszahl wird sich aus dem fortschreitenden Anstieg der älteren Bevölkerung ergeben. Bereits mittelfristig ist mit einem wachsenden Anteil der älteren Bevölkerung über 60 Jahre von 20 % (1995) auf 24 % (2010) zu rechnen, während der Anteil der Jugendlichen unter 20 Jahre von 22 % (1995) auf 20 % (2010) sinken wird. Für die Altersgruppe der 20 bis unter 60jährigen, aus der sich das eigentliche Er-

werbspersonenangebot bildet, ist für diesen Zeitraum mit einem Rückgang von 58 % auf etwa 56 % zu rechnen. Selbst größere Zuwanderungen dürften dieses demographische Altern der Gesellschaft allenfalls zeitlich etwas hinausschieben, mitunter etwas abschwächen, diesen Prozeß stoppen können sie jedoch nicht. Aus diesen Veränderungen ergeben sich damit große Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Haushalte und Familien

Die Zahl der Privathaushalte in Baden-Württemberg erhöhte sich zwischen 1972 und 1995 von 3,4 auf 4,7 Millionen um fast 40 %. Diese Zunahme beruhte wesentlich auf einer Erhöhung der Einpersonenhaushalte, deren Zahl um über 90 % auf knapp 1,8 Millionen anstieg. Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte erhöhte sich dagegen nur um 20 %. Der ungebrochene Trend zu kleineren Haushalten führte dazu, daß der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten von 27 % im Jahre 1972 auf 37 % in 1995 anstieg. Der hohe Anstieg macht sich besonders in städtischen Ballungsgebieten bemerkbar, wo bereits jeder zweite Haushalt ein Einpersonenhaushalt ist. Der Anteil der Bevölkerung, der allein lebt, erhöhte sich demgemäß von 10 % auf etwa 17 %. Mit dem Hinweis auf den Trend zur singulären Haushaltsführung soll jedoch nicht verdeckt werden, daß 83 % der Bevölkerung auch heute in Gemeinschaft mit anderen leben.

Vorausrechnungen der Zahl der Privathaushalte weisen darauf hin, daß die Zahl der Haushalte weiter wachsen dürfte. Die künftige Entwicklung scheint dabei durch einen leichten Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte geprägt zu sein, während bei den Haushalten mit drei und mehr Personen eine weiter rückläufige Entwicklung zu erwarten sein dürfte. Im Ergebnis ist vorstellbar, daß um 2010 knapp 40 % aller deutschen Haushalte Einpersonenhaushalte sind, ein knappes Drittel Zweipersonenhaushalte. Der Anteil der Dreipersonenhaushalte könnte von 15 % auf 14 % sinken, der Anteil der Vierpersonenhaushalte von 13 % auf 12 % und der mit fünf oder mehr Personen von 5 % auf 4 % fallen.

Kaum noch Mehrgenerationenhaushalte

In Eingenerationenhaushalten, Haushalten beispielsweise von Ehepaaren ohne Kinder, wobei diese Ehepaare sowohl zeitlebens kinderlos sein können, sich in der vorelterlichen Phase befinden oder die Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben können, lebten

Tabelle 6

Privathaushalte und Haushaltsmitglieder in Baden-Württemberg 1972 und 1995 nach Haushaltstyp

| Haushaltstyp | 1972 | | 1995 | | Veränderung der Zahl der Haushalte 1995 gegen 1972 |
|---|-----------|--------------------------|-----------|--------------------------|--|
| | Haushalte | Haushalts- mitglieder | Haushalte | Haushalts- mitglieder | |
| | 1000 | | | | |
| | | | | | % |
| Einpersonenhaushalte | 906,2 | 906,2 | 1 750,4 | 1 750,4 | + 93,2 |
| Mehrpersonenhaushalte | 2 463,3 | 8 169,0 | 2 951,3 | 8 624,8 | + 19,8 |
| Familienhaushalt mit | | | | | |
| 1 Generation ¹⁾ | 769,1 | 1 657,5 | 1 075,8 | 2 158,5 | + 39,9 |
| 2 Generationen ²⁾ | 1 551,4 | 5 917,0 | 1 661,2 | 5 942,8 | + 7,1 |
| 3 und mehr Generationen ²⁾ | 89,6 | 476,6 | 23,0 | 109,4 | - 74,3 |
| Sonstige Haushalte mit | | | | | |
| nicht geradlinig Verwandten ³⁾ | 34,6 | 75,2 | 24,8 | 53,2 | - 28,3 |
| nicht verwandten Personen | 16,5 | 35,1 | 165,4 | 356,7 | + 902,4 |
| Insgesamt | 3 369,6 | 9 075,5 | 4 701,7 | 10 375,2 | + 39,5 |

1) Ehepaare ohne Kinder; einschließlich nicht geradlinig verwandter und/oder nicht verwandter Personen. – 2) Ehepaare sowie Alleinerziehende mit Kindern und/oder Enkeln; einschließlich nicht geradlinig verwandter und/oder nicht verwandter Personen. – 3) Einschließlich weiterer nicht verwandter Personen.

1995 rund 21 % der Bevölkerung von Baden-Württemberg. Der Anteil der Eingenerationenhaushalte an allen Haushalten hat sich seit 1972 kaum verändert: er blieb mit 23 % nahezu gleich. Der Anteil der Zweigenerationenhaushalte, die meist aus Ehepaaren oder Alleinerziehenden mit Kindern bestehen, reduzierte sich deutlich von 46 % auf 35 %. In 1995 lebten noch 57 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg in Zweigenerationenhaushalten. Dies zeigt, daß noch immer die Mehrheit der Bevölkerung mit Kindern in Zweigenerationenhaushalten zusammenlebt, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Haushalte in denen drei Generationen zusammenwohnen, haben stark an Bedeutung verloren. Ihr Anteil an allen Privathaushalten verringerte sich von knapp 3 % auf deutlich weniger als 1 %. Im Jahr 1995 lebten noch 109 400 Personen in Haushalten, die mindestens aus Eltern-, Kindern- und Großelterngenerationen bestehen. Ursachen dieser Entwicklung liegen in den reduzierten Kinderzahlen in den Familien, der somit verkürzten Familienphase und vor allem im Wunsch der jüngeren wie auch älteren Generation, einen eigenen Haushalt zu führen. Neben diesen persönlichen und familialen Gründen sind allerdings auch ökonomische Ursachen zu nennen. Hierzu gehören die zunehmende Notwendigkeit der Mobilität hinsichtlich Ausbildung und Beruf, aber ebenso die Möglichkeit, einen eigenen Haushalt auch ökonomisch sich leisten zu können.

Aufgrund dieser Ursachen wird auch für die Zukunft mit einer weiterhin abnehmenden Bedeutung dieser Haushaltsform zu rechnen sein. Eine immer größere quantitative Bedeutung erfahren dagegen Haushalte mit nicht verwandten Personen, bei denen es sich vor allem um nichteheliche Lebensgemeinschaften oder um Wohngemeinschaften handeln dürfte. Ihr Anteil an allen Haushalten stieg von weniger als 1 % (1972) auf knapp 4 % (1995) mit wachsender Tendenz. Hier zeigt sich ein neues Verhalten in der Form des häuslichen Zusammenlebens.

Weniger Ehepaare mit Kindern

Durch den Wandel der Familie in den letzten beiden Jahrzehnten haben neben der ehebezogenen Familie mit Kindern andere private Lebensformen an Bedeutung gewonnen. Dies zeigt sich in der amtlichen Statistik durch die rückläufige Zahl der Ehepaare mit Kindern, die steigende Zahl kinderloser Ehepaare, die Zunahme von Alleinerziehenden und Alleinlebenden sowie den Anstieg bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Die Zahl der Ehepaare erhöhte sich in den letzten 20 Jahren in Baden-Württemberg von 2,3

Millionen auf 2,5 Millionen. Dieser Anstieg beruhte auf einer höheren Zahl kinderloser Ehepaare, deren Anteil an allen Ehepaaren von 34 % im Jahr 1975 auf 44 % in 1995 stieg. Die Zahl der Ehepaare mit minderjährigen Kindern verringerte sich gleichzeitig um fast 240 000. Vor allem kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern werden mit der Zeit zur Minderheit in Baden-Württemberg. 1975 hatten 22 % aller Familien drei und mehr Kinder, 1995 waren es nur noch 15 %. Bezogen auf die Zahl der Kinder bedeutete dies, daß 1995 am Stichtag der Datenerhebung 27 % aller minderjährigen Kinder mit zwei oder mehr Geschwistern zusammen lebten, während es 1975 noch 40 % waren.⁵

5 Da es sich hier um eine Momentaufnahme der Bevölkerung handelt, in der nur die familiäre Situation an einem Stichtag festgehalten wird, ist aus dieser Zahl nicht zu schließen, daß insgesamt nur 27 % der Kinder mit zwei oder mehr Geschwister aufwachsen. Ein Teil der hier beobachteten Kinder bekommt noch Geschwister, ein anderer Teil hat Geschwister, die das Elternhaus bereits verlassen haben.

Mehr Alleinerziehende

In den letzten 20 Jahren ist ein langsamer, aber stetiger Anstieg der absoluten Zahl Alleinerziehender zu beobachten. Ebenso erhöhte sich auch der relative Anteil Alleinerziehender an allen Familien mit minderjährigen Kindern. In 1995 waren 14 % aller Familien mit minderjährigen Kindern Alleinerziehende. Alleinerziehende sind in der Regel Frauen. Nur 16 % aller Alleinerziehenden waren 1995 Männer. An dieser Relation hat sich seit 1975 nichts geändert. Allerdings weisen heute die meisten alleinerziehenden Mütter einen anderen Familienstand auf als vor 25 Jahren. Während früher Witwen die Mehrheit stellten, kam es in den 70er Jahren zu einem deutlichen Anstieg geschiedener und getrenntlebender Mütter und in den 80er Jahren zu einem sehr deutlichen Anstieg bei den ledigen Müttern. Der Anteil geschiedener Mütter (45 %) und getrenntlebender Mütter (15 %) an allen alleinerziehenden Müttern mit minderjährigen Kindern hat sich in den 80er Jahren stabilisiert. Knapp ein Drittel aller alleinerziehenden Mütter waren 1995 ledige Mütter, mit weiter steigender Tendenz.

Tabelle 7

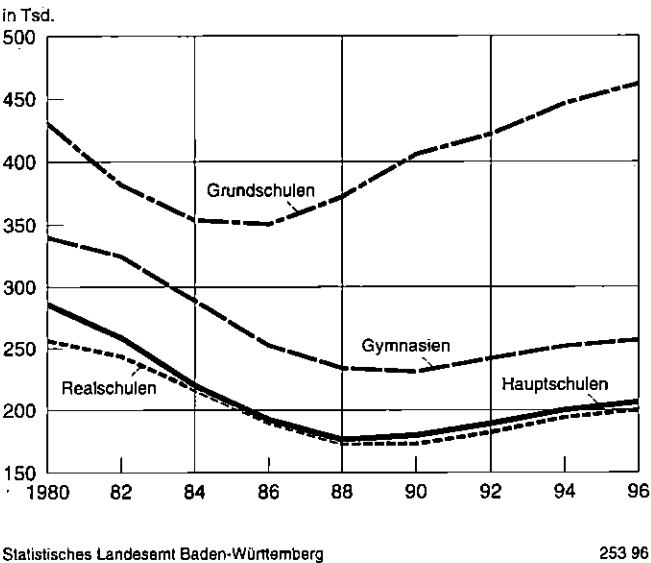
Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1995 nach der Anzahl der Kinder

| Familientyp | 1975 | 1982 | 1992 | 1994 | 1995 |
|--|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 1000 | | | | |
| Zusammenlebende Ehepaare | | | | | |
| Zusammenlebende Ehepaare | 2 258,8 | 2 250,2 | 2 418,2 | 2 468,3 | 2 472,9 |
| darunter | | | | | |
| ohne Kinder | 757,4 | 819,4 | 975,6 | 1 049,5 | 1 081,8 |
| mit Kindern unter 18 Jahren | 1 255,6 | 1 140,1 | 1 013,9 | 1 014,1 | 1 017,6 |
| 1 Kind | 508,0 | 543,9 | 455,8 | 438,5 | 436,6 |
| 2 Kinder | 466,2 | 434,8 | 412,2 | 427,6 | 426,0 |
| 3 Kinder oder mehr | 281,4 | 161,4 | 146,0 | 148,0 | 155,0 |
| Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt | 2 427,4 | 1 953,5 | 1 758,0 | 1 779,5 | 1 803,4 |
| Durchschnittliche Kinderzahl | 1,93 | 1,71 | 1,73 | 1,75 | 1,77 |
| Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren | | | | | |
| Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren | 96,4 | 124,5 | 143,4 | 159,4 | 170,2 |
| 1 Kind | 55,6 | 83,0 | 100,3 | 110,4 | 115,7 |
| 2 Kinder | 23,2 | 28,6 | 35,0 | 40,1 | 44,8 |
| 3 Kinder oder mehr | 12,6 | 7,4 | 8,0 | 8,9 | 9,7 |
| Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt | 159,0 | 178,2 | 197,0 | 220,8 | 236,7 |
| Durchschnittliche Kinderzahl | 1,65 | 1,43 | 1,37 | 1,39 | 1,39 |
| Alleinerziehende Männer | 14,6 | 17,3 | 16,3 | 20,7 | 27,4 |
| Alleinerziehende Frauen | 81,8 | 107,2 | 127,0 | 138,7 | 142,8 |

Schulwesen

Gegenwärtig werden 1,1 Millionen Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg unterrichtet. Damit hat sich die Zahl der Schüler gegenüber dem Schuljahr 1994/95 um 31'889 erhöht. Der Anstieg der Schülerzahlen um insgesamt 2,9 % gegenüber dem Vorjahr erstreckte sich über alle Schularten, und zwar mit 3,4 % besonders ausgeprägt an den Grundschulen. Auch die Realschulen (+3,0 %) und Hauptschulen (+3,2 %) hatten einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Die Schülerzahlen an Sonderschulen wuchsen um 2,2 %, die an Gymnasien um 2,0 %. Mit dieser Entwicklung wurden im Schuljahr 1995/96 rund 40 % aller Schüler an Grundschulen, 18 % an Hauptschulen, knapp 4 % an Sonderschulen, 17 % an Realschulen und knapp 21 % an Gymnasien unterrichtet.

Schaubild 4
Schüler an allgemeinbildenden Schulen
in Baden-Württemberg seit 1980



Anstieg der Schülerzahlen demographisch bedingt

Anders als die Bevölkerung hängt die Größe der Schülerjahrgänge wesentlich von der natürlichen Bevölkerungsbewegung ab. Bedeutend ist in diesem Zusammenhang, daß nach dem historischen Geburten-tief der Jahre 1975 bis 1985, als jährlich um 95 000 Kinder geboren wurden, die Geburten wieder ange-stiegen sind, und zwar auf knapp 120 000 im Jahr 1990. Wegen der Trendumkehr im Verlauf der abso-luten Geburtenzahl liegt die Zahl der schulpflichtigen Kinder von 6 bis unter 15 Jahren derzeit um fast 20 % über dem Niveau der Volkszählung 1987, während umgekehrt die Zahl der Berufsschulpflichtigen fast 20 % darunter liegt. Dementsprechend hat die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen ihre Tal-sohle vom Herbst 1988 längst verlassen und wächst mit beträchtlichen Zuwachsraten, zuletzt um 2,9 %.

Auf der anderen Seite verloren die Berufsschulen, an denen sich noch die geburtenschwachen Jahrgänge befinden, im letzten Jahr demographisch bedingt 2,2 % ihrer Schüler. Der Rückgang der beruflichen Schulen hielt sich insgesamt noch in Grenzen, denn Fachschulen, in den letzten Jahren auch Berufs-fachschulen und berufliche Gymnasien stagnierten. Bei fast 357 000 Schülern dürfte die Schülerzahl der beruflichen Schulen ihren demographisch vorgezeich-neten Tiefststand im wesentlichen erreicht haben und im nächsten Jahr nur noch geringfügig abnehmen.

Allerdings ist zu bedenken, daß bei der Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen auch ar-beitsmarktbedingte Faktoren eine Rolle spielen. So fiel der Rückgang der Schülerzahlen an den weniger

Tabelle 8
Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 1991/92

| Schulart | 1991/92 | 1992/93 | 1993/94 | 1994/95 | 1995/96 |
|--|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Öffentliche allgemeinbildende Schulen insgesamt | 1 015 404 | 1 042 185 | 1 070 259 | 1 098 396 | 1 130 285 |
| darunter | | | | | |
| Grundschulen | 408 741 | 417 704 | 427 750 | 441 471 | 456 628 |
| Hauptschulen | 181 244 | 186 472 | 192 278 | 197 502 | 203 899 |
| Sonderschulen | 35 926 | 37 230 | 38 182 | 38 797 | 39 641 |
| Realschulen | 169 349 | 175 161 | 181 149 | 186 225 | 191 833 |
| Gymnasien | 214 756 | 220 533 | 225 802 | 229 311 | 233 806 |

ressourcenintensiven Berufsschulen im Schuljahr 95/96 stärker als nach der aktuellen Vorausschätzung erwartet aus. Andererseits besuchen mehr Schüler berufliche Vollzeitschulen als vorausgeschätzt. Ein Grund für diese Entwicklung dürfte der anhaltende Rückgang von Ausbildungsplätzen in einigen Berufsfeldern sein, wie beispielsweise Elektro- und Metalltechnik oder Wirtschaft und Verwaltung. Junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden, weichen daher gegenwärtig verstärkt auf Alternativen im vollzeitschulischen Bereich aus. So besuchten 1995/1996 rund 10 300 Schüler das Berufsvorbereitungsjahr. Relativ stabil zeigen sich seit einigen Jahren die Schülerzahlen an den Schulen für Berufe des Gesundheitswesens. Etwa 14 300 Schüler und Schülerinnen werden dort unterrichtet. An allgemeinbildenden Schulen dominieren in erster Linie demographische Faktoren, weshalb es sicher ist, daß sie sich auch in den kommenden Jahren auf steigende Schülerzahlen einzustellen haben. Heutige Bildungsgänge und Schülerverläufe vorausgesetzt, dürfte sich der heutige Zwischenstand von 1,1 Millionen bis zum Schuljahr 2004/5 um 20 % erhöhen. Entsprechend der Ausbildungsdauer wird die Schülerzahl an Grundschulen bis 1998 um ca. 40 000, an Hauptschulen und Realschulen bis 2004 um ca. 100 000 und an den Gymnasien bis 2006 um ca. 70 000 zunehmen. Derzeit wächst die Schülerzahl an Grund-, Haupt- und an Realschulen jährlich jeweils in der Größenordnung von etwa 3 %, die Schülerzahl an Sonderschulen und Gymnasien jeweils um 2 %.

Mehr Schüler pro Klasse – ältere Lehrer

Da der Ausbau des Lehrkörpers mit dem Anstieg der Schülerzahlen nicht ganz Schritt gehalten hat, sind in den letzten Jahren wieder leicht größere Klassen zu beobachten. Vor allem für Realschüler konnte der Standard der 80er Jahre nicht gehalten werden. Im laufenden Schuljahr werden dort im Durchschnitt 25,9 Schüler je Klasse unterrichtet, 1,9 % mehr als noch vor 5 Jahren. In Gymnasien liegt die Klassenstärke zur Zeit bei 25,6 (1990: 24,8) Schüler, in Grundschulen bei 22,4 (1990: 21,9), in Hauptschulen bei 20,9 (1990: 20,1) Schüler.

Für die Unterrichtssituation spielen neben der Klassengröße auch andere Faktoren, wie die Anwesenheit ausländischer Mitschüler oder die Altersstruktur des Lehrkörpers eine Rolle. Wegen des Nachwachsens stärkerer deutscher Geburtenjahrgänge hat sich der Anteil ausländischer Schüler in den beiden letzten Schuljahren nicht mehr erhöht. Während ausländische Schüler in Realschulen und Gymnasien quantitativ und auch von ihrer sprachlichen und kulturellen Herkunft her keine nennenswerte Besonderheit darstellen, prägen sie in Haupt- und Sonderschulen doch

Tabelle 9

Übergänge aus Grundschulen^{*)} in Baden-Württemberg auf weiterführende Schulen seit 1983

| Jahr | Schüler in Klassenstufe 4 nach Abschluß der Aufnahmeprüfung | Davon Übergänge auf | | | |
|------|---|---------------------|------------|-----------|------------------------|
| | | Hauptschule | Realschule | Gymnasium | Sonstige ¹⁾ |
| | Anzahl | % | | | |
| 1983 | 98 910 | 42,6 | 26,7 | 27,2 | 3,4 |
| 1985 | 88 329 | 40,3 | 28,1 | 28,6 | 2,9 |
| 1990 | 91 881 | 36,5 | 27,9 | 32,1 | 3,2 |
| 1992 | 100 938 | 35,8 | 29,0 | 32,3 | 3,0 |
| 1993 | 102 854 | 36,3 | 28,8 | 31,9 | 3,0 |
| 1994 | 101 663 | 37,1 | 29,5 | 31,4 | 2,0 |
| 1995 | 102 875 | 37,0 | 29,8 | 31,5 | 1,8 |

*) Öffentliche und private Schulen. – 1) Sonstige Schularten, Wiederholer, ohne Grundschulempfehlung.

stärker die Zusammensetzung der Schülerschaft. Im Landesdurchschnitt hat gut jeder vierte Schüler dieser Schularten ausländische Eltern, in Ballungsgebieten sind ausländische Kinder in diesen Schularten häufig in der Überzahl.

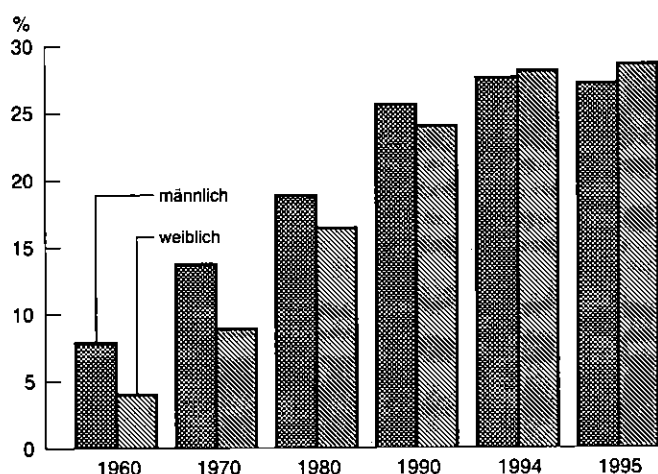
Die Bildungsexpansion der 70er Jahre, die wegen des damals rasch wachsenden Schülerbergs und der parallel dazu vorangetriebenen Qualifizierungsoffensive zu zahlreichen Einstellungen junger Lehrkräfte geführt hat, macht sich nun, wo die Schülerzahlen gesunken sind und der Ersatzbedarf an Lehrern noch niedrig ist, in einer Alterung der Lehrerschaft bemerkbar. Derzeit ist bereits fast jeder zweite Lehrer 40 bis 50 Jahre alt, womit diese Altersgruppe doppelt so stark vertreten ist wie jüngere Lehrer unter 40 Jahren. Unter der Annahme, daß der bevorstehende Zuwachs an Schülern entsprechend auch zu Neueinstellungen führt und ältere Lehrer den Schuldienst nicht früher quittieren als bisher, werden nach der Jahrhundertwende rund 40 % der Lehrer über 50 Jahre alt sein und nahezu die Hälfte davon nur wenige Jahre vor der Pension stehen. Dabei ist berücksichtigt, daß Lehrer häufiger als andere Berufsgruppen das Pensionsalter nicht erreichen und vorzeitig in den Ruhestand treten.

Kaum veränderte Übergangsquoten

Die Übergangsquoten aus Grundschulen in weiterführende Schulen haben sich 1995 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Übergangsquote auf die Hauptschule bleibt mit ca. 37 % gegenüber 37,1 % im Vorjahr relativ stabil. Erneut leicht erhöht hat sich die Übergangsquote auf die Realschule. Sie lag 1995 bei

Schaubild 5

Abiturienten eines Geburtsjahrganges in Baden-Württemberg seit 1960 nach Geschlecht



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

254 96

29,8 % (Vorjahr 29,5 %). Ebenso stieg etwas in 1995 die Übergangsquote auf Gymnasien. 31,5 % (Vorjahr 31,4 %) der Schüler der 4. Grundschulklasse wechselten auf ein Gymnasium.

Der Anteil eines Geburtsjahrganges, der eine Abiturprüfung erfolgreich ablegt, hat sich 1995 bei den Mädchen weiter erhöht und bei den Jungen diesmal leicht verringert. In 1995 hatten 27,2 % der Jungen und 28,6 % der Mädchen eines Geburtsjahrganges die Reifeprüfung bestanden. Besonders hervorzuheben ist an dieser Entwicklung, daß wiederum nach 1994 der Anteil der Abiturientinnen größer war als der der

Abiturienten. In den letzten 35 Jahren haben Jahr für Jahr mehr Mädchen ein Gymnasium besucht und eine Reifeprüfung abgelegt. Während noch 1960 der Anteil der Jungen mit Abitur doppelt so hoch war wie der der Mädchen, hat sich diese Relation bis heute zu einem leichten Übergewicht der Mädchen verändert.

Wohnsituation

Die Zahl der Wohngebäude stieg 1995 um 1,2 % auf 2,04 Millionen, die Zahl der Wohnungen um 90 000 auf 4,40 Millionen. Je nach Marktsegment fiel der Zuwachs höher oder niedriger aus. Der Bestand an kleineren Wohnungen wuchs wiederum überdurchschnittlich, mit zunehmender Größe der Wohnung fiel die Erhöhung niedriger aus. So erhöhte sich die Zahl der Wohnungen mit einem Raum um knapp 4 %, die mit zwei Räumen um gut 4 % und die mit drei Räumen um 3 %. Der Bestand der Wohnungen mit vier oder mehr Räumen nahm dagegen nur zwischen 1 % und 2 % zu. Dieser Trend zu kleineren Wohnungen korrespondiert mit dem Trend zu kleineren Haushalten. Für Familien mit Kindern, besonders mit mehreren Kindern, dürfte die Wohnungssuche auch künftig schwierig bleiben. Insgesamt hat sich aber der Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg durch die Erhöhung des Wohnungsbestands um etwa 90 000 bei einer gleichzeitigen Zunahme der Haushalte um 65 000 weiter entspannt, wobei allerdings regionalspezifische Unterschiede und Probleme bestehen. Um den vorhandenen Fehlbedarf bis 2005 zu beseitigen, müßten jährlich gut 60 000 neue Wohnungen geschaffen werden, eine Größenordnung, die in den letzten drei Jahren mit jeweils etwa 100 000 neuen Wohnungen übertroffen wurde.

Tabelle 10

Gebäude- und Wohnungsbestand in Baden-Württemberg seit 1989 nach Anzahl der Räume

| Jahr | Wohngebäude | Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ¹⁾ | | | | | | | |
|------|-------------|--|----------------------|-----|-----|------|-----|-----|------------|
| | | Insgesamt | davon mit ... Räumen | | | | | | |
| | | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 und mehr |
| | | | 1000 | | | | | | |
| 1989 | 1894 | 3940 | 94 | 193 | 671 | 1168 | 855 | 484 | 476 |
| 1990 | 1914 | 3987 | 96 | 195 | 679 | 1179 | 864 | 491 | 482 |
| 1991 | 1937 | 4049 | 99 | 200 | 691 | 1195 | 876 | 499 | 490 |
| 1992 | 1961 | 4128 | 102 | 206 | 708 | 1216 | 890 | 508 | 497 |
| 1993 | 1988 | 4219 | 107 | 214 | 730 | 1241 | 905 | 517 | 506 |
| 1994 | 2017 | 4317 | 112 | 223 | 754 | 1267 | 920 | 526 | 515 |
| 1995 | 2042 | 4403 | 116 | 232 | 775 | 1290 | 933 | 534 | 523 |

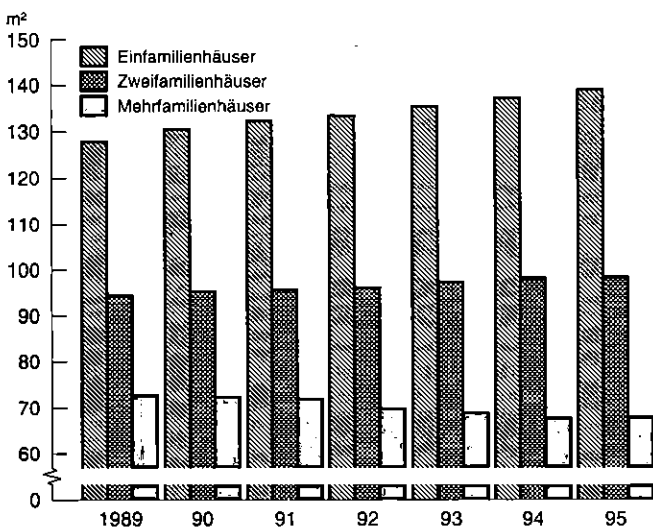
1) Ohne Wohnheime.

Weitere Zunahme der durchschnittlichen Wohnfläche in Eigenheimen

Der seit 1990 zu beobachtende Rückgang der durchschnittlichen Wohnungsgröße im Geschosswohnungsbau bei den Neubaufertigstellungen setzte sich 1995 nicht mehr fort. Vielmehr lag 1995 die Wohnfläche je fertiggestellter Wohnung im Mehrfamilienhausbau mit im Durchschnitt 67,9 m² sogar geringfügig um 0,2 m² höher als 1994. Der 1987 einsetzende Trend zu immer größeren Eigenheimen hielt auch bei den 1995 bezugsfertig gewordenen Neubauten weiter an. Dies galt vor allem für die Einfamilienhäuser, deren Wohnfläche 1995 mit durchschnittlich 139,1 m² erneut um 1,8 m² größer ausfiel als bei den Fertigstellungen des Vorjahres. Demgegenüber nahm bei den 1995 bezugsfertig gewordenen Zweifamilienhäusern die Wohnfläche binnen Jahresfrist nur noch geringfügig zu, und zwar um 0,2 m² auf im Durchschnitt 98,5 m² je Wohnung.

Nach wie vor sind zum Teil beträchtliche Flächenunterschiede zwischen den beiden im Wohnungsneubau maßgeblichen Bauherrngruppen festzustellen. So war wie in den Vorjahren auch 1995 die durchschnittliche Fläche der Wohnungen, die für private Bauherren fertiggestellt wurden, bei allen drei Gebäudetypen merklich größer als bei den Wohnungen, die für Unternehmen (ganz überwiegend Bauträger) bezugsfertig wurden.

Schaubild 6
Durchschnittliche Wohnungsgröße^{*)} in fertiggestellten Wohngebäuden in Baden-Württemberg seit 1989



*) Wohnfläche je Wohnung in m².

Tabelle 11

Durchschnittliche Wohnfläche der 1994 und 1995 in Baden-Württemberg fertiggestellten Neubauwohnungen

| Gebäudetyp | Private Bauherren | | Unternehmen | |
|------------------|-------------------|-------|-------------|-------|
| | 1994 | 1995 | 1994 | 1995 |
| | qm je Wohnung | | | |
| Einfamilienhaus | 141,5 | 143,5 | 121,4 | 122,5 |
| Zweifamilienhaus | 98,7 | 98,9 | 92,1 | 92,4 |
| Mehrfamilienhaus | 75,2 | 75,6 | 64,8 | 64,8 |

Höherer Eigentümeranteil an den bewohnten Wohnungen

In 48 % der Wohnungen lebte 1993 der Eigentümer und in 52 % ein Hauptmieter. Damit ist seit 1987 der Eigentümeranteil bzw. die Eigentümerquote an der Gesamtheit der bewohnten Wohnungen um über 3 Prozentpunkte gestiegen. Mit 32 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt lag 1993 jedoch der Eigen-

Tabelle 12

Eigentümerquote bewohnter Wohnungen^{*)} in Gebäuden^{**)} in Baden-Württemberg 1987 und 1993 nach Haushaltsgröße

| Haushaltstypen | Eigentümerquote 1) | | Zu- bzw. Abnahme (-) der Eigentümerquote 1987 zu 1993 |
|--------------------------------|--------------------|------|---|
| | 1987 | 1993 | |
| | % | % | %-Punkte |
| Einpersonenhaushalte zusammen | 25,8 | 31,9 | + 6,1 |
| Einpersonenhaushalte weiblich | 29,0 | 34,7 | + 5,7 |
| unter 65 Jahre | 20,4 | 25,1 | + 4,7 |
| 65 Jahre und älter | 36,1 | 42,3 | + 6,2 |
| Einpersonenhaushalte männlich | 20,0 | 27,0 | + 7,0 |
| unter 65 Jahre | 15,6 | 21,7 | + 6,1 |
| 65 Jahre und älter | 43,8 | 51,7 | + 7,9 |
| Mehrpersonenhaushalte zusammen | 52,8 | 54,9 | + 2,1 |
| mit 2 Personen | 45,4 | 51,5 | + 6,1 |
| mit 3 Personen | 52,9 | 54,5 | + 1,6 |
| mit 4 Personen | 59,6 | 59,7 | + 0,1 |
| mit 5 und mehr Personen | 65,0 | 61,1 | - 3,9 |
| Insgesamt | 44,7 | 48,0 | + 3,3 |

*) Ohne Untermieterhaushalte und ohne Haushalte in Ferien- / Freizeitwohnungen. - **) Ohne Wohnheime und ohne bewohnte Unterkünfte. - 1) Anteil der Haushalte in Eigentümerwohnungen an den Inhaberhaushalten insgesamt. Inhaberhaushalte sind Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte. Eigentümerhaushalte sind Personen, die das eigene Haus oder die eigene Wohnung in einem Haus selbst bewohnen.

tümeranteil bei den Einpersonenhaushalten, in denen vor allem jüngere Personen oder Rentner leben. Gegenüber 1987 war dies gleichwohl eine Erhöhung um mehr als 6 Prozentpunkte. Betrachtet man die Eigentumsverhältnisse alleinlebender Personen näher, so wohnten wesentlich mehr Frauen als Männer in einer Eigentümerwohnung. Während mehr als ein Drittel (35 %) der Frauen in den eigenen vier Wänden lebte, traf dies bei den Männern nur auf etwas mehr als ein Viertel (27 %) zu. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in knapp zwei Drittel der Einpersonenhaushalte Frauen wohnten und von diesen mehr als die Hälfte 65 Jahre und älter waren. Die weitere Untergliederung der männlichen und weiblichen Einpersoneneigentümerhaushalte nach dem Alter zeigt, daß nur rund ein Viertel der alleinstehenden Frauen und rund ein Fünftel der alleinstehenden Männer, die unter 65 Jahre alt waren, Eigentümer ihrer Wohnung oder ihres Hauses waren. Dagegen besaßen rund zwei Fünftel der alleinstehenden Frauen und gut die Hälfte der alleinstehenden Männer, die 65 Jahre und älter waren, die Wohnung, in der sie lebten.

Mit knapp 55 % deutlich über dem Landesdurchschnitt lag 1993 der Eigentümeranteil bei den Mehrpersonenhaushalten. Gegenüber 1987 ist dies eine Zunahme um rund 2 Prozentpunkte gewesen. Damit fiel der Anstieg des Eigentümeranteils bei den Mehrpersonenhaushalten wesentlich schwächer aus als bei den Einpersonenhaushalten. Bei näherer Betrachtung der Mehrpersonenhaushalte zeigt sich, daß mit zunehmender Anzahl der im Haushalt lebenden Haushaltsmitglieder die Eigentümerquote steigt. So lag 1993 der Eigentümeranteil der Zweipersonenhaushalte bei rund 51 % und der der Dreipersonenhaushalte bei rund 54 %, während die Eigentümerquote der Haushalte mit vier und mehr Personen um die 60 % betrug. Im Vergleich zu 1987 veränder-

ten sich die Eigentümeranteile bei den Mehrpersonenhaushalten je nach Haushaltsgröße ausgesprochen unterschiedlich. Den größten Zuwachs wiesen die Zweipersonenhaushalte mit rund 6 Prozentpunkten vor den Dreipersonenhaushalten mit einer Zunahme von fast zwei Prozentpunkten auf, während der Eigentümeranteil der Vierpersonenhaushalte nahezu unverändert blieb. Die Eigentümerquote der Haushalte mit fünf und mehr Personen fiel demgegenüber um knapp 4 Prozentpunkte niedriger aus als 1987.

Gesundheitswesen

Deutlich weniger Neuzulassungen bei Ärzten

Das 1993 in Kraft gesetzte Gesundheitsstrukturgesetz (GSG), nach dem in Gebieten mit ärztlicher Überversorgung keine neuen Kassenpraxen mehr zugelassen werden, führte 1994 erwartungsgemäß zu einem deutlich geringeren Zuwachs an niedergelassenen Ärzten. Die Zahl der Ärzte in freier Praxis ist 1994 nur noch um gut 1 % auf 14 300 angestiegen. Die Zahl der Neuzulassungen war mit knapp 200 nur noch ein Siebtel so hoch wie im Jahr 1993, als viele Mediziner noch die Chance nutzten, sich in freier Praxis niederzulassen. Die Neuzulassungen waren 1994 in den Fachrichtungen Neurochirurgie, Pathologie, Neurologie und Anästhesie prozentual am stärksten. Die hausärztliche Versorgung war mit mehr als 2 400 Allgemeinärzten (ohne praktische Ärzte), 2 100 Internisten und rund 700 Kinderärzten ähnlich gut wie ein

Tabelle 13

Ausgewählte Daten zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung Baden-Württembergs

| Jahr | Ärzte ¹⁾ | | | | Zahnärzte ¹⁾ | | Apotheken ¹⁾ | Auf ... Einwohner kam am Jahresende | | |
|------|---------------------|------------------|---|--|-------------------------|------------------|-------------------------|-------------------------------------|-------------------------------|---------------|
| | insgesamt | in freier Praxis | mit hauptamtlicher Krankenhaustätigkeit | mit sonstiger Berufsausübung ²⁾ | insgesamt | in freier Praxis | | ein Arzt | ein Zahnarzt in freier Praxis | eine Apotheke |
| 1980 | 21 691 | 9 628 | 10 186 | 1 877 | 5 384 | 5 135 | 2 447 | 427 | 1 803 | 3 784 |
| 1985 | 25 173 | 10 868 | 12 407 | 1 898 | 5 635 | 5 325 | 2 685 | 368 | 1 741 | 3 453 |
| 1990 | 30 040 | 11 964 | 14 977 | 3 099 | 6 597 ³⁾ | 6 216 | 2 838 | 327 | 1 580 | 3 461 |
| 1991 | 30 809 | 12 246 | 15 354 | 3 209 | 6 781 | 6 403 | 2 850 | 325 | 1 562 | 3 509 |
| 1992 | 31 865 | 12 765 | 15 554 | 3 546 | 6 951 | 6 562 | 2 858 | 318 | 1 547 | 3 551 |
| 1993 | 32 910 | 14 133 | 15 482 | 3 295 | 7 242 | 6 891 | 2 867 | 311 | 1 485 | 3 570 |
| 1994 | 33 654 | 14 314 | 16 162 | 3 178 | 7 335 | 6 977 | 2 864 | 305 | 1 472 | 3 587 |

1) Jeweils am 31. Dezember. – 2) Z.B. bei Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, ständige Praxisvertreter, Assistenten in der Praxis. – 3) Behan-
Quelle: Landesärztekammer (ab 1985) und Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg (ab 1986), Landesapothekerkammer Baden-Württemberg.

Jahr zuvor. Wie schon in den Vorjahren waren 1994 unter den Ärzten in freier Praxis neben den Hausärzten auch die Frauenärzte mit 1.200 und die Augenärzte mit 600 stark vertreten.

Die ärztliche Versorgung der baden-württembergischen Bevölkerung hat sich weiter verbessert. Im Jahr 1994 versorgte ein Arzt 300 Einwohner. Trotz der Zulassungsbeschränkung kamen auf einen Arzt in freier Praxis mit 700 Einwohnern weniger als im Vorjahr. Auch die Versorgung mit Zahnärzten hat sich weiter verbessert. Im Jahr 1994 entfielen auf einen Zahnarzt in freier Praxis knapp 1 500 Einwohner. Wie bereits 1993 lag der Südwesten auch 1994 bei der Ärzte- und Zahnärztedichte im Vergleich zu anderen Flächenländern des westlichen Bundesgebiets hinter Bayern, Hessen, dem Saarland und Schleswig-Holstein an fünfter Stelle.

Die Anzahl der Apotheken ist in Baden-Württemberg 1994 erstmals seit Beginn der neunziger Jahre leicht zurückgegangen. Damit hat sich die in den letzten Jahren zu beobachtende Entwicklung fortgesetzt, nach der die Zahl der Apotheken nicht mehr so stark zunimmt wie die Bevölkerung. Im Jahr 1994 kamen fast 3 600 Einwohner auf eine Apotheke, rund 20 mehr als 1993.

Bei der Versorgung der baden-württembergischen Bevölkerung mit Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen setzte sich 1994 der Trend früherer Jahre fort. Seit der Neuregelung der Krankenhausstatistik im Jahr 1990 sind bei Krankenhäusern einerseits und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen andererseits gegenläufige Entwicklungen zu beobachten. Während das Bettenangebot in Krankenhäusern sinkt, haben sich bei den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowohl die

Anzahl der Betten als auch die Bettendichte – ausgedrückt durch das Bettenangebot je 10 000 Einwohner – seit 1991 erhöht.

Das Bettenangebot in den 317 baden-württembergischen Krankenhäusern ist 1994 nochmals leicht gesunken. Wie bereits in den Vorjahren war innerhalb des früheren Bundesgebiets auch 1994 lediglich in Schleswig-Holstein die Dichte der Krankenhausbetten geringer als hierzulande. Insgesamt versorgten fast 12 400 hauptamtliche Ärzte die Patienten, rund 3 % mehr als 1993. Im nichtärztlichen Bereich stieg die Zahl der in baden-württembergischen Krankenhäusern beschäftigten Vollzeitkräfte um 1 % auf fast 95 700.

Die Anzahl der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen im Südwesten hat sich 1994 um fünf auf 248 erhöht. Auch das Bettenangebot wurde mit + 4 % deutlich erweitert und nahm so stark zu wie in den Jahren 1990 bis 1993 zusammen. Wie schon in den Vorjahren wurde die Bettendichte in Baden-Württemberg innerhalb des gesamten Bundesgebiets nur in Hessen und Schleswig-Holstein übertroffen. In den baden-württembergischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen erhöhte sich 1994 der Bestand an ärztlichem und nichtärztlichem Personal um jeweils fast 6 %. Insgesamt versorgten dort fast 1 500 hauptamtliche Ärzte und durchschnittlich rund 16 000 Vollzeitbeschäftigte im nichtärztlichen Bereich die Patienten.

In der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung spiegelte sich zum einen deren gesundheitlicher Zustand wider, zum anderen aber auch die Fortschritte in der medizinischen Forschung wie beispielsweise im Bereich der Operationstechniken und Medikamente. So konnten 1994 trotz des geringeren Bettenangebots in den Krankenhäusern wegen der immer kürzer werdenden durchschnittlichen Verweildauer fast 1,7 Mill. Patientinnen und Patienten (1 % mehr als im Vorjahr) behandelt werden. Die durchschnittliche Verweildauer ging leicht zurück und betrug gut 12 Tage. Infolge dieser Entwicklungen sank 1994 die Zahl der Pflégetage um 1 %.

1980 bis 1994

| Krankenhäuser | | Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | |
|-------------------|---------------------|--|---------------------|
| Anzahl der Betten | | Anzahl der Betten | |
| insgesamt | je 10 000 Einwohner | insgesamt | je 10.000 Einwohner |
| X | X | X | X |
| X | X | X | X |
| 69 328 | 71,3 | 28 491 | 29,3 |
| 69 280 | 70,0 | 28 612 | 28,9 |
| 68 864 | 68,4 | 29 072 | 28,9 |
| 68 891 | 67,6 | 29 528 | 29,0 |
| 68 623 | 66,9 | 30 594 | 29,8 |

delnd tätige Ärzte.

Starker Anstieg der Kurmaßnahmen

Demgegenüber ist die durchschnittliche Verweildauer in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 1994 weiter auf fast 32 Tage gestiegen. Daß die Zahl der Pflégetage binnen eines Jahres um 3 % zugenommen hat, ist jedoch nur zu einem geringen Teil das Ergebnis längerer Behandlungszeiten. Vielmehr verzeichneten die Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landwirtschaftlichen Krankenkassen 1994 einen starken Anstieg der Kurmaßnahmen von 11 %. Bei den mehr als 84 000 durchgeführten Kurmaßnahmen handelte es sich in gut 60 % der Fälle um Rehabilita-

tionskuren, zu rund 30 % um Vorsorgekuren und zu knapp 10% um Müttervorsorge- und -genesungskuren. Während die Anzahl der Vorsorgekuren um 4 % geringer war als im Vorjahr, nahmen die Rehabilitationskuren um über 20 % zu.

Die Anzahl der Fälle von Arbeitsunfähigkeit nahm von 1991 bis 1994 ab. Im Jahr 1994 kamen auf 100 Pflichtmitglieder 117 Krankmeldungen, rund 20 weni-

ger als 1990. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit nahm zuletzt jedoch wieder zu und betrug durchschnittlich knapp 16 Tage im Jahr. Allerdings waren 6 von 10 Krankgeschriebenen bereits nach sieben Kalendertagen wieder am Arbeitsplatz. Die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage lag 1994 mit insgesamt 52,4 Mill. Tagen fast 2 % über dem Vorjahresniveau. Ein Jahr zuvor war die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage noch um 14 % zurückgegangen.

Tabelle 14

Ausgewählte Daten zum gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung Baden-Württembergs 1980 bis 1994

| Indikatoren zum gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung | 1980 | 1985 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
|--|-------|---------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Krankenhäuser | | | | | | | |
| Pflegtage | X | X | 21 574 348 | 21 483 960 | 21 270 641 | 20 906 704 | 20 696 257 |
| durchschnittliche Verweildauer in Tagen | X | X | 13,5 | 13,2 | 12,9 | 12,5 | 12,3 |
| Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | | | | | | | |
| Pflegtage | X | X | 9 000 566 | 9 337 193 | 9 622 131 | 9 717 185 | 10 033 500 |
| durchschnittliche Verweildauer in Tagen | X | X | 31,8 | 30,4 | 31,3 | 31,5 | 31,7 |
| Arbeitsunfähigkeit der Pflichtmitglieder (ohne Rentner) und freiwillige Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen ¹⁾ | | | | | | | |
| Tage je Fall | | | | | | | |
| Anzahl | 16,9 | 16,8 | 14,9 | 15,1 | 15,5 | 15,2 | 15,8 |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | X | X | X | + 1,3 | + 2,6 | - 1,9 | + 3,9 |
| Fälle je 100 Pflichtmitglieder | 119,4 | 116,4 | 136,4 | 136,1 | 132,9 | 117,8 | 116,8 |
| häufigste Krankheitsarten (Fälle je 100 Pflichtmitglieder) nach der Krankheitsartenstatistik: | | | | | | | |
| Krankheiten der Atmungsorgane | . | . | 36,7 | 37,1 | 35,3 | 37,6 | 32,3 |
| Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes | . | . | 26,4 | 27,6 | 25,9 | 23,1 | 24,1 |
| Krankheiten der Verdauungsorgane | . | . | 19,0 | 20,7 | 19,5 | 17,4 | 17,9 |
| Verletzungen und Vergiftungen | . | . | 19,4 | 17,6 | 16,9 | 15,8 | 16,2 |
| Krankenhausbehandlung der Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen | | | | | | | |
| Tage je Fall | | | | | | | |
| Anzahl | 17,8 | 16,9 | 14,6 | 14,4 | 14,0 | 13,5 | 13,1 |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | X | X | X | - 1,4 | - 2,8 | - 3,6 | - 3,0 |
| Fälle je 100 Versicherte | . | 15,7 | 16,0 | 16,0 | 16,3 | 16,5 | 16,9 |
| häufigste Krankheitsarten (Fälle je 100 Versicherte) nach der Krankheitsartenstatistik: | | | | | | | |
| Krankheiten des Kreislaufsystems | . | . | 2,3 | 2,4 | 2,4 | 2,4 | 2,7 |
| Krankheiten der Verdauungsorgane | . | . | 1,7 | 1,7 | 1,7 | 1,3 | 1,8 |
| Verletzungen und Vergiftungen | . | . | 1,7 | 1,7 | 1,7 | 1,4 | 1,8 |
| Schwerbehinderte ²⁾ | | | | | | | |
| insgesamt | . | 676 345 | 633 535 | 643 021 | . | 674 867 | . |
| je 1000 Einwohner | . | 73 | 65 | 65 | . | 66 | . |

1) Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landwirtschaftliche Krankenkassen. – 2) 1981 - 1985; anerkannte Schwerbehinderte; ab 1986: Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis; in den Jahren 1980, 1992 und 1994 hat keine Erhebung stattgefunden; 1995 waren bei den Versorgungsämtern 696 032 Schwerbehinderte registriert (68 Schwerbehinderte je 1 000 Einwohner).

Wie bereits in den Vorjahren entfielen im Jahr 1994 nach der Krankheitsartenstatistik rund drei Viertel der Arbeitsunfähigkeitsfälle auf Krankheiten der Atmungsorgane, Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes, Krankheiten der Verdauungsorgane sowie auf Verletzungen und Vergiftungen. Zuletzt ist die Häufigkeit von Erkrankungen der Atmungsorgane deutlich zurückgegangen, während die Arbeitnehmer wegen der übrigen genannten Krankheiten häufiger arbeitsunfähig waren.

Bei den Krankenhausbehandlungen der gesetzlich Versicherten waren insgesamt mehr als ein Drittel auf Krankheiten des Kreislaufsystems, Krankheiten der Verdauungsorgane sowie auf Verletzungen und Vergiftungen zurückzuführen. Im Jahr 1994 nahm die Häufigkeit der Krankenhausbehandlungen bei diesen Krankheitsarten wie auch insgesamt zu. Trotz zunehmender Behandlungen blieb die Zahl der Behandlungstage wegen der geringeren Aufenthaltszeiten in den Kliniken jedoch in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Beitragssätze wieder gestiegen

Nachdem die Beitragssätze der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen in den Jahren 1994 und 1995 noch leicht rückläufig waren, lagen diese im Januar dieses Jahres mit durchschnittlich 13 % der beitragspflichtigen Einnahmen knapp 4 % über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Entwicklung der Beitragssätze spiegelt dabei die Veränderungen in der Einnahmen-/Ausgabensituation der gesetzlichen Krankenkassen wider.

Seit 1993 hat sich das Einnahmen-/Ausgabenverhältnis der gesetzlichen Krankenkassen verschlechtert. Infolge des zum 1. Januar 1993 in Kraft gesetzten Gesundheitsstrukturgesetzes waren 1993 die Leistungsausgaben je Mitglied um 2 % gegenüber dem Vorjahr gesunken, während die Beitragseinnahmen je Mitglied um fast 10 % gestiegen waren. Ein Jahr später stiegen die Ausgaben je Mitglied um fast 7 %, die Beitragseinnahmen dagegen um weniger als 3 %. Allerdings dürften die Kosten der gesetzlichen Krankenkassen 1993 tendenziell zu niedrig und 1994 zu hoch ausgefallen sein, weil im Jahr 1993 einige Leistungen wegen der Gefahr der Budgetüberschreitung in das Jahr 1994 verschoben wurden. Obwohl die Leistungsausgaben je Mitglied 1995 mit + 4 % nicht mehr so stark gestiegen sind wie 1994, haben die Krankenkassen wegen rückläufiger Beitragseinnahmen (- 1,5 %) ein Defizit erwirtschaftet. Unter dem Strich konnten über 600 Mill. DM an Ausgaben nicht durch Einnahmen abgedeckt werden. Diese Entwicklung führte zu höheren Beitragssätzen im Januar dieses Jahres.

Den größten Anteil an den Leistungsausgaben je Mitglied bildeten 1994 mit 34 % die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen, gefolgt von den Arztkosten mit 17 % und den Apothekenkosten mit knapp 13 %. Die höchsten Steigerungsraten waren bei den Ausgaben für Behandlungen durch sonstige Heilpersonen (+ 37 %), den Ausgaben für soziale Dienste und Gesundheitsförderung (+ 31 %) und den Leistungen für häusliche Pflege (+ 19 %) zu beobachten. Stark zugenommen haben darüber hinaus die Ausgaben für Früherkennungsmaßnahmen mit 16 % sowie für Kuren, Zahnersatz und Fahrkosten mit Zuwachsraten von 11 %. Demgegenüber lagen die Zuwachsraten bei den Arzt- und Apothekenkosten mit jeweils + 5 % sogar unter dem durchschnittlichen Ausgabenzuwachs von knapp 7 %. Die Kosten der gesetzlichen Krankenkassen für die Krankenhausbehandlungen der Versicherten erhöhten sich 1994 nur durchschnittlich, die Kostensteigerung fiel jedoch stärker aus als 1993.

Wie aus der Krankenhausstatistik hervorgeht, ist der etwas stärkere Kostenanstieg bei den Krankenhäusern im wesentlichen auf höhere Sachkosten zurückzuführen. Insgesamt wuchsen 1994 die Krankenhauskosten um gut 3 %, wobei diese Entwicklung "nur noch" zu 60 % auf Steigerungen im Personalsektor zurückging. Ein Jahr zuvor waren es noch fast 95 %. Je Patient entstanden 1994 bereinigte Kosten in Höhe von gut 6 000 DM, rund 2 % mehr als im Vorjahr (1993 gegen 1992: + 1 %). Die Kosten je Pflegetag beliefen sich 1994 auf etwa 500 DM, wiederum 4 % mehr als im Vorjahr. Die weiter rückläufige Zahl der Pflegetage bei gleichzeitig leichtem Anstieg der Behandlungsfälle trug dazu bei, daß die Kostensteigerung bei den Krankenhäusern im Rahmen des Vorjahres blieb.

Im Jahr 1995 stiegen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen für Krankenhausbehandlungen mit knapp 2 % weniger stark als die gesamten Leistungsausgaben je Mitglied. Dadurch ging der Anteil der Ausgaben für Krankenhausbehandlungen an den gesamten Leistungsausgaben je Mitglied von 34 auf 33 % zurück. Die größten Steigerungsraten nach ausgewählten Leistungsarten waren bei den Ausgaben für Krankengeld mit + 11 % und für Zahnersatz mit + 10 % je Mitglied zu verzeichnen.

Krankenkassen durch die Pflegeversicherung entlastet

Positiv auf die Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Krankenkassen wirkte sich die erste Stufe der Pflegeversicherung aus. Durch die Pflegeversicherung, die zum 1. Januar 1995 eingeführt wurde und ab 1. April 1995 Leistungen in der ambulanten Pflege bezahlte,

Tabelle 15

Ausgewählte Daten zu den Kosten der gesundheitlichen Versorgung Baden-Württembergs 1980 bis 1995

| Jahr | Durchschnittliche Beitrags- sätze der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen | Kosten der Krankenhäuser ¹⁾ | | | |
|------|---|--|----------------------------|-------------------------------------|------------------------------|
| | | insgesamt | darunter Personalkosten | je Behandlungs- fall (bereinigt) | je Pflege-tag (bereinigt) |
| | % | 1 000 DM | | | DM |
| 1980 | 11,05 | . | . | . | . |
| 1985 | 11,24 | . | . | . | . |
| 1990 | 11,86 | 9 216 341 | 6 119 558 | 5 175,91 | 384,16 |
| 1991 | 11,55 | 10 059 441 | 6 806 968 | 5 578,68 | 421,97 |
| 1992 | 12,17 | 10 839 228 | 7 363 431 | 5 939,04 | 460,17 |
| 1993 | 12,86 | 11 191 182 | 7 692 378 | 6 024,81 | 480,53 |
| 1994 | 12,71 | 11 572 624 | 7 922 395 | 6 152,92 | 500,18 |
| 1995 | 12,66 ²⁾ | . | . | . | . |

1) Ohne Bundeswehrkrankenhäuser. – 2) Noch vorläufige Berechnungen.

verzeichneten die gesetzlichen Krankenkassen bei den bisher gewährten Leistungen für Schwerpflegebedürftige einen Ausgabenrückgang je Mitglied von rund 70 %. Vor Einführung der Pflegeversicherung waren die Ausgaben der Krankenkassen für diese Leistungsart noch um 10 % gestiegen. Ohne die 220 Mill. DM, die hier eingespart wurden, hätten die Beitragssätze 1996 noch stärker angehoben werden müssen. Durch die am 1. Juli 1996 in Kraft tretende zweite Stufe der Pflegeversicherung, nach der die Pflegeversicherung auch für stationäre Pflegeleistungen in Heimen aufkommt, wird vor allem die Sozialhilfe entlastet. Im Jahr 1994 wurden noch fast 1,8 Mrd. DM von den Sozialhilfeträgern für die Hilfe zur Pflege aufgewendet.⁶

Die Pflegeversicherung ist jedoch nicht nur unter Leistungsaspekten zu sehen. Für die Arbeitnehmer stellt die Pflegeversicherung eine zusätzliche Sozialabgabe dar, die ihr verfügbares Einkommen verringert.

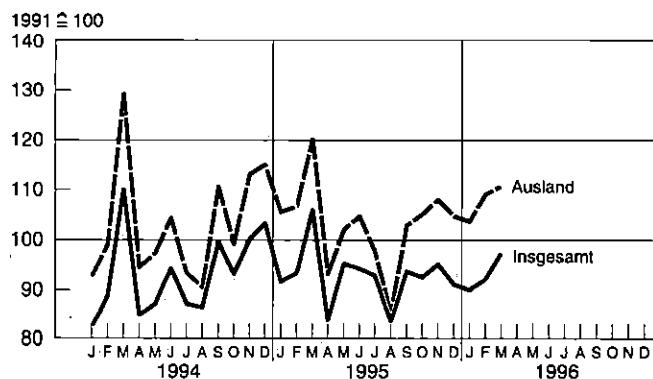
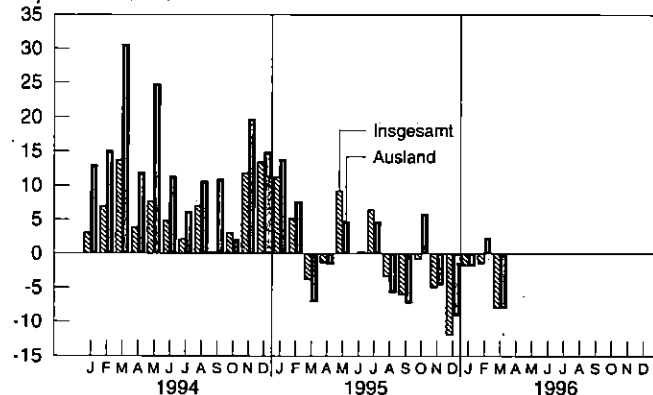
Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs war mit optimistischen Erwartungen ins Jahr 1995 gegangen. Vor allem der Anstieg der realen Auftrags-eingänge im Jahr 1994 um knapp 7 % nährte die

Hoffnung, der konjunkturelle Aufschwung werde sich fortsetzen und an Dynamik gewinnen. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Nach durchaus befriedigen-

Schaubild 7

Auftragseingangsbild (Volumen) im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1994 kalendermonatlich

Veränderung gegenüber
Vorjahresmonat in %

⁶ Weitere Informationen zur gesundheitlichen Versorgung und zum gesundheitlichen Zustand der baden-württembergischen Bevölkerung sowie zu den Kosten des Gesundheitswesens enthält der "Gesundheitsrahmenbericht Baden-Württemberg", der vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung in der Reihe "Gesundheitspolitik" 1996 herausgegeben wurde.

dem Geschäftsverlauf zu Beginn des Jahres haben vor allem die vergleichsweise hohen Tarifaabschlüsse, die kräftigen Währungsturbulenzen und die Konjunkturabschwächung in den USA und in Westeuropa zu einer deutlichen Verunsicherung bei vielen Unternehmen geführt. Die Folge waren Investitionsentscheidungen, die wesentlich zurückhaltender ausfielen, als ursprünglich anzunehmen war. Das besonders stark von der Investitionsgüterindustrie geprägte Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg mußte auf diese Weise seine Geschäftserwartungen im Verlauf des Jahres 1995 erheblich nach unten korrigieren.

Nachlassende Dynamik der Nachfrage

Die Abschwächung der Nachfrage im Jahresverlauf kommt besonders deutlich in derordertätigkeit zum Ausdruck: Zwar lag der Wert der Auftragseingänge 1995 im Gesamtergebnis noch um 1 % über dem entsprechenden Wert für 1994.⁷ Während jedoch im ersten und zweiten Quartal der Zuwachs gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum noch 4,5 % bzw. 4 % betrug, kam die konjunkturelle Dynamik in den Sommermonaten zum Erliegen: Die nominalen Auftragseingänge im Zeitraum von Juli bis September 1995 stagnierten gegenüber dem Wert des dritten Quartals 1994. Zum Jahresende hin war dann sogar ein deutlicher Einbruch der Orders zu registrieren, die im 4. Quartal 1995 um 5 % zurückgingen.

Ein Nachlassen der konjunkturellen Dynamik war sowohl bei den Bestellungen aus dem Ausland als auch aus dem Inland zu bemerken. Ab etwa Mitte des Jahres verloren zunächst die Auslandsorders ihre Rolle als Initialzündung für einen Konjunkturaufschwung. Hatten sie im ersten und zweiten Quartal 1995 noch um 4,5 % bzw. 2,5 % über dem entsprechenden Vorjahreswert gelegen, war im zweiten Halbjahr 1995 ein Rückgang von 1,5 % zu verzeichnen. Noch stärker fiel der Rückgang im zweiten Halbjahr 1995 mit

3 % jedoch bei den Inlandsorders aus. Vor allem zum Jahresende gab es hier einen dramatischen Einbruch: So lag im Dezember 1995 der Wert der Auftragseingänge aus dem Inland um 13 % unter dem Wert im Dezember 1994.

Geringes Umsatzwachstum bei fortgesetztem Beschäftigungsabbau

Den Verlust an konjunktureller Dynamik beschreibt unter Berücksichtigung einer typischen zeitlichen Verzögerung auch die Entwicklung der wertmäßigen Umsätze. 1995 tätigten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg zwar Gesamtumsätze, die um 3 % höher waren als 1994, doch die Umsatzzuwächse verringerten sich stetig: Wurde im ersten Quartal noch ein kräftiges Umsatzplus von 7,5 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erzielt, waren es im zweiten Quartal lediglich 2,5 % und im dritten und vierten Quartal nur noch 1,5 %. Speziell im Auslandsgeschäft konnte 1995 ein Umsatzzuwachs von 6 % erzielt werden, der deutlich höher war als der im Inlandsgeschäft von 1,5 %. Die Exporteure profitierten somit über weite Strecken des Jahres noch vom Boom bei den Auslandsorders im Jahr 1994.

Bei der Beschäftigung gab es auch 1995 keine Trendwende. Die Zahl der Arbeitsplätze, die im Gefolge der Rezession, aber auch im Zuge starker Rationalisierungsbemühungen von 1991 bis 1994 bereits um über 253 000 abgebaut wurde, reduzierte sich 1995 um weitere 36 000 Stellen. Damit waren im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1995 knapp 3 % weniger Menschen beschäftigt als 1994.

Tabelle 16

Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1991

| Jahr | Beschäftigte | Umsatz (Wert) |
|--------------------|--------------|---------------|
| | Anzahl | Mill. DM |
| 1991 | 1 527 386 | 343 704,8 |
| 1992 | 1 490 309 | 349 953,1 |
| 1993 | 1 372 435 | 323 930,4 |
| 1994 | 1 278 116 | 332 355,7 |
| 1995 ¹⁾ | 1 241 660 | 342 538,5 |

1) In WZ93-Abgrenzung ohne neu hinzugekommene WZ-Bereiche.

⁷ Am 1. Januar 1995 erfolgte die von der Europäischen Union verordnete Umstellung der Statistiken im Verarbeitenden Gewerbe auf völlig neue Klassifikationen für Produkte und Wirtschaftszweige. Daher kann der Vergleich von Werten für 1995 mit denen für 1994 nur mit einer behelfsmäßigen Umschlüsselung der Ergebnisse für 1994 in die ab Januar 1995 geltende Systematik erfolgen. Die Werte für 1995 repräsentieren diesen Wirtschaftsbereich daher nur nach alter Abgrenzung ohne die 1995 neu hinzugekommenen Wirtschaftszweige. Dadurch entfällt für 1995 auch eine tiefer gegliederte Betrachtung nach Wirtschaftszweigen. Der Vergleich von Werten für das 1. Quartal 1996 mit denen für das 1. Quartal 1995 umfaßt hingegen den gesamten Wirtschaftsbereich in neuer Abgrenzung, so daß auch eine tiefer gegliederte Betrachtung des Wirtschaftsbereichs wieder möglich wird.

Noch keine Konjunkturbelebung im ersten Quartal 1996

Zu Beginn des Jahres 1996 gab es keine Anzeichen für eine konjunkturelle Wiederbelebung. So lagen die preisbereinigten Auftragseingänge im 1. Quartal 1996 um 4 % unter dem, allerdings vergleichsweise hohen, Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Schwach blieben dabei vor allem die Inlandsorders, die um 4,5 % zurückgingen. Aber auch die Auslandsbestellungen waren mit - 2,5 % weiter rückläufig. Der kräftige Anstieg der Auftragseingänge im April könnte jedoch das erste Anzeichen für eine Trendwende im Verarbeitenden Gewerbe des Landes sein.

Lediglich im Fahrzeugbau verlief der Auftragseingang im 1. Quartal 1996 mit einem realen Plus von knapp 7 % zufriedenstellend. Hier machte sich insbesondere die gestiegene Inlandsnachfrage positiv bemerkbar. Daneben erzielte noch die Chemische Industrie mit knapp 2 % eine positive Zuwachsrate der Orders. Dagegen mußten die bedeutsamen Bereiche "Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik" mit - 6 %, "Maschinenbau" mit - 8 % und "Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen" mit sogar - 9,5 % extreme Einbußen beim Auftragseingang hinnehmen.

Mit einer nur geringfügigen Wachstumsrate von knapp 0,5 % stagnierte der wertmäßige Umsatz im 1. Quartal 1996 gegenüber dem 1. Quartal 1995

nahezu. Während der Auslandsumsatz dabei um über 3 % zunahm, war der Inlandsumsatz um gut 1 % niedriger. Den Unternehmen kommt hier offensichtlich noch der gute Auftragseingang bis Mitte des vergangenen Jahres zugute.

Der Beschäftigungsrückgang hält dagegen unvermindert an: Im Durchschnitt der ersten drei Monaten 1996 wurden im Verarbeitenden Gewerbe⁸ des Landes weitere 24 000 Arbeitsplätze gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert abgebaut. Bedenklich ist dabei vor allem, daß sich der Arbeitsplatzabbau entgegen der sonst üblichen Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt seit Januar immer weiter verstärkt hat: Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert gab es im Januar etwa 18 000, im Februar bereits 24 000 und im März sogar 29 000 Stellen weniger.

Verhaltene Erwartungen für 1996

Aufgrund der äußerst unbefriedigenden Entwicklung der Auftragseingänge von Herbst 1995 bis zum Frühjahr 1996 ist im Verarbeitenden Gewerbe des

8 Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Tabelle 17

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg im 1. Quartal 1996

- 1991 = 100 -

| Wirtschaftszweig | Auftragseingangsindex (Volumen) | | |
|--|---|--------|---------|
| | Gesamt | Inland | Ausland |
| | Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % | | |
| Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ | - 3,9 | - 4,6 | - 2,7 |
| darunter | | | |
| Textil- und Bekleidungsgewerbe | - 6,2 | - 7,8 | - 2,4 |
| Papier und Druckgewerbe (ohne Verlagsgewerbe) | - 4,6 | - 2,3 | - 11,7 |
| Chemische Industrie | + 1,9 | + 0,1 | + 4,9 |
| Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren | - 5,9 | - 8,7 | + 3,0 |
| Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen | - 9,4 | - 11,7 | - 0,5 |
| Maschinenbau | - 8,1 | - 8,1 | - 8,0 |
| Herstellung von Büromaschinen, DV-geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik | - 6,0 | - 4,0 | - 9,1 |
| Fahrzeugbau | + 6,8 | + 8,1 | + 5,8 |

1) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung).

Landes für 1996 noch kein starker Aufschwung zu erwarten. Produktion und Umsatz werden sich im gesamten Jahr, wenn überhaupt, nur geringfügig erhöhen. Angesichts der vergleichsweise schwachen Auslastung der bestehenden Produktionskapazitäten in Deutschland, die erst Ende der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre kräftig erweitert wurden, sind von der inländischen Investitionsgüternachfrage vorläufig noch keine großen Impulse zu erwarten. So ruhen die Hoffnungen vor allem auf einer Belebung der Auslandsnachfrage, für die es auch erste Anzeichen gibt.

Eine mögliche Stärkung der Exportnachfrage darf aber nicht den Blick verstellen auf die längerfristigen Strukturprobleme des Verarbeitenden Gewerbes im Lande. Vor allem gegenüber den USA, Japan und einigen asiatischen Schwellenländer ist in den vergangenen Jahren ein Teil des technologischen Vorsprungs verlorengegangen. Zudem ist seit Anfang der 90er Jahre die DM deutlich aufgewertet worden. Dadurch sehen sich die traditionell mit relativ hohen Kosten belasteten Unternehmen aus Deutschland bzw. Baden-Württemberg einem verschärften Konkurrenzdruck ausgesetzt. Dieser zwingt zu Kosteneinsparungen, die einerseits in Rationalisierungsinvestitionen, andererseits aber auch in Standortverlagerungen ins Ausland münden. Beides hat ungünstige Auswirkungen auf die Industriebeschäftigung im Land, deren weiterer Rückgang zu befürchten ist.

Bauwirtschaft

Das Bauhauptgewerbe des Landes befindet sich gegenwärtig in einer sehr schwierigen Lage. Die gesamte Baukonjunktur und insbesondere die Wohnungsbau nachfrage war mit Ausnahme eines kurzen Einbruchs 1992/93 seit Ende der 80er Jahre eine starke Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg gewesen. Insbesondere im Aufschwung 1994 galt sie als eigentlicher Motor zumindest der Inlandsnachfrage. Schon zu Beginn, vor allem aber im Verlauf des Jahres 1995 hat sich die Baukonjunktur jedoch deutlich abgeschwächt. Vor allem der Wegfall steuerlicher Vergünstigungen, namentlich des Schuldzinsenabzugs, ab 1. Januar 1995 führte zu einem gravierenden Einbruch im Wohnungsbau. Diesen konnten weder die gewerblichen noch die öffentlichen Bauinvestitionen wettmachen, die vielmehr wegen des vorhandenen Angebotsüberhangs bei Betriebs- und Bürogebäuden bzw. wegen der Finanznot der öffentlichen Hand selbst rückläufig waren.

Unbefriedigende Auftragseingänge

Das deutlichste Indiz für die Schwäche der Baukonjunktur ist, daß die nominalen Auftragseingänge in Baden-Württemberg 1995 rund 6 % unter dem Vor-

Tabelle 18

Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1994 und 1995
– Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in % –

| Jahr | Zeitraum | Bauhaupt- gewerbe insgesamt | Hochbau | | | | Tiefbau | | | |
|------|-------------|-----------------------------------|----------|------------------|--|-----------------------------------|----------|-----------------|--|--|
| | | | zusammen | Wohnungs- bau | gewerblicher und indu- strieller Bau | öffentlicher Bau ¹⁾ | zusammen | Straßen- bau | gewerblicher und indu- strieller Bau | sonstiger öffentlicher Bau ¹⁾ |
| 1994 | 1. Halbjahr | + 12,1 | + 14,9 | + 28,2 | + 1,4 | - 1,0 | + 6,1 | + 9,7 | - 5,3 | + 10,9 |
| | 2. Halbjahr | + 4,8 | + 4,9 | + 7,6 | + 0,8 | + 8,6 | + 4,4 | + 8,9 | - 12,2 | + 9,4 |
| | Jahr | + 8,3 | + 9,7 | + 17,3 | + 1,1 | + 3,9 | + 5,2 | + 9,3 | - 8,9 | + 10,2 |
| 1995 | 1. Quartal | - 2,2 | - 2,6 | - 10,8 | + 10,2 | + 9,2 | - 1,1 | - 1,8 | - 0,7 | + 5,4 |
| | 2. Quartal | - 6,8 | - 12,8 | - 15,2 | - 10,3 | - 5,9 | + 7,1 | + 4,2 | - 4,9 | + 16,6 |
| | 1. Halbjahr | - 4,7 | - 8,1 | - 13,1 | - 1,2 | + 0,5 | + 3,3 | + 1,6 | - 3,0 | + 11,2 |
| | 3. Quartal | - 0,2 | - 9,2 | - 11,1 | - 8,7 | - 4,4 | + 19,5 | - 2,3 | + 17,7 | + 52,5 |
| | 4. Quartal | - 15,4 | - 17,6 | - 15,6 | - 19,0 | - 24,8 | - 9,9 | - 9,2 | - 4,6 | - 9,6 |
| | 2. Halbjahr | - 7,6 | - 13,4 | - 13,4 | - 13,8 | - 14,0 | + 6,0 | - 5,2 | + 6,5 | + 22,7 |
| | Jahr | - 6,1 | - 10,8 | - 13,2 | - 7,8 | - 7,1 | + 4,6 | - 1,8 | + 1,8 | + 16,9 |

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter.

jahreswert zurückblieben. Dabei wurde die Gesamtentwicklung ganz entscheidend vom starken Rückgang der Auftragseingänge im Wohnungsbau um mehr als 13 % bestimmt. Eine weniger stark ausgeprägte, aber ebenfalls rückläufige Tendenz zeigen die nominalen Auftragseingänge im gewerblich-industriellen und im öffentlichen Hochbau.

Die Entwicklung im Tiefbau verlief mit einem Zuwachs um knapp 5 % zwar wesentlich freundlicher, konnte den Abwärtstrend im Hochbau aber bei weitem nicht kompensieren. Hier spielt zudem die Vergabe von Aufträgen für ein einzelnes, großes Projekt im öffentlichen Tiefbau eine nicht unbedeutende Rolle. Da die Baupreise 1995 sowohl im Hoch- als auch im Tiefbaubereich nahezu stagnierten, ergab sich kein nennenswerter Unterschied zwischen der nominalen und der realen Entwicklung der Auftragseingänge.

Rückläufige Rohbauleistung und Beschäftigungsabbau

Die typische zeitliche Verzögerung zwischen Auftragseingang und Produktion ließ das baden-württembergische Bauhauptgewerbe zunächst noch von der ausgesprochen günstigen Entwicklung der Auftragseingänge im Jahr 1994 profitieren. Die reale und kalenderbereinigte Rohbauleistung lag daher 1995 nur um knapp 2 % unterhalb der des Vorjahres. Unverkennbar ist jedoch die Abschwächung im Jahresverlauf, die aus dem unbefriedigenden Auftragseingang im Hochbau resultierte: Übertraf im 1. Quartal 1995 die gesamte Rohbauleistung den entsprechenden Vorjahreswert noch um knapp 3 %, lag sie bereits im 2. und im 3. Quartal jeweils um rund 1 % und im 4. Quartal dann sogar um rund 6 % darunter.

Eine ähnliche Entwicklung wie die Rohbauleistung nahmen die realen Auftragsbestände im Hochbau: Vor dem Hintergrund des rückläufigen Auftragseingangs waren sie am Ende des 1. Quartals 1995 noch um rund 3 % höher als zum entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres, ab Jahresmitte aber bereits niedriger: im Juni um rund 4 %, im September um rund 7 % und am Jahresende sogar um rund 11 %. Dagegen verfügten die Betriebe im Tiefbau – begünstigt durch Auftragseingänge im Zusammenhang mit dem bereits angesprochenen Großprojekt – am Ende des Jahres 1995 über Auftragsreserven, die um gut 18 % höher waren als Ende 1994.

Mit dem Rückgang der realen Rohbauleistung ging eine deutliche Reduzierung der Beschäftigung einher: So wurden 1995 rund 6 % weniger Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr. Ein Teil des Beschäftigungsrückgangs konnte jedoch über den Abbau von Überstunden und durch Kurzarbeit abgefangen werden, so

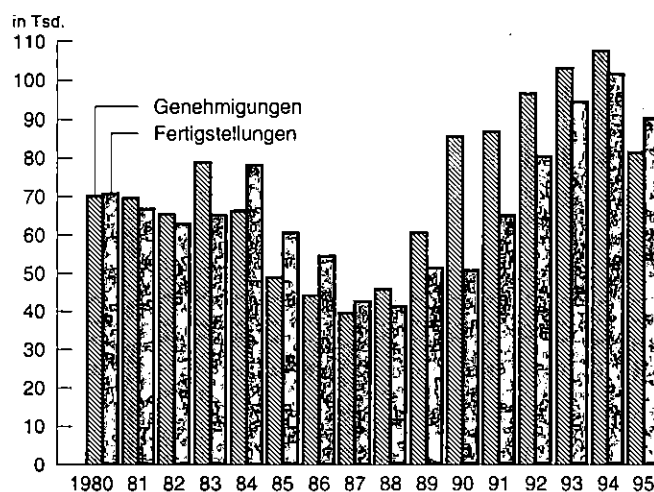
daß sich die Zahl der Beschäftigten in dem genannten Zeitraum nur um gut 2 % reduzierte. Eine erfreuliche, seit 1992 andauernde Entwicklung setzte sich hingegen fort: Die Zahl der Auszubildenden lag Ende Juni 1995 um gut 17 % über der im Juni 1994. Sicherlich auch als Folge der allgemein schlechten Arbeitsmarktlage scheinen die Bauberufe damit für junge Menschen wieder attraktiver zu werden.

Erste Sättigungstendenzen am Wohnungsmarkt

Ein weiteres Indiz für den starken Rückgang der Wohnungsbaunachfrage ist die Entwicklung der erteilten Baugenehmigungen. Mit 107 400 zum Bau freigegebenen Wohnungen war 1994 noch ein neuer Genehmigungsrekord erzielt worden. 1995 wurden dagegen nur 81 400 Wohnungen genehmigt, rund 24 % weniger als im Vorjahr. Die Schrumpfraten lagen beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern ähnlich hoch wie im Geschößwohnungsbau; diesem kommt jedoch – absolut gesehen – eine weitaus größere Bedeutung zu. Das gesamte Genehmigungsvolumen unterschritt zwar wieder den Wert von 1990; gleichwohl liegt es nach wie vor deutlich über dem der 80er Jahre. Dies macht deutlich, auf welchem hohem Niveau sich die Wohnungsbaunachfrage in den 90er Jahren bislang bewegt hat.

Schaubild 8

Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen*) in Baden-Württemberg seit 1980



*) Bezugfertige Wohnungen durch Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie Baumaßnahmen im Bestand.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

257 96

Eine gewisse, zumindest vorläufige Sättigung auf dem Wohnungsmarkt deuten aber nicht nur die rückläufigen Baugenehmigungen, sondern auch die Fertigstellungszahlen an. 1995 wurden nämlich durch Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie Baumaßnahmen im Bestand lediglich knapp 90 200 Wohnungen fertiggestellt. Dies sind nicht nur 11 500 weniger als im Rekordjahr 1994, sondern auch rund 5 000 weniger, als die Höhe und die Struktur des sogenannten Bauüberhangs (bereits genehmigte, aber bis zum Stichtag noch nicht fertiggestellte Wohnungen) zum Ende des Jahres 1994 erwarten ließen. Vor allem im Geschößwohnungsbau sind dabei etliche bereits genehmigte Bauvorhaben 1995 nicht realisiert worden. Offenbar haben die Fertigstellungsrekorde der vergangenen Jahre den Wohnungsmarkt so stark entlastet, daß der Verkauf oder die Vermietung von Wohnraum momentan weniger rentabel erscheinen als noch vor kurzem.

Auch 1996 ist keine durchgreifende Wende in der Baukonjunktur zu erwarten

Die Aussichten des Bauhauptgewerbes im Land dürften sich nach der Eintrübung im Verlauf des Jahres 1995 auch 1996 kaum aufhellen. Zwar gehen von der ab 1. Januar 1996 geltenden Neuregelung der Wohnungsbauförderung zweifellos positive Effekte aus. Diese beschränken sich jedoch fast ausschließlich auf den Bau von Einfamilienhäusern, von denen im 1. Quartal 1996 rund 17 % mehr genehmigt wurden als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mengemäßig ist jedoch der Geschößwohnungsbau, der 1995 einen Anteil von etwa zwei Drittel an den Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden ausmachte, der wesentlich bedeutsamere Posten. Die Genehmigungen im Geschößwohnungsbau lagen im 1. Quartal 1996 wegen der verringerten Rentabilitätsaussichten um etwa ein Drittel unter dem Niveau des 1. Quartals 1995, so daß das gesamte Genehmigungsvolumen im Wohnbau im 1. Quartal 1996 etwa ein Fünftel unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums lag.

Weiterhin bestehende Angebotsüberhänge im Bereich der Betriebs- und Bürogebäude lassen vermuten, daß vom gewerblichen Bau keine kompensierenden Effekte ausgehen werden. Gleiches gilt für die staatlichen Bauinvestitionen, die im Rahmen der notwendigen Sanierung der öffentlichen Haushalte wohl eher noch gekürzt als wieder ausgedehnt werden. Eine erste Bestätigung dieser Vermutungen findet sich im Wert der Auftragseingänge, der im 1. Quartal 1996 in geradezu dramatischem Maße unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums liegt: insgesamt um fast 18 %, im Hochbau um über 20 %, speziell im Wohnungsbau sogar um rund 25 %, und auch im Tiefbau um mehr als 13 %.

Die reale Rohbauleistung wird sich 1996 unter dem Eindruck der schlechten Auftragslage wohl ebenso wie die Beschäftigung nochmals deutlich verringern. So reduzierte sich bereits im 1. Quartal 1996, allerdings auch durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse bedingt, die reale und kalenderbereinigte Rohbauleistung gegenüber dem 1. Quartal 1995 im Hochbau um 21 % und im Tiefbau um 11 %. Folglich verringerte sich im genannten Zeitraum auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um fast 20 % und die Zahl der Beschäftigten um fast 11 %. Ein weiteres Indiz für die zu erwartende Durststrecke im Bauhauptgewerbe sind die realen Auftragsbestände im Hochbau, die Ende März 1996 um 18 % geringer waren als vor einem Jahr. Im Tiefbau dagegen lag der reale Auftragsbestand um gut 13 % über dem Vorjahreswert. Hierbei dürfte allerdings neben der schlechten Witterung eine nicht unwesentliche Rolle spielen, daß die Bauunternehmen aufgrund der schwachen aktuellen Auftragseingänge ihren Auftragsbestand nur sehr zögerlich abarbeiten.

Einzelhandel

Die Rahmenbedingungen für den baden-württembergischen Einzelhandel waren 1995 – wie schon in den drei Jahren zuvor – relativ ungünstig. Zwar fielen die Tarifabschlüsse zu Jahresbeginn vergleichsweise hoch aus. Die enttäuschende Konjunktorentwicklung, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie die nochmalige Erhöhung der Abgabenbelastung durch die Einführung der Pflegeversicherung und des Solidarzuschlags verhinderten jedoch eine kräftige Ausdehnung der verfügbaren Einkommen. Dennoch erhöhten die privaten Haushalte durch eine nochmalige Senkung ihrer Sparquote die reale Konsumnachfrage in Deutschland 1995 um knapp 2 %.

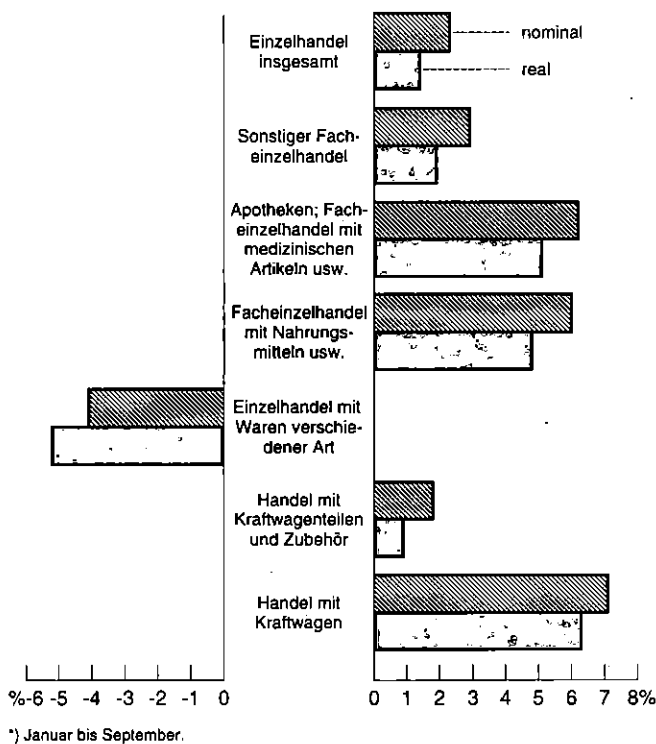
Leichtes Umsatzplus mit weniger Beschäftigten

Vor diesem Hintergrund erzielten die Einzelhandelsbetriebe in Baden-Württemberg 1995 ein etwas besseres Ergebnis, als zunächst erwartet worden war: In den ersten neun Monaten 1995 konnten sie ein leichtes Umsatzplus von nominal gut 2 % und real fast 1,5 % verzeichnen. Nach drei Jahren in Folge mit realen Umsatzeinbußen bedeutet dies ein Ende der Talfahrt; von einem kräftigen Aufschwung im Einzelhandel des Landes kann jedoch nicht gesprochen werden.

Schaubild 9

Umsatz im Einzelhandel Baden-Württembergs 1995

Nominale und reale Veränderung 1995 gegenüber 1994^{*)}



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

258 96

Auch für 1996 besteht kein Anlaß zu größeren Hoffnungen

Der Einzelhandel des Landes findet 1996 Rahmenbedingungen vor, die nur unwesentlich besser sind als 1995. Zwar begünstigt die zu Jahresbeginn vorgenommene Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums und des Kindergelds bzw. Kinderfreibetrags insbesondere einkommensschwächere und kinderreiche Familien mit typischerweise hohen Konsumquoten. Der gleichzeitige Anstieg der Renten- und Krankenversicherungsbeiträge sowie die zur Jahresmitte wirksam werdende zweite Stufe der Pflegeversicherung schmälern aber diesen positiven Effekt. Vor allem jedoch verhindert die neuerliche Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt einen kräftigen Anstieg des verfügbaren Einkommens breiter Bevölkerungsschichten. Schließlich ist eine weitere Senkung der Sparquote, die sich mittlerweile auf einem äußerst niedrigen Niveau befindet, nur wenig wahrscheinlich. Die reale Konsumnachfrage der privaten Haushalte wird daher 1996 kaum stärker steigen als 1995.

Erschwerend für den Einzelhandel ist in dieser Situation der ständig zunehmende Konkurrenzdruck, der nicht nur zu weiteren Rationalisierungsmaßnahmen zwingen wird, sondern über einen verschärften Preiswettbewerb auch umsatzdämpfende Wirkungen hat. Eine durchgreifende Besserung der Lage der Einzelhandelsbetriebe im Land ist daher 1996 kaum zu erwarten, wenngleich die Umsätze sowohl nominal als auch real leicht ansteigen dürften.

Im Zeichen eines zunehmenden Konkurrenzdrucks und der Notwendigkeit zu Kosteneinsparungen schreitet dagegen die Rationalisierung weiter voran. So reduzierten die Einzelhandelsbetriebe in Baden-Württemberg trotz der leichten Umsatzsteigerung im ersten Halbjahr 1995 die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nochmals um 0,5 %. Dabei hielt der bereits seit längerem zu beobachtende Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung an: Während sich nämlich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 3 % verringerte, stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um fast 3 % an.

Die Umsatzentwicklung im baden-württembergischen Einzelhandel verlief keineswegs einheitlich: So konnte im Bereich des Kfz-Handels und der Tankstellen mit nominal über 9 % und real über 8 % ein kräftiges Umsatzplus erzielt werden. Dagegen basierten die geringfügigen Umsatzsteigerungen des übrigen Einzelhandels um knapp 0,5 % lediglich auf Preissteigerungen: Real war eine Einbuße um fast 0,5 % hinzunehmen. Besonders auffällig ist hierbei der erneute kräftige Umsatzrückgang des Einzelhandels mit Waren verschiedener Art, dem insbesondere die Kauf- und Warenhäuser zugeordnet sind.

Außenhandel

Im Zuge der konjunkturellen Abschwächung in allen Industrieländern sowie der zu Jahresbeginn einsetzenden, erheblichen Währungsturbulenzen entwickelte sich der gesamte Welthandel 1995 nicht so dynamisch wie ursprünglich erhofft. Sein realer Zuwachs betrug nur gut 8 % nach knapp 10 % im Vorjahr.⁹ Die Position speziell der deutschen Exporteure wurde zudem durch die starke Aufwertung der DM gegenüber dem US-Dollar und den Währungen vieler europäischer Nachbarländer Anfang 1995 erschwert.

Dabei schienen im Frühjahr die für 1995 gehegten, sehr optimistischen Exportaussichten durchaus berechtigt zu sein: Im 1. Quartal 1995 konnten die baden-württembergischen Exporteure noch einen Zu-

9 Vgl. hierzu: Crinius W./Großer G.: Welthandel wird wieder rascher zunehmen, in: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg (Hrsg.): Konjunktur von morgen, Nr. 961, 18. April 1996.

Tabelle 19

Ausfuhr (Spezialhandel) Baden-Württembergs 1995 nach ausgewählten Handelspartnern

| Handelspartner | Ausfuhr 1995 ¹⁾ | | Veränderung | |
|--------------------------------|----------------------------|------------------------|--------------------------|--------------------------|
| | Wert | Anteil am Insgesamt | 1995 gegen- über 1994 | 1994 gegen- über 1993 |
| | Mill. DM | % | | |
| Europa | 84 116,0 | 67,8 | + 5,2 | + 10,6 |
| davon | | | | |
| EU-Länder | 62 650,3 | 50,5 | + 4,2 | + 10,8 |
| darunter | | | | |
| Belgien-Luxemburg | 5 173,8 | 4,2 | + 0,3 | + 14,0 |
| Frankreich | 14 199,8 | 11,5 | + 3,7 | + 9,9 |
| Großbritannien | 8 332,5 | 6,7 | + 9,4 | + 13,1 |
| Italien | 9 532,3 | 7,7 | + 1,0 | + 14,8 |
| Niederlande | 6 427,9 | 5,2 | + 8,4 | + 11,3 |
| Österreich | 6 966,4 | 5,6 | - 8,2 | + 5,7 |
| Schweden | 3 037,2 | 2,4 | + 14,2 | + 22,9 |
| Spanien | 4 187,2 | 3,4 | + 17,2 | + 10,7 |
| EFTA-Länder ²⁾ | 11 661,9 | 9,4 | + 6,7 | + 10,7 |
| darunter | | | | |
| Schweiz | 10 697,8 | 8,6 | + 6,4 | + 11,2 |
| Reformländer ³⁾ | 7 015,9 | 5,7 | + 7,4 | + 20,0 |
| darunter | | | | |
| Polen | 1 285,3 | 1,0 | + 11,2 | + 8,2 |
| Tschechische Republik | 1 667,5 | 1,3 | + 22,3 | + 23,7 |
| Ungarn | 1 271,9 | 1,0 | + 5,1 | + 28,1 |
| ehemalige Sowjetunion | 1 780,6 | 1,4 | - 14,0 | + 17,4 |
| Übriges Europa | 2 787,9 | 2,2 | + 16,6 | - 11,5 |
| Afrika | 2 975,1 | 2,4 | + 4,5 | + 1,9 |
| Amerika | 16 737,2 | 13,5 | + 3,3 | + 9,9 |
| darunter | | | | |
| Vereinigte Staaten | 12 357,9 | 10,0 | + 0,5 | + 10,4 |
| Asien | 18 973,6 | 15,3 | + 6,4 | + 7,2 |
| darunter | | | | |
| Japan | 4 324,0 | 3,5 | + 17,1 | - 2,8 |
| China | 1 542,1 | 1,2 | + 3,7 | - 25,3 |
| Asean ⁴⁾ | 4 569,9 | 3,7 | + 16,1 | + 26,8 |
| Australien und Ozeanien | 1 166,9 | 0,9 | + 0,8 | + 19,0 |
| Insgesamt | 124 005,6 | 100 | + 5,1 | + 9,8 |

1) Vorläufige Werte. – 2) 1995: Island, Norwegen, Svalbard, Liechtenstein, Schweiz. – 3) Gebiet der früheren Sowjetunion, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – 4) Thailand, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

wachs der Ausfuhren um stattliche 10 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichnen. Ein Großteil dieser Dynamik ging jedoch im Jahresverlauf verloren. So wurde 1995 insgesamt mit Ausfuhren im Wert von 124,0 Mrd. DM¹⁰ nur noch ein nominaler Exportzuwachs von etwas mehr als 5 % gegenüber 1994 erzielt. Diese Wachstumsrate liegt auch deutlich unterhalb des langfristigen Trends: In den 70er Jahre hatte die durchschnittliche Zuwachsrate der Ausfuhren aus Baden-Württemberg über 10 % betragen, in den 80er Jahre lag sie immerhin noch bei knapp 8 %.

Exportserfolge vor allem im Maschinenbau

Den bedeutendsten Beitrag zur Exportsteigerung 1995 leistete der Maschinenbau, der nach wie vor den höchsten Anteil an den gesamten Ausfuhren des Landes innehat. Hier konnte mit fast 10,5 % die Wachstumsrate des Jahres 1994 sogar noch übertroffen werden. Unterdurchschnittliche, vor allem aber deutlich unter dem Vorjahresergebnis liegende Zuwächse gab es dagegen bei den beiden anderen großen Warengruppen: Die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen nahm nur um knapp 4 % zu, die elektrotechnischen Erzeugnisse um nicht einmal 2 %. Bei der Ausfuhr von Textilien gab es – wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren – mit -3 % sogar einen absoluten Rückgang zu beklagen.

10 Vorläufiges Ergebnis.

Flaute in Westeuropa und im USA-Geschäft

Vor allem in Westeuropa und in den USA hat der Konjunkturaufschwung im Verlauf des Jahres 1995 wesentlich an Dynamik eingebüßt. Hinzu kam die extreme Aufwertung der DM gegenüber den Währungen in diesen Ländern. Folglich konnten die Ausfuhren in die EU, in die über die Hälfte aller Exporte des Landes geht, mit gut 4 % nur unterdurchschnittlich erhöht werden, nachdem 1994 hier noch ein Exportwachstum von fast 11 % erzielt wurde. Noch ausgeprägter ist die Abschwächung jedoch im USA-Geschäft: Nach einem satten Plus von mehr als 10 % im Jahr 1994 stagnierten die Exporte 1995 nahezu. Erfreulicher verlief dagegen die Entwicklung der Ausfuhren in die EFTA-Länder, die Reformländer in Osteuropa mit Ausnahme des Gebietes der ehemaligen Sowjetunion und nach Asien mit jeweils überdurchschnittlichen Zuwachsraten.

Im Handel mit den EU-Mitgliedsstaaten gab es im einzelnen höchst unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen: Während die Ausfuhren nach Frankreich, dem größten Handelspartner Baden-Württembergs überhaupt, nur unterdurchschnittlich zunahmen, erfuhren die Exporte nach Spanien, Schweden, Großbritannien und den Niederlanden geradezu einen Boom. Dagegen blieb das Wachstum der Ausfuhren nach Italien unter dem Druck der starken Lira-Abwertungen sehr schwach.

Tabelle 20

Warenstruktur der Ausfuhr (Spezialhandel) Baden-Württembergs 1994 und 1995

| Warenart | Ausfuhr 1995 ¹⁾ | | Ausfuhr 1994 | | Veränderung 1995 gegenüber 1994 ¹⁾ |
|--|----------------------------|------------------------|------------------|------------------------|--|
| | Wert | Anteil am Insgesamt | Wert | Anteil am Insgesamt | |
| | Mill. DM | % | Mill. DM | % | |
| Insgesamt | 124 005,6 | 100,0 | 118 042,3 | 100,0 | + 5,1 |
| darunter | | | | | |
| Maschinen | 30 865,3 | 24,9 | 27 953,6 | 23,7 | + 10,4 |
| Kraftfahrzeuge | 27 185,6 | 21,9 | 26 225,1 | 22,2 | + 3,7 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 18 673,2 | 15,1 | 18 378,8 | 15,6 | + 1,6 |
| Chemische Erzeugnisse | 12 503,8 | 10,1 | 11 829,0 | 10,0 | + 5,7 |
| Feinmechanische und optische Erzeugnisse | 4 667,8 | 3,8 | 4 485,0 | 3,8 | + 4,1 |
| Eisenwaren | 4 665,5 | 3,8 | 4 332,6 | 3,7 | + 7,7 |
| Textilien | 4 627,9 | 3,7 | 4 776,3 | 4,0 | - 3,1 |
| Waren aus NE-Metallen | 3 542,3 | 2,9 | 3 439,3 | 2,9 | + 3,0 |
| Papier, Pappe und Papierwaren | 3 204,3 | 2,6 | 2 883,9 | 2,4 | + 11,1 |

1) Vorläufige Werte.

Weiterhin gedämpfte Aussichten

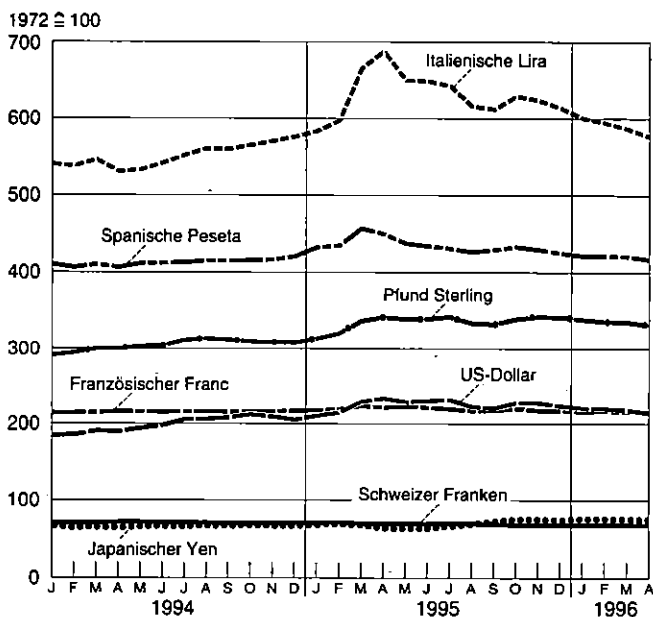
Maßgeblich für die weitere Entwicklung der Ausfuhren sind unter eher langfristigem Aspekt natürlich die technologische Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Exporteure und ihre unternehmerische Fähigkeit, neue Märkte zu erschließen. Zwar ist in den letzten Jahren mancher technologische Vorsprung, insbesondere gegenüber den kostengünstiger produzierenden Schwellenländer Südostasiens, geschrumpft oder gar verlorengegangen. Die Konkurrenzsituation auf den Weltmärkten ist dadurch zweifellos härter geworden. Das wirtschaftliche Wachstum gerade in Südostasien sowie die zunehmenden Handelsverflechtungen ehemals planwirtschaftlich organisierter Länder in Osteuropa bieten jedoch durchaus auch neue Chancen für die hiesigen Exporteure.

Ferner spielen, kurzfristig betrachtet, der Konjunkturverlauf in den Absatzländern und die Währungsrelationen eine wesentliche Rolle. Angesichts des anhaltend geringen Wirtschaftswachstums in den meisten Industrieländern wird der Welthandel 1996 kaum stärker steigen als 1995.¹¹ Dies gilt insbesondere für den Bereich der Europäischen Union, der traditionell das Hauptabsatzgebiet der baden-württembergischen Exporteure ist. Von der Nachfrageseite her bleiben somit die Impulse für den Export des Landes wohl eher verhalten.

Seit Mitte des Jahres 1995 ist auf den internationalen Devisenmärkten etwas Ruhe eingetreten, was die Exportbedingungen für 1996 wieder verbessert. Insbesondere hat sich die heftige Aufwertung der DM in der ersten Jahreshälfte 1995 in den letzten Monaten teilweise zurückgebildet. So lag der Index des Außenwertes der DM¹² im März 1996 um 2,5 % unter seinem Höchstwert vom März 1995, aber immer noch 5,5 % über seinem Wert im März 1994. Vor allem gegenüber dem US-Dollar, dem britischen Pfund und der italienischen Lira ist die DM immer noch deutlich stärker bewertet als vor zwei Jahren. Gleiches gilt für den japanischen Yen, der gegenüber der DM allerdings seit einem Jahr kontinuierlich an Wert verloren hat. Alles in allem werden unter diesen Bedingungen vom Export 1996 wieder stärkere Impulse für die baden-württembergische Wirtschaft ausgehen als 1995. Ob ihm aber eine so zentrale Bedeutung zukommt wie im Aufschwung 1994, erscheint fraglich.

Schaubild 10

Außenwert der DM gegenüber ausgewählten anderen Währungen von Januar 1994 bis April 1996



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

259 96

Insolvenzen

Steigende Insolvenzzahlen seit 5 Jahren

In Baden-Württemberg kletterte die Zahl der Insolvenzen 1995 auf ein neues Rekordniveau. Mit fast 3 400 beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren lagen die Insolvenzen noch einmal gut 8 % über dem bisherigen Höchststand von 1994. Damit sind nunmehr schon seit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Abschwungphase im Jahr 1991 steigende Insolvenzzahlen zu verzeichnen. Nach dem konjunkturellen Tiefpunkt 1993 ist die südwestdeutsche Wirtschaft noch nicht richtig in Schwung gekommen. So ist eine Trendwende in der Insolvenzentwicklung bislang ausgeblieben. Das hohe Tempo bei der Zunahme der Insolvenzen hat sich jedoch 1995 erstmals wieder abgeschwächt (1991: + 4 %, 1992: + 15 %, 1993: + 17 %, 1994: + 19 %, 1995: + 8 %).

Die Gesamtentwicklung der Insolvenzen wurde in den vergangenen fünf Jahren durch den Verlauf der Unternehmensinsolvenzen bestimmt. Die Insolvenzfälle der übrigen Gemeinschuldner (Konkurse natürlicher

11 Hiervon geht auch das Frühjahrsgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. aus. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1996, in: DIW-Wochenbericht, Heft 18/96, 2. Mai 1996, S. 285 - 315.

12 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank: Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1989, S. 44 - 52.

Personen und von Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Nachlaßkonkurse) haben hingegen nur unterdurchschnittlich stark zu- bzw. im vergangenen Jahr sogar abgenommen. Infolge dieser Entwicklungen stieg der Anteil der Unternehmensinsolvenzen im Zeitraum 1991 bis 1995 von 46 % auf 65 % aller Insolvenzfälle. Von den 1995 insgesamt beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren entfielen 2 200 – 15 % mehr als im Vorjahr – auf Unternehmen und freie Berufe. Die Insolvenzfälle der übrigen Gemeinschaftschuldner gingen dagegen um 2 % auf knapp 1 200 zurück.

Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe, starke Zunahmen im Einzelhandel und im Baugewerbe

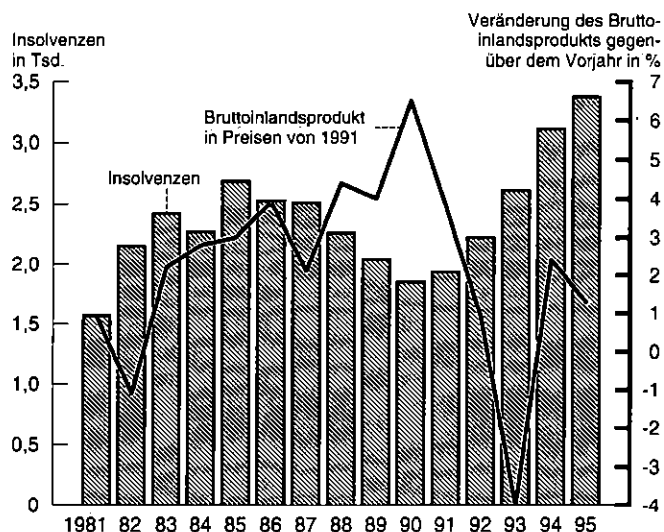
Allerdings ist der prozentuale Zuwachs bei den Unternehmensinsolvenzen seit 1992 geringer geworden und war 1995 nur noch halb so groß wie drei Jahre zuvor.

Verantwortlich hierfür waren im wesentlichen die Entwicklungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (ohne Handel und Verkehr). Im Verarbeitenden Gewerbe waren die Insolvenzmeldungen im vergangenen Jahr seit Rezessionsbeginn erstmals wieder rückläufig. Nach der 1995 erstmalig anzuwendenden neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93) waren diesem wichtigen Wirtschaftszweig 420 Insolvenzfälle zuzurechnen, fast 7 % weniger als 1994. Im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen nahm die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche mit + 1 % nur leicht zu. Mit + 44 % kräftig zugenommen haben dagegen die beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren im Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel). Im Baugewerbe wurden 430 Insolvenzfälle gemeldet, 37 % mehr als im Vorjahr.

Wie schon in den vergangenen Jahren waren unter den Unternehmen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung besonders von Zahlungsschwierigkeiten betroffen. Fast drei Viertel der Unternehmensinsolvenzen entfielen dabei auf Unternehmen, die weniger als acht Jahre bestehen.¹³ Über die Ursachen der Insolvenzen enthält die amtliche Insolvenzstatistik keine Informationen. In einer 1992 von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Untersuchung über mögliche Insolvenzgründe werden als wichtigste Ur-

Schaubild 11

Insolvenzen*) im Konjunkturverlauf Baden-Württembergs seit 1981



*) Ohne Anschlußkonkurse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

260 96

sachen die mangelnde Eigenkapitalausstattung, die ungenügende Absatz- und Auftragsentwicklung und Managementfehler genannt.¹⁴ Eine zu geringe Eigenkapitaldecke ist wohl die Hauptursache für das Scheitern junger Unternehmen. Für die hohen Insolvenzzahlen in jüngster Zeit dürften aber auch Mitzieheffekte aufgrund der Verflechtung der Unternehmen untereinander und die zunehmende Verselbständigung einzelner Unternehmensteile verantwortlich sein.

Geringste Insolvenzgefährdung im Südwesten

Wie schon im Jahr 1994 zu beobachten war, ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auch 1995 in Baden-Württemberg mit 15 % stärker angestiegen als im früheren Bundesgebiet. Dort nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen durchschnittlich um 10 % zu. Damit hat sich die Position Baden-Württembergs im Bundesländervergleich nochmals verschlechtert. Die Insolvenzhäufigkeit – ausgedrückt als Verhältnis der Unternehmensinsolvenzen zur Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen – war jedoch in Baden-

13 Weitere Informationen über das Insolvenzgeschehen in Baden-Württemberg enthält der Beitrag von Engelbert Drißner "Insolvenzen 1995", in: "Baden-Württemberg in Wort und Zahl", Heft 8/1996.

14 Vgl.: "Die Untersuchung von Unternehmensinsolvenzen im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung durch die Deutsche Bundesbank", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1992, S. 30 ff.

Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern innerhalb des früheren Bundesgebiets immer noch am niedrigsten. In Baden-Württemberg kamen 1995 auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen 59 Insolvenzfälle. Ähnlich gering wie hierzulande war die Insolvenzgefährdung nur in Bayern und Rheinland-Pfalz mit 60 bzw. 67 Unternehmenszusammenbrüchen.¹⁵

Keine Entwarnung für 1996

Obwohl die Zahl der Insolvenzen im Jahr 1995 nicht mehr so stark zugenommen hat wie in den Vorjahren, spricht einiges dafür, daß die Insolvenzsituation in diesem Jahr angespannt bleibt. Nach dem Verlaufsmuster vergangener Rezessionen wäre eine Zunahme der Insolvenzfälle im dritten Folgejahr der Rezession nicht ungewöhnlich. Erschwerend kommt hinzu, daß sich die Konjunktur bereits 1995 abgeschwächt hat und die Wachstumserwartungen für 1996 noch unter denen des Vorjahres liegen. Das Konkursgeschehen wird im wesentlichen davon abhängen, wie sich die Konjunktur in den Wirtschaftszweigen Handel, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Dienstleistungen für Unternehmen, Baugewerbe und Verarbeitendes Gewerbe entwickeln wird. Auf diese vier Bereiche entfielen 1995 mehr als 80 % aller Unternehmensinsolvenzen.

Infolge der steuerlichen Entlastungseffekte durch das Jahressteuergesetz 1996 könnte der private Konsum angeregt werden, wovon insbesondere der Handel, aber auch die Konsumgüterbereiche des Verarbeitenden Gewerbes profitieren. Anhaltspunkte für diese Entwicklung geben die Insolvenzzahlen der ersten drei Monate dieses Jahres. Im Handel lagen die beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren rund 20 % unter dem entsprechenden Vorjahresquartal, im Verarbeitenden Gewerbe gingen die Insolvenzfälle um 5 % zurück. Rückschlüsse auf das ganze Jahr dürften anhand dieser Ergebnisse jedoch verfrüht sein. So ist nicht auszuschließen, daß die Insolvenzfälle im Verarbeitenden Gewerbe wegen der seit Herbst vergangenen Jahres anhaltenden schlechten Auftragslage im Jahresverlauf wieder zunehmen. Auch im Baugewerbe und den damit verbundenen Dienstleistungsbereichen des Grundstücks- und Wohnungswesens deutet sich eine Zunahme der Konkurs- und Vergleichsverfahren an. Von Januar bis März 1996 gerieten im Baugewerbe verglichen mit dem Vorjahresquartal 15 % mehr Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten, im Grundstücks- und Wohnungswesen stieg ihre Zahl sogar um 50 %.

Vermögen privater Haushalte

Um den materiellen Wohlstand der privaten Haushalte zu beschreiben, ist neben dem verfügbaren Einkommen vor allem das Vermögen geeignet. Zudem besteht zwischen der Höhe des Einkommens und des Vermögens eine wechselseitige Beziehung: Zum einen ist das Sparen als eine Art der Einkommensverwendung gleichzusetzen mit der Vermögensbildung, zum anderen sind Vermögenserträge ein Teil des Einkommens. So betrugen 1995 die Ersparnisse der privaten Haushalte im Bundesgebiet rund 257 Mrd. DM. Das waren 11,5 % des verfügbaren Einkommens. Die Sparquote ist damit in den vergangenen Jahren deutlich gesunken; im Jahr 1992 betrug sie noch rund 12,8 %. Die Abnahme ist nicht zuletzt auf die sinkenden Reallohne zurückzuführen, d.h. es wurde weniger gespart, um den Lebensstandard zu halten. Andererseits betrug 1994 das Vermögenseinkommen der privaten Haushalte rund 9 % aller erwirtschafteten Einkommen, also des Volkseinkommens. Während es aber bezüglich des Einkommens und dessen Verwendung Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt, gibt es bezüglich des Vermögens bisher nur wenige Ansätze. Insbesondere gibt es keine genauen Angaben zur Vermögensverteilung. Allen Anhaltspunkten nach ist diese aber stark ungleich, so daß Durchschnittsangaben auf diesem Gebiet keine Aussage haben. Einen Einblick über das im früheren Bundesgebiet vorhandene Gesamtvermögen gibt lediglich eine Vermögensbilanz für das Jahr 1982/83.¹⁶ Danach summierten sich die gesamten Vermögenswerte im Jahr 1983 auf 10 012 Mrd. DM. Dabei hatten die privaten Haushalte Vermögenswerte in Höhe von 4 662 Mrd. DM, die zu 24 % auf den Grund und Boden entfielen, zu 38,5 % auf Wohnbauten und zu 37,5 % auf Forderungen, also Geldvermögen, Wertpapiere und Aktien. Verbindlichkeiten (zum Beispiel Kredite usw.) hatten die privaten Haushalte in Höhe von 627 Mrd. DM. Das private Gebrauchsvermögen betrug zudem noch 661 Mrd. DM. Das Vermögen der privaten Haushalte betrug damit im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt je Einwohner rund 76 500 DM. Die Unternehmen besaßen dagegen ein Reinvermögen in Höhe von 4 041 Mrd. DM und der Staat von 1 275 Mrd. DM.

Umfassende Vermögensbilanzen liegen für aktuelle Jahre nicht vor. Es ist jedoch möglich, Teilgrößen der Vermögensbilanz darzustellen. So liegt zum Beispiel das Wohnungsvermögen vor: Es betrug 1994 im Bundesgebiet 4 091 Mrd. DM und in Baden-Württemberg 707 Mrd. DM. Von diesen Wohnbauten waren 51 % über 20 Jahre alt, 26 % bis zu 10 Jahre alt und 24 %

15 Vgl.: Angele, J., Insolvenzen 1995, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1996, S. 243.

16 Vgl. hierzu: Schmidt, L.: Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: Forum der Bundesstatistik, Band 4, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hrsg.).

zwischen 10 und 20 Jahre alt. Zudem befinden sich im früheren Bundesgebiet von diesem Wohnvermögen über drei Viertel im Eigentum privater Haushalte.

Das Nettogebrauchvermögen zu Wiederbeschaffungspreisen des früheren Bundesgebiets, das heißt der Zeitwert des Vermögens, also der Kraftfahrzeuge und Fahrräder, Möbel, Haushaltsgeräte und anderen langlebigen Gebrauchsgüter, belief sich 1993 auf 1 158 Mrd. DM.¹⁷ Es ist damit seit 1970 auf mehr als das Sechsfache gestiegen. Bezogen auf die Zahl der Privathaushalte ergab sich 1993 für das frühere Bundesgebiet ein durchschnittliches Nettogebrauchvermögen von 40 400 DM je Haushalt. Das Gebrauchvermögen nahm im Zeitraum 1970 bis 1993 um jährlich durchschnittlich 8,3 % zu.

Die Summe des privaten Geldvermögens betrug insgesamt 3 510 Mrd. DM. Davon entfiel jeweils rund ein Viertel auf Sparanlagen und auf Geldanlagen bei Versicherungen. Weitere 19 % wurden in festverzinslichen Wertpapieren angelegt und 15 % als Termingelder gehalten. Die Geldanlage bei Bausparkassen betrug 145,5 Mrd. DM (4 %), die Aktien beliefen sich auf einen Wert in Höhe von 226,2 Mrd. DM (6 %) und die Investmentzertifikate auf 265,8 Mrd. DM (8 %). Nicht berücksichtigt ist dabei die Bargeldhaltung. Im Jahr 1995 betrug das gesamte Bruttogeldvermögen (einschließlich Sichteinlagen und Bargeld) 4 647,6 Mrd. DM, während sich die gesamten Verpflichtungen der privaten Haushalte auf 1 604 Mrd. DM beliefen und somit das Nettogeldvermögen 3 043,6 Mrd. DM betrug. Das sind im Durchschnitt je Einwohner 37 380 DM. Das Nettogeldvermögen nahm 1995 gegenüber 1994 um 8,6 % zu, von 1993 auf 1994 betrug die Steigerungsrate 1,9 %.

Weitere Auskünfte über die Vermögenslage der privaten Haushalte gibt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Jedoch weisen diese Ergebnisse nur rund 56 % des von der Bundesbank ausgewiesenen Geldvermögens ohne Bargeld und Sichteinlagen aus.¹⁸ So werden in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zum Beispiel die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht erfaßt ebenso wie Haushalte mit besonders hohem Einkommen. Allerdings liegen hier Landesergebnisse vor. Über die Vermögensverteilung gibt außerdem die Vermögensteuerstatistik einige Hinweise. Während in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aber die Bezie-

her sehr hoher Einkommen nicht befragt werden, werden in der Vermögensteuerstatistik nur die Vermögensteuerepflichtigen erfaßt. Auf diese Weise werden einige Personen bzw. Haushalte in beiden Statistiken und einige überhaupt nicht erfaßt. Dennoch ergänzen sich Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und Vermögensteuerstatistik insofern, als erstere weitgehend die Vermögenswerte breiter Bevölkerungsschichten abbildet, während letztere eher die Vermögenssituation von Spitzenverdienern und Vermögenden beschreibt.

Kräftiger Anstieg des Geldvermögens

Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁹ belief sich Ende 1993 das wertmäßig nachgewiesene Bruttogeldvermögen je Haushalt auf 73 400 DM. Im früheren Bundesgebiet errechnete sich dagegen ein Bruttogeldvermögen in Höhe von 65 300 DM. In Baden-Württemberg entfielen allein 46 % auf Lebensversicherungen und Sonstiges Geldvermögen.

Betrachtet man nur die Sparbücher, Bausparguthaben und Wertpapiere, in dieser Abgrenzung liegen Daten seit 1973 vor, zeigt sich, daß das so abgegrenzte Geldvermögen (Brutto) 1993 etwa 39 800 DM je Haushalt betrug. Ende 1988 waren es erst 30 000 DM, was einem Anstieg von rund einem Drittel entspricht. 1973 betrug das Geldvermögen dagegen nur 16 800 DM, so daß ein Anstieg von 1973 bis 1993 in Höhe von 137 % zu verzeichnen ist. Mit diesem Vermögenszuwachs ging eine deutliche Strukturveränderung hinsichtlich der verschiedenen Anlageformen einher: Wurden 1988 noch 41 % des Bruttogeldvermögens in dieser Abgrenzung auf Sparbüchern und 20 % in Form von Bausparguthaben gehalten, waren es 1993 nur noch 31 % bzw. 15 %. Dagegen erfreuen sich – wie bereits erwähnt – Wertpapiere mit einem Anteil von 54 % im Jahr 1993 gegenüber 39 % im Jahr 1988 und 20 % im Jahr 1973 deutlich wachsender Beliebtheit. Im Durchschnitt kamen auf einen Haushalt Wertpapiere in Höhe von 21 400 DM gegenüber 11 700 DM im Jahr 1988. Sie überflügeln damit 1993 erstmals die Sparbücher vom Gesamtbetrag her deutlich (12 200 DM), blieben aber wegen des geringeren Verbreitungsgrades hinter den nun voll nachgewiesenen Lebensversicherungen mit einem Betrag von 25 500 DM zurück. Eine ähnlich expansive Entwicklung vollzog sich beim sonstigen Geldvermögen (z.B. Festgelder, Berlindarlehen), einer Anlageform, die aber weiterhin nur eine Minderheit anspricht (8 200 DM). Andererseits gingen

17 Vgl. hierzu: Schäfer D./Bolleyer R.: Gebrauchvermögen privater Haushalte, in: Wirtschaft und Statistik 8/1993.

18 Guttman E.: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik 5/1995.

Vgl. hierzu auch: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, zuletzt Mai 1996.

19 Vgl.: Kössler, R.: Zur Vermögenslage privater Haushalte, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1995.

die Kreditverpflichtungen aus Konsumentenkrediten im Zeitraum 1988 bis 1993 geringfügig zurück. Wenn auch der Anteil der Haushalte, die solche Kreditverpflichtungen eingingen, mit 17 % im Jahr 1993 und 18 % im Jahr 1988 verhältnismäßig gering war, betrug die durchschnittliche Kreditverpflichtung 1993 rund 12 500 DM, 1988 waren es 12 800 DM.

Rund 76 % des Nettovermögens in Immobilien gebunden

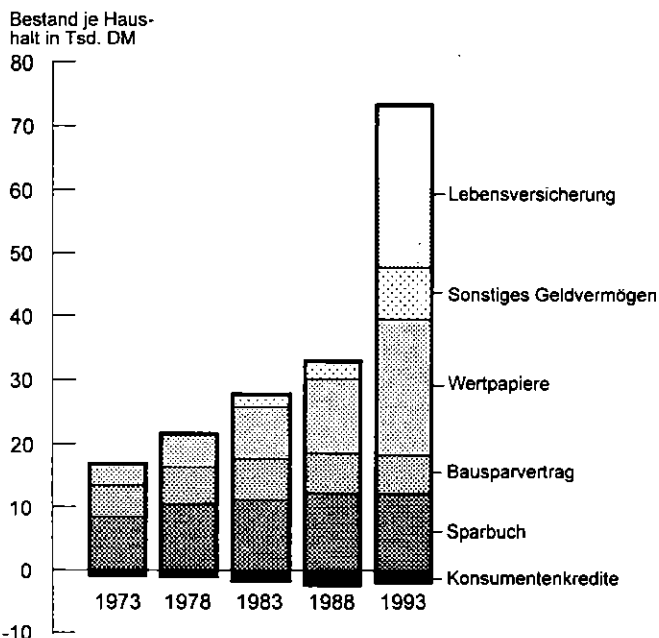
Seit 1993 werden in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die Verkehrswerte erfaßt, was die überragende Bedeutung des Grundvermögens innerhalb des privaten Vermögens zum Ausdruck bringt. Mit 480 900 DM je Grundbesitzerhaushalt, die bezogen auf alle Haushalte immer noch 271 300 DM entsprechen, stellte das Grundvermögen alle anderen Vermögenswerte deutlich in den Schatten. So betrug der Anteil der Immobilien an allen erfaßten positiven Vermögensbeständen in Höhe von 344 600 DM rund 79 %. Diesem Bruttovermögenswert stehen neben den Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten auch Hypotheken und Baudarlehen in Höhe von 40 700 DM je Haushalt gegenüber, die gegenüber 1988 um 24 % gestiegen sind. Wenn man vom gesamten erfaßten Bruttovermögen die beiden Arten von Kreditverpflichtungen subtrahiert, errechnet sich für Ende 1993 je Haushalt ein Nettovermögen von 301 800 DM, von dem 71 200 DM oder rund 24 % als Geldvermögen gehalten werden und 230 600 DM oder rund 76 % in Immobilien gebunden sind.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gibt auch Hinweise zur Sozialstruktur der Vermögenshalter. Nur wenige Haushalte haben entweder überhaupt kein Vermögen (2,1 %) oder nur Grundvermögen (0,3 %). Demnach besitzen nahezu alle Grundbesitzer gleichzeitig auch Geldvermögen, womit sie die stärkste Gruppe darstellen (56,1 %). Ausschließlich über Geldvermögen verfügt eine starke Minderheit von 41,5 %. Über Haus- und Grundbesitz verfügten 1993 in Baden-Württemberg 56 % aller Haushalte. 1973 waren es noch 45 %. Dabei besitzen Einpersonenhaushalte in relativ geringem Umfang Immobilienvermögen. Mit zunehmender Haushaltsgröße nimmt der Anteil solcher mit Haus- und Grundbesitz kontinuierlich zu. In der Aufgliederung nach dem Haushaltstyp läßt sich weiter spezifizieren, daß insbesondere Ehepaare mit und ohne Kinder überdurchschnittlich mit Immobilien-eigentum ausgestattet sind. Elternteile mit Kindern verfügen dagegen seltener über Grundbesitz, ebenso wie Einpersonenhaushalte, unter denen wiederum alleinlebende Frauen etwas häufiger Grundvermögen besitzen als entsprechende Männer. Dabei dürfte es sich überwiegend um Witwen handeln, die weiterhin über ehemaliges Familienvermögen verfügen. Die

Schaubild 12

In den Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 bis 1993 erfaßtes Geldvermögen privater Haushalte in Baden-Württemberg

Stand jeweils 31. Dezember



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

262 96

Betrachtung nach der sozialen Stellung der Bezugsperson ergibt erwartungsgemäß, daß insbesondere Selbständigenhaushalte im hohen Anteil Immobilien besitzen (71 %). Beamte verfügten zu 67 % über Haus- und Grundbesitz, während Angestellte (58 %), Arbeiter (53 %) sowie Nichterwerbstätige (55 %) um den Durchschnitt liegen. Wesentliche Unterschiede bestehen zudem nach dem Lebensalter und erwartungsgemäß nach der Höhe des Einkommens.

Zur Höhe und Verteilung des Steuerlichen Vermögens

Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik liegen für 1989 vor.²⁰ Das Gesamtvermögen aller Vermögensteuerpflichtigen belief sich 1989 in Baden-Württemberg auf rund 199 Mrd. DM. 1980 waren es noch 127 Mrd. DM. Die unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen, die 1989 rund 90 % der Vermögensteuerpflichtigen stellten, verfügten in diesem Veran-

²⁰ Vgl.: Drißner, Engelbert: Zur Verteilung des steuerlichen Vermögens, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1994.

lagungsjahr über 122,5 Mrd. DM Gesamtvermögen. Ihr Anteil am Gesamtvermögen lag damit bei rund 62 %. Das Gesamtvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen belief sich auf 74,4 Mrd. DM, dies waren 37,4 %. In Baden-Württemberg waren im Jahr 1989 rund 184 700 Personen uneingeschränkt steuerpflichtig, das waren etwa 4,4 % der privaten Haushalte.

Dabei war das Vermögen allerdings nicht gleichmäßig verteilt. Auf die Veranlagten mit einem Gesamtvermögen bis 300 000 DM, die 1989 gut die Hälfte der natürlichen Personen stellten, entfielen 14,5 % des veranlagten Gesamtvermögens. Vermögen von 1 Mill. DM und mehr wurden 1989 von knapp 10 % der Steuerpflichtigen gehalten, auf die jedoch gut 56 % des Gesamtvermögens entfielen.

Die Art der Beteiligung am Erwerbsleben erlaubt einen Einblick in die Sozialstruktur der Vermögenssteuerpflichtigen. Nach diesen Angaben gingen 1989 rund 44 % aller Veranlagten einer Erwerbstätigkeit nach, wobei auf diese Gruppe 65,8 % des Gesamtvermögens entfiel. 24,4 % der Veranlagten waren zugleich selbständig, sie hielten 50,5 % des gesamten Vermögens. Ferner waren 19,6 % nicht selbständig und 56 % nicht erwerbstätig. Die Nichtselbständigen verfügten über 15,3 % des Vermögens, wobei 11,6 % des Gesamtvermögens auf Angestellte entfiel. Die nichterwerbstätigen Steuerpflichtigen verfügten dagegen über 34,2 % des Gesamtvermögens.

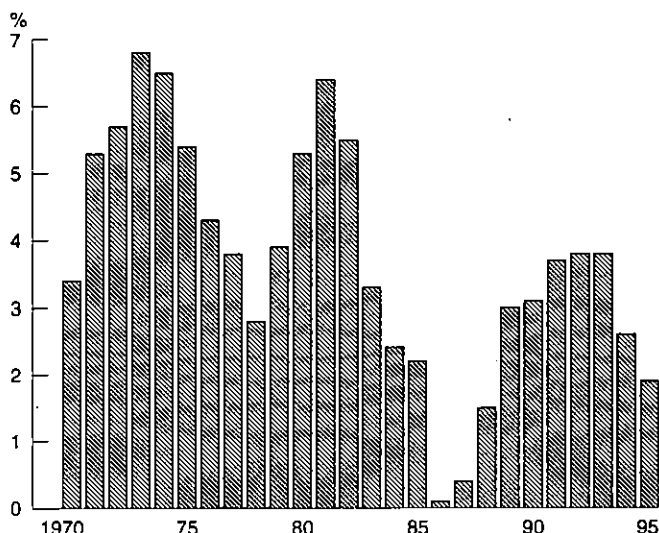
Nur noch geringer Preisanstieg

Der Auftrieb der Verbraucherpreise hat im Laufe des Jahres 1995 deutlich nachgelassen. Für Baden-Württemberg errechnete sich eine durchschnittliche Teuerungsrate von 1,9 %. Dies ist die niedrigste Jahresveränderungsrate seit 1988, als sie 1,5 % betrug. 1994 hatte die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate 2,6 % betragen, 1993 betrug sie sogar 3,8 %. Anfang 1996 setzte sich die günstige Preisentwicklung fort. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Baden-Württembergs lag im April 1996 um 1,2 % über dem Vorjahreswert. Für die Abschwächung des Preisauftriebs spielt eine Rolle, daß die Verbrauchsgüterkonjunktur relativ verhalten verläuft und dadurch Preisanhebungen nur schwer durchzusetzen sind. Außerdem sorgte die Aufwertung der D-Mark über die Einfuhrverbilligung zu einer verstärkten Konkurrenz ausländischer Anbieter im Inland. Zudem wirkte sich bei den Ausgaben für häusliche Energie der Wegfall des Kohlepfennigs aus. So errechnete sich für die häusliche Energie im April eine Preissenkung um

Schaubild 13

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg seit 1970

Veränderung gegen Vorjahr



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

261 96

2,1 %, obwohl der Preis für Heizöl um 15,3 % stieg, da gleichzeitig die Entwicklung der Strom- und Gaspreise verbraucherfreundlich verlief (-7 % bzw. -1,6 %). Ebenfalls billiger als vor einem Jahr waren die Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art (-1,5 %). Überdurchschnittlich stiegen dagegen die Güter für die Gesundheits- und Körperpflege (+2,9 %), die Wohnungsmieten (+2,2 %) und Güter für Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung (+2 %). Bei den Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung machte sich die Anhebung der Preise der Personenbeförderung Anfang des Jahres bemerkbar und die Neustrukturierung des Tarifgefüges der Telekom dürfte zudem eine Verteuerung der Fernsprechg Gebühren bewirkt haben. Relativ stark belasteten auch die Preise für Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung sowie Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit, das Haushaltsbudget mit einem Preisanstieg von jeweils 1,4 %. Profitieren konnten die Verbraucher dagegen von der insgesamt günstigen Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren sowie Bekleidung und Schuhe mit einem Preisanstieg von jeweils lediglich 0,9 %.

Für das Bundesgebiet lag die durchschnittliche Jahresteuersatzrate 1995 bei 1,8 %. Im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten nimmt damit Deutschland wieder eine günstige Position ein. Niedrigere Preissteigerungsraten wiesen lediglich Frankreich und Belgien auf.

Importpreisniveau begünstigt einheimische Preisbewegungen

Die Betrachtung der vorgelagerten Handelsstufen macht noch deutlicher, daß sich das Preisklima im Jahr 1995 – nicht zuletzt unter dem Einfluß außenwirtschaftlicher Faktoren – entspannt hat. So wurde die ursprüngliche Verteuerung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt im Laufe des Jahres 1995 durch die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar weitgehend kompensiert. Dies war einer der wesentlichen Gründe dafür, daß das Importpreisniveau insgesamt im zweiten Halbjahr 1995 zurückging. So zogen die Einfuhrpreise im Durchschnitt des ersten halben Jahres 1995 um 1,1 % an und sanken im zweiten Halbjahr sogar um 0,2 %. Im ersten Quartal 1996 haben zwar auf den internationalen Märkten die Preise für Rohstoffe und Energie wieder angezogen, aber die Preisbewegungen hielten sich in engen Grenzen. Damit waren im Durchschnitt des ersten Quartals 1996 die Importgüter um 0,5 % billiger als vor Jahresfrist.

Die Entlastungen von außen, möglicherweise aber auch aufwertungsbedingter verschärfter Wettbewerb auf den heimischen Märkten, haben dazu beigetragen, daß im westlichen Bundesgebiet auf der industriellen

Erzeugerstufe der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 1995 weitgehend zum Stillstand gekommen ist. Für gewerbliche Erzeugnisse mußte im Durchschnitt des Jahres 1995 um 1,7 % mehr bezahlt werden als vor einem Jahr, wobei sich die Jahresteuerrate im Verlauf des Jahres zunehmend verringerte. Im ersten Quartal 1996 kam es sogar zu einer Preissenkung um 0,3 %. Dies ist nicht zuletzt auf den Wegfall des Kohlepennings zu Jahresbeginn 1996 zurückzuführen.

Diese alles in allem moderate Preisentwicklung der Einfuhr- und Erzeugerpreise bewirkte bei den Großhandelspreisen 1995 eine Zunahme um 2,1 %. Vom ersten Quartal 1995 zum ersten Quartal 1996 betrug die Verbilligung bereits 1,2 %. Etwas günstiger fiel 1995 die Preissteigerung im Einzelhandel aus. Hier lag das Preisniveau im Durchschnitt des Jahres 1995 nur um 0,9 % höher als im Vorjahr. Allerdings ist hier auch im ersten Quartal 1996 eine Preissteigerungsrate um 0,8 % festzustellen.

Bauleistungen haben sich in Baden-Württemberg 1995 zwar noch mäßig verteuert (+ 1 %). Anfang 1996 zeigte sich allerdings bereits eine Verbilligung der Bauleistungen. So sanken die Preise im Februar 1996 binnen Jahresfrist um 0,6 %.

Tabelle 21

Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1995 und 1996

– Veränderung gegen Vorjahr in % –

| Jahr Quartal Monat | Außenhandel | | Landwirtschaft | | Industrie | Handel | | Wohnungs- bau | Lebens- haltung |
|--------------------------|--------------------|--------------------|---|---|--|--|-------------------------------|--|--------------------------------|
| | Einfuhr- preise | Ausfuhr- preise | Erzeuger- preise landwirt- schaft- licher Produkte | Einkaufs- preise landwirt- schaftlicher Betriebs- mittel | Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte | Groß- handels- verkaufs- preise | Einzel- handels- preise | Bauleistungen an neuen Wohn- gebäuden | aller privaten Haushalte |
| | Deutschland | | früheres Bundesgebiet | | | Deutschland | | Baden-Württemberg | |
| 1995 | | | | | | | | | |
| 1. Quartal | + 1,7 | + 1,8 | + 7,2 | + 2,2 | + 1,7 | + 4,3 | + 1,0 | + 1,3 | + 2,0 |
| 2. Quartal | + 0,4 | + 1,8 | + 4,5 | + 1,2 | + 2,0 | + 3,4 | + 0,9 | + 1,4 | + 2,1 |
| 3. Quartal | + 0,2 | + 2,0 | + 3,8 | + 0,8 | + 1,9 | + 0,7 | + 0,7 | + 0,9 | + 1,8 |
| 4. Quartal | - 0,6 | + 1,0 | - 1,9 | + 0,8 | + 1,3 | - 0,5 | + 0,6 | + 0,5 | + 1,5 |
| Jahr | + 0,4 | + 1,7 | + 3,3 | + 1,3 | + 1,7 | + 2,1 | + 0,9 | + 1,0 | + 1,8 |
| 1996 | | | | | | | | | |
| Januar | - 1,0 | + 0,5 | - 3,6 | + 1,3 | - 0,1 | - 1,1 | + 0,7 | . | + 1,3 |
| Februar | - 0,8 | + 0,2 | - 6,6 | + 0,6 | - 0,3 | - 1,4 | + 0,8 | . | + 1,2 |
| März | + 0,4 | + 0,6 | - 5,1 | + 1,1 | - 0,5 | - 1,1 | + 0,9 | . | + 1,2 |
| 1. Quartal | - 0,5 | + 0,4 | - 5,1 | + 1,0 | - 0,3 | - 1,2 | + 0,8 | - 0,6 | + 1,3 |
| April | + 0,3 | + 0,1 | . | . | - 0,7 | - 1,1 | + 0,9 | . | + 1,2 |

Insgesamt betrachtet ist nicht anzunehmen, daß sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 1996 deutlich verstärkt. So prognostizierten die Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten²¹ einen Anstieg des Preisniveaus für den privaten Verbrauch von 1,5 % sowohl für das erste als auch das zweite Halbjahr 1996.

Einbußen beim realen Nettoeinkommen

Mit der Produktion von Gütern und Dienstleistungen ist simultan die Entstehung von Einkommen verbunden. So wurden in Baden-Württemberg 1994 rund 254 Mrd. DM Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit erwirtschaftet. Außerdem flossen den privaten Haushalten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Höhe von 116 Mrd. DM zu. Diese Beträge standen den Privathaushalten jedoch nicht in vollem Maße für Konsum- und Sparscheidungen zur Verfügung, vielmehr gingen davon Steuern und Sozialabgaben ab. Zur Verfügung standen schließlich Nettolöhne und -gehälter in Höhe von 135 Mrd. DM und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Höhe von 108 Mrd. DM. Das waren 53 bzw. 93 % der ursprünglichen Bruttoverdienste. Im Durchschnitt der 80er und 90er Jahre sind jedoch die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stärker gewachsen als die Einkommen aus unselbständiger Arbeit. So nahmen im Land die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in den 80er Jahren um jahresdurchschnittlich 4,8 % zu und im Zeitraum von 1990 bis 1994 um 3,6 %, während die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 7,8 % bzw. 8,5 % stiegen. Dies spiegelt auch die bereinigte Lohnquote wider, die ab 1982 tendenziell fortlaufend sank. Die bereinigte Lohnquote gibt den Anteil der Arbeitnehmerinnen und -einkommen am Volkseinkommen bei gleichbleibender Beschäftigungsstruktur wider. Sie hatte im Jahr 1982 mit 70,4 % ihren höchsten Wert und sank anschließend bis auf schließlich 64 % im Jahr 1994. Auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit entfiel damit ein immer kleinerer Teil des insgesamt erwirtschafteten Volkseinkommens.

Von der Einkommensentwicklung her gesehen war aber auch 1995 ein mageres Jahr. Die Brutto Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer ist 1995 im Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr um 3,6 % gestiegen, nach einer Zunahme um 2,4 % im Jahr 1994. Von diesen Bruttoverdiensten gehen allerdings die Lohnsteuer

und die Sozialbeiträge ab. Netto betrachtet verblieb daher nur ein geringer Einkommenszuwachs, da mit Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags und der Einführung der Pflegeversicherung auch die Abgabenbelastung zunahm. Im Jahr 1995 beliefen sich die Nettolöhne und -gehälter nur auf rund 64 % der ursprünglich erwirtschafteten Bruttoeinkommen und -gehälter; 1990 waren es noch rund 70 %, 1980 sogar noch über 71 %. Die Nettolöhne je Arbeitnehmer sind im Bundesgebiet 1995 nur um 1 % gewachsen, nach einem Anstieg um lediglich 0,3 % im Jahr 1994. Im früheren Bundesgebiet war 1994 sogar ein Rückgang um 0,2 % zu verzeichnen, während für Baden-Württemberg strukturell bedingt eine geringe Zunahme um 0,4 % festgestellt werden konnte. Im Durchschnitt der 80er Jahre nahmen die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Land um 3,5 % zu, im Zeitraum 1990 bis 1994 dagegen nur noch um 2,2 %. Für das Land liegen für 1995 noch keine Daten vor.

Bei der bisherigen Betrachtung ist aber zu beachten, daß es sich um nominale Größen handelt und die Wirkungen der Geldentwertung unberücksichtigt bleiben. Deflationiert man die Einkommensgrößen mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, erhält man für das Bundesgebiet für die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 1995 eine Einkommenseinbuße von 1 %, nach 2,5 % im Jahr 1994. Für das frühere Bundesgebiet betrug die Einkommenseinbuße für 1994 sogar 2,8 %. In Baden-Württemberg belief sich die Einkommenseinbuße 1994 auf 2,2 % nach 2 % im Jahr 1993. Damit sind die Realeinkommen zum dritten Mal hintereinander geschrumpft.

Kaufkraft des verfügbaren Einkommens gesunken

Bisher wurden nur die Einkommen der wirtschaftlich Aktiven betrachtet. Um auch der nicht im Wirtschaftsprozess stehenden Bevölkerung (Rentnern, Arbeitslose, Kindern, Kranken) den Lebensunterhalt zu sichern, führt der Staat Umverteilungsmaßnahmen durch, d.h., er belastet zum einen die erwirtschafteten Einkommen mit Sozialabgaben und Steuern, er bringt andererseits aber vielfältige Leistungen aufgrund früher getätigter Sozialbeiträge (wie z.B. Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Krankengeld) sowie andere Sozialleistungen ohne frühere Gegenleistungen, wie Kindergeld, Kriegsopferversorgung, Ausbildungshilfe, Wohngeld usw. Im gesamten Bundesgebiet leisteten 1995 die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung soziale Leistungen in Höhe von 655 Mrd. DM, das waren 5,8 % mehr als im Vorjahr. Dabei nahmen die Arbeitslosenhilfe und die Ausgaben für das Altersruhegeld als Folge der Altersstruktur der Bevölkerung

²¹ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1996, in: DIW Wochenbericht 18, Mai 1996.

überdurchschnittlich zu. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus lebten 1980 in Baden-Württemberg rund 1,5 Mill. Personen überwiegend von Renten- und Pensionszahlungen, im Jahr 1995 waren es bereits 2 Mill. Personen. Die Sozialhilfe nannten 1995 rund 284 100 als 'Hauptquelle ihres Lebensunterhalts', das waren 51 % mehr als 1980. Arbeitslosengeld/-hilfe erhielten 1995 zudem 6,5 mal so viele als 1980, das waren 228 400 Personen.

Die Berücksichtigung sämtlicher Einkommensbestandteile führt zum Verfügbaren Einkommen, das heißt, zu dem Einkommen, das letztlich die materielle Lage bestimmt. Das Verfügbare Einkommen je Einwohner betrug in Baden-Württemberg 1994 nominal rund 29 340 DM. Das waren 2,4 % mehr als im Jahr 1993, real entsprach dies aber einer Einkommenseinbuße um 0,2 %. 1993 betrug die reale Einkommenseinbuße 2,5 %.

Lohn- und Gehaltsentwicklung 1995/96

Auskunft über die Entwicklung der Löhne und Gehälter Baden-Württembergs für 1995/96 gibt die Verdiensterhebung in Industrie- und Handel. Als durchschnittlichen (nominalen) Bruttostundenverdienst in der Gesamtindustrie errechnete sich für Januar 1996 bei den Männern DM 28,07 und bei den Frauen DM 20,67. Das waren 5,2 % bzw. 4,9 % mehr als im Vorjahr. Bei den Männern ist der Facharbeiteranteil wesentlich höher als bei den Frauen – einer der Gründe für die noch immer beträchtliche Differenz zwischen den durchschnittlichen Männer- und Frauenlöhnen. Hier ist aber auch zu berücksichtigen, daß Frauen in den Industrien mit relativ niedrigem Lohnniveau überproportional vertreten sind. Als Bruttowochenverdienst erhielten die Männer im Januar 1996 im Durchschnitt DM 1 063 (+ 4,6 %), die Frauen DM 767 (+ 3,8). Die Summen beinhalten bei den Männern 1,3 Mehrarbeitsstunden und bei den Frauen 0,4 Stunden.

Die Bruttomonatsverdienste aller Angestellten lagen im Januar 1996 bei 5 754 DM. Das waren 4 % mehr als im Vorjahr. Die beschäftigten Männer kamen im Januar 1996 im Durchschnitt auf einen Bruttoverdienst von 6 581 DM (+ 4,1 %), die Frauen auf DM 4 319 (+ 4,4 %).

Inwieweit die Lohnerhöhungen 1995 ausreichten, die Preissteigerungen auszugleichen, wird mit Hilfe des sogenannten Reallohnindex abgeschätzt, dem Quotienten aus dem Wochenverdienstindex und dem Preisindex für die Lebenshaltung. Danach ergab sich im Oktober 1995 eine Reallohnverbesserung um

1,6 %. Im Vorjahr wurde ein Reallohnanstieg um 2,2 % verzeichnet. Dies stellt keinen Widerspruch zu den obigen Ergebnissen dar. Hier muß nämlich beachtet werden, daß sich diese Reallohnsteigerung auf die Bruttolöhne bezieht und die durch die nominale Einkommenssteigerung bedingte, höhere Steuer und Sozialabgabenbelastung noch nicht berücksichtigt ist.

Nach Einkommensverlusten in den Jahren 1993 bis 1995 sind 1996 wieder leichte Einkommensverbesserungen zu erwarten. Die Forschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahrsgutachten von einer Zunahme der nominalen Nettolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten um 4,5 % sowie nur geringfügig steigenden Transfer Einkommen aus und errechnen für das verfügbare Einkommen 1996 einen Anstieg um 3,5 %. Bei einer Preissteigerungsrate von 1,5 % ergäbe sich daraus eine reale Zunahme des Verfügbaren Einkommens um etwa 2 %. Nach den bisherigen Tarifabschlüssen in 13 Branchen, wonach die Stundenlöhne im Durchschnitt allenfalls um 2 %, also nur halb so stark steigen wie den Berechnungen der Institute zugrundegelegt, und der ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wonach die Arbeitslosigkeit noch stärker zunimmt als erwartet, ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß von der Einkommensentwicklung bzw. vom privaten Konsum merkliche Impulse auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum ausgehen. Die private Konsumnachfrage dürfte aber zumindest um etwa 1 % zunehmen und damit zusammen mit den Exporten verhindern, daß die Konjunktur in eine Rezession abgleitet.

Starke Sparanstrengungen bei den Öffentlichen Haushalten

Das abgeschwächte konjunkturelle Wachstum führte auch zu erheblichen Belastungen der öffentlichen Haushalte, so daß, um weitere Defizite zu vermeiden, starke Sparanstrengungen notwendig wurden. So verlangte die gegenwärtige konjunkturelle Situation einerseits zwar eine Senkung der Steuern und Abgaben, andererseits führt die schwache konjunkturelle Entwicklung aber dazu, daß die Einnahmen der öffentlichen Haushalte langsamer und die Ausgaben durch die Zunahme der Transferzahlungen schneller steigen.

In den vergangenen Jahren haben zusätzliche Ansprüche an den Staat, aber auch die Finanzierung der Deutschen Einheit, dazu geführt, daß die privaten Haushalte und Unternehmen zunehmend durch Steuern und andere Abgaben belastet wurden. Die Abgabenquote – Anteil der Steuern und Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt – nahm kontinuierlich zu und be-

trug 1995 für das gesamte Bundesgebiet 43,6 %. Dabei betrug die Steuerquote – Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt – 1995 rund 24,2 % und die Sozialbeitragsquote, die den Anteil der Sozialbeiträge an der gesamtwirtschaftlichen Leistung mißt, 19,4 %. Diese Abgabenbelastung wird 1996, hervorgerufen durch die Anhebung der Beitragssätze der Renten- und Pflegeversicherung, nochmals steigen. Andererseits wurde mit den Steuersenkungen zum Jahresbeginn 1996 ein erster Schritt zur Entlastung der privaten Haushalte getan. Die Steuerentlastung bezog sich z.B. auf die Freistellung des Existenzminimums von der Einkommensteuer, die Anhebung der Kinderfreibeträge und Kindergeld sowie die Abschaffung des Kohlepfennigs.

Transferzahlungen stiegen überproportional

Die Ausgaben des öffentlichen Sektors beliefen sich 1995 bundesweit auf 57,4 % des Bruttoinlandsprodukts nach 46,1 % im Jahr 1990. Diese Zunahme ist auch durch das verhaltene wirtschaftliche Wachstum bei zugleich hoher Arbeitslosigkeit bedingt. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen (Bundesgebiet) entfallen unter anderem 1995 zu 55 % auf Übertragungen und zu 34 % auf den Staatsverbrauch, der die allgemeine staatliche Verwaltung, die Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, aber auch das Unterrichtswesen, Gesundheitswesen, soziale Sicherung sowie das Wohnungswesen umfaßt. Auf die Bruttoinvestitionen entfallen 4,3 % der gesamten Ausgaben. 1980 wurden dagegen noch 7,4 % der Ausgaben für Investitionen eingesetzt, 1970 waren es sogar 11,8 %. Von 1994 auf 1995 nahmen die Investitionen um 1 % ab, während die Ausgaben insgesamt um 19,3 % stiegen. Überproportional stiegen dagegen mit einer Zunahme von 33,7 % die Übertragungen, die vor allem soziale Leistungen, Subventionen, aber auch Übertragungen an Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen umfassen; sie haben damit zunehmend ein größeres Gewicht, während andererseits für Investitionen ein immer kleinerer Spielraum bleibt. Die gegenwärtigen Sparbemühungen von Bund, Länder und Kommunen werden vermutlich noch weitere Kürzungen der öffentlichen Investitionen nach sich ziehen.

Bei den Ausgaben der staatlichen Haushalte haben insbesondere auch die Zinszahlungen auf öffentliche Schulden deutlich zugenommen. So belaufen sich 1995 die Zinsen auf öffentliche Schulden im gesamten Bundesgebiet (130,3 Mrd. DM) auf rund 3,8 % des Bruttoinlandsprodukts, 1990 waren es noch 2,6 %. Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte Deutschlands belief sich Ende 1994 – laut den Angaben der

Deutschen Bundesbank – auf 1 662 Mrd. DM. Die Verschuldung der westdeutschen Länder betrug 415 Mrd. DM, die der westdeutschen Gemeinden 156 Mrd. DM. Das bedeutet für die westdeutschen Länder eine Verschuldung pro Kopf von 6 302 DM, für die westdeutschen Gemeinden errechnen sich je Einwohner 2 364 DM. Deutlich geringer ist die Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg. So belief sich die Verschuldung des Landes Ende 1995 auf 50,2 Mrd. DM. Das sind je Einwohner 4 871 DM. 1994 betrug die Verschuldung je Einwohner noch 4 788 DM. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1995 auf 17,2 Mrd. DM. Die Verschuldung der Gemeinden/Gv. stieg somit von 1994 auf 1995 um rund 38 Mill. DM. Je Einwohner betrug die Verschuldung der Gemeinden/Gv. damit Ende 1995 rund 1 669, gegenüber 1 673 DM. im Jahr 1994.

Konjunkturbedingte Mindereinnahmen erfordern zusätzliche Sparmaßnahmen

Im Landeshaushalt Baden-Württemberg wird 1996 die Konsolidierung der Finanzen Vorrang vor anderen Zielen haben. So führen auch hier konjunkturbedingte Mindereinnahmen zu verstärkten Sparanstrengungen. Der Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1996 wurde im Dezember 1995 durch einen Nachtrag auf rund 62,7 Mrd. DM veranschlagt. Laut dieser Planung sollen die Ausgaben des Landes 1996 zu 65,3 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 29,8 % aus übrigen Einnahmen und zu rund 5 % aus Verwaltungseinnahmen gedeckt werden. An Personalausgaben werden 1996 voraussichtlich rund 22,3 Mrd. DM (35,5 % der Gesamtausgaben) anfallen. Mit 6,3 Mrd. werden voraussichtlich 10 % der Landesausgaben für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Etwas über die Hälfte der gesamten Ausgaben wird für sächliche Verwaltungsausgaben, Schuldendienst sowie Zuweisungen und Zuschüsse verwendet. Als Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt sind 1996 rund 1,7 Mrd. DM vorgesehen.

Schon 1995 blieben die laufenden Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg konjunkturbedingt hinter der Planung zurück. Insgesamt beliefen sich die Steuereinnahmen auf 38,1 Mrd. DM, das waren 6,3 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; die Planung (korrigiert um den Nachtrag) hatte ein Plus von rund 9,7 % veranschlagt.

Ergiebigste Steuern waren die Steuern vom Einkommen. Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag und aus dem Zinsabschlag beliefen sich 1995

auf 21,8 Mrd. DM. Das waren 2,5 % mehr als im Vorjahr. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer des Landes stiegen um 3,4 % und beliefen sich auf 9,1 Mrd. DM. Bei den reinen Landessteuern war dagegen ein Minus von 1 % zu verzeichnen (5,4 Mrd. DM). Wichtigste Einzelsteuer unter den Landessteuern war die Kraftfahrzeugsteuer, die gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % auf 1,9 Mrd. DM sank, gefolgt von der Vermögenssteuer, die um 16,6 % auf rund 1,4 Mrd. stieg. Die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer sanken dagegen um 17,7 % und beliefen sich auf 0,8 Mrd. DM. Außerdem konnte das Land Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in Höhe von rund 0,9 Mrd. DM (- 3,5 %) sowie aus Zuweisungen und Zuschüssen (einschließlich für Investitionen) in Höhe von 7,7 Mrd. DM verbuchen (- 0,5 %).

An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden 1995 insgesamt 9,5 Mrd. DM (+ 12,7 %) gebucht. Diesen Einnahmen aus Schuldenaufnahmen stehen 6,8 Mrd. DM Tilgungsausgaben gegenüber. Die Nettokreditaufnahme belief sich damit auf rund 2,8 Mrd. DM. Damit wurde die im Haushalt einschließlich des Einnahmesteres aus nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen der Vorjahre vorgesehene Nettokreditaufnahme von ebenfalls rund 2,8 Mrd. DM noch geringfügig unterschritten. Die Nettokreditermächtigung des Haushaltsplans 1995 beträgt 2,1 Mrd. DM.

Den Gesamteinnahmen von 59,6 Mrd. DM (+ 3,7 %) stehen Gesamtausgaben in Höhe von 60,3 Mrd. DM (+ 4,8 %) gegenüber. Davon entfielen 21,8 Mrd. DM auf die Personalausgaben, die gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4 % stiegen. Die Sachausgaben beliefen sich insgesamt auf 38,5 Mrd. DM (+ 5,3 %). Davon entfielen 3,3 Mrd. DM (+ 4,5 %) auf laufende Sachausgaben (ohne Schuldendienst) und rund 19,1 Mrd. (+ 16,1 %) auf laufende Zuweisungen und Zuschüsse, wobei die Zahlung im Rahmen des Länderfinanzausgleiches 2,8 Mrd. DM betragen, die Zahlungen an Gemeinden/Gv. rund 9,5 Mrd. DM (- 1,4 %). Zudem mußten für Zinsausgaben rund 3,1 Mrd. DM (+ 0,1 %) eingesetzt werden.

Für Sachinvestitionen wurden rund 4,8 Mrd. DM ausgegeben, das waren 1,7 % mehr als im Jahr 1994. Die Baumaßnahmen, die unter anderem den Bau von Schulen, Hochschulen, Hochschulkliniken, Behördengebäuden und den Bau von Straßen einschließen, beliefen sich auf 1,2 Mrd. DM und sanken um 6,3 %.

Geringere Einnahmen bei den Kommunen

Die baden-württembergischen Kommunen (Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände) hatten im Jahr 1995 merklich weniger Einnahmen als im Vorjahr, bei nur leicht steigenden Ausgaben. Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden/Gv. betrugen

1995 insgesamt 37,3 Mrd. DM (- 3 %). Die Nettosteuerereinnahmen (also ohne die Gewerbesteuerumlage) lagen bei 13,2 Mrd. DM und sanken um 5 % gegenüber dem Vorjahr. Dabei sank insbesondere 1995 die Gewerbesteuer (netto) um 15 %, während der Gemeindeanteil der Einkommenssteuer um 1 % zurückging. Bei den Grundsteuern war demgegenüber ein Anstieg festzustellen.

Die Ausgaben aller Gemeinden/Gv. betrug (bereinigt) 1995 rund 38,6 Mrd. DM, das waren rund 54 Mill. mehr als im Vorjahr (+ 0,1 %). Große Ausgabenpositionen waren die Personalausgaben mit 9,8 Mrd. DM (+ 2 %), der laufende Sachaufwand mit 7 Mrd. DM (- 0,2 %) sowie die Sozialleistungen mit rund 6,1 Mrd. DM. Erhebliche Kürzungen sind bei den investiven Ausgaben festzustellen. Die Sachinvestitionen gingen 1995 gegenüber 1994 um 5 % auf 6,8 Mrd. DM zurück. Der größte Teil davon waren die Baumaßnahmen mit Ausgaben in Höhe von 5,1 Mrd. DM (- 7 %).

Wirtschaftliche Perspektiven

Die noch zu Beginn des Jahres 1995 gehegten Hoffnungen auf eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs haben sich nicht erfüllt.²² Das Bruttoinlandsprodukt stieg zwar auch 1995 an, doch hat sich der reale Zuwachs mit 1,6 % im früheren Bundesgebiet und 1,3 % in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt. Diesen Verlust an konjunktureller Dynamik haben vor allem die extremen Währungsturbulenzen zu Beginn des Jahres, die Abflachung der Konjunktur in den USA und in Westeuropa sowie die vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse im Frühjahr 1995 verursacht. Offenbar wurden dadurch viele Unternehmen hinsichtlich ihrer Ertragserwartungen stark verunsichert.

So verlor nicht nur der Export einen Teil seiner Dynamik; auch die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen kam – völlig untypisch für diese frühe Phase des Aufschwungs – ins Stocken. Der Wohnungsbau erfuhr nach langem Boom 1995 einen herben Rückschlag. Weder von der privaten Konsumnachfrage, die unter der hohen Abgabenlast und der Arbeitslo-

22 Den folgenden Ausführungen liegen teilweise die Prognosen im Frühjahrsgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. zugrunde. Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995, in: DIW-Wochenbericht, Heft 42/43, 26. Oktober 1995, S. 715 - 747.

Tabelle 22

Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Industrieländern 1994 bis 1996

– Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % –

| Region/Land | 1994 | 1995 | 1996 ¹⁾ |
|----------------|-------|-------|--------------------|
| Westeuropa | + 2,9 | + 2,3 | + 1,30 |
| darunter | | | |
| Deutschland | + 2,9 | + 1,9 | + 0,75 |
| Frankreich | + 2,8 | + 2,2 | + 1,25 |
| Italien | + 2,2 | + 3,0 | + 1,50 |
| Großbritannien | + 3,9 | + 2,5 | + 1,75 |
| USA | + 3,5 | + 2,0 | + 1,75 |
| Japan | + 0,5 | + 0,9 | + 2,25 |

1) Prognose im Frühjahrsgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute e. V.

Quelle: DIW-Wochenbericht, Heft 18, 1996

sigkeit leidet, noch vom Staat, der um eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bemüht war, gingen in dieser Situation kompensierende Effekte aus.

Trotz günstiger Rahmenbedingungen weiterhin schleppende Konjunktur

Die Rahmenbedingungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg gestalten sich momentan etwas günstiger als im vergangenen Jahr. So ist auf den internationalen Devisenmärkten mittlerweile wieder Ruhe eingekehrt und zumindest ein Teil der rasanten DM-Aufwertung rückgängig gemacht worden. Zudem ist das monetäre Umfeld im Inland mit niedrigen Zinsen bei gleichzeitiger Preisniveaustabilität günstig. Schließlich sind wesentlich moderatere Tarifabschlüsse zu erwarten als letztes Jahr, so daß die Ertragslage der Unternehmen nur wenig belastet werden dürfte.

Obwohl es also eine ganze Reihe von Ansatzpunkten für eine Verbesserung der Wirtschaftslage gibt, ist eine kräftige Wiederbelebung der konjunkturellen Dynamik gegenwärtig noch nicht in Sicht, da von keinem der volkswirtschaftlichen Nachfrageaggregate

wirklich nennenswerte Impulse ausgehen dürften. Ausrüstungsinvestitionen versprechen zwar wieder höhere Renditen, einer kräftigen Ausdehnung stehen jedoch sowohl schwache Absatzerwartungen als auch eine rückläufige Kapazitätsauslastung entgegen. Bestehende Überkapazitäten an Betriebs- und vor allem Bürogebäuden sowie die Entspannung am Wohnungsmarkt haben die Rentabilität von Bauinvestitionen so stark verringert, daß diese wohl weiter rückläufig sein werden.

Eine spürbare Stärkung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte ist ebenfalls nicht zu erwarten, da 1996 die bisherigen Tariflohnsteigerungen sehr moderat ausfielen, weitere Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge bereits beschlossen sind, und die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor völlig unbefriedigend ist. Der Staat dürfte mit Blick auf die Erfüllung der Kriterien des Vertrags von Maastricht über die Europäische Währungsunion die öffentlichen Investitionen eher kürzen als ausdehnen. Eine Stärkung der Exportnachfrage schließlich würde eine konjunkturelle Belebung vor allem in den westeuropäischen Ländern voraussetzen, die sich jedoch mit ähnlichen Wachstumsproblemen wie Deutschland konfrontiert sehen:

Unter diesen Voraussetzungen ist in Deutschland 1996 nicht mit einem deutlichen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte daher im früheren Bundesgebiet deutlich unter 1 % liegen. Eine mögliche konjunkturelle Belebung im 2. Halbjahr 1996 und 1997 kann von der Exportnachfrage ausgehen. Dies ist aber mit einer Reihe von Fragezeichen verknüpft, unter anderem hinsichtlich der Wechselkursentwicklung.

Vor allem die Stockung der Ausrüstungsinvestitionen gibt dabei Anlaß zur Sorge. Eine schwache Investitionsgüternachfrage verhindert nämlich nicht nur eine zügige Konjunkturbelebung, sondern gefährdet mittelfristig auch, daß ein befriedigender Wachstumspfad des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks, sprich der Arbeitsplätze, erreicht wird.²³ Auf diese Weise bleibt der Arbeitsmarkt wohl noch längere Zeit das große Problemzentrum für Wirtschaft und Politik in Deutschland.

23 Vgl. hierzu: Mittelfristiger Wachstumspfad gefährdet: Investitionen Westdeutschlands zu gering, in: DIW-Wochenbericht Nr. 51-52/95, 21. Dezember 1995, S. 871 - 875.

Perspektiven für Baden-Württemberg

Ein Blick auf den bisherigen Konjunkturverlauf im Land und im früheren Bundesgebiet gibt wichtige Hinweise auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung speziell in Baden-Württemberg. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts fiel wie bereits gesehen

1995 im Land um 0,3 Prozentpunkte geringer aus als im früheren Bundesgebiet. Zurückzuführen ist dies vor allem darauf, daß die Wirtschaftsstruktur in Baden-Württemberg deutlich von der im früheren Bundesgebiet abweicht: So hat das Verarbeitende Gewerbe, das 1995 nahezu stagnierte, in Baden-Württemberg mit 34 % einen wesentlich höheren Anteil an der Bruttowertschöpfung inne als im früheren Bundesgebiet mit lediglich 27 %.

Tabelle 23

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für die Bundesrepublik Deutschland 1996 und Ist-Werte 1995

| Merkmal | Ist- Werte | Prognosen | | |
|---|---------------|--|---|---|
| | | Jahreswirt- schafts- bericht ¹⁾ | Früh- jahrgut- achten ²⁾ | Sach- verständigen- rat ³⁾ |
| | 1995 | 1996 | | |
| Mill. | | | | |
| Arbeitslose | 3,612 | knapp 3,900 | 3,905 | 3,559 |
| Prozent | | | | |
| Arbeitslosenquote ⁴⁾ | 9,4 | rd. 10,0 | 10,1 | 10,20 |
| Veränderung gegen Vorjahr in % | | | | |
| Erwerbstätige | - 0,3 | rd. - 0,5 | - 0,5 | + 0,00 |
| Entstehung des Sozialprodukts (real) | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen | + 1,9 | rd. 1,5 | + 0,75 | + 2,00 |
| Verwendung des Sozialprodukts (real) | | | | |
| Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen | + 1,8 | . | + 0,5 | + 1,75 |
| Privater Verbrauch | + 1,7 | rd. 2,0 | + 2,0 | + 2,50 |
| Staatsverbrauch | + 2,1 | 1,5 bis 2,5 | + 1,5 | + 1,25 |
| Anlageinvestitionen | + 1,5 | - 1,0 bis + 1,0 | - 1,5 | + 1,50 |
| Ausrüstungen | + 2,0 | 2,0 bis 3,0 | + 0,5 | + 4,75 |
| Bauten | + 1,2 | - 1,5 bis - 2,0 | - 2,5 | - 0,50 |
| Ausfuhr | + 3,8 | 3,5 bis 4,5 | + 3,5 | + 3,50 |
| Einfuhr | + 2,7 | 3,0 bis 4,0 | + 3,0 | + 2,75 |
| Preisentwicklung | | | | |
| Privater Verbrauch | + 2,0 | rd. 2,0 | + 1,5 | + 2,25 |
| Bruttoinlandsprodukt | + 2,2 | rd. 2,0 | + 1,5 | + 2,25 |
| Verteilung des Volkseinkommens (nominal) | | | | |
| Volkseinkommen | + 4,6 | 3,5 bis 4,5 | + 2,5 | + 4,25 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | + 3,2 | rd. 3,0 | + 2,5 | + 3,75 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | + 8,4 | 5,0 bis 7,0 | + 1,5 | + 5,50 |
| Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte | + 3,6 | rd. 4,0 | + 3,5 | + 4,75 |

1) Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung. – 2) Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1996 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.). – 3) Jahresgutachten 1995/96 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (November 1995). – 4) Arbeitslose bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen.

Dagegen ist der Dienstleistungsbereich, der als einziger großer Wirtschaftsbereich sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in Baden-Württemberg 1995 deutlich expandierte, mit 33 % im Land etwas schwächer vertreten als im früheren Bundesgebiet mit 35,5 %. Da die Talsohle im Verarbeitenden Gewerbe frühestens in der zweiten Jahreshälfte 1996 überwunden sein wird, dürfte Baden-Württemberg beim Wirtschaftswachstum gegenüber dem Durchschnitt der alten Bundesländer kaum an Boden gutmachen.²⁴

Daß die Expansion des Dienstleistungsbereichs stärker ausfällt als im Verarbeitenden Gewerbe, ist nicht nur ein kurzfristiges Konjunkturphänomen, sondern entspricht einer langfristigen Entwicklung. So hat sich die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1970 lediglich um 44 %, die im Dienstleistungsbereich aber um 216 % erhöht. Dennoch vergleichsweise geringe Dienstleistungsanteil im Land führte dazu, daß das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg seit 1970 nur um 84 % zunahm. In Hessen dagegen lag die Wachstumsrate

des Bruttoinlandsprodukts bei 115 %; hauptsächlich deshalb, weil der Dienstleistungsanteil dort mit mittlerweile 46 % wesentlich höher ist. Der vergleichsweise geringe Dienstleistungsanteil im Land ist dabei jedoch weniger als Schwäche, sondern vielmehr als künftiges Entwicklungspotential zu begreifen.

Hohe Anforderungen an die Wirtschaftspolitik

Der 1995 beobachtete und auch für 1996 zu erwartende Verlust an konjunktureller Dynamik stellt die Wirtschaftspolitik in Deutschland vor äußerst schwierige Aufgaben. Diese zu bewältigen, scheint im Bereich der Geldpolitik noch am ehesten möglich zu sein. Hier können gegenwärtig die Früchte der stabilitätsorientierten Politik der Bundesbank in Form eines historisch niedrigen Zinsniveaus bei gleichzeitiger Preisniveaustabilität geerntet werden.

Im Bereich der Lohnpolitik ist nach den vergleichsweise hohen Tarifabschlüssen zu Beginn des Jahres 1995 ein Prozeß des Umdenkens zu erkennen. Dieser läßt für 1996 Tarifabschlüsse erwarten, die mehr als im Vorjahr den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen. Mittelfristig ist im Interesse einer aktiven

24. Zu einer ähnlich pessimistischen Einschätzung gelangen auch die Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg. Vgl.: Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg: Kein Frühlingserwachen im Südwesten. IHK-Bericht über die Wirtschaftslage in Baden-Württemberg nach dem ersten Quartal 1996, Stuttgart, im April 1996.

Tabelle 24

Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1994 und 1995 nach Wirtschaftsbereichen

– in Preisen von 1991 –

| Wirtschaftsbereich | Baden-Württemberg | | | Früheres Bundesgebiet | | |
|--|---------------------------------------|---------------------------------------|---|---------------------------------------|---------------------------------------|---|
| | Veränderung 1994 gegenüber 1993 | Veränderung 1995 gegenüber 1994 | Anteil an der unbereinigten Bruttowertschöpfung 1995 | Veränderung 1994 gegenüber 1993 | Veränderung 1995 gegenüber 1994 | Anteil an der unbereinigten Bruttowertschöpfung 1995 |
| | % | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | + 2,4 | + 1,3 | X | + 2,4 | + 1,6 | X |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | + 4,3 | - 2,5 | 1,3 | - 1,9 | + 2,0 | 1,4 |
| Energie- und Wasserversorgung, Bergbau | + 0,4 | + 2,0 | 2,1 | - 1,0 | + 1,5 | 2,7 |
| Verarbeitendes Gewerbe | + 1,7 | + 0,3 | 34,0 | + 2,3 | + 0,5 | 27,3 |
| Baugewerbe | + 1,9 | - 2,2 | 5,4 | + 3,2 | - 1,9 | 5,1 |
| Handel und Verkehr | - 0,0 | + 1,2 | 11,9 | + 0,1 | + 1,6 | 14,8 |
| Dienstleistungsunternehmen | + 4,2 | + 4,5 | 33,2 | + 4,0 | + 4,2 | 35,4 |
| Staat, private Haushalte ¹⁾ | + 1,2 | + 0,6 | 12,0 | + 1,1 | + 0,8 | 13,3 |

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aber eine deutliche Reduzierung der Lohnnebenkosten erforderlich. Nur so kann der Produktionsfaktor Arbeit billiger gemacht werden, ohne gleichzeitig die Arbeitnehmerinkommen und damit die private Konsumnachfrage zu schmälern.

Vor einem großen Dilemma steht dagegen die Finanzpolitik. Da in den letzten Jahren die Staatsverschuldung neue Rekordhöhen erreicht hat, zwingen die leeren öffentlichen Kassen heute zu rigorosen Sparmaßnahmen. In einer Situation, in der von der privaten Nachfrage keine ausreichenden Impulse für das wirtschaftliche Wachstum ausgehen, müßte der Staat aber auch seiner konjunkturellen und allokativen Verantwortung durch vermehrte öffentliche Investitionen gerecht werden.

Dieses Dilemma kann nur durch eine Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben gelöst werden: Um notwendige Ausgaben mit investivem Charakter finanzieren zu können, müssen solche mit konsumtivem Charakter stark gekürzt werden. Dies gilt nicht nur für die Gebietskörperschaften, sondern auch – und mehr noch – für die Sozialversicherungssysteme, die durch die Beschäftigungskrise sowie vereinigungs- und demographisch bedingt stark belastet sind. Eine weitere Erhöhung der schon immens hohen Abgabenbelastung verbietet sich indes, da sie die in den letzten Jahren ohnehin sehr schwache private Konsumnachfrage weiter dämpft.

Baden-Württemberg im Strukturwandel

Wie bereits gesehen, zeichnet sich die Wirtschaft in Baden-Württemberg durch einen sehr hohen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes und einen vergleichsweise geringen Anteil des Dienstleistungssektors aus. Dieser Befund ist nicht neu, er tritt aber in einer Phase, in der vom Verarbeitenden Gewerbe keine Impulse für die wirtschaftliche Belebung ausgehen, besonders deutlich zutage.

Gleichwohl: So klar der analytische Befund ist, ein wirtschaftspolitisches Patentrezept für das Land liefert er nicht. Denn zwischen Verarbeitendem Gewerbe und

Dienstleistungsbereich in einer Volkswirtschaft besteht kein einfaches Austauschverhältnis. Vielmehr ist die Zunahme eines Großteils der Dienstleistungen, der sogenannten unternehmensbezogenen oder produktionsnahen Dienstleistungen, auf ein Wachstum auch und gerade des Verarbeitenden Gewerbes angewiesen. Insofern liegen die Entwicklungschancen des Dienstleistungsbereichs weniger in der Verdrängung industrieller Strukturen als vielmehr in der Zusammenarbeit mit diesen. Das gilt für Baden-Württemberg mit seiner technologisch hochwertigen und stark exportorientierten Industrie in besonderem Maße.

Hinzu kommt noch, daß von einem Strukturwandel hin zum Dienstleistungsbereich keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarkts erwartet werden kann. Denn die Arbeitsproduktivität im Dienstleistungsbereich ist im Durchschnitt deutlich höher als im Verarbeitenden Gewerbe. Nicht alle Arbeitskräfte, die zuletzt im Verarbeitenden Gewerbe freigesetzt wurden, werden daher im Dienstleistungsbereich einen neuen Arbeitsplatz finden. Dies gilt umsomehr, als in jüngster Zeit auch im Dienstleistungsbereich starke Rationalisierungsbemühungen zu beobachten sind. Damit kommt der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe nach wie vor eine besondere Bedeutung zu. Der dortige Arbeitsplatzabbau ist Folge nicht nur von Rationalisierungen, sondern auch von Standortverlagerungen, die ihren Niederschlag darin finden, daß Baden-Württemberg – ebenso wie die gesamte Bundesrepublik – einen deutlich negativen Saldo bei den Direktinvestitionen aufweist.

Diese Entwicklung kann zum einen dadurch gestoppt werden, daß Arbeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten wieder billiger wird. Zum anderen müssen aber auch neue, zukunftssträchtige Produkte entwickelt werden, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Verstärkte Aktivitäten im Bereich der Forschung und Entwicklung sind somit als beste Strategie zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen anzusehen. Baden-Württemberg nimmt dabei mit einer Forschungsquote (Forschungsaufwendungen, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) von 3,8 % im nationalen wie internationalen Vergleich eine Spitzenstellung ein, die freilich nicht zu künftiger Untätigkeit verleiten darf.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunkten

Personal und Ausgaben für Forschung und Entwicklung an den Hochschulen in Baden-Württemberg

Forschungsinfrastruktur Schlüsselfaktor im Wettbewerb der Standorte

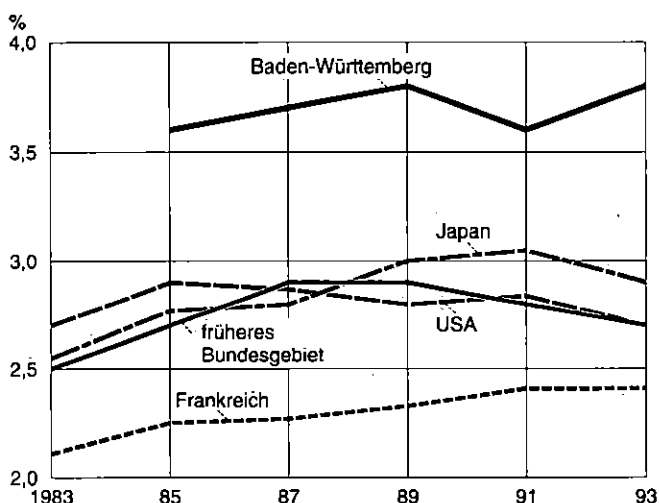
In einem so rohstoffarmen Land wie Baden-Württemberg kommt der Bildung und Erhaltung von Humankapital als Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung strategische Bedeutung zu. Da die hier eingesetzten Arbeitskräfte im internationalen Vergleich sehr teuer sind, müssen sie durch eine besonders hohe Qualität diesen "Preisnachteil" auszugleichen versuchen. Eine hohe Arbeitskräftequalität kommt aber nur dann voll zum Tragen, wenn sie zur Produktion von Hochtechnologiegütern oder sogenannten intelligenten Gütern eingesetzt wird. Die Herstellung derartig qualitativ anspruchsvoller Güter setzt zunächst einmal entsprechende Innovationen voraus. Neben dem Standortfaktor "hohe berufliche Qualifikation" ist also auch der Standortfaktor "Forschung und Entwicklung" ein tragender Pfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs in Baden-Württemberg.

Die Entwicklung von richtungsweisenden Forschungsergebnissen kann aber nicht losgelöst von anderen Standortfaktoren gesehen werden. Forschung und Entwicklung kann nur dann erfolgreich in Innovationen umgesetzt werden, wenn sie im Umfeld florierender Fertigungsbetriebe erfolgt. Beim Wegfall wichtiger Produktionsstandorte würden wohl zwangsläufig die Forschungsanstrengungen erlahmen oder orientierungslos dahintreiben, so daß hier der Anschluß an die internationale Entwicklung dauerhaft verloren ginge. Auf der anderen Seite werden Forschungsergebnisse immer mehr zu international transferierbaren Gütern, die sich nicht nur im qualitativen, sondern auch im preislichen Wettbewerb behaupten müssen; der Kauf von "kostengünstigen" Forschungsergebnissen kann so durchaus eigene Forschungsanstrengungen ersetzen. Forschung und Produktion bedingen und beeinflussen sich gegenseitig in der Weise, daß grundsätzlich in beiden Bereichen Wettbewerbsvorteile erzielt werden müssen, damit der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in seiner ganzen Breite langfristig gesichert ist.

Im Standortwettbewerb steht Baden-Württemberg mit seinen landesspezifischen Forschungsanstrengungen im internationalen Vergleich äußerst günstig da. Der Anteil der Forschungsausgaben von Wirtschaft und Staat am Bruttoinlandsprodukt lag in den vergangenen Jahren – seit Vorliegen entsprechender Angaben für Baden-Württemberg – immer deutlich über den

Schaubild 1

Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Länder 1983 bis 1993



Quelle: OECD; eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

224 96

Werten so gewichtiger Industriestaaten wie Japan, USA und Frankreich (Schaubild 1, Anhangtabelle 1). Nach aktuellsten Berechnungen erreicht Baden-Württemberg mit seinen Forschungsausgaben 1993 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 3,8 %, während nach Schätzungen der OECD die entsprechenden Anteilswerte von Japan bei 2,9 %, von den USA bei 2,7 % und von Frankreich bei 2,4 % liegen.¹

Bei der internationalen Gegenüberstellung dieser Anteilswerte ist allerdings zu bedenken, daß Baden-Württemberg eine besonders forschungsintensive Region innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist. Auch in den USA bzw. Japan gibt es einzelne Regionen, die mit ihren Forschungsanstrengungen deutlich über die jeweiligen nationalen "Durchschnittsbemühungen" hinausgehen. So kann davon ausgegangen werden, daß die Forschungsanstrengungen in der ba-

1 Basic Science and Technology Statistics; Hrsg.: Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), Paris 1995.

den-württembergischen Partnerregion Kanagawa weit stärker sind als im japanischen Durchschnitt und durchaus an die Größenordnung Baden-Württembergs heranreichen bzw. sie sogar übertreffen können.

Ein Rückblick auf die letzten Jahre zeigt, daß Baden-Württemberg sein hohes Forschungsniveau mittelfristig halten konnte (*Schaubild 1*). Für die Bundesrepublik insgesamt ergibt sich demgegenüber ein leichter Rückgang; hier macht sich die Neustrukturierung der Forschungslandschaft im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung bemerkbar. Japan und die USA hatten im Vergleich zu ihren maximalen Anteilen der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 3,1 % im Jahr 1991 bzw. 2,9 % in 1985 ebenfalls Rückgänge zu verzeichnen; allein Frankreich steigerte seine Forschungsanstrengungen stetig, wenn auch in kleinen Schritten und ausgehend von einem viel niedrigeren Niveau.

Der erneute Anstieg des Forschungsanteils am Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg nach dem Rückgang auf 3,6 % im Jahr 1991 ist in erster Linie auf die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Lande während dieser Zeit zurückzuführen. Kurzfristig zeigt so die Zunahme der Forschungsquote einen negativen Aspekt. Auf lange Sicht ist es uneingeschränkt zu begrüßen, daß in Baden-Württemberg auch bei verlangsamtem Wirtschaftswachstum die Forschungsausgaben relativ kontinuierlich anstiegen. Diese Verstetigung der Entwicklung sollte Ziel jeder Forschungspolitik sein.

Aufgabenverteilung im Bereich Forschung zwischen Staat und Privatwirtschaft

Im Rahmen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung sind in erster Linie die privaten Unternehmen für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verantwortlich. Das hierzu erforderliche Engagement bei Forschung und Innovation ist eine zentrale Grundaufgabe der Unternehmer. Der Staat unterstützt diese Bemühungen freilich in dreierlei Hinsicht: Einmal gehört es zu seinen Aufgaben, die Infrastruktur für die wissenschaftliche Ausbildung bereitzustellen, sowie zweitens die sogenannte Grundlagenforschung zu fördern. Drittens ist die Gestaltung von innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen zur Unterstützung anwendungsorientierter Forschung der Privatwirtschaft ein wichtiges Aufgabenfeld; dies schließt die gezielte Projektförderung anwendungsorientierter Forschung im vorwettbewerblichen Bereich mit ein.

Begründet wird die staatliche Finanzierung von Grundlagenforschung wie auch die staatliche Initiierung von anwendungsorientierter Grundlagenfor-

schung mit der Marktorientierung privatwirtschaftlicher Forschung. Forschung und Entwicklung in Privatunternehmen ist relativ kurzfristig auf am Markt realisierbare Ergebnisse ausgerichtet, während eher längerfristige, für die Gesamtgesellschaft aber ebenso relevante Themen aus Rentabilitäts Gesichtspunkten nicht im Vordergrund stehen. Hieraus erwächst die besondere Aufgabe des Staates im Bereich der Grundlagenforschung.

Die theoretisch begründete Rechtfertigung für öffentlich finanzierte Grundlagenforschung ist in den sogenannten "Externen Effekten" zu sehen. Von Forschungsergebnissen können viele in einer Volkswirtschaft profitieren – auch solche Unternehmen, die sich an der Produktion des Wissens nicht beteiligt haben –, ohne daß der Einzelne eine Reduzierung des Nutzwertes der Forschung hinnehmen müßte. Rational kalkulierende Unternehmen spekulieren unter diesen Bedingungen auf die Nutzung der "Externen Effekte" des von anderen produzierten Wissens. Damit ist der marktwirtschaftliche Allokationsprozeß nicht voll wirksam, er würde zu einer gesamtwirtschaftlich suboptimalen Forschungsanstrengung führen.

Für die optimale Gestaltung der Forschungslandschaft ist eine steuernde Einflußnahme des Staates sinnvoll. Dies gilt umso mehr, da auch im internationalen Vergleich die Forschungsförderung immer größeres Gewicht bekommt. Die Wirtschaftsböcke USA, Japan und Europäische Union, ebenso wie einzelne Staaten innerhalb der EU, aber auch die Länder in der Bundesrepublik Deutschland verfolgen alle das Ziel, durch Wissenschafts- und Forschungsförderung die Innovationskraft "ihrer" Unternehmen und damit die Wettbewerbsfähigkeit ihrer jeweiligen Wirtschaft zu stärken. Allein aus Wettbewerbsgründen kann es sich ein in den Weltmarkt integriertes Land nicht mehr leisten, bei diesem Förderungswettbewerb nicht mitzumachen.

Im Rahmen der programmatischen Überlegungen der Landesregierung im Landesforschungsbericht 1995² zeichnet sich für Baden-Württemberg im Bereich Forschung und Entwicklung konkret folgende Arbeitsteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft ab:

- Die Wirtschaft ist zuständig für marktorientierte angewandte Forschung und Entwicklung sowie Produkt- und Verfahrensinnovation. Hier werden Ergebnisse im Sinne praktischer Anwendungsmöglichkeiten und wirtschaftlicher Nutzbarmachung erwartet.

2 Landesforschungsbericht 1995; Hrsg.: Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg, Stuttgart 1995.

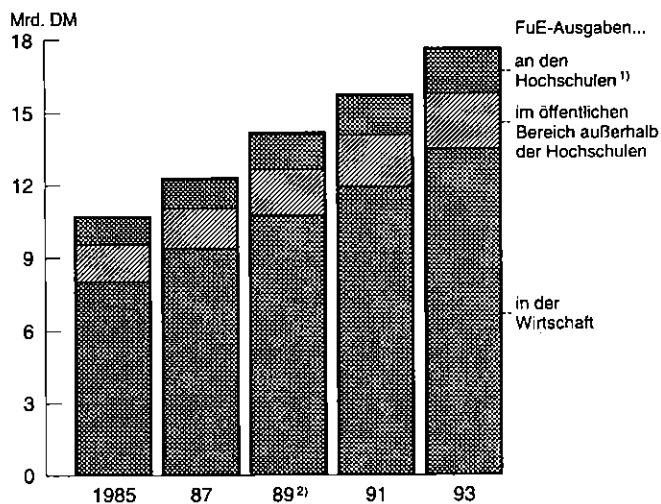
- Im Zuständigkeitsbereich des Staates liegt demgegenüber die universitäre und außeruniversitäre erkenntnisorientierte Grundlagenforschung. Aus der erkenntnisorientierten Grundlagenforschung ergeben sich prinzipiell keine unmittelbaren praktischen Anwendungen – geschweige denn Möglichkeiten der wirtschaftlichen Verwertung. Sie richtet sich vorrangig nach den Kriterien der Wissenschaftlichkeit und dem Erkenntnisinteresse der Forscher. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Forschungsfreiheit als Teil der Wissenschaftsfreiheit sowohl durch das Grundgesetz (Art. 5 Abs. 3 GG) als auch durch die einzelnen Landesverfassungen (z.B. Art. 20 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg) garantiert.
- Zusätzlich soll der Staat günstige Rahmenbedingungen für den anwendungsorientierten Transfer von Forschungsergebnissen schaffen.

Die von privater und öffentlicher Seite insgesamt für Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg aufgewendeten Finanzmittel erhöhten sich im Zeitraum von 1985 bis 1993 von 10,71 Mrd. DM pro Jahr auf 17,62 Mrd. DM. Das war eine Zunahme um fast zwei Drittel; die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate lag damit bei ungefähr + 6,5 %. Als Richtschnur für die Zusammenstellung dieser statistischen Informationen gelten die im Rahmen der OECD erarbeiteten Grundsätze.³ Eine gesetzliche Rechtsgrundlage zur Durchführung einer Forschungsstatistik gibt es derzeit in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht. Die amtliche Statistik muß vielmehr auf Zusatzauswertungen bereits bestehender Statistiken zurückgreifen.⁴ Mit Hilfe dieser Vorgehensweise lassen sich weitgehende Informationen zur Forschungsinfrastruktur in den einzelnen Bereichen "Wirtschaft", "Hochschulen" und "Öffentlicher Bereich außerhalb der Hochschulen" gewinnen.

Zum Wirtschaftsbereich gehören Firmen, Organisationen und Institutionen, deren Haupttätigkeit es ist, Güter und Dienstleistungen zu produzieren, um sie am Markt zu einem Preis anzubieten, der annähernd wenigstens die Herstellungskosten deckt. Der Schwerpunkt dieses Sektors liegt demnach bei den Unternehmen. Hierzu zählen auch öffentliche Unternehmen, soweit sie überwiegend Güter und Dienstleistungen verkaufen. Zu den Hochschulen werden die Universitäten einschließlich der Hochschulkliniken, die

Schaubild 2

FuE-Ausgaben an den Hochschulen, im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen sowie in der Wirtschaft in Baden-Württemberg 1985 bis 1993



1) Verwaltungseinnahmen der Hochschulkliniken wurden berücksichtigt. – 2) Für den Hochschulbereich 1990.

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

225 96

Pädagogischen Hochschulen, die Kunsthochschulen sowie die Fachhochschulen, einschließlich der Verwaltungsfachhochschulen gerechnet. Der öffentliche Bereich außerhalb der Hochschulen umfaßt neben den Großforschungseinrichtungen, wie den Max-Planck- und Fraunhofer Instituten, auch die Institute der sogenannten "Blauen Liste" sowie die Landesforschungsinstitute.

Zwischen 1985 und 1993 gab es leichte Gewichtsverlagerungen bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung zwischen den beiden Bereichen "Wirtschaft" und "Öffentlicher Bereich außerhalb der Hochschulen" (Schaubild 2, Anhangtabelle 2). Der Anteil der Forschungsausgaben der Wirtschaft an den gesamten Forschungsausgaben erhöhte sich in diesem Zeitraum von 75,0 % auf 76,6 % und erreichte ein Volumen von 13,50 Mrd. DM. Auf der anderen Seite ging die relative Bedeutung des öffentlichen Bereichs außerhalb der Hochschulen von 14,2 % im Jahr 1985 auf 12,9 % in 1993 zurück; hier liegen die Forschungsausgaben nun bei 2,28 Mrd. DM. Die Forschungsausgaben an den baden-württembergischen Hochschulen hielten ihr relatives Gewicht von rund 10,5 % und betrugen im Jahr 1993 1,84 Mrd. DM.

Wie international üblich, wird in diesem Bericht unter Forschung und Entwicklung (FuE) die systematische, schöpferische Tätigkeit zur Erweiterung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes verstanden. Dies

3 Vgl. Frascati-Handbuch 1980: Die Messung wissenschaftlicher und technischer Tätigkeiten, Allgemeine Richtlinien für statistische Übersichten in Forschung und experimenteller Entwicklung; Hrsg.: Bundesminister für Forschung und Technologie, Bonn 1982.

4 Siehe Hetmeier, Heinz-Werner: Öffentliche Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung 1987; in: Wirtschaft und Statistik 2/1990, S. 123 f.

schließt den Begriff der experimentellen Entwicklung mit ein, also die Auswertung und Anwendung von Forschungsergebnissen, vor allem technologischer Art, um zu neuen oder verbesserten Produkten und Verfahren zu gelangen. Damit ist der Forschungsbegriff enger gefaßt als der Wissenschaftsbegriff; zur Forschung werden weder die Wissensvermittlung noch wissenschaftliche Servicetätigkeiten gerechnet, wie sie zum Beispiel in Fachinformations- und Dokumentationszentren sowie wissenschaftlichen Bibliotheken und Museen geleistet werden; auch die Durchführung von Markt- und Meinungsforschung sowie die amtliche Statistik werden nicht zum Forschungsbereich gezählt.

Die Forschungsaufwendungen der Wirtschaft dominieren eindeutig die Forschungslandschaft Baden-Württembergs; das ist in der Bundesrepublik und in anderen technologieorientierten Industriestaaten wie Japan, USA nicht anders. Bei im Forschungswettlauf weniger erfolgreichen Staaten ist dagegen häufig gerade ein umgekehrtes Verhältnis von staatlichem und unternehmerischem Forschungsengagement zu beobachten. So werden zum Beispiel in Portugal und Griechenland über zwei Drittel der Forschungsausgaben von der öffentlichen Hand getragen⁵; hier wären Anstrengungen erforderlich, die Unternehmen stärker in die technologische Innovation miteinzubeziehen. Ein überdurchschnittlich starkes Engagement der Unternehmen bei der Forschung ist Voraussetzung für die längerfristige Erhaltung der Standortwettbewerbsfähigkeit von Industriestaaten.

Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für die Unternehmen, finanziert die Grundlagenforschung und initiiert Forschungsschwerpunkte. Bei der angewandten Verbundforschung sowie beim Wissens- und Technologietransfer überschneiden sich allerdings die Zuständigkeitsbereiche von Staat und Wirtschaft. Kontrovers wird die Frage der "Schnittstelle" zwischen anwendungsfähiger Grundlagenforschung einerseits sowie anwendungsorientierter Innovation und Entwicklung andererseits diskutiert.

Der Stellenwert baden-württembergischer Forschungspolitik

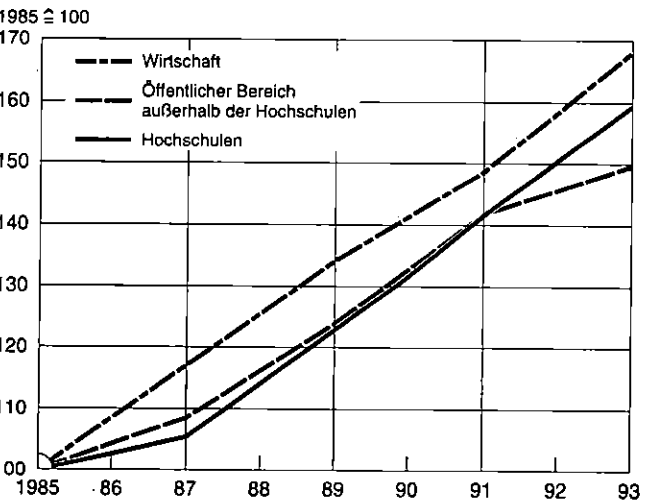
Ziel baden-württembergischer Forschungspolitik ist die Sicherstellung und der langfristige Ausbau der Forschungsinfrastruktur im Lande als Grundvoraussetzung der dauerhaften nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Baden-Württemberg. Mehr noch als das Volumen der Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung ist dabei

die Dynamik seiner Entwicklung ein wichtiger Indikator für den Stellenwert und die Bedeutung, die der Forschungspolitik im Lande beigemessen wird.

Vor 1987 wurde die Entwicklungsdynamik der Forschung im Lande hauptsächlich von den Unternehmen getragen; zwischen 1985 und 1988 steigerten sie ihre jährlichen Forschungsausgaben um 7 % bis 8,5 % (*Schaubild 3*). Von 1988 bis 1991 holte die Entwicklung im öffentlichen Bereich in Baden-Württemberg mit Wachstumsraten zwischen 7 % und 8 % – bei leichtem Nachlassen der Bemühungen der Unternehmen – etwas auf, konnte aber absolut gesehen den Abstand zur Wirtschaft nicht nennenswert verringern. Nach 1991 ging dann die Entwicklungsdynamik der Forschungsausgaben im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen deutlich zurück – was sehr wahrscheinlich mit bundesweiten Schwerpunktverlagerungen bei der Reorganisation der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern zusammenhängt –, während das Forschungsengagement an den Hochschulen Baden-Württembergs weiterhin mit dem der Wirtschaft Schritt halten konnte.

Über den gesamten Zeitraum von 1985 bis 1993 betrachtet, zeigt die Wirtschaft bei ihren Forschungsausgaben in Baden-Württemberg grundsätzlich etwas mehr Kontinuität als der öffentliche Bereich (*Schaubild 3, Anhangtabelle 3*). Eine konsequentere Verstärkung der öffentlichen Forschungsausgaben im außeruniversitären Bereich könnte als verbesserte Rahmenbedingung zu einer noch erfolgreichereren baden-württembergischen Forschungspolitik beitragen.

Schaubild 3
FuE-Ausgaben an den Hochschulen, im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen sowie in der Wirtschaft in Baden-Württemberg 1985 bis 1993



Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

5 Vgl. Europäische Kommission, Regionalpolitik und Kohäsion; Forschung und regionale Entwicklung, Brüssel 1996.

Die Bedeutung, die speziell die Landesregierung Forschung und Wissenschaft beimißt, läßt sich anhand ihrer in Baden-Württemberg getätigten Wissenschaftsausgaben demonstrieren. Zu den Wissenschaftsausgaben werden hier entsprechend der Definition des Statistischen Bundesamtes alle Ausgaben gerechnet, die nach der Haushaltssystematik für die Hochschulen sowie für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen, einschließlich der Verwaltungsausgaben, aufgewendet werden. Sie umfassen folglich nicht nur Forschungsaufwendungen, sondern auch Ausgaben für wissenschaftliche Lehre und Ausbildung sowie sonstige verwandte wissenschaftliche und technologische Tätigkeiten.

Im Jahr 1993 gab das Land Baden-Württemberg 6,449 Mrd. DM für die Wissenschaft aus; für 1995 war geplant, diese Ausgaben auf 7,045 Mrd. DM (Haushaltsansatz) zu erhöhen (*Tabelle 1*). Gleichzeitig tätigten die Gemeinden des Landes Wissenschaftsausgaben in Höhe von rund 25 Mio. DM. Das ist zwar deutlich weniger als im Jahr 1992 (37 Mio. DM), dennoch ist es beachtenswert, daß sich Gemeinden überhaupt in dieser Größenordnung im Wissenschaftsbereich engagieren. Der Rückgang der kommunalen Wissenschaftsausgaben dürfte vor allem auf die immer angespanntere Finanzlage vieler Gemeinden zurückzuführen sein, die sich insbesondere in der Umwandlung einiger kommunaler Fachhochschulen in staatliche Fachhochschulen niederschlägt. Bis 1992 war die Entwicklung bei den Wissenschafts-

ausgaben der Gemeinden sogar recht dynamisch; gegenüber 1981 erhöhten sie sich auf das 4,5fache. Das Land kann aufgrund seiner bereits hohen Ausgangsbasis im Jahr 1981 natürlich nicht mit denselben Steigerungsraten aufwarten. Hier gab es bis 1992 gerade eine Verdoppelung der Wissenschaftsausgaben; bis 1995 sollten sie dann gemäß den Haushaltsansätzen auf das 2,2fache gestiegen sein. Bei den hier genannten Ausgabenbeträgen handelt es sich um tatsächliche Nettoausgaben; sie stellen die aus eigenen Einnahmequellen finanzierten Ausgaben der jeweiligen Gebietskörperschaften dar ("Belastungsprinzip").

Rund 90 % der gesamten Wissenschaftsausgaben im Land kommen den Hochschulen, einschließlich den Hochschulkliniken, zugute; das waren 1995 rund 6,40 Mrd. DM (*Tabelle 1*). Der Rest von nahezu 670 Mio. DM verteilt sich auf öffentliche Bereiche außerhalb der Hochschulen. Von 1981 bis 1994 nahmen die Wissenschaftsausgaben für die Hochschulen ziemlich kontinuierlich zu; allein 1983/84 war mit + 2,2 % eine deutlich unterdurchschnittliche Steigerungsrate zu verzeichnen (Durchschnitt + 6,4 % pro Jahr). Für das Jahr 1995 scheint sich allerdings eine deutliche Verlangsamung beim Ausgabenzuwachs abzuzeichnen. Bei dieser Betrachtungsweise ist zu berücksichtigen, daß ein Großteil der Wissenschaftsausgaben im Bereich der Hochschulen für die Ausbildung weiterhin hoher Studentenzahlen gebunden ist und damit nicht unmittelbar der Forschung zugute kommt. Die Wis-

Tabelle 1

Wissenschaftsausgaben in Baden-Württemberg 1981 bis 1995

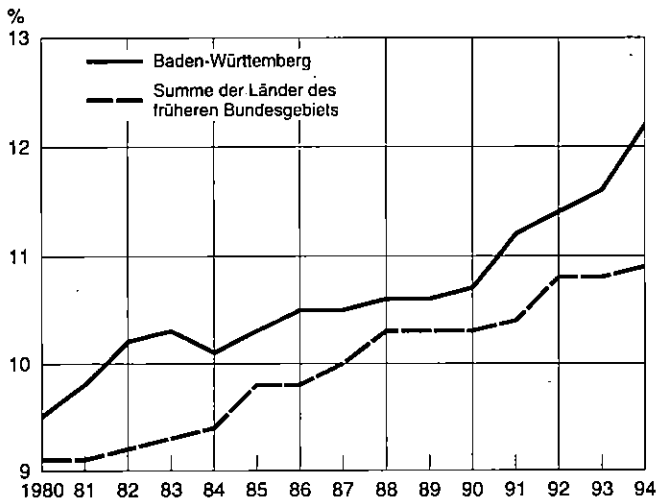
| Jahr ¹⁾ | Hochschulen einschließlich Hochschul- kliniken | Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen | Wissensaftsa- usgaben insgesamt ²⁾ (Nettoaufgaben) | Finanziert durch | |
|--------------------|---|--|--|--------------------|-----------|
| | | | | Land ³⁾ | Gemeinden |
| | | | | | |
| Mio DM | | | | | |
| 1981 | 2 842,4 | 296,6 | 3 139,0 | 3 130,9 | 8,1 |
| 1982 | 3 033,2 | 305,0 | 3 338,2 | 3 331,0 | 7,2 |
| 1983 | 3 189,2 | 331,5 | 3 520,7 | 3 512,5 | 8,2 |
| 1984 | 3 258,4 | 383,8 | 3 622,1 | 3 619,2 | 2,9 |
| 1985 | 3 391,7 | 415,2 | 3 806,9 | 3 801,7 | 6,3 |
| 1986 | 3 609,6 | 480,0 | 4 089,6 | 4 082,0 | 7,8 |
| 1987 | 3 855,7 | 484,5 | 4 340,1 | 4 332,6 | 7,6 |
| 1988 | 4 054,2 | 507,2 | 4 561,4 | 4 545,3 | 16,2 |
| 1989 | 4 211,3 | 548,6 | 4 760,0 | 4 744,3 | 15,6 |
| 1990 | 4 562,9 | 582,3 | 5 125,2 | 5 102,8 | 22,6 |
| 1991 | 5 011,0 | 622,2 | 5 633,2 | 5 611,0 | 22,2 |
| 1992 | 5 504,1 | 645,4 | 6 149,4 | 6 112,6 | 36,8 |
| 1993 | 5 873,8 | 599,6 | 6 473,4 | 6 448,9 | 24,5 |
| 1994 | 6 339,2 | 709,2 | 7 048,4 | 7 023,9 | 24,5 |
| 1995 | 6 401,2 | 668,1 | 7 069,3 | 7 044,8 | 24,5 |

1) Bis 1993 Ist, ab 1994 Soll. – 2) Einschließlich Zusetzung der kaufmännisch buchenden Kliniken, soweit diese (ab 1978) nicht mehr brutto in den Länderhaushalten nachgewiesen werden. – 3) Einschließlich der unmittelbaren Ländereinnahmen, insbesondere Pflegesatzentnahmen für die Krankenversorgung an den Hochschulkliniken.

Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Schaubild 4

Verhältnis der Wissenschaftsausgaben*) zu den Haushaltsausgaben des Landes Baden-Württemberg und der Bundesländer 1980 bis 1994



*) Nettoausgaben.

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; eigene Berechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

227 96

senschaftsausgaben für den öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen entwickelten sich nicht mit derselben Kontinuität. Dort wechselten sich Wachstumsraten von über 15 % mit Stagnation und sogar Reduktion ab; für 1995 ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um fast 6 % vorgesehen.

Das generell überaus große politische Gewicht, das in Baden-Württemberg Wissenschaft und Forschung zukommt, wird am ehesten daran sichtbar, daß die staatlichen Wissenschaftsausgaben nicht nur absolut laufend anstiegen, sondern insbesondere in Relation zum Landeshaushalt (Schaubild 4, Anhangtabelle 4). 1980 betrug das Verhältnis der Wissenschaftsausgaben (Nettoausgaben) des Landes zu den gesamten Haushaltsausgaben 9,5 %; im Laufe der Jahre erhöhte es sich Schritt um Schritt auf 12,2 % im Jahr 1994. Im Rahmen des finanziell Machbaren wurde also ein immer größerer Teil des Landeshaushalts für die Wissenschaft im weiteren Sinne aufgebracht. Werden die für 1995 vorgegebenen Haushaltsansätze eingehalten, dürfte sich allerdings ein stärkerer Rückgang als 1983/84 ergeben. Aber auch dann liegt in Baden-Württemberg der Anteil der Wissenschaftsausgaben am Gesamtlandeshaushalt noch deutlich über dem Bundesländerdurchschnitt, zumal andere Bundesländer ihre Wissenschaftsausgaben ebenfalls einschränken werden.

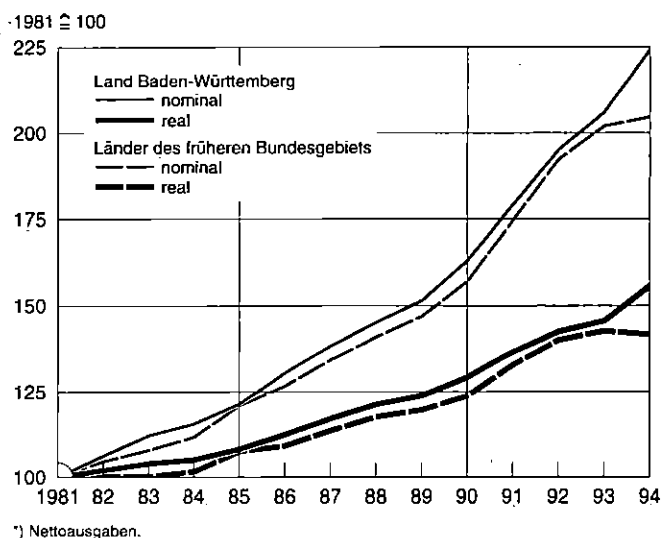
Wissenschaft und Forschung im Bundesvergleich

Der Standort Baden-Württemberg steht nicht nur in internationaler Konkurrenz, sondern muß sich zudem innerhalb der Bundesrepublik Deutschland behaupten. Wie oben ausgeführt, stellen bei diesem Standortwettbewerb das hohe Forschungsengagement der Unternehmen im Lande sowie die von der Landesregierung großzügig ausgebauten Forschungskapazitäten an den Hochschulen und im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen Aktivposten dar.

Da die Forschungsstellen in Baden-Württemberg nicht isoliert agieren, sondern über ein weitverzweigtes nationales und internationales Kommunikationsnetz in den weltweiten Prozeß wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung eingebunden sind – was für den Erfolg von Forschung unabdingbar ist –, werden im Lande gewonnene Forschungsergebnisse nicht ausschließlich den Produktionsprozessen allein in Baden-Württemberg zugute kommen. Aufgrund der engen Verflechtungen innerhalb Deutschlands und Europas werden natürlich andere Regionen vom starken baden-württembergischen Forschungsengagement ebenfalls profitieren. Auf der anderen Seite können die hiesigen Wissenschaftler und Forscher umso besser Forschungserkenntnisse von außerhalb aufnehmen, wenn sie sich ein entsprechendes Wissenschafts- bzw.

Schaubild 5

Wissenschaftsausgaben*) des Landes Baden-Württemberg und der Bundesländer 1981 bis 1994



*) Nettoausgaben.

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; eigene Berechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

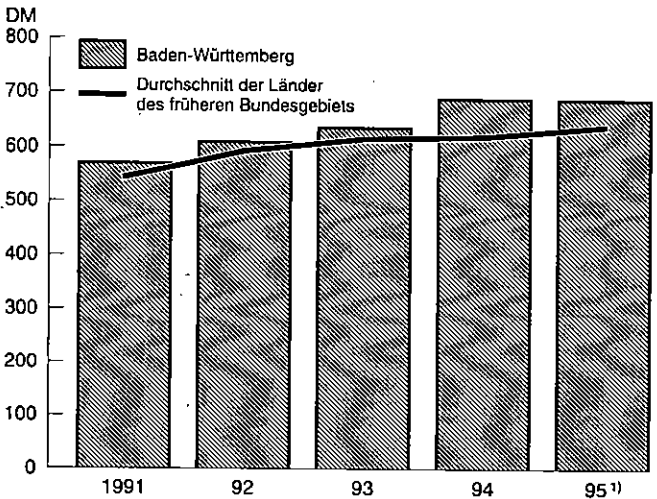
228 96

Erkenntnisniveau erarbeitet haben. Der Umfang baden-württembergischer Forschungsaktivitäten ist keine Garantie dafür, daß sich hier daraus unmittelbar Wirtschaftswachstum oder sogar Arbeitsplätze entwickeln, aber mit steigenden Forschungskapazitäten im Lande verbessern sich die Rahmenbedingungen dafür.

Im Vergleich zu den anderen alten Bundesländern tätigte Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohe Ausgaben für Wissenschaft und Forschung. Mit seinen jährlichen Steigerungsraten der Wissenschaftsausgaben lag das Land in den vergangenen 15 Jahren meist über der bundesdurchschnittlichen Entwicklung; allein in den Jahren 1984/85 und 1991/92 fiel die Ausgabendynamik hinter diesen Durchschnitt zurück. Von 1981 bis 1994 war die kumulierte Zunahme der Wissenschaftsausgaben des Landes aber immer höher als der Bundesländerdurchschnitt (*Schaubild 5*). In Baden-Württemberg nahmen innerhalb dieses Zeitraums die Wissenschaftsausgaben auf das 2,2fache zu, während im Durchschnitt der alten Bundesländer nur eine Verdoppelung zu verzeichnen war. Eliminiert man die Preissteigerungen, zeigt sich, daß die realen Wissenschaftsausgaben des Landes mit + 55,7 % ebenfalls deutlich mehr gestiegen sind als die der alten Bundesländer insgesamt mit + 41,7 %.

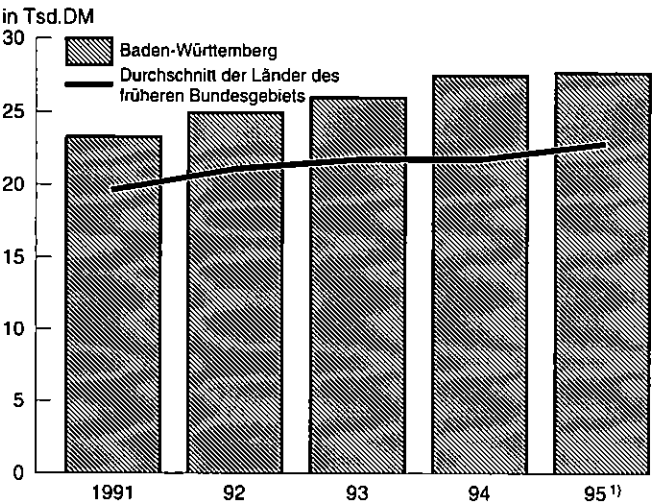
Ein sinnvoller Vergleich des Volumens von Wissenschaftsausgaben unterschiedlich großer Gebietskörperschaften ist nur mit Hilfe einer Normierung mög-

Schaubild 6
Wissenschaftsausgaben*) in Baden-Württemberg pro Kopf der Bevölkerung seit 1991



*) Nettoausgaben. – 1) Haushaltsansatz.
Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; eigene Berechnung.

Schaubild 7
Wissenschaftsausgaben der Hochschulen in Baden-Württemberg pro Studierendem seit 1991



1) Haushaltsansatz.
Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; eigene Berechnung.

lich. Im folgenden werden als Normierungsgrößen die Gesamthaushaltsvolumina, die Bevölkerungszahl sowie die Zahl der an den Hochschulen Studierenden herangezogen.

Baden-Württemberg gab zwischen 1980 und 1994 stets einen größeren Anteil seines Landeshaushalts für Wissenschaft und Forschung aus als die Mehrzahl der alten Bundesländer (*Schaubild 4, Anhangtabelle 4*). Ende der 80er Jahre konnte dieser baden-württembergische Vorsprung zwar von den übrigen alten Bundesländern etwas eingeholt werden, vergrößerte sich in den 90er Jahren aber wieder deutlich. Im Jahr 1994 betrug das Verhältnis der Wissenschaftsausgaben (Nettoausgaben) zum Landeshaushalt in Baden-Württemberg 12,2 %, während der Durchschnittswert der alten Bundesländer bei 10,9 % lag.

Die Gegenüberstellung der Wissenschaftsausgaben in Baden-Württemberg – in diesem Fall die Ausgaben von Land und Gemeinden – mit der Bevölkerungszahl ergibt für die Jahre 1994/95 pro Baden-Würtemberger Wissenschaftsausgaben in Höhe von rund 690 DM (*Schaubild 6, Anhangtabelle 5*). Im Vergleich zu den Vorjahren ist das eine nicht zu unterschätzende Zunahme. Im Durchschnitt der alten Bundesländer zeigte sich ebenfalls eine Steigerung der Wissenschaftsausgaben pro Kopf; der 1995 erreichte Betrag von 640 DM lag aber doch um fast 8 % unter dem Baden-Württembergwert.

Tabelle 2

FuE-Personal und FuE-Ausgaben der Hochschulen in Baden-Württemberg 1993 nach Fächergruppen

| Hochschulart Fächergruppe | FuE-Personal ¹⁾ | | FuE-Ausgaben | |
|---|----------------------------|----------------------|------------------|------------------|
| | zusammen | darunter | zusammen | darunter |
| | | Wissen- schaffler | | Dritt- mittel |
| | Anzahl | | 1 000 DM | |
| Universitäten zusammen | 8 853 | 6 129 | 1 533 427 | 575 049 |
| davon | | | | |
| Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften, Sport | 1 123 | 907 | 157 573 | 37 539 |
| Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | 789 | 642 | 113 663 | 22 747 |
| Mathematik, Naturwissenschaften | 3 833 | 2 567 | 601 129 | 195 566 |
| Humanmedizin | 402 | 234 | 82 735 | 32 506 |
| Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften ²⁾ | 540 | 319 | 95 638 | 35 669 |
| Ingenieurwissenschaften | 2 166 | 1 460 | 482 689 | 251 023 |
| Hochschulkliniken | 3 804 | 1 065 | 479 894 | 108 860 |
| Pädagogische Hochschulen | 207 | 198 | 27 465 | 1 066 |
| Kunsthochschulen | 92 | 83 | 16 944 | 252 |
| Fachhochschulen ³⁾ | 482 | 338 | 38 121 | 7 512 |
| darunter | | | | |
| Naturwissenschaftlich-technische Fächer ⁴⁾ | 294 | 185 | 24 097 | 4 517 |
| Hochschulen insgesamt | 13 438 | 7 813 | 2 095 851 | 692 739 |
| darunter | | | | |
| Naturwissenschaftlich-technische Fächer ⁴⁾ | 6 887 | 4 580 | 1 211 070 | 486 797 |

1) Aufgrund einer Umstellung der Erhebung Untererfassung des Drittmittelpersonals. – 2) Einschließlich Veterinärmedizin. – 3) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen. – 4) Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; Ingenieurwissenschaften.

Die dritte Bundesländervergleichsgröße – die Wissenschaftsausgaben an den Hochschulen, einschließlich der Hochschulkliniken, ohne den öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen pro Studierendem – erhöhte sich in Baden-Württemberg seit 1991 Schritt für Schritt um insgesamt 19 % und liegt 1995 bei einem Betrag von 27 650 DM pro Studierendem (*Schaubild 7, Anhangtabelle 6*). Der Durchschnittsbetrag in den alten Bundesländern beträgt demgegenüber nur 22 770 DM und stieg im betrachteten Zeitraum mit + 16 % auch weniger stark an.

Dieser Bundesvergleich zeigt, Baden-Württemberg unternimmt mit seinem finanziellen Engagement im Wissenschaftsbereich weit größere Anstrengungen als der Durchschnitt der alten Bundesländer.

Das Forschungspotential an baden-württembergischen Hochschulen

Für die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland liegen keine exakten statistischen Informationen bezüglich ihrer tatsächlichen Forschungskapazitäten vor. Das ist in erster Linie auf das Prinzip der Einheit

von Forschung und Lehre zurückzuführen. Zur Bewältigung ihrer Gesamtaufgabe erhalten die Hochschulen eine finanzielle Grundausstattung, die nicht nach diesen beiden Teilaufgaben differenziert ist. Neben Teilen der Grundausstattung fließen in die Forschung zudem häufig noch Finanzmittel von dritter Seite ("Drittmittel").

Das Statistische Bundesamt, das Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie der Wissenschaftsrat haben sich gemeinsam mit der Konferenz der Kultusminister der Länder auf ein Verfahren geeinigt, wie der Forschungsanteil in den Hochschulen näherungsweise berechnet werden kann. Grundlage hierfür sind die im sogenannten Frascati-Handbuch von der OECD festgelegten Richtlinien zur Berechnung von Forschungsaufwendungen. Die in diesem Bericht analysierten Ergebnisse beruhen auf dieser Berechnungsmethode und sind somit national wie international vergleichbar.

Aus den Berechnungen zum Forschungspotential ergibt sich nun, daß im Jahr 1993 13 440 Forscher an den baden-württembergischen Hochschulen tätig waren (*Tabelle 2*). Hier wie im folgenden wird aus Gründen der Vergleichbarkeit die Zahl der im Forschungsbereich Beschäftigten stets in sogenannten "Vollzeit-äquivalenten", also reinen Personenjahren, angege-

ben. Die Forschungsaufwendungen der Hochschulen betrugen zum gleichen Zeitpunkt 2,096 Mrd. DM; d.h. pro Forscher wurden im Durchschnitt 156 000 DM an Sach-, Investitions- und Personalkosten aufgewendet.

Seit Beginn der Berechnungen im Jahr 1985 erhöhten sich die Forschungsausgaben der Hochschulen in Baden-Württemberg laufend. Bis 1987 lag ihre jährliche Steigerungsrate mit durchschnittlich 2,6 % noch unter der Zunahme der Hochschuleausgaben insgesamt, dann aber stiegen die FuE-Ausgaben bis 1990 mit fast 8 % pro Jahr schneller als die Gesamtausgaben der Hochschulen (*Schaubild 8*); dadurch erhöhte sich ihr relatives Gewicht auf rund ein Drittel des Hochschul-etats. In den 90er Jahren ging die Dynamik der Forschungsanstrengungen etwas zurück und erreichte 1992/93 eine jährliche Zuwachsrate von rund 6 %. Da zu Beginn der 90er Jahre die gesamten Hochschuleausgaben aufgrund der hohen Studierendenzahlen stärker anstiegen, wurde die relative Bedeutung des Forschungsetats wieder etwas zurückgedrängt.

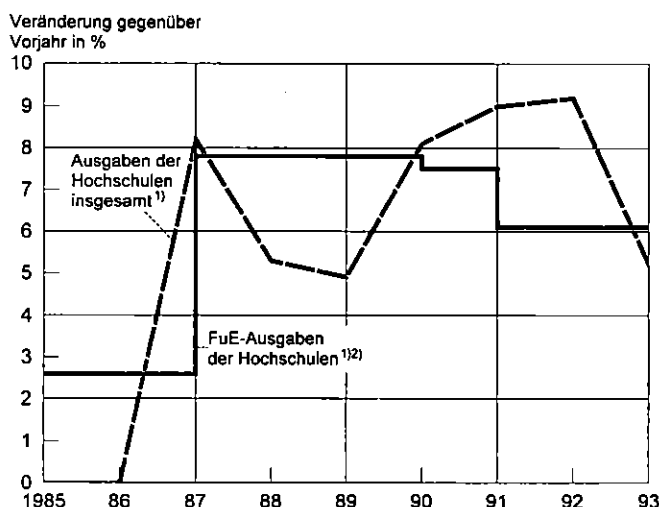
Die in Baden-Württemberg aufgebauten Forschungskapazitäten im Hochschulbereich verteilen sich auf neun Universitäten und sechs Pädagogische Hochschulen, sieben Kunsthochschulen und 39 Fachhochschulen einschließlich acht Verwaltungsfachhochschulen sowie vier Hochschulkliniken. Mit 8 850 Forschern und FuE-Ausgaben in Höhe von 1,533 Mrd. DM wurde 1993 der weitaus größte Teil der Forschung – zwei Drittel der personellen und fast drei Viertel der finanziellen Kapazitäten – an den Universitäten erbracht (*Tabelle 2*). Dies entspricht dem politischen Verständnis der Aufgabenverteilung zwischen den Hochschulen.

Für die Universitäten ist die Forschung eine zentrale Aufgabe – gemessen am gesamten Ausgabenvolumen macht sie über die Hälfte der Leistungserbringung aus –, während die Fachhochschulen einen spezifischen Forschungsauftrag haben. Nach dem Fachhochschulgesetz dienen Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen vor allem der Ausbildung und haben zur Gewährleistung einer innovativen Lehre beizutragen (Primat der Lehre). Die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Erprobung wissenschaftlicher Methoden sollen die Voraussetzungen für die Vermittlung einer anwendungsbezogenen, wissenschaftlichen Ausbildung schaffen. Entsprechend der Anwendungsorientierung der Lehre kann Forschung an Fachhochschulen nur angewandte Forschung, nicht aber Grundlagenforschung sein.

Grundsätzlich fördert das Land alle wissenschaftlichen Disziplinen gleichrangig, wenn auch die getätigten Forschungsaufwendungen je nach Forschungsgegenstand und Forschungsmethode unterschiedlich hoch sind. Die größten Forschungskapazitäten an den Universitäten wurden in der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften aufgebaut (*Tabelle 2*); zusammen mit den anderen naturwissenschaftlich-

Schaubild 8

Ausgaben der Hochschulen in Baden-Württemberg 1985 bis 1993



1) Einschließlich Hochschulkliniken. – 2) Jahresdurchschnittliche Veränderung. Die Verwaltungseinnahmen der Hochschulkliniken wurden berücksichtigt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

231 96

technischen Fächern der Universitäten ergab sich für 1993 ein Anteil von 74 % am universitären Forschungspersonal und von 77 % an den FuE-Ausgaben. Über alle Hochschularten aggregiert, betrug der Anteil naturwissenschaftlich-technischer Forschung mehr als die Hälfte der Gesamtforschung (51 % beim Personal; 58 % bei den Finanzmitteln).

Ein weiterer wichtiger Forschungsbereich mit hohem Personaleinsatz sind die Universitätskliniken; allerdings ist hier die Abgrenzung reiner Forscherstätigkeit vom übrigen Aufgabengebiet der Kliniken und auch von den Tätigkeiten an den medizinischen Fakultäten der Universitäten besonders schwierig und damit häufig unscharf.

Die grundsätzlich im Vergleich zu den Geisteswissenschaften anders organisierte Forschung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich spiegelt sich in abweichenden Personalstrukturen wieder (*Tabelle 2*). Während in den Geisteswissenschaften ein Großteil der Forscher – über 80 % bei Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften, Sport sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; über 90 % an den Pädagogischen Hochschulen und Kunsthochschulen – zur Kategorie der Wissenschaftler gerechnet werden kann, ist im naturwissenschaftlich-technischen Bereich sehr viel mehr Personal für unterstützende For-

Tabelle 3

FuE-Ausgaben in Baden-Württemberg 1993 nach Hochschulart bzw. Fächergruppen und Ausgabearten

| Hochschulart Fächergruppe | FuE-Ausgaben insgesamt | Darunter | | |
|---|---------------------------|-----------------------|------------------------|-------------------|
| | | Personal- ausgaben | Sachinvesti- tionen | Baumaß- nahmen |
| | | | | |
| Universitäten zusammen | 1 533 427 | 915 632 | 93 617 | 48 426 |
| davon | | | | |
| Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften, Sport | 157 573 | 97 302 | 2 418 | 4 405 |
| Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | 113 663 | 69 398 | 2 332 | 118 |
| Mathematik, Naturwissenschaften | 601 130 | 340 320 | 47 419 | 29 056 |
| Humanmedizin | 82 735 | 36 629 | 3 693 | 0 |
| Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften ¹⁾ | 95 638 | 54 232 | 3 418 | 8 514 |
| Ingenieurwissenschaften | 482 689 | 317 752 | 34 068 | 6 333 |
| Hochschulkliniken | 479 894 | 270 474 | 20 487 | 30 394 |
| Pädagogische Hochschulen | 27 465 | 16 208 | 404 | 0 |
| Kunsthochschulen | 16 944 | 12 267 | 1 120 | 0 |
| Fachhochschulen ²⁾ | 38 121 | 23 976 | 3 222 | 1 473 |
| darunter | | | | |
| Naturwissenschaftlich-technische Fächer ³⁾ | 24 097 | 14 876 | 2 467 | 1 342 |
| Hochschulen insgesamt | 2 095 851 | 1 238 537 | 118 850 | 80 293 |

1) Einschließlich Veterinärmedizin. – 2) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen. – 3) Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; Ingenieurwissenschaften.

schertätigkeit notwendig; hier liegt der Anteil der Wissenschaftler an der Gesamtzahl der Forscher zwischen 60 % und 70 %.

Die vom jeweiligen Forschungsgegenstand abhängigen Methoden und Verfahren der Erkenntnisgewinnung bringen es zudem mit sich, daß die Ausgaben für Forschungsaktivitäten je nach Hochschulart bzw. Fächergruppe unterschiedlich strukturiert sind. Die gesamten Forschungsausgaben gliedern sich in Personalausgaben und übrige laufende Ausgaben sowie Ausgaben für Baumaßnahmen (einschließlich den Erwerb von Grundstücken) und übrige Sachinvestitionen. *Tabelle 3* gibt bezüglich dieser Ausgabenstruktur eine Momentaufnahme für das Jahr 1993 wieder. Diese Struktur, insbesondere was die Bauinvestitionen anlangt, kann in anderen Jahren total anders aussehen. Aus dieser Einmalbetrachtung lassen sich nur ganz vorsichtig Erkenntnisse gewinnen; so zum Beispiel die, daß Sachinvestitionen in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften sowie in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern der Fachhochschulen im Vergleich zu anderen Bereichen besonders großes Gewicht zukommt.

Die Gegenüberstellung von absoluten Größen ist allerdings weniger aussagekräftig als ein auf das Forschungspersonal normierter Vergleich. Die FuE-Ausgaben insgesamt je Forscher liegen in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften mit rund 223 000 DM

pro Kopf um fast 30 % über dem Durchschnitt der Universitäten (*Tabelle 4*). Auch die personellen Forschungsausgaben sowie die FuE-Sachinvestitionen je Forscher sind in diesem Bereich deutlich höher als bei anderen Fächergruppen. An zweiter Stelle bezüglich FuE-Ausgaben je Forscher liegen mit 177 000 DM die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften. Speziell bei den FuE-Sachinvestitionen je Forscher werden sie allerdings von der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften (12 400 DM je Forscher) auf den dritten Platz (6 300 DM je Forscher) verdrängt. So zeigt sich, daß alle naturwissenschaftlich-technischen Fächer einen vergleichsweise hohen finanziellen Input für die Einrichtung von Forschungsstellen benötigen.

Überraschend ist in diesem Zusammenhang nur, daß die finanziellen Aufwendungen je Forscher an den Kunsthochschulen (184 000 DM pro Kopf) ebenfalls sehr hoch sind; dies beruht vor allem auf den hohen FuE-Personalausgaben von 133 000 DM je Forscher.

An dieser Stelle ist nochmals darauf hinzuweisen, daß die Forschungsaktivitäten an den baden-württembergischen Hochschulen in dieser spezifizierten Form nicht direkt von den forschenden Stellen erfragt, sondern über ein standardisiertes Berechnungsverfahren ermittelt wurden. Die Interpretation der gewonnenen Ergebnisse wird dann fundierter ausfallen können, wenn über einen mehrjährigen Zeitraum vergleichbare Daten vorliegen.

Tabelle 4

FuE-Ausgaben je Forscher in Baden-Württemberg 1993 nach Hochschulart bzw. Fächergruppen und Ausgabearten

| Hochschulart Fächergruppe | FuE - Ausgaben je Forscher | | |
|---|----------------------------|-----------------------|------------------------|
| | Ausgaben insgesamt | Personal- ausgaben | Sachinvesti- tionen |
| | DM | | |
| Universitäten zusammen | 173 210 | 103 426 | 10 575 |
| davon | | | |
| Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften, Sport | 140 314 | 86 645 | 2 153 |
| Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | 144 060 | 87 957 | 2 956 |
| Mathematik, Naturwissenschaften | 156 830 | 88 787 | 12 371 |
| Humanmedizin | 205 808 | 91 117 | 9 187 |
| Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften ¹⁾ | 177 107 | 100 430 | 6 330 |
| Ingenieurwissenschaften | 222 848 | 146 700 | 15 729 |
| Hochschulkliniken | 126 155 | 71 103 | 5 386 |
| Pädagogische Hochschulen | 132 681 | 78 300 | 1 952 |
| Kunsthochschulen | 184 174 | 133 337 | 12 174 |
| Fachhochschulen ²⁾ | 79 089 | 49 743 | 6 685 |
| darunter | | | |
| Naturwissenschaftlich-technische Fächer ³⁾ | 81 963 | 50 599 | 8 391 |
| Hochschulen insgesamt | 155 965 | 92 167 | 8 844 |

1) Einschließlich Veterinärmedizin. – 2) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen. – 3) Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; Ingenieurwissenschaften.

Forschungsaktivitäten einzelner Universitäten im Vergleich

Bei den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen erscheint es notwendig, die verfügbaren Mittel noch effizienter als bislang einzusetzen. So ist bei der Forschungsförderung verstärkt nach Qualität zu differenzieren. Zusätzlich zur Grundausrüstung für alle Hochschulen ist es nicht möglich, breitgestreut Zusatzausstattungen zu finanzieren. Eine strategisch verantwortungsvolle Forschungspolitik kann nicht darauf verzichten, Schwerpunkte zu setzen und diese längerfristig auf die Problemfelder hin auszurichten, die für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung besonders wichtig sind. Wo bereits ein hohes Leistungsniveau vorhanden ist, sollen durch gezielte Förderung Spitzenforschungsergebnisse ermöglicht werden. Durch die gezielte Forschungsförderung sollen die Hochschulen darüberhinaus verstärkt in die Lage versetzt werden, selbst Drittmittel einzulernen. Die erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln ist ein Qualitätsbeweis für die jeweiligen Forschungseinrichtungen; sie macht den wissenschaftlichen Wettbewerb offener und treibt ihn so voran.

Der Vergleich der neun Universitäten Baden-Württembergs macht deutlich, Forschungsaktivitäten hängen nicht unmittelbar von der Größe einer Universität

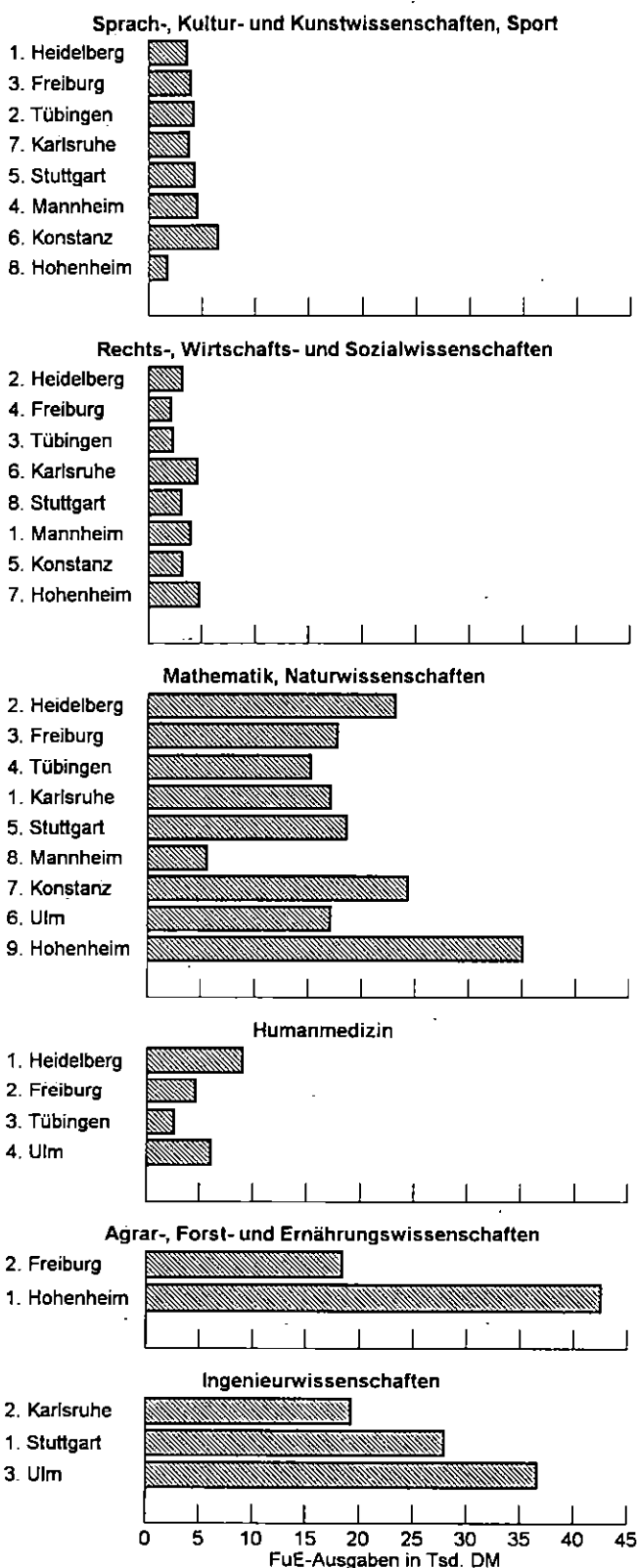
ab (Schaubild 9, Anhangtabelle 7). Gemessen an der Zahl der Studierenden nimmt die Universität Stuttgart einen guten Mittelplatz in Baden-Württemberg ein, mit ihren Forschungsausgaben von über 381 Mio. DM im Jahr 1993 steht sie dagegen weit an der Spitze der Rangfolge. Auf dem zweiten Platz folgt die fast gleichgroße Universität Karlsruhe mit 307 Mio. DM FuE-Ausgaben im Jahr 1993, während die drei größten Universitäten des Landes Heidelberg, Freiburg und Tübingen die Plätze drei, vier und fünf belegen.

Setzt man die FuE-Ausgaben zu den Studierendenzahlen in Beziehung, zeigt sich sogar, daß die Universität Hohenheim – die kleinste Universität des Landes – mit 23 600 DM die höchsten Forschungsausgaben pro Studierenden hat. Die Universitäten Stuttgart und Karlsruhe folgen nach dieser Maßzahl auf den Plätzen zwei (20 600 DM pro Studierenden) und drei (15 700 pro Studierenden); die drei größten Universitäten erreichen demgegenüber nur die Plätze sechs, sieben und acht (zwischen 8 500 DM und 6 100 DM FuE-Ausgaben pro Studierenden).

Die so unterschiedlich hohen Forschungsausgaben der Universitäten des Landes sind sehr stark durch die jeweilige Fächerstruktur bedingt. Wie bereits oben erwähnt, hängt der für ein Forschungsergebnis notwendige finanzielle und personelle Input vom Forschungsgegenstand und vom Verfahren der Erkennt-

FuE-Ausgaben pro Studierendem an den Universitäten in Baden-Württemberg 1993 nach Fächergruppen

Reihenfolge der Universitäten nach der Anzahl der Studenten.
Rangziffer der Universitäten nach der Anzahl der Studenten in den einzelnen Fächergruppen.



nisgewinnung ab. Dies schlägt sich nicht nur in den FuE-Ausgaben je Forscher nieder, sondern auch in den FuE-Ausgaben bezogen auf die Größe einer Fakultät. Bei den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften lagen 1993 die Forschungsausgaben je Studierendem mit 37 200 DM pro Kopf um mehr als das Dreifache über dem Durchschnittswert aller Fächergruppen. Die Ingenieurwissenschaften sowie die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften erreichten mit 24 100 DM bzw. 18 400 DM pro Studierendem ebenfalls überdurchschnittlich hohe FuE-Ausgaben. Auf der anderen Seite betrugen die Forschungsausgaben je Studierendem in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (3 300 DM je Studierendem) nur ein Drittel der durchschnittlichen FuE-Pro-Kopf-Ausgaben.

Wegen der fachspezifischen Unterschiede der Forschungsaufwendungen wird in *Schaubild 9* das Forschungengagement der einzelnen Universitäten nach Fächergruppen differenziert verglichen. In der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften gab es im Jahr 1993 die größte Bandbreite zwischen den Universitäten. Die kleine Universität Hohenheim erreichte hier vor den Universitäten Konstanz und Heidelberg den ersten Rang, während die in diesem Fachbereich relativ großen Universitäten Freiburg, Tübingen und Karlsruhe unter dem fächerspezifischen Durchschnittswert von 18 400 DM je Studierendem blieben. Bei den Ingenieurwissenschaften tätigte die in diesem Fachbereich kleinste baden-württembergische Universität Ulm die höchsten FuE-Ausgaben je Studierendem. Anders sieht es in der Fächergruppe Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften aus; hier dominierte eindeutig auch bei den Forschungsausgaben die nach Studentenzahlen führende Universität Hohenheim.

Das universitäre Forschungsengagement scheint weder von der absoluten Größe der Universität noch von dem Gewicht der jeweiligen Fakultäten abzuhängen. Um in diesem Bereich Wirkungszusammenhänge aufzeigen zu können, müßte die Forschungssituation jeder einzelnen Fakultät über mehrere Jahre hinweg genau beobachtet werden.

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen kommt der Drittmittelfinanzierung von Forschung besonders große Bedeutung zu. Auf der einen Seite erweitern die Drittmittel das Hochschulforschungspotential insgesamt, auf der anderen Seite zwingen sie die einzelnen Forscher in einem Wettbewerb um diese Finanzmittel zu Höchstleistungen. Entsprechend ihrem forschungspolitischen Auftrag werden die weitaus meisten Drittmittel in Baden-Württemberg (1993: 83 %) von den Universitäten eingeworben (*Tabelle 2*). Die neun Landesuniversitäten finanzierten im Jahr 1993 über ein Drittel ihrer gesamten Forschungsausgaben über Drittmiteleinahmen (575 Mio. DM). Die Fachhochschulen des Landes erreichten noch einen

Tabelle 5

Drittmiteinnahmen der Hochschulen in Baden-Württemberg 1993 nach Hochschulart und Drittmittelgebern

| Hochschulart | Drittmittel insgesamt | Davon nach Drittmittelgeber | | | | | | | | |
|-------------------------------------|--------------------------|---|---------|-----------------------------|--------|-------------------------------------|-------------------------------------|---|------------|----------------------------------|
| | | Deutsche Forschungs- gemeinschaft | Bund | Bundesanstalt für Arbeit | Länder | Gemeinden, Gemeinde- verbände | sonstige öffentliche Bereiche | Internatio- nale Orga- nisationen | Stiftungen | gewerb- liche Wirt- schaft |
| | | 1 000 DM | | | | | | | | |
| Universitäten | 575 049 | 216 431 | 144 696 | 964 | 16 619 | 1 597 | 6 335 | 37 518 | 21 158 | 129 731 |
| Pädagogische Hochschulen | 1 066 | 36 | 278 | 136 | 0 | 0 | 0 | 293 | 210 | 113 |
| Kunsthochschulen | 252 | 136 | 0 | 0 | 0 | 55 | 0 | 0 | 1 | 60 |
| Fachhochschulen ¹⁾ | 7 512 | 198 | 904 | 354 | 1 147 | 4 | 343 | 2 347 | 588 | 1 627 |
| Hochschulen insgesamt ²⁾ | 583 879 | 216 801 | 145 878 | 1 454 | 17 766 | 1 656 | 6 678 | 40 158 | 21 957 | 131 531 |

1) Ohne kaufmännisch buchende Hochschulkliniken. – 2) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

Anteil von 20 % (7,5 Mio. DM), während bei den Pädagogischen Hochschulen und Kunsthochschulen die Drittmittelfinanzierung mit 4 % bzw. 1,5 % nur geringes Gewicht hatte.

Größter Drittmittelgeber der baden-württembergischen Universitäten war 1993 die Deutsche Forschungsgemeinschaft; mit 216 Mio. DM wurde mehr als ein Drittel der insgesamt von dritter Seite eingeworbenen Finanzmittel von dort bereitgestellt (Tabelle 5). Jeweils rund ein weiteres Viertel kam von der Bundesregierung Deutschland (145 Mio. DM) sowie von der Privatwirtschaft (130 Mio. DM). Bemerkenswert ist noch die starke internationale Ausrichtung der Drittmittelfinanzierung an den Fachhochschulen; fast ein Drittel ihrer gesamten Drittmittel kam 1993 von internationalen Organisationen (2,3 Mio. DM). Weniger überraschend ist dagegen das engagierte Eintreten der gewerblichen Wirtschaft (1,6 Mio. DM) bei den Fachhochschulen; im Hinblick auf eine Optimierung der praktischen Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen wäre hier eine noch intensivere Zusammenarbeit außerordentlich zu begrüßen.

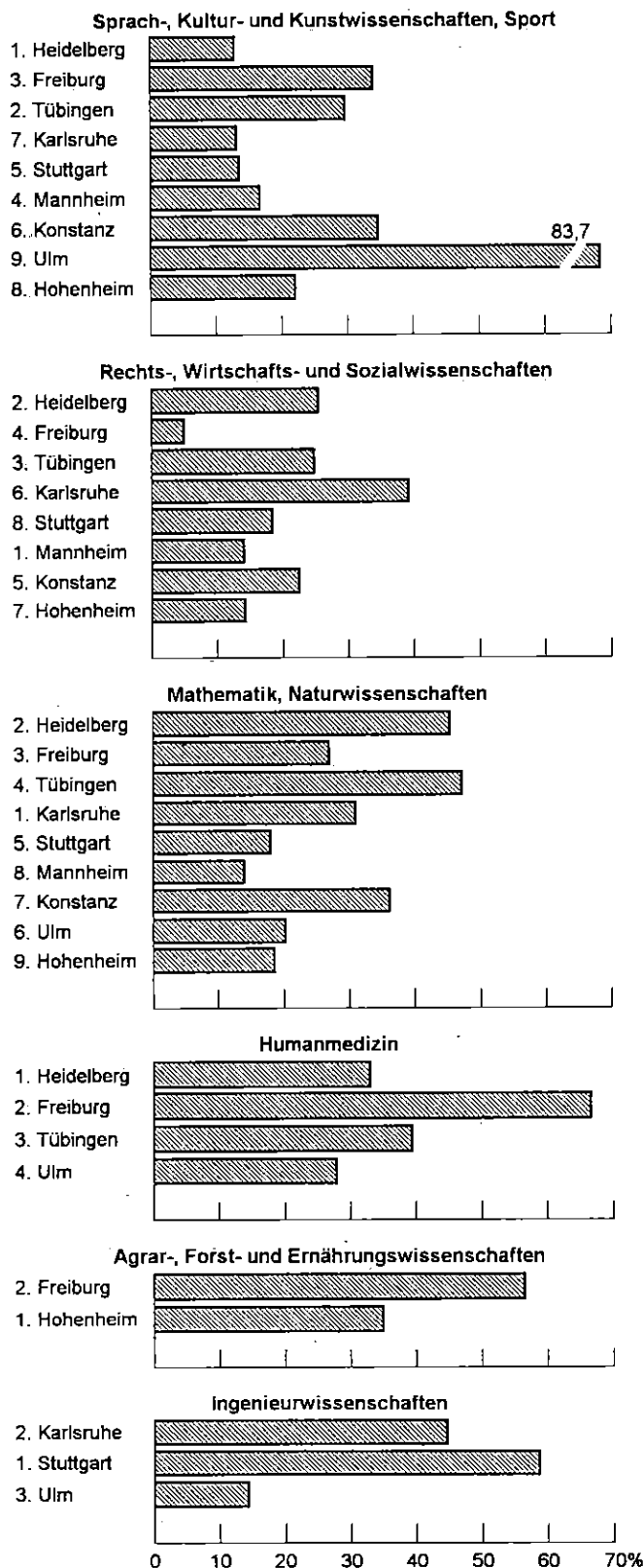
Obwohl eine erfolgreiche Drittmittelinwerbung durchaus als Qualitätszeichen für die forschende Stelle gewertet werden kann, ist zu berücksichtigen, daß die Möglichkeiten, sich derartige Finanzquellen zu erschließen, stark vom jeweiligen Forschungsfeld abhängen. Insbesondere die Ingenieurwissenschaften und die anderen naturwissenschaftlich-technischen Fächergruppen sowie die Humanmedizin scheinen für eine umfangreiche Drittmittelfinanzierung prädestiniert zu sein.

Beim Vergleich der Drittmittelaktivitäten der einzelnen Universitäten haben also die Institutionen mit entsprechender Fächerstruktur einen Vorteil. *Schaubild 10* gibt einen Überblick über die Drittmittelanteile an den Forschungsausgaben in den einzelnen Fächergruppen der baden-württembergischen Universitäten für das Jahr 1993 (siehe auch *Anhangtabelle 8*).

Durch erfolgreiche Drittmittelinwerbung bei den Ingenieurwissenschaften konnten die Universitäten Stuttgart und Karlsruhe insgesamt den größten bzw. drittgrößten Drittmittelanteil bei den Forschungsausgaben erreichen. Da die Universität Ulm speziell in diesem Bereich stark zurückfiel, kam sie trotz ihres ungewöhnlich hohen Drittmittelanteils in der Fächergruppe Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften, Sport nur auf den vorletzten Platz der Gesamtdrittmittelrangliste. An zweiter Stelle stand hier die Universität Tübingen; sie ist vor allem stark im Bereich Mathematik, Naturwissenschaften und Humanmedizin. In diesen beiden Fächergruppen hat auch die Universität Heidelberg einen hohen Drittmittelforschungsanteil; für sie ist allerdings bemerkenswert, daß gerade in ihrer größten Fächergruppe Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften, Sport nur so wenig erfolgreich Drittmittel eingeworben wurden. Die insgesamt geringsten Drittmittelanteile an den Forschungsausgaben haben neben Ulm die Universitäten Mannheim und Konstanz. Dies dürfte in erster Linie auf ihre Fächerstruktur zurückzuführen sein; sie sind die einzigen Landesuniversitäten, die weder Humanmedizin noch Ingenieurwissenschaften oder Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften in ihrem Forschungsprogramm haben.

Anteil der Drittmittel an den FuE-Ausgaben der Universitäten in Baden-Württemberg 1993 nach Fächergruppen

Reihenfolge der Universitäten nach der Anzahl der Studenten.
Rangziffer der Universitäten nach der Anzahl der Studenten in den einzelnen Fächergruppen.



Zusammenfassung

- Im nationalen und internationalen Standortwettbewerb steht Baden-Württemberg mit seinen landesspezifischen Forschungsanstrengungen sehr günstig da. So erreichen die Forschungsausgaben im Land 1993 einen Anteil von 3,8 % am Bruttoinlandsprodukt, während der entsprechende Anteilswert im früheren Bundesgebiet bei 2,7 % liegt. Auch so bedeutende Industriestaaten wie Japan, USA und Frankreich wurden vom baden-württembergischen Forschungsengagement übertroffen.
- Die von privater und öffentlicher Seite insgesamt für Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg aufgewendeten Finanzmittel erhöhten sich von 1985 bis 1993 von 10,71 Mrd. DM pro Jahr auf 17,62 Mrd. DM. Das war eine Zunahme um fast zwei Drittel; die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate lag damit bei ungefähr + 6,5 %.
- Die große politische Bedeutung, die Forschung und Wissenschaft in Baden-Württemberg zukommt, zeigt sich insbesondere auch in der relativen Zunahme der Wissenschaftsausgaben im Vergleich zum Landeshaushalt insgesamt. 1980 betrug das Verhältnis der Wissenschaftsausgaben des Landes (Nettoaussgaben) zu den gesamten Haushaltsausgaben 9,5 %; im Laufe der Jahre erhöhte es sich Schritt um Schritt auf 12,2 % in 1994.
- Im Vergleich zu den anderen alten Bundesländern tätigte Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohe Ausgaben für Wissenschaft und Forschung; es gab immer einen größeren Anteil seines Landeshaushalts dafür aus als die Mehrzahl der übrigen Bundesländer. Von 1981 bis 1994 nahmen die Wissenschaftsausgaben des Landes auf das 2,2 fache zu, während im Durchschnitt der alten Bundesländer nur eine Verdoppelung zu verzeichnen war.
- An den baden-württembergischen Hochschulen waren im Jahr 1993 13 440 Forscher (Vollzeit-äquivalente) tätig; die Forschungsaufwendungen betrugen gleichzeitig 2,096 Mrd. DM, das heißt pro Forscher wurden im Durchschnitt 156 000 DM an Sach-, Investitions- und Personalkosten aufgewendet. Zwei Drittel der personellen und fast drei Viertel der finanziellen Forschungskapazitäten wurden an den Universitäten bereitgestellt; für sie ist Forschung eine zentrale Aufgabe, während die Fachhochschulen einen begrenzten Forschungsauftrag haben.
- Die größten personellen und finanziellen Forschungsanstrengungen an den Universitäten wurden in der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften geleistet. Zusammen mit den an-

deren naturwissenschaftlich-technischen Fächern der Universitäten ergab sich für 1993 ein Anteil von 74 % am Forschungspersonal insgesamt und von 77 % an den FuE-Ausgaben. Über alle Hochschularten aggregiert, betrug der Anteil naturwissenschaftlich-technischer Forschung mehr als die Hälfte der Gesamtforschung.

- Alle naturwissenschaftlich-technischen Fächer benötigen einen vergleichsweise hohen finanziellen Input für die Einrichtung von Forschungsstellen. Die FuE-Ausgaben je Forscher lagen 1993 bei den Ingenieurwissenschaften mit rund 223 000 DM pro Kopf um fast 30 % über dem Durchschnitt aller Fächer; an zweiter Stelle standen mit 177 000 DM je Forscher die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften.
- Die Forschungsaktivitäten der Universitäten hängen nicht unmittelbar von deren Größe ab. Gemessen an der Zahl der Studierenden nimmt die Universität Stuttgart einen guten Mittelplatz in Baden-Württemberg ein, mit ihren Forschungsausgaben von über 381 Mio. DM im Jahr 1993 steht sie dagegen weit an der Spitze der Rangfolge. Auf dem zweiten Platz folgt die fast gleichgroße Universität Karlsruhe mit 307 Mio. DM FuE-Ausga-

ben, während die drei größten Universitäten des Landes Heidelberg, Freiburg und Tübingen die Plätze drei, vier und fünf belegen.

- Die erfolgreiche Drittmiteleinwerbung kann als Qualitätszeichen für die forschende Stelle gewertet werden. Die Möglichkeiten, sich derartige Finanzquellen zu erschließen hängen allerdings stark vom jeweiligen Forschungsfeld ab. Insbesondere die Ingenieurwissenschaften und die anderen naturwissenschaftlich-technischen Fächergruppen sowie die Humanmedizin scheinen für eine umfangreiche Drittmittelfinanzierung prädestiniert zu sein.
- Größter Drittmittelgeber für die baden-württembergischen Hochschulen war 1993 die Deutsche Forschungsgemeinschaft; mit 217 Mio. DM wurde mehr als ein Drittel der insgesamt von dritter Seite eingeworbenen Finanzmittel von dort bereitgestellt. Jeweils rund ein weiteres Viertel kam von der Bundesregierung sowie von der Privatwirtschaft. Bemerkenswert ist die relativ starke internationale Ausrichtung der Drittmittelfinanzierung an den Fachhochschulen; fast ein Drittel kam hier 1993 von internationalen Organisationen.

Die Berufsakademie – vom Modellversuch zur bundesweit anerkannten Einrichtung

Die Besonderheit der baden-württembergischen Berufsakademie liegt darin, daß sie "eine wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte berufliche Bildung" vermittelt. Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe erfüllt sie ihre Aufgabe durch das Zusammenwirken von staatlichen Studienakademien mit den beteiligten Ausbildungsstätten.¹ Dieses Zusammenwirken kann auch mit dem Begriff "duales System" charakterisiert werden, obwohl unter dieser Kennzeichnung ursprünglich nur die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz verstanden wurde. Im Unterschied zum traditionellen dualen System gehört jedoch die Berufsakademie (BA) dem tertiären Bildungsbereich an und wendet sich ausschließlich an Abiturienten. Durch die BA soll Personen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, eine Alternative zu einem Hochschulstudium geboten werden.

Zwar bestehen inzwischen in mehreren Bundesländern Berufsakademien, doch ist diese Einrichtung in der anspruchsvollen Form der Hochschulalternative eine spezielle Erfindung und Entwicklung in unserem Bundesland. Vorbild für den 1974 von der Landesregierung eingeleiteten Versuch war das sogenannte "Stuttgarter Modell", bei dem bereits zwei Jahre zuvor drei große in der Landeshauptstadt ansässige Unternehmen gemeinsam mit der Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie begonnen hatten, Abiturienten zu kaufmännischen Führungskräften auszubilden. Bereits in der Versuchsphase wurde das Ausbildungskonzept auf weitere Ausbildungsstätten ausgedehnt und um technische und sozialberuflich orientierte Ausbildungsgänge erweitert. Durch das Berufsakademiegesetz des Landes vom 04.05.1982 wurde die BA in eine Regeleinrichtung überführt.² Die jahrelangen Bemühungen des Wissenschaftsministeriums, die landesgesetzlich verbürgte Gleichwertigkeit von Fachhochschul- und BA-Diplom auch überregional sicherzustellen, hatten schließlich im Jahre 1995 Erfolg: Auf ihrer Sitzung am 28./29. September verständ-

igte sich die Kultusministerkonferenz (KMK) auf die Anerkennung der Abschlüsse nach dem baden-württembergischen Modell. Dieser Beschluß hat auch Auswirkungen auf die ab 1990 in Berlin und Sachsen eingerichteten Berufsakademien, die sich an das baden-württembergische Vorbild angelehnt haben. Die ebenfalls unter der Bezeichnung "BA" firmierenden Einrichtungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sollen entsprechend der Empfehlung der KMK zunächst durch den Wissenschaftsrat begutachtet werden. In den beiden letztgenannten Ländern war bislang eine stärkere Orientierung an schulischen Ausbildungsstandards gegeben, weshalb sie sich vom baden-württembergischen Modell unterscheiden. In unserem Bundesland war die Berufsakademie einerseits zwar Teil einer Gesamtkonzeption zum Ausbau der beruflichen Bildung. Im Unterschied zu den beiden anderen auf den Sekundarbereich bezogenen Säulen der Neukonzeption – Verbesserung der Ausbildung für Hauptschulabsolventen und Ausbau eines Akademierings für Schulabgänger mit mittlerem Abschluß – zielte diese Neuentwicklung jedoch von vornherein auf den Tertiärbereich und beschränkte sich auf die Abiturienten als Zielgruppe.³

Bei ihrem Start im Jahre 1974 waren am Modell BA nur 43 Ausbildungsbetriebe beteiligt, doch erhöhte sich diese Zahl bereits bis zum Ende des Jahrzehnts auf das Fünfzehnfache.⁴

Starke Expansion in den 80er Jahren

Mit der wachsenden Beteiligung von Ausbildungsbetrieben und der Überführung in eine Regeleinrichtung nahm die Zahl der BA-Studierenden innerhalb weniger Jahre sehr stark zu. Der Studierendenbestand verdoppelte sich innerhalb von 5 Jahren ab 1983 – dem ersten Erhebungsjahr der amtlichen Statistik – und er-

1 Vgl. § 1 Abs. 1 des Berufsakademiegesetzes in der Fassung vom 10.01.1995 (GBl. S. 115).

2 Auf der Grundlage des Gesetzes erhebt das Statistische Landesamt seit 1983 jährlich mit Stichtag 1. Oktober aggregierte Daten zu Bestand und Abgang der Studierenden sowie zu den Unterrichtsverhältnissen an der BA.

3 Vgl. Pressemitteilung des Kultusministeriums Baden-Württemberg Nr. 193 vom 10.07.1973.

4 Zabeck, J./Zimmermann, M.: "Anspruch und Wirklichkeit der Berufsakademie Baden-Württemberg – eine Evaluationsstudie", Weinheim 1995, Seite 12 (Zitierweise: Evaluationsstudie....).

Tabelle 1

Studierende an Berufsakademien in Baden-Württemberg seit 1983

| Jahr ¹⁾ | Studierende insgesamt | Davon im Ausbildungsbereich | | | Studierende im ersten Studienjahr | |
|--------------------|-----------------------|-----------------------------|---------|-------------|-----------------------------------|---|
| | | Wirtschaft | Technik | Sozialwesen | zusammen | darunter mit in Baden-Württemberg erworbener Hochschulreife |
| 1983 | 4 404 | 2 601 | 967 | 836 | 1 715 | 1 348 |
| 1985 | 6 516 | 4 382 | 1 288 | 846 | 2 605 | 1 887 |
| 1990 | 11 117 | 7 344 | 2 972 | 801 | 4 144 | 2 762 |
| 1991 | 12 031 | 7 949 | 3 152 | 930 | 4 314 | 2 790 |
| 1992 | 11 918 | 8 045 | 2 838 | 1 035 | 3 903 | 2 705 |
| 1993 | 11 351 | 7 826 | 2 443 | 1 082 | 3 382 | 2 132 |
| 1994 | 10 355 | 7 407 | 1 888 | 1 060 | 3 267 | 2 079 |
| 1995 | 9 764 | 7 155 | 1 534 | 1 075 | 3 339 | 2 099 |

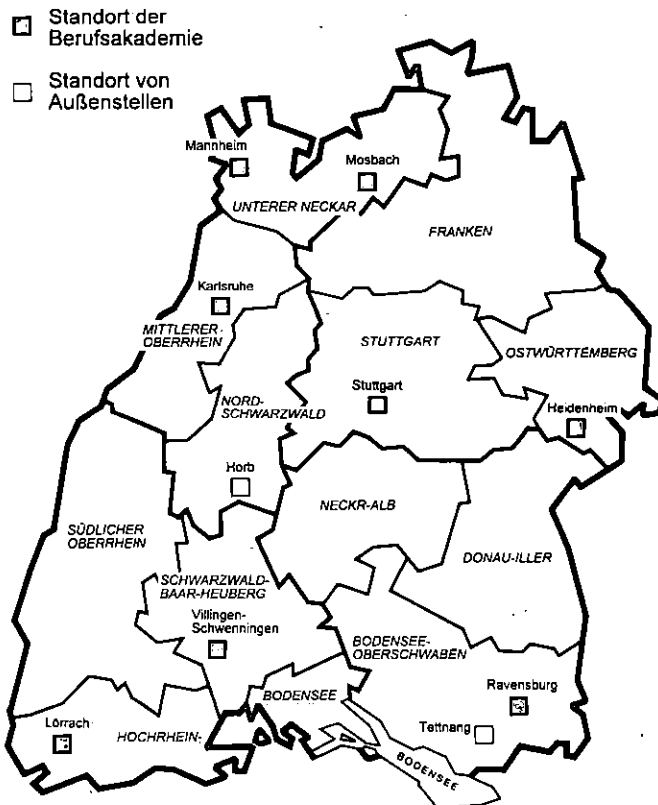
1) Stichtag jeweils 1. Oktober.

reichte schließlich im Jahre 1991 mit über 12 000 Studierenden seinen Höhepunkt (Tabelle 1). Seither ist eine rückläufige Entwicklung zu beobachten, bei

der jedoch zu berücksichtigen ist, daß nach den Beschlüssen der Landesregierung lediglich 9 000 Studienplätze in "Dauerlast" und bis zu 3 140 Studienplätze in "Überlast" zur Verfügung stehen. Die Entwicklung in den 90er Jahren kann als Annäherung an die geplante Dauerlast gesehen werden. Die Berücksichtigung einer vorübergehenden Überlast bei der Kapazitätsplanung trug sicherlich der Tatsache Rechnung, daß Mitte/Ende der 80er Jahre starke Abiturjahrgänge in den Tertiärbereich drängten. Die Abstimmung von Staat (Kapazitäten der Studienakademien) und Wirtschaft (Zahl der Ausbildungsbetriebe und -plätze) hatte somit unterschiedliche Rahmenbedingungen zu integrieren, da für die Ausbildungsbetriebe demographische Faktoren allenfalls aus längerfristiger Sicht von Belang sind. Außerdem war im Interesse der Abiturienten auf eine regionale Ausgewogenheit zu achten. Die über 4 000 am Modell teilnehmenden Betriebe verteilen sich zwar über das ganze Land, allerdings mit Schwerpunkt im Mittleren Neckarraum.⁵ Demgegenüber konnten die Studienakademien wegen der Begrenztheit der öffentlichen Ressourcen nicht in allen Regionen errichtet werden. Die Konzentration auf acht organisatorische Einheiten führt dazu, daß in den Regionen Südlicher Oberrhein, Franken, Neckar-Alb und Donau-Iller keine Berufsakademie vorhanden ist; in der Region Nordschwarzwald existiert lediglich eine Außenstelle der BA Stuttgart (Schaubild 1). Die regionale Ausgewogenheit scheint auch dadurch beein-

Schaubild 1

Berufsakademien in Baden-Württemberg
Stand 1995



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

243 06

5 Vgl. hierzu: Evaluationsstudie.... S. 92 (Abb. 1).

trächtigt, daß in sechs Berufsakademien nur zwei Ausbildungsbereiche vorhanden sind. In fünf Fällen ist dies die Kombination von Wirtschaft und Technik, in einem Falle (Villingen-Schwenningen) sind die Ausbildungsbereiche Wirtschaft und Sozialwesen vertreten. Lediglich an den Berufsakademien in Stuttgart und Heidenheim sind alle drei Ausbildungsbereiche vorhanden (*Anhangtabellen 1 und 2*). Nach den Planungen der Landesregierung sollen jedoch die vorhandenen acht Standorte das Komplement zu den betrieblichen Ausbildungsplätzen auch für diejenigen Regionen sicherstellen, in denen keine Berufsakademie existiert.

Betriebswirtschaftlich orientierte Studiengänge überwiegen

Daß der Ausbildungsbereich Wirtschaft gemessen an dem Anteil der Studierenden (1995: 73 %) ein klares Übergewicht hat, ist angesichts der Entstehungsgeschichte der BA nicht verwunderlich. Die Gliederung dieses Ausbildungsbereichs in einzelne Fachrichtungen orientiert sich in erster Linie an der Branchenzugehörigkeit der beteiligten Firmen (z.B. Bank, Handel, Industrie, Spedition, Tourismus, Versicherung), zum Teil auch an der innerbetrieblichen Aufgabenstellung und Arbeitsteilung (Marketing, Datenverarbeitung, Steuern). Im Bereich der Datenverarbeitung läuft der gleichnamige Studiengang aus; statt dessen wurde die "Wirtschaftsinformatik" seit Ende der 80er Jahre sehr stark ausgebaut. Mit über 2 000 Studierenden ist die "Industrie" die quantitativ bedeutsamste unter den 13 Fachrichtungen des Ausbildungsbereichs Wirtschaft, gefolgt von "Handel" und "Bank" mit rund 1 300 bzw. 900 Studierenden (*Tabelle 2*).

In der Entwicklung der einzelnen Fachrichtungen kommen auch die strukturellen Verschiebungen in der Wirtschaft zum Ausdruck. So besteht die Fachrichtung "Internationales Marketing" erst seit Ende der 80er Jahre, die "Medien- und Kommunikationswirtschaft" gar erst seit Anfang der 90er Jahre. Auch der Aufschwung der "Tourismusbetriebswirtschaft" unterscheidet sich von der Entwicklung der meisten anderen Fachrichtungen, die eine eher rückläufige Zahl von Studierenden aufweisen. Vergleiche hinsichtlich der Studienanfängerzahlen in Betriebswirtschaft zwischen Universitäten, Fachhochschulen und BA zeigen, daß an Universitäten ein noch stärkerer Rückgang zu verzeichnen ist als an Berufsakademien. Dagegen haben sich an den Fachhochschulen in den letzten Jahren deutlich mehr Studienanfänger in Betriebswirtschaftslehre eingeschrieben als zu Beginn der 90er Jahre.

Technische Studiengänge am stärksten vom Rückgang betroffen

Noch stärker als die betriebswirtschaftlich ausgerichteten Studiengänge wurden die ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen der BA von einer rückläufigen Tendenz erfaßt. Im Herbst 1995 hat sich der Studierendenbestand in diesem Bereich im Vergleich zum Höchststand von 1991 halbiert (- 51,3 %). Besonders betroffen sind die Fachrichtungen Maschinenbau (- 53,3 %) und Elektrotechnik (- 56,1 %). Allerdings zeichnet sich bei den Studienanfängern – insbesondere im Maschinenbau und in der Technischen Informatik – wieder eine leicht steigende Tendenz ab. Der in den letzten Jahren im Bereich Technik zu beobachtende Rückgang der (besetzten) Ausbildungsplätze ist zum einen auf angebotsbestimmte Faktoren zurückzuführen. In einer 1994 von der Universität Mannheim durchgeführten stichprobenweisen Befragung gab im Bereich Technik die Hälfte der Betriebe an, in den letzten drei Jahren sei die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze reduziert worden, wobei mehr als ein Drittel dies ausschließlich auf konjunkturelle Gründe zurückführte. Demgegenüber betrug der Anteil der Betriebe mit Ausbildungsplatzabbau im Bereich Wirtschaft nur 28 %.⁶ Im Rahmen der amtlichen Statistik wird die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze nicht erfaßt, erhoben werden lediglich die besetzten Ausbildungsplätze, die in der Zahl der Studierenden zum Ausdruck kommen. Es erscheint daher sinnvoll, zur Abschätzung angebots- bzw. nachfragerrelevanter Faktoren die Entwicklung in vergleichbaren Studiengängen an Universitäten und Fachhochschulen zu betrachten. *Tabelle 3* zeigt, daß die Zahl der Studienanfänger in Elektrotechnik und Maschinenbau seit 1990 auch an Universitäten erheblich zurückgegangen ist. Demgegenüber können die Fachhochschulen auf ein relativ konstantes Potential an Studienanfängern in diesen beiden Studienbereichen bauen. Allerdings haben die Fachhochschulen eine andere Vorbildungsstruktur der Studierenden vorzuweisen als die Berufsakademien. Während an diesen nur Abiturienten aufgenommen werden, sind an den Fachhochschulen in erheblichem Umfang Absolventen des zweiten Bildungswegs – vor allem von den Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife – zu finden. Gerade im Studienbereich Elektrotechnik kann mehr als die Hälfte der FH-Studierenden die Fachhochschulreife als Hochschulzugangsberechtigung vorweisen, auch im Studienbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik ist der Anteil der Studierenden, die nicht über das allgemeinbildende Gymnasium (Abiturprüfung) an die

6 Evaluationsstudie..., S. 94 (Tab. 3).

Tabelle 2

Studierende an Berufsakademien in Baden-Württemberg seit 1983 nach Ausbildungsbereichen und

| Ausbildungsbereich Fachrichtung | Studierende | | | | | | | |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|---------------|
| | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 |
| Sozialwesen zusammen | 836 | 842 | 846 | 817 | 723 | 777 | 778 | 801 |
| davon | | | | | | | | |
| Arbeit mit alten Menschen | 20 | – | 12 | 6 | – | – | – | – |
| Arbeit mit behinderten Menschen | 100 | 98 | 87 | 85 | 83 | 83 | 85 | 76 |
| Arbeit mit psychisch- und Suchtkranken | 66 | 57 | 50 | 49 | 50 | 59 | 55 | 67 |
| Arbeit mit Straffälligen | 28 | 25 | 28 | 28 | 31 | 31 | 30 | 31 |
| Heimerziehung | 236 | 254 | 243 | 220 | 212 | 198 | 232 | 276 |
| Kinder- und Jugendarbeit | 105 | 119 | 119 | 114 | 76 | 108 | 85 | 64 |
| Soziale Arbeit in der Verwaltung/ Soziale Dienste | 281 | 289 | 307 | 315 | 271 | 278 | 269 | 255 |
| Soziale Arbeit im Gesundheitswesen | – | – | – | – | – | 20 | 22 | 32 |
| Technik zusammen | 967 | 1 104 | 1 288 | 1 695 | 2 002 | 2 426 | 2 701 | 2 972 |
| davon | | | | | | | | |
| Elektrotechnik | 390 | 421 | 507 | 626 | 664 | 734 | 763 | 810 |
| Holztechnik | 25 | 48 | 66 | 68 | 78 | 88 | 119 | 124 |
| Maschinenbau | 512 | 586 | 662 | 811 | 900 | 1 020 | 1 113 | 1 267 |
| Technische Informatik | – | – | – | 142 | 317 | 537 | 641 | 706 |
| Umwelt- und Strahlenschutz | 40 | 49 | 53 | 48 | 43 | 47 | 65 | 65 |
| Wirtschaft zusammen | 2 601 | 3 411 | 4 382 | 5 072 | 5 604 | 6 087 | 6 705 | 7 344 |
| davon | | | | | | | | |
| Bank | 248 | 285 | 351 | 356 | 400 | 434 | 505 | 608 |
| Datenverarbeitung | 219 | 318 | 471 | 597 | 658 | 534 | 462 | 306 |
| Handel | 365 | 536 | 737 | 911 | 1 055 | 1 160 | 1 332 | 1 438 |
| Handwerk | – | – | – | – | – | 20 | 41 | 68 |
| Industrie | 985 | 1 275 | 1 671 | 2 006 | 2 190 | 2 214 | 2 286 | 2 355 |
| Internationales Marketing | – | – | – | – | – | 78 | 86 | 96 |
| Medien- und Kommunikationswirtschaft | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Öffentliche Wirtschaft | 59 | 76 | 95 | 96 | 96 | 97 | 94 | 103 |
| Spedition | 86 | 115 | 141 | 162 | 181 | 201 | 244 | 279 |
| Steuern/Prüfungswesen | 165 | 238 | 322 | 339 | 361 | 388 | 405 | 427 |
| Tourismusbetriebswirtschaft | 228 | 311 | 321 | 309 | 267 | 241 | 210 | 210 |
| Versicherung | 246 | 257 | 273 | 296 | 340 | 351 | 386 | 448 |
| Wirtschaftsinformatik | – | – | – | – | 56 | 369 | 654 | 1 006 |
| Insgesamt | 4 404 | 5 367 | 6 516 | 7 584 | 8 329 | 9 290 | 10 184 | 11 117 |

1) Bis 1993 einschließlich Kunststofftechnik. – 2) Ab 1994 einschließlich Kunststofftechnik.

Fachhochschule gekommen sind, überdurchschnittlich hoch. Somit unterscheidet sich die "Klientel" der technischen Studiengänge an Fachhochschulen und Berufsakademien erheblich.

Zahl der Ausbildungsplätze im Sozialbereich steigt

Aus den bisherigen Betrachtungen der (besetzten) Ausbildungsplätze läßt sich der Schluß ziehen, daß die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe im Bereich

Wirtschaft und vor allem im Bereich Technik auch von konjunkturellen Faktoren beeinflusst wird. Dies trifft auf die Studiengänge im Bereich des Sozialwesens am wenigsten zu. Hier weist die langfristige Darstellung der Studierendenzahl einen leicht steigenden Trend aus, der bislang auch kaum durch Konjunkturzyklen überlagert wird. Daß die Ausbildungsplätze im Sozialbereich überwiegend von öffentlichen Institutionen oder gemeinnützigen Trägern bereitgestellt werden, dürfte hierfür nicht hauptursächlich sein, vielmehr scheinen demographische und andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheidend zu sein. Beispielsweise ergibt sich aus der verstärkten Zuwande-

Fachrichtungen

| Studierende | | | | | Nachrichtlich: weibliche Studierende |
|-------------|--------|--------|--------|-------|--|
| 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1995 |
| 930 | 1 035 | 1 082 | 1 060 | 1 075 | 760 |
| – | – | 51 | 52 | 57 | 30 |
| 107 | 122 | 135 | 115 | 105 | 77 |
| 71 | 79 | 69 | 70 | 64 | 44 |
| 33 | 35 | 38 | 40 | 43 | 28 |
| 339 | 401 | 378 | 367 | 342 | 231 |
| 73 | 91 | 88 | 81 | 79 | 52 |
| 269 | 266 | 286 | 295 | 334 | 259 |
| 38 | 41 | 37 | 40 | 51 | 39 |
| 3 152 | 2 838 | 2 443 | 1 888 | 1 534 | 173 |
| 839 | 741 | 617 | 472 | 368 | 29 |
| 121 | 98 | 92 | 90 | 98 | 16 |
| 1 367 | 1 232 | 997 | 747 | 638 | 68 |
| 752 | 703 | 662 | 512 | 377 | 34 |
| 73 | 64 | 75 | 67 | 53 | 26 |
| 7 949 | 8 045 | 7 826 | 7 407 | 7 155 | 3 216 |
| 804 | 938 | 1 000 | 950 | 904 | 452 |
| 120 | 57 | 54 | 35 | 20 | 3 |
| 1 427 | 1 439 | 1 425 | 1 335 | 1 316 | 539 |
| 75 | 72 | 62 | 64 | 66 | 11 |
| 2 346 | 2 288 | 2 191 | 2 095 | 2 020 | 970 |
| 156 | 177 | 164 | 160 | 145 | 81 |
| 87 | 96 | 105 | 107 | 108 | 71 |
| 101 | 100 | 99 | 95 | 119 | 66 |
| 316 | 286 | 251 | 221 | 205 | 70 |
| 482 | 509 | 565 | 582 | 588 | 316 |
| 246 | 287 | 297 | 323 | 333 | 256 |
| 516 | 519 | 496 | 472 | 446 | 165 |
| 1 273 | 1 277 | 1 117 | 968 | 885 | 216 |
| 12 031 | 11 918 | 11 351 | 10 355 | 9 764 | 4 149 |

rung von Aussiedlern und Ausländern und den Veränderungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung sicher ein höherer Bedarf an sozialen Diensten. Das wachsende Gewicht der älteren Personen in der Bevölkerung erfordert nicht nur zusätzliche Ausbildungsanstrengungen bezüglich der Pflegekräfte im engeren Sinne, die durch die Einrichtung von Berufsfachschulen für Altenpflege forciert wurden. Auch für verwaltende und dispositive Tätigkeiten müssen im Bereich der Altenarbeit sicher mehr Kräfte herangebildet werden. Im Jahre 1993 wurde daher an der Berufsakademie Heidenheim die neue Fachrichtung "Arbeit mit

alten Menschen" eingeführt. Auch für die Kindererziehung und Jugendhilfe – vor allem in der Heimbetreuung – scheint sich ein zusätzlicher Bedarf zu ergeben.

Nach Untersuchungen der Universität Mannheim ist die betriebliche Ausbildung im Bereich Sozialwesen vor allem durch einen hohen Anteil der Mitarbeit im regulären Betriebsablauf (75 %) gekennzeichnet.⁷ Im Bereich Wirtschaft beträgt der Anteil des arbeitsplatznahen Lernens 68 % und im Bereich Technik nur 52 %. Generell ist aber die Integration der Praxis in die Ausbildung nach Einschätzung der BA-Absolventen wie der beteiligten Institutionen der größte Vorteil im Vergleich zur Fachhochschule und zur Universität; lediglich an Fachhochschulen ausgebildete Ingenieure können in dieser Hinsicht mit den BA-Absolventen gleichziehen.⁸ Bei der Ermittlung der Kompetenzprofile im Rahmen der Evaluationsstudie sollten die beteiligten Ausbildungs-Einrichtungen bzw. -Betriebe nicht nur die Absolventen von BA, FH und Universität gegenüberstellen, sondern auch Personen mit Abschluß einer Lehre o.ä. zum Vergleich heranziehen. Die Vertreter der Institutionen im Sozialwesen schätzen danach die Kenntnis der beruflichen Praxis bei Sozialpädagogen (BA) sogar höher ein als die von ausgebildeten Erzieher(inne)n.

Auch Lehrkörper durch Praxisintegration geprägt

Obwohl an der Studienakademie im Unterschied zum Betrieb die eher theoriebestimmten Teile der Ausbildung vermittelt werden sollten, wird auch hier großer Wert auf eine praxisfundierte Darstellung und Vermittlung gelegt. Dies kommt bereits in der Struktur des Lehrkörpers zum Ausdruck. Von der Personenzahl her gesehen, stellen die hauptamtlichen Lehrkräfte nur eine kleine Minderheit dar: Im Studienjahr 1994/95 standen 240 Professoren 6 575 Lehrbeauftragte (Fälle) gegenüber. Unter diesen überwiegen die Dozenten, die aus der beruflichen Praxis kommen, also hauptberuflich in dem zu lehrenden Fach an einer anderen Institution tätig sind. Diese Personen lehren im Unterschied zu den hauptamtlichen Professoren in un-

7 Evaluationsstudie..., S. 315.
 8 Evaluationsstudie..., S. 147-153.

Tabelle 3

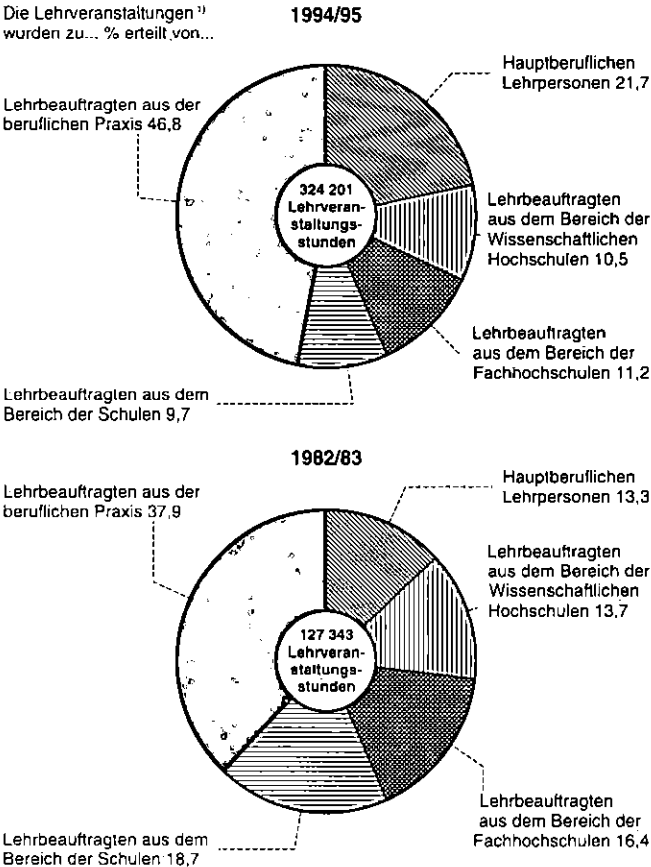
Studienanfänger an Hochschulen und Berufsakademien in Baden-Württemberg seit 1990 nach ausgewählten Studienbereichen

| Studien-jahr | Studienanfänger ¹⁾ im Studienbereich | | | | | | | | | | | |
|--------------|---|------------------|------------------|----------------------------|------------------|------------------|----------------|------------------|------------------|---------------------------|------------------|------------------|
| | Wirtschaftswissenschaften) | | | Maschinenbau ²⁾ | | | Elektrotechnik | | | Sozialwesen ³⁾ | | |
| | Uni-versitäten | Fachhoch-schulen | Berufs-akademien | Uni-versitäten | Fachhoch-schulen | Berufs-akademien | Uni-versitäten | Fachhoch-schulen | Berufs-akademien | Uni-versitäten | Fachhoch-schulen | Berufs-akademien |
| 1990/91 | 3 904 | 1 961 | 2 718 | 1 692 | 3 341 | 507 | 879 | 1 704 | 289 | 1 008 | 733 | 308 |
| 1991/92 | 4 076 | 1 987 | 2 869 | 1 656 | 3 500 | 472 | 821 | 1 651 | 275 | 709 | 724 | 364 |
| 1992/93 | 2 944 | 3 154 | 2 660 | 1 229 | 3 179 | 363 | 740 | 1 440 | 204 | 545 | 663 | 376 |
| 1993/94 | 3 068 | 3 308 | 2 447 | 925 | 3 096 | 222 | 676 | 1 525 | 146 | 667 | 850 | 352 |
| 1994/95 | 2 940 | 2 628 | 2 401 | 842 | 2 711 | 227 | 537 | 1 280 | 128 | 645 | 846 | 339 |
| 1995/96 | . | . | 2 424 | . | . | 225 | . | . | 120 | . | . | 390 |

1) Im ersten Fachsemester an Hochschulen (Wintersemester und anschließendes Sommersemester) bzw. im ersten Studienjahr an Berufsakademien. – 2) Einschließlich Verfahrenstechnik, bis 1991/92 ohne Verkehrstechnik. – 3) Einschließlich Sozialwissenschaften an Universitäten.

Schaubild 2

Struktur des Lehrpersonals an Berufsakademien in Baden-Württemberg 1994/95 im Vergleich zu 1982/83



1) Im Zeitraum 1. Oktober bis 30. September.

terschiedlichem Umfang, der sich nach dem jeweiligen Bedarf richtet. Aus diesem Grund erscheint es zweckmäßig, zur Analyse der Lehrkörperstruktur die tatsächlich erteilten Lehrveranstaltungen heranzuziehen. Im *Schaubild 2* wurden hierzu die Verhältnisse 1982/83 mit denen des Studienjahrs 1994/95 verglichen. Dabei zeigt sich, daß das Gewicht der von Dozenten aus der beruflichen Praxis erbrachten Stunden seit 1983 noch zugenommen hat und jetzt fast die Hälfte des Lehrangebots ausmacht. Zurückgegangen ist dagegen vor allem der Anteil der hauptberuflich im Schuldienst Tätigen; auch von nebenamtlich tätigen Hochschullehrern werden jetzt anteilmäßig weniger Stunden erteilt. Dem relativen Rückgang bei den aus Schulen und Hochschulen kommenden Lehrbeauftragten steht eine deutliche Zunahme des Anteils der hauptberuflichen Lehrpersonen gegenüber. Deren Stunden-Anteil stieg im betrachteten Zeitraum von 13,3 % auf 21,7 % und soll nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates längerfristig auf 40 % angehoben werden.⁹ Der Wissenschaftsrat erkennt zwar an, daß der hohe Anteil nebenberuflicher Kräfte eine flexible Anpassung des Lehrangebots an den Bedarf ermöglicht. Andererseits sieht er aber auch Probleme bei der Studienorganisation, da den Studierenden nur wenige permanente Ansprechpartner in den Studienakademien zur Verfügung stehen. Die im bereits erwähnten Beschluß der KMK vom 28./29. September 1995 getroffene Anerkennung des BA-Abschlusses als

9 Wissenschaftsrat: "Stellungnahme zu den Berufsakademien in Baden-Württemberg", Schwerin 1994, Seite 90.

Hochschuldiplom geht ebenfalls davon aus, daß der "Anteil der Lehre, der von hauptberuflichen Lehrkräften... erbracht wird", 40 % betragen soll.¹⁰ Außerdem sollen diese Lehrkräfte die für Professoren geltenden Einstellungs Voraussetzungen erfüllen, was in Baden-Württemberg bereits der Fall ist.

Ausbildungskosten vergleichsweise gering

Die starke Betonung der praxisfundierten Vermittlung von Lehrinhalten durch nebenberufliche Dozenten dürfte für die öffentliche Hand auch positive finanzielle Auswirkungen haben. Hauptsächlich schneidet die Berufsakademie bei einem Kostenvergleich mit den Hochschulen deshalb so günstig ab, weil die Studierenden etwa die Hälfte ihrer Ausbildungszeit im Betrieb verbringen und hierfür von staatlicher Seite keine Kapazitäten bereitgestellt werden müssen. In *Anhang-tabelle 3* sind zwar die Kosten und Studierendenzahlen für Hochschularten und Berufsakademien dargestellt, doch sind Vergleiche auf der Basis von Durchschnittswerten nur von sehr begrenzter Aussagekraft. Bei den Ausgaben für die Berufsakademien sind außerdem die Miet- und Bewirtschaftungskosten nicht enthalten. Der Wissenschaftsrat hat für 1992, gestützt auf Zahlenmaterial des Wissenschaftsministeriums, die Gesamtausgaben des Landes für die Berufsakademien auf 82,9 Mill. DM beziffert; bei etwa 12 000 Studienplätzen ergibt dies einen Ausgabebetrag von knapp 7 000 DM pro Studierenden. Dagegen beliefen sich 1992 rein rechnerisch die Ausgaben je Universitätsstudent auf etwa 19 000 DM, wobei allerdings je nach Lehr- und Forschungsbereich erhebliche Abweichungen von diesem Mittelwert festzustellen sind. Beispielsweise sind einem Studenten der Wirtschaftswissenschaften an Universitäten nur rund 4 100 DM Ausgaben fachbezogen zuordenbar; bei anteilmäßiger Berücksichtigung der zentralen Hochschuleinrichtungen steigt dieser Betrag auf ca. 5 500 DM.

Im Vergleich zu den Universitäten ergeben sich für die Fachhochschulen günstigere Durchschnittswerte: Dort wurden 1992 nur etwa 10 000 DM je Student ausgegeben, obwohl an dieser Hochschulart die laborintensiven Ingenieurwissenschaften dominieren, die vergleichsweise hohe Personal-, Sach- und Investitionsaufwendungen erfordern.

Kurze Studiendauer senkt Kosten

Bezieht man die Ausgaben pro Jahr auf die Gesamtzahl der Studierenden, so erscheinen die Kostenvorteile der Berufsakademie nicht sehr ausgeprägt. Dies ändert sich allerdings, wenn man den Vergleich mit den Hochschulen auf der Basis der Kennzahl "Kosten je Absolvent/in" vornimmt. Hier schlägt die kurze Studiendauer an der BA deutlich zu Buche. Im Unterschied zu den Universitäten und Fachhochschulen sind an der BA Regelstudienzeit und tatsächliche Verweildauer nahezu identisch. Die durchschnittliche Studiendauer der BA-Absolventen von 3,0 Jahren unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Universitätsabsolventen, die bei 6,5 Jahren liegt. Selbst an Fachhochschulen liegt die tatsächliche Studiendauer der Absolventen mit 4,5 Jahren um 50 % höher als an Berufsakademien. Unter Berücksichtigung des zeitlichen Faktors ergeben sich daher für die BA-Ausbildung deutliche Kostenvorteile. Selbstverständlich müßte ein exakter Kostenvergleich viele institutionelle Besonderheiten berücksichtigen. Hierzu zählt in erster Linie das starke Gewicht der Forschung an Universitäten, aber auch andere Faktoren wie die Struktur des Lehrkörpers, die zeitliche Zuordnung der Investitionen und der Beitrag der Wirtschaft.

Hohe Erfolgsquote

Die Tatsache, daß die überwiegende Anzahl der Studenten innerhalb von drei Jahren die Ausbildung abschließen kann, darf sicherlich bei der Bewertung der BA-Ausbildung auf der Haben-Seite verbucht werden. Das Stufenkonzept sieht vor, daß bereits nach zwei Jahren ein erster Abschluß erreicht wird. Im Bereich Sozialwesen sind die BA-Absolventen nach erfolgreicher Beendigung des zweiten Studienjahres den ausgebildeten Erzieher(inne)n gleichgestellt, in den beiden anderen Bereichen wird die Qualifikation "Wirtschaftsassistent/in" bzw. "Ingenieurassistent/in" verliehen. Von dieser Möglichkeit des vorzeitigen Abgangs machen jedoch nur sehr wenige Studierende Gebrauch (*Tabelle 4, Spalte 2*). Der Regelfall ist der Diplomabschluß nach dreijähriger Ausbildung. Bezieht man die ohne Überschreitung der Regelstudienzeit erfolgreichen Abgänger des Jahres 1995 auf die Zahl der Studienanfänger im Jahre 1992, so errechnet sich eine Erfolgsquote von 84 %. Wenn man eine exakte Erfolgsquote berechnen wollte, müßten noch diejenigen aus dem Anfängerjahrgang 1992 berücksichtigt werden, die 1996 oder später die Diplomprüfung ablegen werden. Diese Personen fallen jedoch nach den Erfahrungen in der Vergangenheit zahlenmäßig kaum ins Gewicht. Beispielsweise hatten unter den (männlichen) Absolventen des Jahres 1995 rund 6 % die Re-

¹⁰ Kultusministerkonferenz: "Anerkennung der Abschlüsse von Berufsakademien", Pressemitteilung vom 29.09.1995.

Tabelle 4

Studienerfolg an Berufsakademien in Baden-Württemberg 1994/95

| Ausbildungsbereich | Studien- anfänger 1992 | Erfolgreiche Abgänger im | | | Erfolgsquote (Spalte 4/Spalte1) |
|--------------------|------------------------------|--------------------------------|-----------------------------|---|------------------------------------|
| | | zweiten Studienjahr 1994 | dritten Studienjahr 1995 | | |
| | | | zusammen | darunter ohne Überschreitung der Regelstudienzeit | |
| | Anzahl | | | | |
| Sozialwesen | 376 | 4 | 350 | 347 | 92,3 |
| Technik | 867 | 7 | 715 | 645 | 74,4 |
| Wirtschaft | 2 660 | 5 | 2 393 | 2 298 | 86,4 |
| Insgesamt | 3 903 | 16 | 3 458 | 3 290 | 84,3 |

gelstudienzeit überschritten, bei den Absolventinnen waren es lediglich 3 %. Nicht nur im Hinblick auf frühzeitige Beendigung der Ausbildung, sondern auch bezüglich der Erfolgsquote überhaupt schneidet das weibliche Geschlecht günstiger ab. Dies wird auch bei einer Differenzierung der Abschlüsse nach Ausbildungsbereichen deutlich (Tabelle 4). Im feminin geprägten Sozialbereich liegt die Erfolgsquote wesentlich höher als in den beiden anderen Bereichen, in denen jeweils überwiegend Männer studieren.

Wie schon dargestellt, sind in den in Tabelle 4 ausgewiesenen Quoten mögliche spätere Absolventen des Anfängerjahrgangs 1992 nicht berücksichtigt. Entsprechend der Situation in den Vorjahren ist daher zu erwarten, daß weitere 3 bis 4 % dieser "Kohorte" zu einem späteren Zeitpunkt noch mit Erfolg abschließen werden, so daß die Gesamterfolgsquote zur Zeit bei 88 % liegen dürfte. Der relativ geringe "Drop-out" von etwa 12 % eines Jahrgangs verteilt sich annähernd gleichmäßig auf die drei Studienjahre, wobei gegenwärtig der frühzeitige Abgang im ersten Studienjahr leicht überwiegt. Im Zeitverlauf weist die Erfolgs- bzw. Drop-out-Quote seit Ende der 80er Jahre keine großen Schwankungen mehr auf.¹¹

Übergang in den Beruf meist problemlos

Die Berufschancen der BA-Absolventen werden von der amtlichen Statistik nicht erfaßt. Das Wirtschaftsministerium erhebt jedoch bei den Berufsaka-

demien jährlich den Verbleib der Absolventen unmittelbar bei Abschluß des Studiums. Der langfristige Vergleich in *Schaubild 3* zeigt, daß in den Bereichen Wirtschaft und Technik jeweils etwa zwei Drittel der Absolventen vom Ausbildungsbetrieb übernommen worden sind. Im Bereich Sozialwesen betrug die Übernahmequote nur rund ein Drittel, doch sind hier relativ mehr Personen in einer anderen Institution untergekommen. Nach Studienabschluß noch auf Arbeitssuche war nur ein sehr geringer Teil der Absolventen. Bei den technischen Studiengängen hatte die relativ hohe Quote der unversorgten Diplomierten im Jahre 1993 sicherlich in erster Linie konjunkturelle Ursachen.

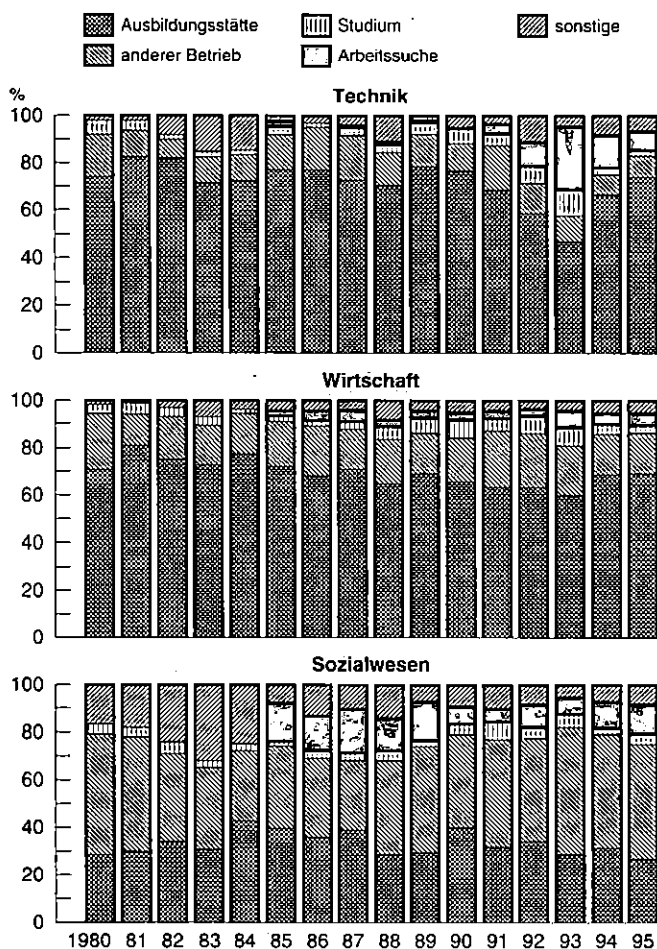
In der Zusammenfassung aller drei Ausbildungsbereiche ergibt sich, daß 1995 rund 66 % der Absolventen vom Ausbildungsbetrieb übernommen wurden und 18 % eine Arbeitsstelle in einem anderen Betrieb erhalten haben. Von diesen hatten 44 % (8 % bezogen auf die Gesamtzahl der Absolventen 1995) vom Übernahmeangebot ihres Ausbildungsbetriebs keinen Gebrauch gemacht; rund 3 % wollten ein Hochschulstudium aufnehmen. Von den "Sonstigen" hat ein erheblicher Anteil aus familiären Gründen oder wegen der Ableistung des Wehrdienstes keine Arbeitsstelle angenommen.

Obwohl unter den vom Betrieb übernommenen Absolventen sicherlich auch Personen sind, die lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten haben, scheint die Einmündung in den Beruf in der Regel auch von Dauer zu sein. Zimmermann hat am Beispiel des Absolventenjahrgangs 1991 gezeigt, daß die Arbeitslosenquote im quantitativ bedeutsamsten Bereich "Wirtschaft" "nach sieben Monaten gleich Null ist" und innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre maximal

11 Siehe hierzu auch: Evaluationsstudie..., S. 14 (Abb. 11)

Schaubild 3

Verbleib^{*)} der Absolventen der Berufsakademien in Baden-Württemberg seit 1980 nach Ausbildungsbereichen



*) Unmittelbar nach dem Studium.

Quelle: MWF.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

245 96

2 % beträgt.¹² Auch bei den Technikern sinkt der Anteil derer, die sich als arbeitslos bezeichnen, in den ersten sechs Monaten kontinuierlich, steigt dann aber von 1 % auf 3 bis 4 % Ende 1993 an.

Die ausgebildeten Sozialpädagog(inn)en des Jahres 1991 weisen im Verlauf der bis Anfang 1994 dauernden Befragung die höchste Arbeitslosenquote auf. Nach 3 Monaten beläuft sie sich auf 10 %, sinkt dann aber ab und stabilisiert nach einem Jahr bei 3 bis 5 %. Vergleiche mit Absolventenjahrgängen der Hochschu-

len sind zwar nicht möglich. Dennoch dürfte das Arbeitslosigkeits-Risiko für Akademiker höher sein, wenn man bedenkt, daß das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die Arbeitslosenquote *aller* Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß 1993 auf 4 bis 5 % schätzte¹³. Erfahrungsgemäß liegt dabei die Quote von jungen Akademikern im Vergleich zu den älteren wesentlich höher.

Zunehmende Praxisorientierung in vielen Bereichen des Bildungswesens

Die erfolgreiche Ausdehnung des Modells Berufsakademie kann auch als Teil einer dem Bildungswesen inhärenten Entwicklungslinie interpretiert werden. Im sekundären wie im tertiären Bereich wächst die Bedeutung dualer Ausbildungsgänge, das heißt, das ursprünglich als Antinomie gesehene Verhältnis von theoretischer und praktischer Bildung ändert sich. Die Verzahnung beider Elemente bringt möglicherweise synergetische Effekte, die über die reine Addition von Ausbildungs-Bausteinen hinausgeht; in der Studie der Universität Mannheim wird dies allerdings nicht so gesehen.¹⁴ Mit der stärkeren Betonung der praktischen Bildung läuft auch die Aufwertung der beruflichen Bildung parallel; mittlere und höhere (formale) Qualifikationen werden heute zunehmend im Beruflichen Schulwesen erworben, etwa das Abitur an Beruflichen Gymnasien, die Fachhochschulreife an Berufskollegs oder ein mittlerer Abschluß über die Lehre. Auch im Hochschulbereich weisen die stärker praxisorientierten Fachhochschulen – gemessen an den Studienanfängerzahlen – höhere Zuwachsraten auf als die Universitäten.

Auch in der oft als "vierter Säule" des Bildungswesens bezeichneten Weiterbildung wird das arbeitsplatznahe "training on the job" zunehmend favorisiert, die Schulung und Vermittlung weitergehender Qualifikationen erfolgt häufiger mit direktem Bezug zur bisherigen und künftigen Tätigkeit des Arbeitnehmers. Die Verzahnung von Theorie und Praxis hat – vor allem auch in tertiären Ausbildungsgängen – den weiteren Vorteil, daß auf diese Weise außerfachliche Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Sozial- und Handlungskompetenz besser entwickelt werden können, die heute oft als Schlüsselqualifikationen gesehen werden. Allerdings wird in der Studie der Universität Mannheim in der zusammenfassenden Bewertung der Evaluationsergebnisse auch unter Berufung auf die Leiter der Studien-

13 Vgl. Buttler, F., Tessaring, M.: "Human Kapital als Standortfaktor"; in: MittAB, Heft 4/1993, Seite 470.

14 Vgl. Evaluationsstudie..., S. 482.

12 Evaluationsstudie..., S. 170.

akademien darauf hingewiesen, daß "das Universitätsstudium der BA darin überlegen sei, daß es Selbstständigkeit, Kritikfähigkeit, Selbstbewußtsein und den Erwerb eines breiteren Überblickswissens vermittele".¹⁵ In diesem Zusammenhang ist aber zu berücksichtigen, daß das Universitätsstudium im Vergleich zur BA im Durchschnitt eine mehr als doppelt so lange Studienstudienzeit erfordert.

Zusammenfassung in Thesen:

- Die Berufsakademie (BA) ist aus einem Modellversuch im Stuttgarter Raum mit dem Ziel der Ausbildung kaufmännischer Führungskräfte hervorgegangen. Sie richtet sich ausschließlich an Abiturienten und vermittelt durch das Zusammenwirken von (Tausenden von) Betrieben und acht Studienakademien eine wissenschaftliche und zugleich praxisorientierte berufliche Bildung.
- Nach der Überführung in eine Regeleinrichtung durch Gesetz erhöhte sich die Zahl der Studierenden ab 1983 von rund 4 400 auf über 12 000 im Jahre 1991. Seither ist ein leichter Rückgang in Richtung auf das langfristige Ausbauziel von 9 000 Studienplätzen zu beobachten.
- Die Studierendenzahl ist in jüngster Zeit vor allem in den technischen Studiengängen zurückgegangen, wobei sich hier Parallelen zur Entwicklung an den Universitäten zeigen; in den betriebswirtschaftlichen Studiengängen fällt der Rückgang geringer aus. Relativ stabil ist die Zahl der Studierenden im Bereich Sozialwesen.
- Bei der BA-Ausbildung wechseln sich praxisorientierte Lernphasen in den Betrieben und Studienphasen ab. Das Studium an der Studienakademie,

das etwa die Hälfte der Ausbildungszeit umfaßt, ist durch die Praxisintegration geprägt. Gegenwärtig werden noch 78 % der Lehrveranstaltungen von nebenberuflichen Lehrbeauftragten erteilt. Unter diesen überwiegen Dozenten, die aus der beruflichen Praxis kommen.

- Die Abweichung der effektiven (durchschnittlichen) Studiendauer von der auf drei Jahre bemessenen Regelstudienzeit ist minimal: 1995 hatten nur 6 % der (männlichen) Absolventen und 3 % der Absolventinnen die Dreijahresfrist überschritten.
- Die Gesamterfolgsquote liegt gegenwärtig bei 88 %, das heißt nur etwa 12 % der Studienanfänger verlassen die Ausbildung ohne Diplom-Abschluß. Die Möglichkeit, die Berufsakademie bereits nach zwei Jahren mit einem ersten Abschluß (Assistent/in) bzw. Erzieher/in) zu verlassen, wird kaum genutzt.
- Wegen der kurzen Studiendauer und des durch Betriebe erbrachten Ausbildungsanteils schneidet die Berufsakademie bei der Relation "Kosten je Absolvent" im Vergleich zu den Hochschulen günstig ab.
- Von den Absolventen des Jahres 1995 wurden 66 % vom Ausbildungsbetrieb übernommen, 18 % erhielten eine Arbeitsstelle in einem anderen Betrieb. Die Absolventen der sozialwissenschaftlichen Studiengänge werden im Vergleich zu den Betriebswirten seltener von der Ausbildungsinstitution in ein Arbeitsverhältnis übergeführt.
- In allen Stufen des Bildungswesens scheint sich gegenwärtig die Tendenz durchzusetzen, die Vermittlung von Ausbildungsinhalten stärker in die berufliche Praxis einzubinden.
- Die Ausdehnung der ursprünglich als baden-württembergische Besonderheit geltenden BA auf andere Bundesländer ist im Gange. Im September 1995 hat sich die Kultusministerkonferenz auf die Anerkennung der BA-Abschlüsse verständigt und die EU-weite Geltung der Diplome sichergestellt.

15 Evaluationsstudie..., S. 483.

Zur Situation der Krankenhäuser Baden-Württembergs

Seit Bestehen des Landes zeichnet sich Baden-Württemberg durch ein vielfältiges Angebot der stationären Versorgung seiner Bevölkerung aus. Auf der einen Seite steht der reine Krankenhaussektor mit knapp 69 000 Betten in erster Linie der Wohnbevölkerung des Landes zur Verfügung. Auf der anderen Seite wuchs mit der Zeit ein erhebliches Kontingent an Einrichtungen für Vorsorge oder Rehabilitation mit über 30 500 Betten heran, das seine Leistungen weit über die Landesgrenze hinaus anbietet. Begünstigt durch die landschaftlichen, klimatischen und geologischen Verhältnisse konnten hier Kapazitäten geschaffen werden, mit denen Baden-Württemberg zusammen mit Bayern bundesweit eine Spitzenstellung einnimmt. Auf das Bundesgebiet bezogen betrug sein Bettenanteil 1994 knapp 18 % (Bayern gut 20 %).¹

Ihrer Aufgabenstellung nach sind die beiden großen Bereiche – Krankenhaus bzw. Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung – weder in der personellen noch in der sachlichen Ausstattung voll miteinander vergleichbar.

Ausgerichtet auf die Bewältigung der in einem Gemeinwesen unter friedlichen Bedingungen auftretenden akuten Erkrankungen, Verletzungen und Vergiftungen ist die große Masse der Krankenhäuser auf alle möglichen Eventualitäten vorbereitet und hält entsprechend ausgestattete Fachabteilungen vor. Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind dagegen mehr oder weniger auf bestimmte Gebiete spezialisiert und dienen nicht der Deckung einer regional unmittelbar auftretenden Nachfrage.

Dennoch war in der Vergangenheit immer von allen Einrichtungen die Rede, wenn von Krankenhäusern gesprochen wurde. In den 60er Jahren begann man unterhalb dieser Ebene zwischen Akut- und Sonderkrankenhäusern zu unterscheiden, was bereits, ganz grob gesehen, in etwa der heutigen Unterteilung in Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entsprach.

Die Schaffung einer Gesetzesgrundlage für eine bundeseinheitliche Krankenhausstatistik führte 1990 zu Neudefinitionen von Begriffen auf vielen Gebieten des Krankenhaus- und Rehabilitationssektors. Einige

Merkmale wurden zudem erstmals erhoben, während andere wegfielen. Ebenso schieden bestimmte Institutionen wie zum Beispiel die Gefängniskrankenhäuser aus dem Berichtskreis vollständig aus. Die Summe dieser Neuerungen verbietet den differenzierten Vergleich der Berichtszeiträume vor und nach der Überführung in eine Bundesstatistik.²

Heute besonders interessante Tatbestände wie die Kostensituation oder die anfallenden Diagnosen wurden vor 1990 bzw. 1993 überhaupt nicht erhoben. Selbst gewagte Kombinationen aus Teilbereichen der ursprünglichen Statistik, um dem nicht Vergleichbaren dennoch eine Aussage abzurufen, stoßen spätestens hier auf ein unüberwindliches Hindernis.

Eckdaten zur längerfristigen Entwicklung im Krankenhausbereich

Als weitgehend resistent gegenüber den historisch bedingten Brüchen in der Statistik erwies sich das Gesamtergebnis, also die Weiterführung des Begriffs "Krankenhaus", wie sie bei der Gründung Baden-Württembergs 1952 galt. Diese für das heutige Verständnis etwas pauschale Krankenhausdefinition hatte seinerzeit durchaus seine Berechtigung. Die frühe Nachkriegszeit mit ihren noch unübersehbaren Auswirkungen auf die Menschen und deren Bedürfnisse, dem allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung mit Verletzungen, schlechter Ernährung, den eingeschränkten Wohnmöglichkeiten, daraus resultierenden Unzulänglichkeiten auch auf hygienischem Gebiet, ließ es zunächst als vordringlich erscheinen, diese Mißstände in den Griff zu bekommen. Der Kursektor spielte 1952 mit 28 Häusern von insgesamt 517 Krankenanstalten eine untergeordnete Rolle. Dagegen gab es aber zum Beispiel 68 Anstalten für Tuberkulosekranke.

Es ist allerdings nicht allein die zunächst absolut vordringliche Versorgung mit dem existenziell Notwendigsten, worin sich die frühe Nachkriegszeit so sehr

¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. 1994, Fachserie 12, Reihe 6.1, S. 102, Wiesbaden 1996.

² Vgl. Baumann, Lothar/Wölflé, Werner: Neue Krankenhausstatistik: was sich geändert hat, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/95, S. 187 ff.

Tabelle 1

Eckdaten des zusammengefaßten Bereichs der Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitations-einrichtungen in Baden-Württemberg seit 1952

| Jahr | Einrich- tungen | Betten | Ärzte ¹⁾ | Nicht- ärztliches Perso- nal ²⁾ | Fälle ³⁾ | Einwoh- ner/Arzt | Einwoh- ner/ Per- sonal | Einwoh- ner/ Bett | Betten/ Arzt | Betten/ Perso- nal | Fälle/ Arzt | Fälle/ Personal | Fälle auf 100 000 der mittleren Bevölkerung | Betten- nutzung |
|------|--------------------|---------|---------------------|---|---------------------|---------------------|-------------------------------|-------------------------|-----------------|--------------------------|----------------|--------------------|--|--------------------|
| 1952 | 517 | 70 621 | 3 121 | 15 873 | 709 444 | 2 127,8 | 418,4 | 94 | 22,6 | 4,4 | 227,3 | 44,7 | 10 682,8 | 75,9 |
| 1962 | 637 | 88 190 | 3 610 | 50 717 | 998 082 | 2 194,6 | 156,2 | 89,8 | 24,4 | 1,7 | 276,5 | 19,7 | 12 597,8 | 86,7 |
| 1972 | 680 | 103 260 | 6 635 | 75 627 | 1 398 591 | 1 373,4 | 120,5 | 88,2 | 15,6 | 1,4 | 210,8 | 18,5 | 15 348,2 | 85,1 |
| 1982 | 637 | 103 903 | 10 909 | 109 305 | 1 814 187 | 850,7 | 84,9 | 89,3 | 9,5 | 1,0 | 166,3 | 16,6 | 19 547,8 | 82 |
| 1992 | 557 | 97 936 | 13 403 | 108 637 | 1 958 959 | 751,6 | 92,7 | 102,9 | 7,3 | 0,9 | 146,2 | 18,0 | 19 446,2 | 86,2 |
| 1994 | 565 | 99 217 | 13 834 | 111 362 | 2 000 361 | 740,9 | 92 | 103,3 | 7,2 | 0,9 | 144,6 | 18,0 | 19 515,7 | 84,9 |

1) Ohne Belegärzte. – 2) Ab 1992 umgerechnet auf Vollkräfte im Jahresdurchschnitt. – 3) Fälle = Behandlungsfälle = (Zugang + Abgang (einschließlich Sterbefälle)):2.

von der heutigen Zeit unterscheidet. Grundsätzlich ist inzwischen ein Standard der medizinischen Versorgung erreicht, der damals schon vom Stand der Kenntnis kaum vorstellbar gewesen ist. Die ständig wachsende Zahl der Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten trägt erheblich zu einer Verbesserung der Therapie aber auch zu ihrer Verteuerung bei. Es handelt sich hier um keinen reinen Ersatz dessen, was früher als geeignete medizinische Maßnahmen erachtet wurde. Vielmehr ist es ein echter Zuwachs, der, so wünschenswert er ist, seinen Preis hat. Dies mit Zahlen zu belegen, wurde in der amtlichen Statistik nicht vorgesehen.

Beschränkt man die Auswertungen der Statistiken auf einige wenige Eckdaten, so kommt man doch zu durchaus brauchbaren Aussagen über den Gesamtkomplex der stationären Krankenversorgung. Dabei wird die Definition der Merkmale großzügig ausgelegt. Deren Inhalte sind deshalb nicht überall absolut identisch. Dennoch erscheint der Informationsverlust in einem vertretbarem Maße gering zu sein (Tabelle 1). Bei Beibehaltung des Begriffs Krankenhaus in seiner ehemaligen Bedeutung zeigt sich sehr deutlich, wie unterschiedlich die einzelnen Indikatoren auf die stetig steigende Flut der Behandlungsfälle reagiert haben. Daß diese Zunahme nicht allein auf die größere Bevölkerungszahl zurückgeführt werden kann, läßt sich daran ablesen, daß die Fallzahlen auch bezogen auf die mittlere Bevölkerung steigen. Dabei zu berücksichtigen bleibt allerdings, daß in den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen untergebrachte Patienten nur zum Teil aus Baden-Württemberg kommen, andererseits auch Landesbewohner zu Kurmaßnahmen in andere Bundesländer geschickt werden. Die ständig

verbesserte personelle Ausstattung kommt auch dem Personal selbst zugute, was sich in sinkenden Belastungszahlen ausdrückt. Die Bettennutzung bewegt sich dagegen in einem relativ schmalen Bereich, und es ist davon auszugehen, daß – die Bettenreserven eingerechnet – der optimale Nutzungsgrad in dieser Größenordnung gesehen wird. Für die Krankenhäuser selbst liegt der Nutzungsgrad zwar etwas niedriger (vgl. hierzu auch Tabelle 7), aber immer noch innerhalb der Bandbreite, die seit Anfang der 60er Jahre zu beobachten ist.

Möglichkeiten der neuen Krankenhausstatistik

Was in diesem Zusammenhang unbeantwortet bleiben muß, ist die Frage nach dem Wirtschaftsfaktor Krankenhaus. Dieses Problem läßt sich erst dort – allerdings sehr begrenzt – beleuchten, wo die Statistik durch die Darstellung der Personal- und Kostensituation zusätzliche Informationen beisteuert. Zugleich heißt dies aber auch, daß genau dort der reine Krankenhaussektor ausgesteuert und isoliert untersucht werden muß. Die neuerdings verfügbaren Daten über die Diagnosen der vollstationären Behandlungsfälle lassen auch bestimmte Entwicklungen aufgrund möglicher demographischer Gegebenheiten als denkbar erscheinen. So wird man davon ausgehen müssen, daß der gegenwärtige Alterungsprozeß der Bevölkerung zunehmend Einfluß auf Bedarf und Struktur stationärer Leistungen ausüben wird.

Andererseits gibt es gegenwärtig, getragen von politischen Hoffnungen, eine Fülle von zum Teil sehr einschneidenden Maßnahmen, die alle dazu dienen sollen, die Kosten der Krankenhäuser zu senken.³ Einige dieser Maßnahmen werden auf die Ergebnisse der künftigen Krankenhausstatistik nicht ohne Einfluß bleiben. Von struktureller Art werden diese Änderungen bereits nach wenigen Jahren zu einem erneuten Bruch der noch jungen Statistik führen, und Vergleiche, wenn nicht ganz unmöglich machen, so doch immerhin erschweren.

Das Fehlen einer regional differenzierenden Darstellung mag in diesem Zusammenhang ebenfalls als Mangel empfunden werden. Durch die Fülle gegenüber der alten Krankenhausstatistik zusätzlicher einrichtungsbezogener Daten ließen sich heute jedoch auf regionaler Ebene wirtschaftliche Profile einzelner Krankenhäuser dort herausarbeiten, wo nur zwei oder drei Häuser auf einen Kreis kommen. Eine Problematik, die zweifellos auch dann auftreten kann, wenn Konzentrationen von Einrichtungen mit weniger als drei Trägern anzutreffen sind. So verhindern Geheimhaltungsvorschriften, daß dort, wo sich mehrere Einrichtungen in der Hand eines einzigen Trägers befinden, diesem Rückschlüsse auf die ökonomische Kraft eines weiteren, nicht ihm zugeordneten Krankenhauses, möglich werden.⁴

Der direkte kreisweise Vergleich, auch das hat sich immer wieder gezeigt, wirft für viele fachfremde Nutzer solcher Daten oft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Die durch die Krankenhausbedarfsplanung angestrebte optimale Versorgung läßt sich häufig genug nicht unmittelbar an den Kreiszahlen ablesen. So entstehen auf dem Papier scheinbar über- oder unterversorgte Gebiete, die immer wieder zu Spekulationen Anlaß geben, die mit der Wirklichkeit aber wenig zu tun haben. Dies ist vor allem dort der Fall, wo Kreise etwa mit Maximalversorgung – wie zum Beispiel Stuttgart – andere benachbarte Kreise in erheblichem Umfang mit entsprechenden Leistungen mitversorgen.

3 Vgl. hierzu auch: Bosch, Ulrich: Möglichkeiten der Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser, in: trend, IV Quartal 1995, Nr. 65, S. 44 ff.

"Neue Krankenhäuser geschlossen", in: Stuttgarter Nachrichten vom 14.08.1995.

"Sieben Krankenhäuser unter einem Hut", in: Badische Zeitung vom 13.01.1996.

4 Aus Sicht des Sozialministeriums stellt diese weitestgehende Ausgestaltung des Datenschutzes allerdings in einer Zeit, in der umfassende Transparenz und Wirtschaftlichkeit aller Einrichtungen des Gesundheitswesens gefordert wird, eine erhebliche Behinderung bei der offenen Diskussion von Fragen der Wirtschaftlichkeit insbesondere im Vergleich einzelner Einrichtungen untereinander dar.

Die Krankenhäuser 1994 – zur Personal- und Kostensituation –

In den 317 Krankenhäusern Baden-Württembergs versorgten 1994 insgesamt 12 350 hauptamtliche Ärzte und 787 nichthauptamtliche Ärzte fast 1,7 Mill. vollstationäre Patienten. Für die anfallenden 20,7 Mill. Pflegetage standen im Pflegedienst 50 907 Personen und im medizinisch-technischen Dienst 18 853 Kräfte zur Verfügung. Seit 1991, dem ersten Jahr, für welches in der neuen Statistik Personaldaten erhoben wurden, stieg die Zahl der Ärzte um 4,6 %. Der nicht-ärztliche Bereich nahm um 6,6 % zu, wobei für die verschiedenen Funktionsbereiche deutlich unterschiedliche Tendenzen zu beobachten waren. So wurde der Pflegebereich um 8,7 % aufgestockt. In prozentual gleicher Größenordnung nahm auch der medizinisch-technische Bereich an Umfang zu, dicht gefolgt vom Funktionsdienst. Dagegen war für das klinische Hauspersonal ein Rückgang um 10,1 % zu verzeichnen.

Die 316 Krankenhäuser (ohne Bundeswehrkrankenhaus) meldeten für 1994 Personalkosten in Höhe von gut 7,9 Mrd. DM. Die Sachkosten beliefen sich auf knapp 3,6 Mrd. DM. Einschließlich der 7,5 Mill. DM für die Ausbildungsstätten ergaben sich Gesamtkosten von 11,6 Mrd. DM. Rund 68,5 % der gesamten Kosten wurden 1994 demnach durch Ausgaben für das Personal verursacht. 1990 lag der Anteil noch bei 66,4 %.

Bei dieser Berechnung handelt es sich um Bruttokosten. Hierin sind auch Kosten enthalten, die nicht den allgemeinen Krankenhausleistungen – das heißt der stationären und teilstationären Versorgung von Patienten – zugeschlagen werden dürfen. So müssen zur Ermittlung vergleichbarer Selbstkosten die Kosten für Leistungen wie Ambulanz, Forschung und Lehre sowie übrige Abzüge, hinter denen sich unter anderem Kosten für Personalunterkunft und Verpflegung, Sachbezüge, Hilfskliniken, belegärztliche Leistungen usw. verbergen, abgerechnet werden. Auf diese Weise werden die sogenannten bereinigten Kosten ermittelt.

Gegenüber 1990 betrug der Anstieg der gesamten Krankenhauskosten bis zum Jahr 1994 rund 25,6 %. Die Personalkosten wuchsen im gleichen Zeitraum um 29,5 %, wobei seit 1991 – für 1990 liegen keine Personaldaten vor – ein Personalzuwachs um insgesamt 6,4 % zu berücksichtigen ist. Auf die Jahre verteilt ergab sich bei den Ärzten prozentual ein deutlich geringerer Kostenanstieg als im Pflegedienst (Tabelle 2).

Für die meisten Funktionsbereiche des Krankenhauspersonals gilt, daß ihre prozentualen Anteile an der gesamten Personalstärke ihren Anteilen an den Per-

Tabelle 2

Kosten der Krankenhäuser^{*)} nach der Bundespflegesatzverordnung in Baden-Württemberg seit 1990 nach ausgewählten Kostenarten

| Kostenart | Kosten insgesamt | | | | | Veränderung | | |
|------------------------------------|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1992 gegenüber 1991 | 1993 gegenüber 1992 | 1994 gegenüber 1993 |
| | 1 000 DM | | | | | % | | |
| Kosten der Krankenhäuser | 9 160 048 | 9 996 656 | 10 770 478 | 11 116 962 | 11 496 748 | + 7,7 | + 3,2 | + 3,4 |
| Personalkosten insgesamt | 6 119 558 | 6 806 968 | 7 363 431 | 7 692 378 | 7 922 395 | + 8,2 | + 4,5 | + 3,0 |
| davon | | | | | | | | |
| Ärztlicher Dienst | 1 308 553 | 1 423 093 | 1 516 264 | 1 598 169 | 1 650 028 | + 6,5 | + 5,4 | + 3,2 |
| Pflegedienst | 2 122 785 | 2 407 930 | 2 633 377 | 2 750 534 | 2 866 897 | + 9,4 | + 4,4 | + 4,2 |
| Medizinisch-technischer Dienst | 747 088 | 818 228 | 889 906 | 930 386 | 955 140 | + 8,8 | + 4,5 | + 2,7 |
| Funktionsdienst | 543 313 | 611 135 | 660 688 | 689 044 | 711 889 | + 8,1 | + 4,3 | + 3,3 |
| Klinisches Hauspersonal | 212 871 | 243 571 | 259 201 | 260 146 | 248 748 | + 6,4 | + 0,4 | - 4,4 |
| Wirtschafts- und Versorgungsdienst | 522 892 | 567 518 | 605 666 | 619 944 | 625 196 | + 6,7 | + 2,4 | + 0,8 |
| Technischer Dienst | 136 486 | 154 206 | 166 540 | 178 280 | 183 039 | + 8,0 | + 7,0 | + 2,7 |
| Verwaltungsdienst | 338 911 | 373 638 | 408 748 | 431 350 | 450 024 | + 9,4 | + 5,5 | + 4,3 |
| Sonderdienste | 70 316 | 79 837 | 90 501 | 96 446 | 96 899 | + 13,4 | + 6,6 | + 0,5 |
| Sonstiges Personal | 75 472 | 83 615 | 87 327 | 89 402 | 91 626 | + 4,4 | + 2,4 | + 2,5 |
| Nicht zurechenbare Personalkosten | 40 870 | 44 198 | 45 214 | 48 677 | 42 909 | + 2,3 | + 7,7 | - 11,8 |
| Sachkosten insgesamt | 3 029 916 | 3 175 671 | 3 388 705 | 3 412 127 | 3 566 433 | + 6,7 | + 0,7 | + 4,5 |
| davon | | | | | | | | |
| Lebensmittel | 234 954 | 242 720 | 246 360 | 239 213 | 238 984 | + 1,5 | - 2,9 | - 0,1 |
| Medizinischer Bedarf | 1 485 869 | 1 578 055 | 1 685 486 | 1 665 169 | 1 704 163 | + 6,8 | - 1,2 | + 2,3 |
| Wasser, Energie | 266 058 | 292 122 | 284 304 | 286 953 | 286 267 | - 2,7 | + 0,9 | - 0,2 |
| Wirtschaftsbedarf | 293 244 | 314 444 | 332 899 | 335 082 | 339 364 | + 5,9 | + 0,7 | + 1,3 |
| Verwaltungsbedarf | 166 413 | 182 353 | 190 890 | 196 165 | 209 570 | + 4,7 | + 2,8 | + 6,8 |
| Zentrale Verwaltungsdienste | 45 959 | 51 126 | 62 807 | 64 365 | 65 963 | + 22,8 | + 2,5 | + 2,5 |
| Zentrale Gemeinschaftsdienste | 15 817 | 17 735 | 18 404 | 19 571 | 22 013 | + 3,8 | + 6,3 | + 12,5 |
| Steuern, Abgaben, Versicherungen | 61 731 | 69 524 | 83 779 | 93 583 | 103 946 | + 20,5 | + 11,7 | + 11,1 |
| Instandhaltung | 320 552 | 356 454 | 403 466 | 420 613 | 496 631 | + 13,2 | + 4,2 | + 18,1 |
| Gebrauchsgüter | 19 429 | 19 008 | 21 329 | 21 541 | 23 162 | + 12,2 | + 1,0 | + 7,5 |
| Sonstiges | 139 891 | 52 128 | 58 982 | 69 872 | 76 370 | + 13,1 | + 18,5 | + 9,3 |
| Zinsen für Betriebsmittelkredite | 10 754 | 14 017 | 18 342 | 12 457 | 7 920 | + 30,9 | - 32,1 | - 36,4 |
| Kosten der Ausbildungsstätten | 56 293 | 62 785 | 68 750 | 74 221 | 75 876 | + 9,5 | + 8,0 | + 2,2 |
| Gesamtkosten | 9 216 341 | 10 059 441 | 10 839 228 | 11 191 182 | 11 572 624 | + 7,8 | + 3,2 | + 3,4 |
| Abzüge | 967 001 | 1 035 886 | 1 096 456 | 1 187 923 | 1 264 958 | + 5,8 | + 8,3 | + 6,5 |
| Bereinigte Kosten | 8 249 340 | 9 023 555 | 9 742 772 | 10 003 260 | 10 307 666 | + 8,0 | + 2,7 | + 3,0 |

^{*)} Ohne Bundeswehrkrankenhäuser.

sonalkosten insgesamt entspricht. Im nichtärztlichen Bereich bildet sich die prozentuale Verteilung der Kosten über die einzelnen Funktionsbereiche und die Verteilung des hier eingesetzten Personals etwa im Verhältnis 1:1 ab. Beispielsweise stellten 1994 die im Pflegedienst tätigen Vollkräfte gut 37 % des gesamten Personalbestandes; auf sie entfielen 36 % aller Per-

sonalkosten. Eine deutliche Abweichung von dieser Struktur ist nur beim ärztlichen Personal zu beobachten. Sein Anteil am Gesamtpersonal betrug 1994 auf Vollkräfte umgerechnet 11 %, wohingegen Kosten von 21 % verursacht wurden (Tabelle 3). Diese Feststellung gilt bei geringen Toleranzen auch für die vorhergehenden Jahre.

Tabelle 3

Kosten des Personals in den Krankenhäusern nach der Bundespflegesatzverordnung in Baden-Württemberg 1994

| Bezeichnung | Vollkräfte | Personal- kosten insgesamt | Kosten je Vollkraft |
|------------------------------------|----------------|----------------------------------|---------------------------|
| | Anzahl | 1 000 DM | DM |
| Ärztlicher Dienst | 11 782 | 1 650 028 | 140 047 |
| Pflegedienst | 40 184 | 2 866 897 | 71 344 |
| Medizinisch-technischer Dienst | 15 358 | 955 140 | 62 192 |
| Funktionsdienst | 9 376 | 711 889 | 75 927 |
| Klinisches Hauspersonal | 5 113 | 248 748 | 48 650 |
| Wirtschafts- und Versorgungsdienst | 11 539 | 625 196 | 54 181 |
| Technischer Dienst | 2 762 | 183 039 | 66 270 |
| Verwaltungsdienst | 6 545 | 450 024 | 68 758 |
| Sonderdienste | 1 293 | 96 899 | 74 941 |
| Sonstiges Personal | 3 493 | 91 626 | 26 231 |
| Nicht zurechenbare Personalkosten | x | 42 909 | x |
| Zusammen | 107 444 | 7 922 395 | 73 735 |

allem darauf zurückzuführen, daß der Hauptkostenfaktor Personal offenbar an Treibkraft verloren hat. Seine Entwicklung gleicht sich inzwischen derjenigen der allgemeinen Lebenshaltungskosten an. Ausschlaggebend sind vor allem die Tarifabschlüsse, die inzwischen deutlich geringer ausfallen als noch zu Beginn dieses Jahrzehnts. Dennoch handelt es sich hier – das bleibt festzuhalten – um keine Kostensenkung, sondern nur um eine Verlangsamung des Kostenanstiegs.

Als weiterer Hintergrund für den gedämpften Kostenanstieg sind folgende Entwicklungen zu sehen: Im Jahr 1994 ist eine leichte Zunahme der Patientenzahlen zu verzeichnen; sie stieg im Vergleich zu 1993 von 1,671 Mill. auf 1,683 Mill. Patienten. Gleichzeitig verringerte sich jedoch die durchschnittliche Verweildauer von 12,5 Tagen in 1993 auf 12,3 Tage in 1994, weil bei gestiegenen Patientenzahlen die Zahl der Pflegetage von 20,9 Mill. auf 20,7 Mill. Tage abgenommen hat. Hieraus erklärt sich das etwas ungünstigere Ergebnis bei den Kosten je Pfl egetag gegenüber dem günstigeren Abschneiden der Kosten je Behandlungsfall. Diese Tendenz auf dem Behandlungssektor hat auch zur Folge, daß trotz des weiter fortschreitenden Bettenabbaus 1994 der Nutzungsgrad der Betten gegenüber 1990 von 85,3 auf 82,6 % sank.

Kostenanstieg gedämpft

Zusätzliche Aussagekraft gewinnen die Kostendaten der Krankenhäuser, wenn die bereinigten Kosten mit anderen Bezugsgrößen wie etwa Pfl egetagen, behandelten Patienten oder aufgestellten Betten in Bezug gesetzt werden. Bei den bereinigten Kosten insgesamt ist gegenüber der Kostensteigerung von 9,4 % zwischen 1990 und 1991 – dem ersten Zeitraum, in dem die Kosten von der amtlichen Statistik erfaßt wurden – in den Folgejahren ein deutlicher Bruch zu beobachten. Von 1991 auf 1992 stiegen die bereinigten Kosten insgesamt immerhin noch um 8,0 % auf 9,7 Mrd. DM. 1993 war ein merklich abgebremster Anstieg um 2,7 % auf 10,0 Mrd. DM festzustellen, der sich 1994 in ähnlicher Größenordnung wiederholte (+ 3,0 % auf 10,3 Mrd. DM).

Im Jahr 1991 waren für einen Pfl egetag 422 DM aufzubringen, 1994 waren es 500 DM. Auch hier ist der prozentuale Zuwachs deutlich kleiner geworden. Im Vergleich 1991/92 stiegen die bereinigten Kosten je Pfl egetag noch um 9 %, 1993/94 noch um rund 4 %. Das gleiche gilt für Kosten je Behandlungsfall. Hier liegen die prozentualen Zuwächse jedoch deutlich niedriger – im Jahresvergleich 1993/94 bei etwa 2,1 % und zuvor 1991/92 bei 6,5 %. Die Abnahme der Dynamik innerhalb des Untersuchungszeitraums ist vor

Bei einer weiteren Zunahme der Fallzahlen bedeutet das nicht, daß die Kosten des Krankenhauses insgesamt sinken. Es ist, selbstverständlich im Rahmen seiner Kapazität, nur in der Lage, die einzelne Behandlungen kostengünstiger durchzuführen.

Die Sachkosten schlugen in den Haushalten der Krankenhäuser 1994 mit 3,6 Mrd. DM zu Buche. Sie stiegen gegenüber 1990 um 17,7 %. Während im zeitlichen Verlauf allgemein Zunahmen von 4,8 % (1990/91) und 6,7 % (1991/92) zu verzeichnen waren, ist im Jahr 1993 ein heftiger Ausschlag auf unter 1 % zu beobachten. Dies legt die Vermutung nahe, daß bestimmte Ausgaben aufgeschoben wurden, um die Kostenentwicklung deutlich einzudämmen. Im Jahresvergleich 1993/94 ergab sich wieder ein höherer Anstieg von 4,5 %. Weit überdurchschnittlich gestiegen sind seit 1990 die Kosten bei dem Posten Instandhaltung um 176 Mill. DM (+ 54,9 %). Dies dürfte auch eine Auswirkung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Januar 1993 sein, wonach Investitionen für Instandhaltung nicht mehr nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert werden können, sondern über den Pflegesatz zu finanzieren sind. Insofern handelt es sich hier nicht um einen echten Kostenanstieg, sondern um eine Kostenverlagerung. Steuern, Abgaben und Versicherungen nahmen um 42,2 Mill. DM (+ 68,4 %) zu.

Tabelle 4

Kosten der Krankenhäuser^{*)} nach der Bundespflegesatzverordnung in Baden-Württemberg seit 1991 nach ausgewählten Kostenarten

| Kostenart | Kosten je Pflegetag | | | | Veränderung 1994 gegenüber 1993 | Kosten je Behandlungsfall | | | | Veränderung 1994 gegenüber 1993 |
|----------------------------------|---------------------|--------|--------|--------|--|---------------------------|----------|----------|----------|--|
| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | |
| | DM | | | | | % | DM | | | |
| Kosten der Krankenhäuser | 467,47 | 508,71 | 534,03 | 557,88 | + 4,5 | 6 180,29 | 6 565,52 | 6 695,57 | 6 862,71 | + 2,5 |
| Personalkosten insgesamt | 318,31 | 347,79 | 369,52 | 384,43 | + 4,0 | 4 208,31 | 4 488,63 | 4 633,00 | 4 729,09 | + 2,1 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Ärztlicher Dienst | 66,55 | 71,62 | 76,77 | 80,07 | + 4,3 | 879,81 | 924,29 | 962,55 | 984,95 | + 2,3 |
| Pflegedienst | 112,60 | 124,38 | 132,13 | 139,12 | + 5,3 | 1 488,67 | 1 605,27 | 1 656,60 | 1 711,33 | + 3,3 |
| Medizinisch-technischer Dienst | 38,26 | 42,03 | 44,69 | 46,35 | + 3,7 | 505,86 | 542,47 | 560,36 | 570,15 | + 1,7 |
| Funktionsdienst | 28,58 | 31,21 | 33,10 | 34,54 | + 4,4 | 377,83 | 402,75 | 415,00 | 424,95 | + 2,4 |
| Sachkosten insgesamt | 148,50 | 160,06 | 163,91 | 173,06 | + 5,6 | 1 963,31 | 2 065,70 | 2 055,07 | 2 128,90 | + 3,6 |
| darunter | | | | | | | | | | |
| Lebensmittel | 11,35 | 11,64 | 11,49 | 11,60 | + 0,9 | 150,06 | 150,18 | 144,07 | 142,66 | - 1,0 |
| Medizinischer Bedarf | 73,79 | 79,61 | 79,99 | 82,69 | + 3,4 | 975,61 | 1 027,45 | 1 002,91 | 1 017,26 | + 1,4 |
| Wasser, Energie | 13,66 | 13,43 | 13,78 | 13,89 | + 0,8 | 180,60 | 173,31 | 172,83 | 170,88 | - 1,1 |
| Wirtschaftsbedarf | 14,70 | 15,72 | 16,10 | 16,47 | + 2,3 | 194,40 | 202,93 | 201,81 | 202,58 | + 0,4 |
| Zinsen für Betriebsmittelkredite | 0,66 | 0,87 | 0,60 | 0,38 | - 35,8 | 8,67 | 11,18 | 7,50 | 4,73 | - 37,0 |
| Kosten der Ausbildungsstätten | 2,94 | 3,25 | 3,57 | 3,68 | + 3,3 | 38,82 | 41,91 | 44,70 | 45,29 | + 1,3 |
| Gesamtkosten | 470,41 | 511,96 | 537,60 | 561,56 | + 4,5 | 6 219,11 | 6 607,42 | 6 740,28 | 6 908,01 | + 2,5 |
| Abzüge | 48,44 | 51,79 | 57,06 | 61,38 | + 7,6 | 640,42 | 668,38 | 715,47 | 755,09 | + 5,5 |
| Bereinigte Kosten | 421,97 | 460,17 | 480,53 | 500,18 | + 4,1 | 5 578,68 | 5 939,04 | 6 024,81 | 6 152,92 | + 2,1 |

^{*)} Ohne Bundeswehrkrankenhäuser.

Ähnlich verlief die Entwicklung der Sachkosten je Pflegetag und je Behandlungsfall. Dabei entwickelten sie sich in den Einzelpositionen sehr uneinheitlich. Hier lassen sich keine generalisierenden Aussagen treffen, da die Erfordernisse und Bedürfnisse an Sachmitteln nicht jedes Jahr exakt die gleichen sind. Besonders starke Ausschläge sind bei Instandhaltungskosten und Zinsen für die Betriebsmittelkredite, deren Aufnahme zur Finanzierung bei Liquiditätsengpässen notwendig ist. Auch hier kann erst eine langjährige Beobachtung endgültig darüber Aufschluß geben, wo die Zufallsschwankungen zu suchen und wo tatsächlich Strukturveränderungen eingetreten sind.

Die im Jahr 1995 von den Krankenkassen beklagte Kostenexplosion im Krankenhausbereich läßt sich gegenwärtig mit Zahlen der amtlichen Statistik nicht belegen, da diese Daten zur Zeit erst erhoben werden.

Krankenhausgröße beeinflusst Kosten je Behandlungsfall

Ein Vergleich der Kosten über die verschiedenen Krankenhausgrößenklassen zeigt, daß die Kosten je Behandlungsfall bzw. Pflegetag in der Regel mit der Größe der Häuser wachsen. Bei den Personal- und den Sachkosten ist über fast alle Klassen hinweg ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Vor allem ab 1 000 und mehr Betten schnellen die Kosten in die Höhe. Eine Ausnahme bilden hier nur die Krankenhäuser mit 600 bis 800 Betten. Diese Größenklasse liegt zum Beispiel bei den bereinigten Kosten je Behandlungsfall mit 6 110 DM um 530 DM sowohl unter den Kosten der vorangegangenen Klasse mit der kleineren Bettenzahl, als auch um fast 400 DM unter den Kosten der nachfolgenden Größenklasse mit 800 bis unter 1 000 Betten (Tabelle 5). Demgegenüber kostet ein Behandlungsfall der gleichen Kategorie in einer

Tabelle 5

Ausgewählte Krankenhauskosten *) nach der Bundespflegesatzverordnung in Baden-Württemberg 1994 nach Krankenhausgrößenklassen

| Größenklasse von ... bis unter ... Betten | Personalkosten je | | Sachkosten je | | Bereinigte Kosten je | |
|---|-------------------|------------|-----------------|------------|----------------------|------------|
| | Behandlungsfall | Pflege-tag | Behandlungsfall | Pflege-tag | Behandlungsfall | Pflege-tag |
| | DM | | | | | |
| unter 50 | 3 190,59 | 264,09 | 1 477,99 | 122,34 | 4 506,45 | 373,00 |
| 50 – 100 | 3 774,94 | 259,99 | 1 621,07 | 111,65 | 5 216,32 | 359,26 |
| 100 – 150 | 3 987,90 | 298,43 | 1 562,88 | 116,96 | 5 290,50 | 395,91 |
| 150 – 200 | 3 628,10 | 305,69 | 1 544,35 | 130,12 | 4 971,75 | 418,90 |
| 200 – 250 | 4 054,02 | 321,61 | 1 674,33 | 132,83 | 5 451,38 | 432,47 |
| 250 – 300 | 3 998,22 | 350,39 | 1 859,98 | 163,00 | 5 591,76 | 490,05 |
| 300 – 400 | 4 490,17 | 357,66 | 1 845,01 | 146,96 | 5 975,71 | 475,99 |
| 400 – 500 | 4 494,75 | 364,27 | 1 878,50 | 152,24 | 5 984,36 | 485,00 |
| 500 – 600 | 4 719,54 | 387,75 | 2 317,23 | 190,38 | 6 640,78 | 545,60 |
| 600 – 800 | 4 724,04 | 360,32 | 1 792,48 | 136,72 | 6 110,25 | 466,05 |
| 800 – 1 000 | 4 962,68 | 394,46 | 2 179,42 | 173,23 | 6 504,59 | 517,02 |
| 1 000 und mehr | 6 916,20 | 646,72 | 3 756,44 | 351,26 | 8 127,30 | 759,97 |
| Insgesamt | 4 729,09 | 384,43 | 2 128,90 | 173,06 | 6 152,92 | 600,18 |

*) Ohne Bundeswehrkrankenhäuser

der Kliniken mit 1 000 und mehr Betten 8 127 DM (was im übrigen gegenüber dem Ergebnis von 1992 keine Veränderung bedeutet).

In den sieben Krankenhäusern mit 1 000 und mehr Betten fallen rund 22 % der bereinigten Kosten aller Krankenhäuser an. Dagegen sind bei Ihnen 14,5 % der aufgestellten Betten, rund 14 % der Pflegetage und gut 16 % der Behandlungsfälle zu finden. Diese großen Kliniken gehören zur Kategorie der Maximalversorgung und müssen entsprechend personalaufwendig betrieben werden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß in solchen Kliniken auch Patienten aufgenommen werden, die in anderen Einrichtungen allein ausstattungsbedingt nicht behandelt werden können. Sie sind auf das breiteste Angebot und die fortschrittlichsten medizinischen Behandlungsformen angewiesen. Solche Fälle sind generell besonders aufwendig und damit kostenintensiv zu betreuen. Außerdem kommen auch mehr medizinisch-technische Großgeräte zum Einsatz als dies in kleineren Einheiten der Fall ist. So verfügen diese sieben großen Kliniken mit insgesamt 80 aufgestellten Großgeräten über gut 39 % des gesamten Bestandes aller Krankenhäuser an medizinisch-technischen Großgeräten (Tabelle 6). Neben den insgesamt höheren Unterhaltskosten sind zum Beispiel an den Hochschulkliniken, auf die vorgenannte Merkmale in besonderem Maße zutreffen, neben einer weit überdurchschnittlichen Zahl von Leitenden Ärzten und Oberärzten auch rund ein Viertel aller Assistenzärzte beschäftigt.

Tabelle 6

Aufgestellte medizinisch-technische Großgeräte in den Krankenhäusern Baden-Württembergs 1994 nach Krankenhausgrößenklassen

| Krankenhäuser mit ... bis unter ... Betten | Krankenhäuser mit mindestens einem medizinisch-technischen Gerät | | |
|--|---|------------------------|----------------------|
| | Einrichtungen | aufgestellte Betten | Geräte ¹⁾ |
| | Anzahl | | |
| unter 50 | 2 | 26 | 2 |
| 50 – 100 | 2 | 142 | 2 |
| 100 – 150 | 1 | 107 | 1 |
| 150 – 200 | 1 | 180 | 1 |
| 200 – 250 | 3 | 627 | 3 |
| 250 – 300 | 7 | 1 828 | 9 |
| 300 – 400 | 14 | 4 646 | 19 |
| 400 – 500 | 21 | 9 410 | 34 |
| 500 – 600 | 3 | 1 669 | 6 |
| 600 – 800 | 9 | 6 226 | 22 |
| 800 – 1 000 | 5 | 4 417 | 25 |
| 1 000 und mehr | 7 | 9 947 | 80 |
| Insgesamt | 75 | 39 225 | 204 |

1) Computer-Tomographen, Positronen-Emissions-Computer-Tomographen (PET), Magnetic-Resonance-Geräte (Kernspin-Tomographen), Koronarangiographische Arbeitsplätze (Herzkatheter-Meßplätze), Tele-Kobalt-Therapiegeräte, Linearbeschleuniger (Kreisbeschleuniger), Nierensteinertrümmerer, Gallensteinertrümmerer.

Bettenauslastung und Kosten der Krankenhausbehandlung

Seit Beginn der 90er Jahre ist bei den Kosten eine uneinheitliche Verteilung der Steigerungsraten auf die einzelnen Kostenarten zu beobachten. Zum Teil rühren diese Schwankungen - wie oben dargestellt - auch von unterschiedlichen Zahlen bei den Behandlungsfällen und bei den Pflgetagen her. *Tabelle 7* verdeutlicht die Bettenauslastung nach Krankenhausgrößenklassen und in welchem Umfang der durchschnittliche Nutzungsgrad der Krankenhausbetten seit 1992 gesunken ist. Die Annahme, daß ein höherer Nutzungsgrad zwangsläufig mit geringeren Kosten pro Behandlungsfall einhergeht, läßt sich nicht generalisieren. Den günstigsten Nutzungsgrad haben die Kliniken in der Größenklasse von 200 bis unter 250 Betten. Hier sind dennoch nicht die niedrigsten Kosten zu beobachten, obgleich sie recht deutlich unter dem Durchschnittswert aller Krankenhäuser liegen. Der durchschnittliche Nutzungsgrad der Betten betrug 1994 noch 82,6 %. Vor allem die Krankenhäuser mit 800 bis unter 1 000 Betten sowie Häuser mit 400 bis 500 Betten waren demgegenüber etwas höher ausgelastet. Die übrigen Krankenhäuser lagen zum Teil deutlich unter dem Mittelwert. Dennoch waren die bereinigten Kosten je Behandlungsfall mit 4 506 DM in den kleinsten Häusern, die den geringste Nutzungsgrad aufwiesen, niedriger als in der Klasse 200 bis unter 250 Betten, wo der mit Abstand höchste Nutzungsgrad anzutreffen war, und die auch noch eindeutig unter dem Schnitt der Kosten je Fall lagen. Diese Tatsache ist für sich allein genommen jedoch noch kein Indiz für die Wirtschaftlichkeit eines Krankenhauses, da hier lediglich die tatsächlich entstandenen Kosten verglichen werden, nicht jedoch die zu diesen Kosten erbrachten Leistungen, das heißt es findet kein Vergleich des Behandlungsgeschehens statt.

Sicherlich spielen noch andere Kriterien als ein günstiger Nutzungsgrad für die Wirtschaftlichkeit einer Klinik eine Rolle. So ist ohne Zweifel die sachliche Ausstattung eines Krankenhauses von hohem Gewicht. Entscheidend für die Kostensituation ist jedoch in allererster Linie die Personalstärke. Dabei ist zu differenzieren, inwieweit das Personal bezogen auf die Behandlungsfälle bzw. die aufgestellten Betten ausgelastet wird. Diese Belastungsziffern zeigen besonders deutlich an, wie unterschiedlich die Personalbelastung in den einzelnen Größenklassen ausfällt (*Tabelle 7*). Je kleiner die Klinik, desto höher ist der Belastungsgrad der dort Beschäftigten, und umgekehrt sind um so weniger Betten bzw. Fälle je Vollkraft zu betreuen, je größer die Einrichtung ist.

Einen Sonderfall stellen die Krankenhäuser des Landes mit ausschließlich psychiatrischen und neurologischen Betten dar. Hier liegen die Personalkosten je

Behandlungsfall bei über 12 862 DM und die Kosten je Pflgetag bei 306 DM. Dies hat seine Ursache darin, daß vergleichsweise weniger Patienten versorgt werden, diese jedoch sehr viel längere Verweildauern aufweisen. Hinsichtlich der Belastungsziffern folgt daraus, daß die Bettenbelastung je Vollkraft nicht wesentlich vom Durchschnitt abweicht. Diese Einrichtungen weisen im übrigen einen überdurchschnittlichen Nutzungsgrad auf.

Das Problem der Wirtschaftlichkeit

Die amtliche Statistik kann nur die Kosten aufaddieren, die von den Krankenhäusern gemäß den gesetzlichen Vorgaben gemeldet werden. Es lassen sich einige Bezugsgrößen herstellen, die in Grenzen über die Effektivität der einzelnen Krankenhausgrößenklasse Auskunft geben. Hier ist zunächst der Nutzungsgrad zu nennen, der Auslastungsgrad der Krankenhäuser selbst. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß eine 100prozentige Auslastung theoretisch möglich, aber kaum wünschenswert, in einigen Bereichen auch kaum erreichbar ist.

Der Nutzungsgrad ist in der Vergangenheit nie völlig konstant gewesen. Er bewegt sich aber in einer bestimmten Bandbreite. Welches das optimale Maß ist, läßt sich allerdings schwer beurteilen. Unter Krankenhausexperten wird eine durchschnittliche Auslastung von 85 % als normal erreichbar angesehen. Die Differenz zu 100 % steht somit für unvorhersehbare Notfälle und für die nötigen Rüstzeiten im Krankenhaus zur Verfügung. Dieser Wert wird auch bei der Krankenhausplanung des Landes zugrundegelegt.⁵ Allgemein ist der Nutzungsgrad der Krankenhäuser etwas gesunken. Die Abweichungen unter den einzelnen Krankenhausgrößenklassen sind geringer geworden. Die gegenwärtige Situation, in der mehr Patienten bei gesunkener durchschnittlicher Verweildauer behandelt werden, bedeutet zum Beispiel auch, daß hinsichtlich der Belastungsziffer "Behandlungsfälle je aufgestelltes Bett" und des Indikators "Nutzungsgrad" sehr unterschiedliche Ergebnisse entstehen. Hier schneiden nun die größten Krankenhäuser am günstigsten ab. Pro Bett und Jahr, diese Zahlen lassen sich aus den Spalten "aufgestellte Betten" und "Fallzahlen" aus *Tabel-*

5 "Krankenhausplan III des Landes Baden-Württemberg - Allgemeiner Teil -, Staatsanzeiger von Baden-Württemberg Nr. 93/94, 25. November 1989, Seiten 10 und 22; Krankenhausplan III - Besonderer Teil -, Sonderdruck zur Veröffentlichung im Staatsanzeiger von Baden-Württemberg Nr. 6, 21. Januar 1995, Seite 10.

Tabelle 7

**Ausgewählte Grunddaten der Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
in Baden-Württemberg 1994 nach Größenklassen**

| Größenklasse von ... bis unter ... Betten | Anzahl | Aufgestellte Betten | Pflegedage | Fallzahl ¹⁾ | Nutzungsgrad | Verweildauer | Belastungsziffer Personal insgesamt | |
|---|--------|------------------------|------------|------------------------|--------------|--------------|--|---------------------|
| | Anzahl | | | | % | Tage | Betten ²⁾ | Fälle ³⁾ |
| Krankenhäuser ⁴⁾ | | | | | | | | |
| unter 50 | 72 | 1 848 | 529 496 | 43 827 | 78,5 | 12,1 | 0,8 | 23,0 |
| 50 – 100 | 60 | 4 375 | 1 317 308 | 90 725 | 82,5 | 14,5 | 0,7 | 18,6 |
| 100 – 150 | 45 | 5 387 | 1 630 949 | 122 051 | 82,9 | 13,4 | 0,7 | 18,5 |
| 150 – 200 | 21 | 3 706 | 1 112 211 | 93 710 | 82,2 | 11,9 | 0,7 | 20,4 |
| 200 – 250 | 26 | 5 603 | 1 746 614 | 138 563 | 85,4 | 12,6 | 0,6 | 18,2 |
| 250 – 300 | 17 | 4 516 | 1 362 841 | 119 917 | 82,7 | 11,4 | 0,6 | 19,3 |
| 300 – 400 | 26 | 8 610 | 2 567 168 | 204 487 | 81,7 | 12,6 | 0,6 | 16,7 |
| 400 – 500 | 22 | 9 859 | 3 018 380 | 244 622 | 83,9 | 12,3 | 0,6 | 16,8 |
| 500 – 600 | 5 | 2 812 | 833 133 | 68 449 | 81,2 | 12,2 | 0,5 | 16,3 |
| 600 – 800 | 11 | 7 543 | 2 259 667 | 172 353 | 82,1 | 13,1 | 0,6 | 15,8 |
| 800 – 1 000 | 5 | 4 417 | 1 358 890 | 108 012 | 84,3 | 12,6 | 0,5 | 15,4 |
| 1 000 und mehr | 7 | 9 947 | 2 959 600 | 276 747 | 81,5 | 10,7 | 0,3 | 10,2 |
| Insgesamt | 317 | 68 623 | 20 696 257 | 1 683 461 | 82,6 | 12,3 | 0,5 | 15,6 |
| Dagegen 1993 | 315 | 68 891 | 20 906 704 | 1 671 107 | 83,1 | 12,5 | 0,5 | 15,6 |
| 1992 | 314 | 68 864 | 21 270 641 | 1 651 459 | 84,4 | 12,9 | 0,5 | 15,5 |
| Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | | | | | | | | |
| unter 50 | 50 | 1 691 | 441 786 | 12 446 | 71,6 | 35,5 | 1,3 | 13,2 |
| 50 – 100 | 74 | 5 374 | 1 548 685 | 43 542 | 79,0 | 35,6 | 1,6 | 16,2 |
| 100 – 150 | 50 | 6 102 | 2 036 519 | 68 398 | 91,4 | 29,8 | 1,6 | 19,6 |
| 150 – 200 | 32 | 5 761 | 1 996 137 | 65 478 | 94,9 | 30,5 | 1,6 | 19,1 |
| 200 – 250 | 20 | 4 451 | 1 503 168 | 44 068 | 92,5 | 34,1 | 1,6 | 17,6 |
| 250 und mehr | 22 | 7 215 | 2 507 205 | 82 970 | 95,2 | 30,2 | 1,7 | 20,4 |
| Insgesamt | 248 | 30 594 | 10 033 500 | 316 900 | 89,9 | 31,7 | 1,6 | 18,5 |
| Dagegen 1993 | 243 | 29 528 | 9 717 185 | 308 482 | 90,2 | 31,5 | 1,6 | 19,1 |
| 1992 | 243 | 29 072 | 9 622 131 | 307 500 | 90,4 | 31,3 | 1,7 | 19,5 |

Aufnahmen von außen + Patientenabgang - 2 x Stundenfälle

1) Fallzahl:

2

Pflegedage

2) Belastungszahl nach Betten:

Vollkräfte X 365

Fallzahl

3) Belastungszahl nach Fällen:

Vollkräfte

- 4) Ohne Bundeswehrkrankenhäuser.

le 7 errechnen, wurden 1994 dort 27,8 Patienten behandelt. Der Durchschnitt liegt bei 24,5 Patienten pro Bett. Dagegen liegt der Nutzungsgrad dieser Einrichtungen mit 81,5 % am Ende der Skala, obwohl dort bereits weniger Betten als im Krankenhausplan des Landes vorgesehen aufgestellt sind.

Offenkundig wächst mit dem Umfang des Versorgungsauftrags einer Klinik deren Personalbedarf. Dies trifft nicht nur auf das ärztliche Personal und die unmittelbaren Pflegekräfte zu. Es wird unter Umständen Personal notwendig, für das bei Kliniken einer geringeren Versorgungsstufe überhaupt kein Bedarf besteht. Je größer die Einrichtung ist, desto mehr "behandlungsfernes" Personal fließt in die Berechnung mit ein. Dies erschwert den Vergleich zwischen Krankenhäusern unterschiedlicher Größenklassen zusätzlich.

Auch läßt sich die Frage an dieser Stelle nicht klären, wie sich eine hohe personelle Belastung auf die Qualität der erbrachten Leistung auswirkt. Es sei nur unter dem Stichwort "Pflegenotstand" an die Forderung der vergangenen Jahre nach mehr qualifiziertem Pflegepersonal erinnert. Seit 1991 ist eine weitgehend konstante Belastungsziffer des Personals zu beobachten. Baden-Württemberg lag 1994 mit seinen Belastungszahlen von 15,6 Behandlungsfällen und 0,5 Betten je Vollkraft leicht unter dem Bundesdurchschnitt; dort betragen die Belastungszahlen 16,4 Behandlungsfälle und 0,6 Betten je Vollkraft.

Ohne Frage steht der gesamte Komplex "Krankenhausversorgung" gegenwärtig unter einem enormen Einsparungsdruck. So finden zum Beispiel Zusammenlegungen im Verwaltungsbereich statt. Hierbei kann die Betriebsführung selbst spezialisierten Unternehmen übertragen werden, können zum Beispiel medizinische Angebote konzentriert, Krankenhausapotheken zusammengelegt, Küchen nicht mehr in eigener Regie geführt und die Wäsche von Fremdfirmen gewaschen werden. Der Verbreitungsgrad dieser Maßnahmen geht aus der amtlichen Statistik nicht direkt hervor, da bei der Ermittlung der Istkosten die bezogenen Dienstleistungen weitgehend ausgeklammert bleiben. Mittelbar lassen sich jedoch über die Zahlen des beschäftigten Personals Rückschlüsse ziehen. So nahm das Küchenpersonal von 1991 bis 1994 um 2,9 % auf 6 200, das Personal der Wäschereien um 15,5 % auf 1 266 Beschäftigte ab. Dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, daß trotz einer höheren Patientenzahl, die ja einen erhöhten Versorgungsaufwand bedeuten, vom Krankenhaus selbst erbrachte Leistungen eingeschränkt werden und durch andere Leistungen ersetzt werden müssen. Fast ein Drittel aller Krankenhäuser versorgt sich über öffentliche Apotheken mit den notwendigen Arzneimitteln. Erwartungsgemäß sind es die kleinen Einrichtungen, welche

diese Dienstleistung wählen. 150 Häuser werden durch die Apotheken anderer Kliniken mitversorgt. Lediglich 20 Krankenhausapotheken werden ausschließlich zur Selbstversorgung betrieben.

Das Krankenhaus als Wirtschaftsfaktor

Die 130 536 Personen, die 1994 in den Krankenhäusern Baden-Württembergs beschäftigt waren, machen immerhin 3,5 % der 3 761 726 sozialversicherungs-pflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Baden-Württembergs aus. Zusammen mit den in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen Beschäftigten steigt die Gesamtzahl der in diesem Bereich Beschäftigten sogar auf 150 580 und damit auf einen Anteil von 4,0 %. Damit ist der Krankenhausbereich ein durchaus bedeutender Arbeitgeber, der sich in der Größenordnung bewegt, wie etwa das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Er übertrifft dabei so wichtige Branchen wie die Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung, das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe oder die Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießereien und Stahlverformung sowie das Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe.

Hinsichtlich der Kaufkraft, die sich aus den Einkommen der im Krankenhausbereich Beschäftigten ergibt, lassen die Angaben aus der Krankenhausstatistik allenfalls indirekte Schlußfolgerungen zu. Exakte Einkommensangaben der Beschäftigten sind hier nicht verfügbar. Orientiert man sich diesbezüglich hilfsweise an den Personalkosten, so entfallen im Durchschnitt auf jede in einem Krankenhaus beschäftigte Person jährlich Kosten in Höhe von 60 691 DM. Diese Kosten bilden eine grobe Näherungsgröße für das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen, das heißt Bruttoverdienst zuzüglich der Nebenkosten der Beschäftigten, Sozialabgaben und Steuern. Sie variieren jedoch sehr stark zwischen rund 133 600 DM je Beschäftigten des ärztlichen und etwa 53 000 DM je Beschäftigten des nichtärztlichen Personals.

Zwar verfügt die Krankenhausstatistik über keine Daten darüber, wo die in den Krankenhäusern Beschäftigten wohnhaft sind. Von der Aufgabenstellung eines Krankenhauses, seinem Schichtbetrieb, anfallenden Überstunden und der zumindest teilweisen Abrufbarkeit des Personals ausgehend, liegt die Annahme nahe, daß es wohl kaum großräumige Pendlerbewegungen geben dürfte. Je nach Standort des Krankenhauses könnten jedoch die Beschäftigten durchaus auch aus benachbarten Wohngemeinden oder aus einem angrenzenden Kreis stammen.

Gleichwohl ist zu vermuten, daß ein großer Teil des im Krankenhaus verdienten Geldes der kommerziellen Infrastruktur eines Krankenhausstandortes zugute kommt. Auch dem Fiskus fließen je nach Größe der Einrichtung unterschiedlich hohe Steuern zu. Auf der anderen Seite wird aber auch die kommunale Infrastruktur in Anspruch genommen. Plätze in Kindergärten, Schulen und ein erhöhter Verwaltungsaufwand schlagen zu Buche. Für die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, zu denen in der Statistik keine Kosten erhoben werden, dürfte das pauschalierte Durchschnittseinkommen wegen der durch die doch anderen Aufgabenstellung abweichenden Personalstruktur eher niedriger liegen. Erheblich abweichen dürfte auch die Patientenstruktur. Durch die abweichende Form der Unterbringung und Behandlung, verfügen Kurpatienten über ein ganz anderes "Freizeitbudget" als vollstationär im Krankenhaus untergebrachte Fälle. Dadurch werden dort die Patienten selbst zum Wirtschaftsfaktor für die Infrastruktur.

Außer der unmittelbaren Funktion als Arbeitgeber mit der damit verbundenen Belebung der Nachfrage an ihrem Standort sind sie wichtige Kunden indem sie als Betrieb eine Vielzahl von Gütern und Leistungen beziehen, allein 1994 in Höhe von fast 3,6 Mrd. DM. Diese Sachkosten, in welchen auch die fremdbezogenen Dienstleistungen enthalten sind, lassen sich regional noch weniger verlässlich zuordnen als die Personalkosten. Hier dürften vor allem Kosten oder Kostenteile wie Abgaben und Wasser für den Krankenhausstandort wirksam werden. Über die Standorte des Großhandels, der Lebensmittel, Heizöl oder Verwaltungsmaterial liefert, lassen sich dagegen nicht einmal Mutmaßungen anstellen. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß Versorgungsgebieten mit einer größeren Ansammlung von Krankenhäusern die Niederlassung branchenspezifischer Zulieferer begünstigen. Diese Gebiete gehören zur Maximalversorgung. Tatsächlich läßt sich aus dem Branchenverzeichnis entnehmen, daß hier zentral medizinischer und technischer Krankenhausbedarf gedeckt werden kann. Mit solchen Agglomerationen einhergehende Versorgungsstrukturen dürften sich die angelegten Kreise mitversorgen.

Das Krankenhauspersonal

Die Personalstruktur der Krankenhäuser (und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen) wird üblicherweise in die beiden Funktionsgruppen ärztliches und nichtärztliches Personal unterteilt. Von Ausbildung und Tätigkeit her verschieden, ergeben sich hier auch, wie sich zeigen wird, geschlechtsspezifische Charakteristika (Tabelle 8).

Das ärztliche Personal

Der ärztliche Bereich ist ganz eindeutig männlich geprägt. Unter den 12 350 hauptamtlich/-beruflich an den Krankenhäusern Baden-Württembergs im ärztlichen Bereich beschäftigten Personen befinden sich 3 500 Ärztinnen (28,3 %). Bestimmte Präferenzen der Geschlechter hinsichtlich des von ihnen wahrgenommenen Fachgebietes fallen ins Auge. Männer sind danach besonders stark im chirurgischen Bereich vertreten (93,1 %), wobei Teilgebiete wie die Unfallchirurgie sogar mit gut 96 % besetzt sein können. Gleichmaßen ist die Urologie mit 97 % und die Orthopädie mit 94 % eine nahezu reine Männerdomäne. Stärker vertreten sind die Frauen auf dem Gebiet der Anästhesiologie (35,3 %) und – bei insgesamt geringen Besetzungszahlen – in der Arbeitsmedizin (45,7 %) und in der Allgemeinmedizin (41,4 %).

Leitende Ärztinnen sind mit einem Anteil von 5,4 % an allen Beschäftigten in dieser Funktion die Ausnahme. Aber auch als Oberärztinnen ist ihr Anteil an der Gesamtbesetzung dieser Position mit 15,9 % eher gering. Vielleicht sollte vor diesen Feststellungen ein "noch" stehen. Denn bei den Assistenzärztinnen ohne abgeschlossene Weiterbildung zeigt sich eine deutlich günstigere Verteilung (36,2 %). Für die Beobachtung einer Entwicklung steht auch hier nur der Zeitraum zurück bis 1991 zur Verfügung, eine schmale Basis für Aussagen über Entwicklungstendenzen. Es läßt sich immerhin sagen, daß der Anteil der Frauen am ärztlichen Personal der Krankenhäuser in diesen Jahren um 1,5 Prozentpunkte gestiegen ist. Um fast 3 Prozentpunkte stieg der Anteil der Assistenzärztinnen in Weiterbildung.

Rund 5 % des ärztlichen Personals war 1994 teilzeitbeschäftigt. Dabei ist der Anteil der Ärztinnen, die ihren Beruf in Teilzeit ausüben mit 13 % überdurchschnittlich hoch. Dagegen wählen nur 2 % ihrer männlichen Kollegen diese Beschäftigungsform. Fachgebietsspezifisch läßt sich beobachten, daß dort, wo Frauen als Ärztinnen stärker vertreten sind, der Teilzeitanteil höher liegt als in anderen Bereichen. Dies läßt sich sowohl an der Verteilung dieses Arbeitszeitmodells ablesen, als auch an der Intensität der Nutzung. Der Anteil der Ärztinnen liegt fast überall im zweistelligen Bereich mit Spitzenwerten von zum Teil deutlich über 27 % wie zum Beispiel bei den Allgemeinärzten, den Anästhesiologen und den Arbeitsmedizinern. Anders die Männer, bei denen – mit Ausnahme der Kinder- und Jugendpsychiater (13,9 %) – in keinem Fachgebiet ein Anteil von Teilzeitbeschäftigten von 5,3 % überschritten wird. Auch sind bei den

Ärzten die Abweichungen vom Durchschnittswert unter den Fachgebieten bei weitem nicht so ausgeprägt wie bei den Ärztinnen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß im ärztlichen Bereich deutlich weniger Frauen als Männer beschäftigt sind, die Ärztinnen jedoch in sehr viel höherem Maße als die Ärzte einer Teilzeitbeschäftigung den Vorzug geben.

Das nichtärztliche Personal

Geradezu diametral entgegengesetzt zu der Verteilung der Geschlechter beim ärztlichen Personal verhält sich diese Verteilung beim nichtärztlichen Personal. Hier dominieren die Frauen mit einem Anteil von 80,4 %. Einzig die schwach besetzten Unterpositionen Technischer Dienst sowie der Krankentransportdienst ist fast reine Männersache.

Demgegenüber liegt der Frauenanteil beim zahlenmäßig mit Abstand stärksten Beschäftigungsbereich, dem Pflegedienst, mit knapp 87 % sogar noch deutlich über dem Durchschnitt. Auch in der personalreichen Berufsgruppe Medizinisch-technischer Dienst sind die Frauen bei weitem am stärksten vertreten; hier liegt der Frauenanteil bei etwa 88 %.

Wie schon im ärztlichen Bereich zeigt sich auch hier, daß der Teilzeitanteil mit dem Anteil weiblicher Beschäftigter steigt. Entsprechend niedrig fällt er mit 5,4 % beim technischen Dienst und mit 8,1 % beim Krankentransportdienst aus. Im Pflegedienst beträgt er dagegen 36,4 %. Allerdings nimmt auch das männliche Personal weit häufiger, als dies bei den Ärzten der Fall ist, die Möglichkeit wahr, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Insgesamt nutzen 9,7 % der beschäftigten Männer dieses Angebot. Gegenüber den 13 % teilzeitbeschäftigten Ärztinnen wählten 37,1 % aller im nichtärztlichen Bereich tätigen Frauen diese Beschäftigungsform.⁶

⁶ Für den Vorsorge- oder Rehabilitationsbereich ergeben sich insgesamt etwas andere Verhältnisse. So sind die Frauen im ärztlichen Bereich, in dem die Teilzeitarbeit im übrigen deutlich höher als in den Krankenhäusern liegt, sehr viel stärker vertreten. Das nichtärztliche Personal hat dagegen einen niedrigeren Teilzeitanteil. Prozentual arbeiten hier etwas weniger Frauen als in den Krankenhäusern.

Teilzeitarbeit in Kliniken überdurchschnittlich verbreitet

Am 30.06.1994 gingen von den 3 761 726 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern des Landes Baden-Württemberg 473 078 einer Teilzeitbeschäftigung nach (12,6 %). Bei den Männern waren dies gut 1,7 %, bei den Frauen 26,8 %.

Im nichtärztlichen Bereich üben demnach erheblich mehr Frauen eine Teilzeitbeschäftigung aus, als dies im Durchschnitt aller sozialversicherungspflichtiger Berufe der Fall ist. Auch im ärztlichen Bereich liegen die Frauen etwa auf der Hälfte des Durchschnittswertes der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen insgesamt. Während die in den ärztlichen Berufen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehenden Männer geringfügig über dem Landesdurchschnitt aller teilzeitbeschäftigten, sozialversicherungspflichtigen Männer lagen, bewegt sich das männliche nichtärztliche Personal um gut mehr als das Fünffache über dem Landeswert.

Es kann bei den vorliegenden Zahlen der Krankenhäuser mit Bestimmtheit davon ausgegangen werden, daß der hohe Anteil der Teilzeitbeschäftigung in den Pflegeberufen der Krankenhäuser nicht auf einen Mangel an Arbeit zurückzuführen ist, wie dies als Beschäftigungsmodell heute in bestimmten anderen Branchen als eine Art Vollbeschäftigungsgarantie diskutiert wird. Auffallend ist dennoch, daß beim nichtärztlichen Personal der Teilzeitanteil seit 1991 um 21,6 % zunahm, im Durchschnitt aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten jedoch "nur" um 6,6 %. In der personalstärksten Gruppe in den Krankenhäusern, dem Pflegepersonal, nahm die Teilzeitarbeit sogar um 30,4 % zu.

Generell galt in der Vergangenheit die Möglichkeit, eine vorhandene Stelle auf mehrere Beschäftigte zu verteilen, als durchaus fortschrittliches Arbeitgeberangebot zur flexiblen Gestaltung der individuellen Arbeitszeit und Lebensgestaltung. Unter diesem Aspekt ist der Krankenhauslandschaft Baden-Württembergs ein freundliches Arbeitnehmerklima zu konstatieren. Gegenüber 1991 stellt sich die Situation 1994 noch deutlich günstiger dar.

Entgegen dem ärztlichen Bereich, in dem durch die Vorgaben der statistischen Erhebung eine hierarchische Struktur ablesbar ist, fehlen solche Differenzierungsmöglichkeiten im nichtärztlichen Bereich vollständig. Mit der Zunahme an Verantwortung sinkt beim ärztlichen Personal neben der Bereitschaft gegebenenfalls auch die Möglichkeit, eine solche Tätig-

Tabelle 8

Beschäftigte in den Krankenhäusern Baden-Württembergs 1994 nach Funktionsbereich

| Gebietsbezeichnung Personalgruppe | Beschäftigte | | Darunter Teilzeitbeschäftigte | |
|---|----------------|---------------|-------------------------------|--------------|
| | insgesamt | männlich | zusammen | männlich |
| Ärztliches Personal | | | | |
| Allgemeinmedizin | 70 | 41 | 13 | 2 |
| Anästhesiologie | 1 092 | 707 | 187 | 37 |
| Arbeitsmedizin | 35 | 19 | 7 | 1 |
| Augenheilkunde | 94 | 70 | 1 | - |
| Chirurgie | 1 070 | 996 | 20 | 14 |
| Frauenheilkunde und Geburtshilfe | 392 | 320 | 27 | 8 |
| Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde | 84 | 67 | 7 | 2 |
| Haut- und Geschlechtskrankheiten | 59 | 38 | 1 | - |
| Hygiene | 21 | 16 | 2 | - |
| Innere Medizin | 1 236 | 1 052 | 51 | 21 |
| Kinderheilkunde | 342 | 248 | 33 | 7 |
| Kinder- und Jugendpsychiatrie | 48 | 36 | 5 | 5 |
| Klinische Pharmakologie | 7 | 6 | - | - |
| Laboratoriumsmedizin | 48 | 34 | 5 | - |
| Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie | 25 | 21 | - | - |
| Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie | 33 | 30 | 1 | 1 |
| Neurochirurgie | 59 | 54 | 2 | 1 |
| Neurologie | 182 | 149 | 8 | 4 |
| Neuropathologie | 5 | 4 | - | - |
| Nuklearmedizin | 31 | 27 | 1 | - |
| Öffentliches Gesundheitswesen | - | - | - | - |
| Orthopädie | 151 | 142 | 7 | 4 |
| Pathologie | 98 | 82 | - | - |
| Pharmakologie und Toxikologie | 6 | 6 | - | - |
| Psychiatrie | 383 | 275 | 41 | 14 |
| Radiologische Diagnostik | 309 | 236 | 15 | 2 |
| Rechtsmedizin | 16 | 13 | 1 | 1 |
| Strahlentherapie | 50 | 33 | 1 | - |
| Urologie | 132 | 128 | 2 | 1 |
| Ärzte mit abgeschlossener Weiterbildung | 6 078 | 4 850 | 438 | 125 |
| Ärzte ohne abgeschlossene Weiterbildung | 6 272 | 4 000 | 195 | 53 |
| Ärzte insgesamt | 12 350 | 8 850 | 633 | 178 |
| Nichtärztliches Personal | | | | |
| Pflegedienst (Pflegebereich) | 50 907 | 6 675 | 18 510 | 1 161 |
| Medizinisch-technischer Dienst | 18 853 | 2 337 | 5 745 | 227 |
| Funktionsdienst | 11 410 | 2 314 | 3 142 | 129 |
| Klinisches Hauspersonal | 6 253 | 196 | 2 454 | 14 |
| Wirtschafts- und Versorgungsdienst | 13 481 | 3 019 | 3 978 | 166 |
| Technischer Dienst | 2 924 | 2 754 | 158 | 87 |
| Verwaltungsdienst | 7 911 | 2 612 | 2 182 | 158 |
| Sonderdienste | 1 582 | 458 | 478 | 68 |
| Sonstiges Personal | 4 865 | 2 755 | 891 | 241 |
| Nichtärztliches Personal insgesamt | 118 186 | 23 120 | 37 538 | 2 251 |

keit in Teilzeit auszuüben. Dies dürfte allerdings auch auf die in der amtlichen Statistik unsichtbaren Strukturen des nichtärztlichen Bereiches zutreffen.

Hierin wird sich der Krankenhausbereich kaum von anderen Beschäftigungsbereichen unterscheiden. Ansonsten läßt sich aus der Verteilung der Geschlechter innerhalb der Krankenhäuser noch sehr klar das überragende Rollenverständnis von der Teilung der Heilung und Pflege herauslesen. Das Heilen ist Aufgabe der Männer, Pflegen die der Frauen.

Künftiger Bettenbedarf

Da man es im nachhinein meist besser weiß, sind Vorausschätzungen keine besonders dankbare Aufgaben. Der Blick in die Zukunft erfaßt niemals alle Eventualitäten, die tatsächlich auftreten können. Eine mögliche Entwicklung bedeutet immer auch eine stark generalisierende Abwägung. Gegenwärtig sind Voraussagen zu einer künftigen Krankenhausausrüstung kaum möglich. Eine Tendenz geht im Augenblick wohl dahin, daß der Bettenabbau fortschreitet, die Patientenzahl bei einem abnehmenden Bedarf an Pflegetagen steigt. Diese Aussage gilt allerdings für jetzt und heute und ist noch nicht altersspezifisch bewertet worden. Kaum abschätzbar sind neue und zusätzliche Möglichkeiten der Diagnostik und Therapie, ebenso wenig alternative Formen der stationären Versorgung. Auch bleibt abzuwarten, ob die Pflegeversicherung in der Form Auswirkungen auf den stationären Bereich der Krankenhäuser hat, als Behandlungsfälle, die hier gegenwärtig vorübergehend versorgt werden, künftig eher in einem Pflegeheim unterkommen. All dies ist dazu angetan, die Länge der Verweildauer zu beeinflussen. Andererseits läßt sich auch der Bettenabbau nur bis zu einem bestimmten Punkt treiben, wenn man eine leistungsfähige und auch konsensfähige stationäre Krankenhausversorgung der Bevölkerung erhalten will.

Grundlage einer Vorausschau auf einen künftigen Bettenbedarf im Krankenhausbereich ist neben anderen Faktoren die wahrscheinliche Entwicklung der Bevölkerung. Da Krankenhausleistungen nicht von allen Altersgruppen einer Bevölkerung in gleichem Maße in Anspruch genommen werden, ist eine ebenso wichtige Komponente einer Vorausrechnung die mögliche künftige Altersstruktur der Bevölkerung Baden-Württembergs.

Seit einigen Jahren vollzieht sich innerhalb des Altersaufbaus unserer Bevölkerung ein Wandel, der als dramatisch bezeichnet werden darf. Er wird sich auf

alle gesellschaftlichen Gebiete auswirken. Einer immer größer werdenden Anzahl älterer Personen stehen zahlenmäßig immer kleiner werdende nachwachsende Generationen gegenüber. Dies wird unter anderem sehr wahrscheinlich zur Folge haben, daß die Gesamtbevölkerung auf längere Sicht vom Umfang her abnehmen wird.

Das Statistische Landesamt hat 1994 eine Vorausrechnung der Bevölkerungsentwicklung Baden-Württembergs auf der Basis 31.12.1992 vorgelegt. Insgesamt wurden in drei Varianten künftig mögliche Bevölkerungsgrößen und -strukturen vorausgerechnet. Der grundlegende Unterschied zwischen diesen Varianten liegt im unterschiedlichen Ansatz der Wanderungsgewinne durch Ausländer (einschließlich Asylbewerber). Während bei der unteren Variante ein Wanderungsüberschuß von 100 000 Ausländern angenommen wird, sind es bei der mittleren 200 000 und bei der oberen 300 000 Ausländer.⁷ Der Einfachheit halber stützt sich die vorliegende Studie auf die mittlere Variante. Diese Variante kommt zu dem Ergebnis, daß bis zum Jahr 2020 die Bevölkerung Baden-Württembergs wächst, um von da an abzunehmen. Im Jahre 2040 wird sie deutlich unter dem Stand von 1993 liegen. Gravierend wird bei diesen Prozessen die bis 2040 zu erwartende Verschiebung der Bevölkerungsgewichte in den einzelnen Altersklassen sein. Basis für die folgenden Überlegungen bildet eine grobe Einteilung der Bevölkerung in Noch-Nicht-Erwerbstätige, Erwerbstätige und Nicht-Mehr-Erwerbstätige. Die Altersklassen lassen sich, nach dem heute noch gültigen Verständnis der Lebensarbeitszeit zu den Gruppen der unter 20jährigen, der 20- bis 64jährigen und der über 64jährigen zusammenfassen.

Nach dieser Berechnung wird der Bevölkerungsanteil der unter 20jährigen von derzeit 22 % kontinuierlich auf 16 % absinken. Ebenso stetig geht der Anteil der Erwerbstätigen von 64 % auf 55 % zurück. Dagegen wird derjenige der über 64jährigen von 19 % auf 35 % steigen. Die Zahl der Menschen im Rentenalter wird sich innerhalb dieses Zeitraums voraussichtlich verdoppeln.

Im Jahr 1993 kamen aus der Gruppe der älteren Menschen rund 466 000 vollstationär zu behandelnde Krankenhauspatienten. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 16,8 Pflegetagen verursachten sie 7,8 Mill. Pflegetage, das sind rund ein Drittel aller

⁷ Vgl. Cornelius, Ivar: Zur künftigen Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – Ergebnisse der achten koordinierten Bevölkerungsrechnung, in: Statistik von Baden-Württemberg, 5/94, S. 200 ff.

Pflegetage. Der Anteil dieser Altersklasse an der Bevölkerung ist dabei deutlich niedriger. (Diese Zahlen stammen aus der Diagnosestatistik, die eben erst eingeführt, noch gewisse Abweichungen gegenüber den in den Grunddaten der Krankenhausstatistik ermittelten Werte hat).

Geht man von den heutigen Gegebenheiten aus, würde allein die Altersverschiebung innerhalb des Bevölkerungsaufbaus zugunsten der älteren Jahrgänge bedeuten, daß im Jahre 2040 umgerechnet auf den heutigen Patientenanteil dieser Altersklasse 890 000 vollstationäre Behandlungen notwendig würden. Geht man weiterhin von einer durchschnittlichen Verweildauer von 16,8 Pflegetagen für diese Altersgruppe aus, würde es in diesem Bereich auf ein Anwachsen der Pflegetage von derzeit 7,8 auf 15 Mill. kommen. Nur geringe Auswirkungen wären von der unteren Altersgruppe zu erwarten, die ohnehin durchschnittlich die geringste Zahl an Pflegetagen hat (7,3). Hier dürfte die Zahl der Pflegetage von 1,2 Mill. auf 860 000 zurückgehen. In der Altersgruppe der Erwerbstätigen (durchschnittlich 12,3 Pflegetage) würde sich die Zahl der Pflegetage unter den heute gegebenen Voraussetzungen durch den zu erwartenden Bevölkerungsrückgang innerhalb dieser Gruppe um gut 2 Mill. verringern. Bei einer theoretischen Zunahme um 7,1 Mill. Pflegetage auf der einen Seite, wäre auf der anderen Seite eine mögliche Abnahme um 3,2 Mill. Pflegetage zu erwarten. So stünden – rein rechnerisch – den heute rund 20,4 Mill. Pflegetage 25 Mill. Pflegetage im Jahr 2040 gegenüber. Allerdings dürfte ab dem Jahr 2030 die Zahl der Behandlungsfälle insgesamt zurückgehen, da die zahlenmäßige Abnahme der Gruppen des Vorerwerbs- und des Erwerbsalters die Zunahme an Pflegetagen bei den älteren Menschen übersteigt.

Diese Darstellung der möglichen Entwicklung stellt eine rein hypothetische Rechnung lediglich unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Altersstruktur bei sonst gleichbleibenden Bedingungen dar. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß insbesondere der medizinisch-technische Fortschritt, zahlreiche Maßnahmen der sozialen Infrastrukturplanung (zum Beispiel Schaffung eines flächendeckenden Netzes an Sozialstationen, Ausbau des Angebots an Pflegeeinrichtungen, Verbesserung der geriatrischen Versorgung) sowie gesetzgeberische Maßnahmen wie das Gesundheitsstrukturgesetz (zum Beispiel Einführung des ambulanten Operierens und der vor- und nachstationären Behandlung im Krankenhaus) und das Pflegeversicherungsgesetz einen kontinuierlichen Rückgang der durchschnittlichen Verweildauer im Krankenhausbereich bewirkten, der trotz steigenden Altenanteils an der Bevölkerung zu einem Rückgang des Bettenbedarfs führte. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Es ist vorrangige Aufgabe der Kranken-

hausplanung des Landes, unter Berücksichtigung der Entwicklung aller den Bedarf an Krankenhausleistungen beeinflussenden Faktoren die notwendigen Kapazitäten an die jeweiligen Bedürfnisse zeitgerecht anzupassen.

Diese theoretisch mögliche Entwicklung hätte selbstverständlich auch Auswirkungen auf die personelle Ausstattung der Krankenhäuser. Da der Personalsektor besonders kostenintensiv ist, stellt sich die Frage, ob er weiterhin deutlich wachsen kann, auch wenn heute noch entsprechende Forderungen formuliert werden.⁸ Geht man dagegen davon aus, daß die Beschäftigtenzahlen an den Krankenhäusern in etwa gleich bleiben, würden sich die Belastungsziffern der Vollkräfte bis zum Jahr 2030 bei den Ärzten und im medizinisch technischen Dienst um ca. 10 Behandlungsfälle erhöhen. Der Funktionsdienst wäre von diesem Anstieg sogar noch stärker betroffen.

Zusammenfassung

- Bei den Krankenhäusern des Landes läßt sich bei der Patientenbewegung die Tendenz beobachten, daß die Behandlungsfälle zunehmen, während die Aufenthalte in der Klinik kürzer werden, so daß die durchschnittliche Verweildauer aller vollstationär Versorgten zurückgeht. Dies ist nicht nur heute, das zeigte sich anlässlich eines Ausblicks in eine mögliche Zukunft, durchaus wünschenswert. Dagegen hat sich die allgemeine Kostensituation weiter verschärft, wenngleich man die Entwicklung in den letzten Jahren als abgebremst bezeichnen kann. Neben dem Faktor Personal, der deutlich die meisten Kosten verursacht, steht, für die amtliche Statistik nicht faßbar, auch der Faktor medizinischer Fortschritt, der insgesamt kaum zu einem Abnehmen der Anzahl der Behandlungsfälle führen dürfte. Dieser Fortschritt ersetzt nicht nur, er kreiert zusätzliche Diagnosen und Therapien. Somit verursacht er auch zusätzlich Kosten.
- Anhand der erfaßten Daten läßt sich nicht feststellen, was den Betrieb eines Krankenhauses tatsächlich wirtschaftlich macht. Es gibt einige Indikatoren wie Bettenauslastung und Belastungsziffern des Personals. Während erstere sich nicht überall in niedrigeren Kosten je Fall, Pflegetag oder Bett niederschlagen, scheinen letztere nach der Formel "mit je weniger Personal sich die Auf-

8 Vgl. hierzu auch "Krankenschwestern haben die freie Auswahl", in: Stuttgarter Nachrichten vom 19.02.1996, S. 15.

gabe bewältigen läßt, desto günstiger wird das wirtschaftliche Ergebnis sein", effektives Sparpotential zu enthalten. Hier liegt der amtlichen Statistik jedoch keine Orientierungsgröße vor, nach der man sich wertend richten kann. Zu unterschiedlich sind die Größenklassen der meldenden Häuser und ihre Aufgaben, die ihnen von der Krankenhausplanung zugedacht sind. Die Lage des Punktes, an dem im Einzelfall zu klären ist, wo personelle Einsparung in Überlastung und damit in meßbaren Qualitätsverlust umschlägt, läßt sich in diesem Zusammenhang nicht bestimmen.

- Für ihren Standort bedeuten Krankenhäuser und auch Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor. Erstens kommt das Geld, das dort verdient wird, dem Standort oder dessen unmittelbarer Nachbarschaft wieder zugute. Ebenso können Sachleistungen – zumindest teilweise – aus der näheren Umgebung bezogen werden. Zweitens stellen Krankenhäuser wichtige Arbeitgeber dar. Hier sind es vor allem Frauen, die von dem Stellenangebot profitieren und ein umfangreiches Teilzeitangebot nutzen können. Die Rollenverteilung innerhalb des Krankenhauses ist konventionell. Während die heilenden Berufe noch ganz eindeutig von den

Männern dominiert sind, haben die Frauen an den pflegenden und helfenden Berufen den weitaus größten Anteil. Allerdings müssen die Beschäftigten auch in ausreichendem Umfang in die kommunale Infrastruktur eingebunden werden, zum Beispiel im Hinblick auf Kindergartenplätze, Schulen usw. Dies wiederum macht Investitionen seitens des Standortes notwendig.

- Um den heutigen Standard der Krankenhausversorgung auch künftig aufrecht zu erhalten, wird es großer Anstrengungen bedürfen. Neben der kritisierten Kostenentwicklung hat sich auch dieser Bereich mit einer sich ändernden Bevölkerungsstruktur auseinanderzusetzen. So wird es zu einer hohen Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung kommen, also desjenigen Teils der Patienten, der ohnehin schon im Durchschnitt die meisten Pflegetage verursacht. Die Abnahme der Bevölkerung in den jungen und mittleren Altersgruppen kann diesen Zuwachs nicht ausgleichen. Allerdings wird mit allen derzeitigen planerischen und gesetzgeberischen Bemühungen angestrebt, die Zahl der notwendigen Krankenhausbehandlungen einerseits wie auch die Dauer der notwendigen Krankenhausaufenthalte andererseits zu reduzieren.

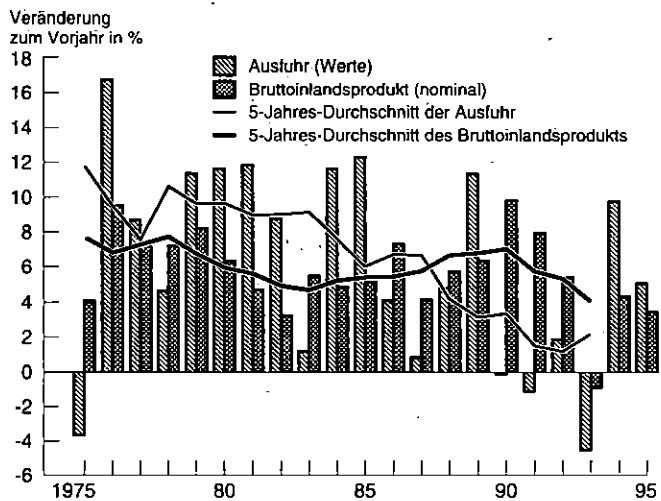
Die Auswirkungen von Währungsschwankungen seit 1990 in der EU, im Dollarraum und im Raum des japanischen Yen auf die baden-württembergische Wirtschaft

Trotz einer neuen Rekordziffer im Jahr 1995: der Export hat in den letzten zehn Jahren einiges von seiner tragenden Rolle für Wirtschaft und Wohlstand Baden-Württembergs eingebüßt. Entwickelte die Exportwirtschaft in den 70er und der ersten Hälfte der 80er Jahre wesentlich mehr an Dynamik als andere Teile der Wirtschaft, so ist dies seitdem umgekehrt (*Schaubild 1*). In den 90er Jahren haben die Exporte in die Länder der Europäischen Union sogar stagniert und positive Zuwachsraten gab es im wesentlichen nur deshalb, weil in den Reformländern Mittel- und Osteuropas sowie in den Entwicklungsländern wachstumssträchtige Märkte erschlossen werden konnten. Die Importeure haben sich dagegen selbst in den schwierigen Rezessionsjahren im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung halten können. All dies ist ein Indiz dafür, daß sich die baden-württembergische Wirtschaft in einem verschärften Wettbewerb mit ausländischen Anbietern befindet, was sie zwecks Sicherung ihrer Marktanteile zu immer neuen Preiszugeständnissen veranlaßt. Im Wettlauf zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsposition sieht sich die hiesige Industrie in eine Situation gedrängt, in der trotz voller Auftragsbücher ihre Erträge schrumpfen und – mit Blick auf die letztjährigen Tarifrunden – ihre durchaus beträchtlichen Rationalisierungserfolge durch den Anstieg der Lohnkosten wieder zunichte gemacht werden.¹

Bei näherer Betrachtung liegen die Ursachen allerdings weniger im Anstieg der Lohnstückkosten. Diese haben sich in den letzten zehn Jahren eher zurückhaltender entwickelt als bei anderen Welthandelskonkurrenten, und erst die Einrechnung der Wechselkursentwicklung in die Lohnkosten läßt erkennen, daß das auslösende Moment des Problems eher im außenwirtschaftlichen Bereich liegt.² Angesichts der deutlichen Verschiebung der Währungsrelationen zwischen den wichtigsten Handelswährungen braucht dies nicht zu überraschen. Der Dollar beispielsweise hat in den vergangenen zehn Jahren gegenüber der DM die Hälfte seines Wertes eingebüßt.

1 Vgl. "Trotz voller Auftragsbücher oft Verluste", in: Stuttgarter Nachrichten vom 28. Februar 1996, S. 9.
2 Siehe hierzu: Kaiser, Monika: Lohnstückkosten im internationalen Wettbewerb, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3 1995, S. 91 ff.

Schaubild 1
Exporte und Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg seit 1975



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 284 96

Im folgenden wird versucht aufzuzeigen, wie sich die Auf- bzw. Abwertung der DM gegenüber der Währung wichtiger Handelskonkurrenten in den 90er Jahren auf die baden-württembergische Wirtschaft ausgewirkt hat. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einer Vielzahl von Einflußfaktoren ausgesetzt ist und daß zur Beurteilung der außenwirtschaftlichen Flanke der Konjunkturverlauf in den Partnerländern und Veränderungen im Preisgefüge genauso wichtig sein können wie Verschiebungen im Wechselkursgefüge.

DM-Aufwertung in den 90er Jahren niedriger als früher

Die Deutsche Mark hat in den 90er Jahren eine signifikante Aufwertung erfahren. Im April 1996 lag ihr Außenwert gegenüber 18 Industrieländern um 8 % über dem Stand zu Jahresanfang 1990. Ausgeprägte Kursgewinne gab es gegenüber dem US-Dollar, dem britischen Pfund und vor allem der italienischen Lira. Der

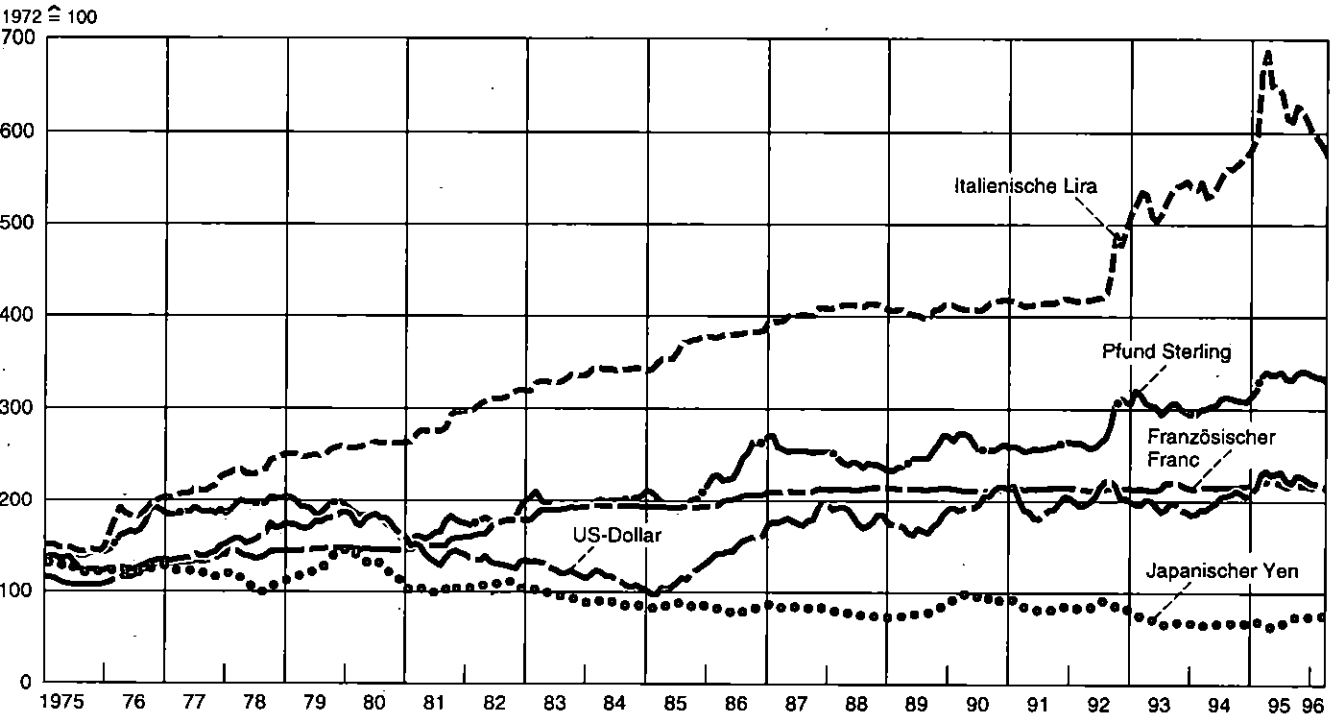
US-Dollar wurde gegenüber der DM um 12 %, das britische Pfund um 22 %, die Lira sogar um 40 % abgewertet. Im Gegensatz dazu blieb die Währungsrelation zu Frankreich, dem wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs in Europa, nahezu stabil, und die Veränderung der Währungsposition gegenüber den 18 wichtigen Industrieländern hielt sich auch deshalb im Rahmen, weil die DM gleichzeitig gegenüber dem japanischen Yen um 17 % und gegenüber dem schweizer Franken um 10 % abgewertet wurde (Schaubild 2).

Bezeichnend für den Kursverlauf ist die Vehemenz, mit der die Kurse in kurzer Zeit ihr Niveau änderten. Hat die deutsche Exportwirtschaft bis weit in das Jahr 1992 hinein von den stabilen Kursverhältnissen in der EU profitiert und sah sich nur durch eine Schwächephase des Dollars im Jahr 1990 vorübergehend einem gewissen Preisdruck ausgesetzt, so änderte sich das Bild im Verlauf des Winterhalbjahres 92/93 deutlich. Zunächst fielen nacheinander der Kurs des Yen und dann des US-Dollar vorübergehend um 10 %, und nach Währungsturbulenzen und dem darauffolgenden Austritt Italiens und Großbritanniens aus dem Euro-

päischen Währungssystem folgte eine langanhaltende Schwächeperiode dieser beiden Währungen, die im Frühjahr 1995 nach einem weiteren Kursverfall vorläufig endete. Deutliche Kursverluste erlitt in dieser Phase auch der US-Dollar und bescherte der deutschen Exportwirtschaft die zweite Aufwertungsrunde der 90er Jahre. Diese fiel bei weitem kräftiger aus als jene im Winterhalbjahr 1992/93, weil damals parallel zur DM auch der Dollar und der japanische Yen aufgewertet wurden und so die Wirkung der DM-Aufwertung stark gemildert haben. Die Aufwertung der DM in den 90er Jahren hat sich zu gut zwei Drittel also auf einen vergleichsweise kurzen Zeitraum von acht Monaten konzentriert.

Mit jährlich + 2 % über den Gesamtzeitraum der 90er Jahre lag die Aufwertung der DM indessen keineswegs hoch. Im Gegenteil: von gewissen Schwankungen um den längerfristigen Trend abgesehen, fielen die Aufwertungen der DM gegenüber den 18 wichtigsten Industrie- und Handelsländern kurz nach Freigabe der Wechselkurse in den 70er Jahren durchweg höher aus als zuletzt in den 90er Jahren. Mitte der 80er Jahre wurde die DM noch um die Hälfte stärker, Mitte der

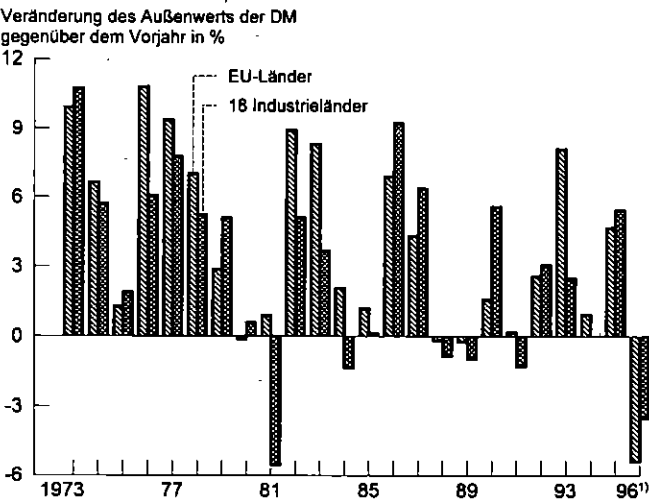
Schaubild 2
Entwicklung des Außenwerts der DM gegenüber ausgewählten Währungen seit 1975



Quelle: Deutsche Bundesbank.

70er doppelt so stark aufgewertet (Schaubild 3). Dieses Ergebnis mag angesichts der erheblichen Abwertung der italienischen Lira und des britischen Pfunds überraschen. Es basiert zum einen darauf, daß die Austauschrelation zu Beginn der 90er Jahre gegenüber diesen beiden Währungen über lange Zeit hinweg stabil blieb und zuletzt auch wieder teilweise korrigiert wurde. Vor allem aber blieb der Außenwert der DM gegenüber dem wichtigsten Handelspartner Frankreich und auch gegenüber der USA selbst in der unruhigen Zeit von Herbst 1992 bis zum Frühjahr 1995 annähernd stabil und gab gegenüber dem japanischen Yen und dem schweizer Franken sogar deutlich nach. Der Kurssturz des britischen Pfund und der italienischen Lira wird insofern in ihrer Gesamtbedeutung doch stark relativiert. Der langfristig in der Wechselkursentwicklung zum Ausdruck kommende Trend zu sinkenden Aufwertungsraten liegt in der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft und auch im europäischen Währungssystem (EWS) begründet, das seit seinem Startjahr 1979 den darin eingebundenen Währungen nur noch einen begrenzten Schwankungsspielraum läßt.

Schaubild 3
Währungsschwankungen gegenüber 18 Industrieländern und den Ländern der EU seit 1973



1) April 1996. – Quelle: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

286 96

Exportwachstum trotz DM-Aufwertung

Nach den eingangs skizzierten Zusammenhängen verteuert eine Erhöhung des Außenwertes der DM, wie sie sich seit 1972 vollzogen hat, die Exporte und müßte daher den Absatz deutscher Güter ins Ausland erschweren – jedenfalls soweit diese im preislichen Wettbewerb stehen. Auf den ersten Blick ist ein sol-

cher Zusammenhang für die Entwicklung der Exporte und des DM-Außenwertes jedoch nicht zu erkennen. Nahezu unbeeindruckt davon, daß sich der Außenwert der DM gegenüber 18 Industrieländern seit 1972 gut verdoppelt hat, stiegen die Exporte dorthin in dieser Zeit auf das Viereinhalbfache, und gleiches gilt auch für die Exporte in die EU-Länder, obwohl die DM gegenüber diesen Ländern noch etwas stärker aufgewertet worden war (Tabelle 1). Fragen ergeben sich

Tabelle 1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Ausfuhr Baden-Württembergs nach Zielländern seit 1975
– 1970 = 100 –

| Jahr | Bruttoinlandsprodukt nominal | Ausfuhr insgesamt | Darunter Ausfuhr in die | | | | |
|------|------------------------------|-------------------|-------------------------|-------|--|-----------------------------------|--------------------|
| | | | EU ¹⁾ | USA | anderen industrialisierten westlichen Länder | Staatshandelsländer ²⁾ | Entwicklungsländer |
| 1975 | 152,6 | 158,6 | 144,8 | 131,2 | 144,0 | 342,2 | 229,6 |
| 1980 | 221,4 | 261,9 | 248,5 | 277,8 | 240,1 | 316,3 | 343,6 |
| 1985 | 278,2 | 403,8 | 348,5 | 685,9 | 377,5 | 424,8 | 435,1 |
| 1990 | 383,8 | 494,0 | 495,2 | 519,6 | 489,7 | 587,9 | 438,2 |
| 1991 | 414,3 | 488,3 | 492,8 | 475,4 | 466,2 | 603,1 | 492,9 |
| 1992 | 436,6 | 497,5 | 494,7 | 471,2 | 445,8 | 667,6 | 588,3 |
| 1993 | 432,8 | 475,0 | 416,8 | 524,7 | 439,2 | 863,4 | 590,5 |
| 1994 | 451,5 | 521,4 | 461,7 | 579,4 | 471,2 | 1 035,9 | 663,9 |
| 1995 | 467,1 | 547,7 | 486,7 | 582,1 | 500,0 | 1 112,4 | 694,8 |

1) Gebietsstand EU 12. – 2) Ehemalige Staatshandelsländer in Europa.

allerdings daraus, daß die stärkste Exportdynamik in Perioden auftrat, in denen der Außenwert der DM vergleichsweise stabil war – wie in den frühen 80er Jahren gegenüber 18 Industrieländern oder wie in den späten 80er Jahren gegenüber den EU-Ländern. Zu fragen ist aber vor allem, warum die Exporte in den 90er Jahren sowohl in die EU als auch in die Industrieländer überhaupt geschrumpft sind, ausgerechnet also in einer Phase, in der die DM-Aufwertung vergleichsweise schwach ausgeprägt war.

Deutlicher zeigt sich das Verhältnis in der Entwicklung von DM-Außenwert und Exporten im Bereich der kurzfristigen Schwankungen (*Schaubild 4*). Während sich in den 70er Jahren beide Größen ausführlicher zueinander prozyklisch verhielten, verliefen sie in den 80er Jahren ausgesprochen gegenläufig und signalisieren damit einen kausalen Zusammenhang. In Jahren, in denen die DM in etwa stabil blieb, gab es durchweg zweistellige Exportzuwächse, wogegen in typischen Aufwertungsjahren das Exportwachstum weit geringer ausfiel. In den 90er Jahren erscheint der Zusammenhang beider Größen deutlich verändert. In den Jahren 1990 bis 1992 stagnierten die Exporte, obwohl der Außenwert annähernd stabil blieb und ein Jahr danach gab es bei einer eher durchschnittlichen DM-Aufwertung den stärksten Einbruch in der Exportgeschichte des Landes. Erst zuletzt entsprach die

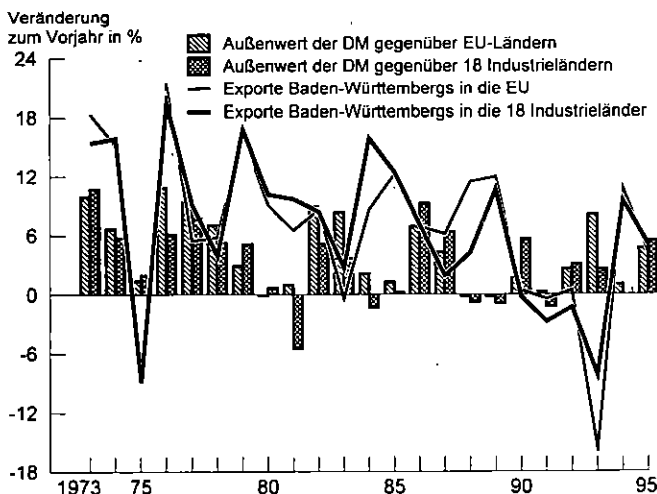
Entwicklung von Wechselkursen und Exporten wieder dem Erwartungsmuster. Bei stabilem Außenwert gab es 1994 einen Exportschub von 10 % gegenüber dem Vorjahr und 1995 erreichte der Exportzuwachs bei einer signifikanten DM-Aufwertung nur noch die Hälfte.

Einfluß von DM-Aufwertungen auf die Exportentwicklung begrenzt

Schaubild 5 zeigt den Verlauf von Wechselkurs- und Exportentwicklung während der 90er Jahre quasi in Großaufnahme. Monatswerte lassen dabei die zeitliche Abfolge genauer hervortreten als bei der Darstellung von Jahresdurchschnittswerten. Die heftigen Sprünge in den Monatswerten werden durch gleitende Dreimonatsdurchschnitte geglättet, die vorherrschenden Tendenzen dadurch herausgearbeitet. Weil Auslandsbestellungen üblicherweise mit einer gewissen Verzögerung als Exporte realisiert werden, wird der Verlauf der Auslandsbestellungen hinzugefügt, die zeitlich eng im Zusammenhang mit den Wechselkursschwankungen stehen. Mit diesem Indikator nimmt man aber auch seine mangelnde Differenzierung in Kauf. Er "vermischt" die Orders aus Industrieländern, Entwicklungsländern und Staatshandelsländern, die in den 90er Jahren gegenläufige Tendenzen haben. Trotz dieser Unschärfe im Datenmaterial ist das Auf und Ab im Außenwert der DM auch in der Entwicklung der Auslandsgeschäfte zu erkennen, und zwar annähernd zeitgleich und in gegenläufiger Richtung. Die Auslandsbestellungen haben dann zugenommen, wenn die DM eher schwach tendierte – so von Mai 1991 bis Februar 1992 und von Juli 1993 bis Mai 1994 und sich dann verzögert oder gar verringert, wenn die DM stark tendierte – so von März 1992 bis Juli 1994 und wieder ab Mai 1994. Anders als im Langfristvergleich schlagen sich die Währungsschwankungen also kurzfristig in einer Beschleunigung oder Verzögerung der Exporttätigkeit nieder. Es gibt aber auch Phasen, in denen Richtung und Intensität der Exporttätigkeit nicht oder zumindest nicht hinreichend durch Wechselkursschwankungen erklärt werden können. So hat sich parallel zum Exporteinbruch im Jahr 1990 der Außenwert verringert und auch das Tempo der Exportentwicklung paßt nicht immer zur Veränderung des DM-Außenwerts. Die Exportsteigerung im Jahr 1991 war beispielsweise bei weitem nicht so stark wie im Winterhalbjahr 1993/94, obwohl der DM-Außenwert ähnlich günstig stand und anfangs 1995 gab es noch Exportsteigerungen, obwohl die DM so stark aufgewertet wurde wie nie zuvor in den 90er Jahren. Währungsschwankungen sind damit sicher nicht die einzige Einflußgröße, die auf das Exportgeschehen einwirkt, und möglicherweise sind sie auch nicht die wichtigste.

Schaubild 4

Exporte Baden-Württembergs und Außenwert der DM gegenüber den EU- und den 18 Industrieländern seit 1973



Quelle: Außenwert der DM: Deutsche Bundesbank.

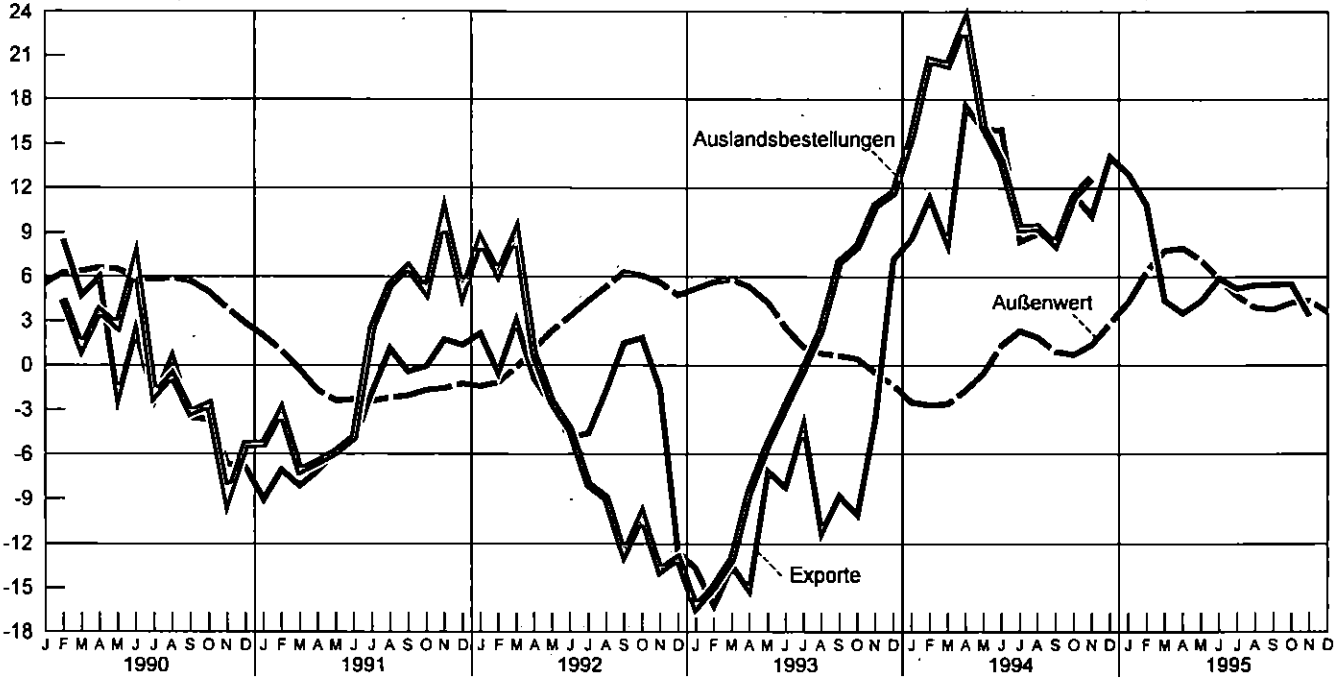
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

287 96

Schaubild 5

Exporte Baden-Württembergs in die westlichen Industrieländer, Außenwert der DM*) und Auslandsbestellungen**) seit 1990

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte;
Veränderung zum Vorjahr in %



*) Gegenüber 18 Industrieländern. – **) Wertindex.

Quelle: Außenwert der DM: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

288 96

DM-Aufwertungen – Ausgleich für Inflation im Ausland

Zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist im internationalen Rahmen nicht nur die Entwicklung der Wechselkurse, sondern auch die Preisentwicklung in den Konkurrenzländern zu beachten. In der Regel haben sich für ausländische Nachfrager deutscher Güter nämlich nicht nur (wechsellkursbedingt) die DM, sondern auch die Preise inländischer Konkurrenzprodukte verteuert. Nimmt man die Verbraucherpreise als Maßstab für die Verteuerung der in den Industrieländern hergestellten Produkte, dann war sie für die 18 Industrieländer, die auch der Bildung des Außenwerts der DM zugrundegelegt wurden, im Zeitraum von 1972 bis 1995 in etwa ebenso stark wie die Aufwertung der DM (Tabelle 2). Dies hieße, daß DM-Aufwertungen im Kern eine Folge des Inflationsvorsprungs im Ausland sind. Effektiv wäre damit der reale Aufwertungseffekt über den gesamten Zeitraum gegenüber den 18 Industrieländern in etwa gleich Null.

Nun mögen Verbraucherpreise zur "Deflationierung" des Außenwertes der DM die adäquate Größe sein, wenn es darum geht, die Kaufkraftentwicklung von

Ländern mit unterschiedlichen Währungen abzuschätzen; zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft sind die Erzeugerpreise

Tabelle 2

Außenwert der DM in der EU und in den 18 Industrieländern seit 1975
– Ende 1972 = 100 –

| Jahr | Außenwert der DM gegenüber | | Realer Außenwert der DM (gemessen an den Verbraucherpreisen) |
|------|----------------------------|---------------------|--|
| | Währungen der EU-Länder | 18 Industrieländern | |
| 1975 | 118,7 | 119,2 | 103,6 |
| 1980 | 158,1 | 151,5 | 100,3 |
| 1985 | 194,3 | 154,0 | 85,6 |
| 1990 | 219,1 | 185,5 | 91,9 |
| 1995 | 257,2 | 203,9 | 101,0 |

Quelle: Deutsche Bundesbank.

– sie repräsentieren Preise "ab Werk" – sicher zutreffender. Bisweilen wird die methodische Unzulänglichkeit, zur Deflationierung die Verbraucher- und nicht die Erzeugerpreise zu verwenden, damit begründet, daß beide Größen für die Messung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte zu ähnlichen Ergebnissen führe.³ Diesem Ansatz wird hier nicht gefolgt. Großbritannien ausgenommen, wo die Erzeugerpreise seit 1985 nahezu gleich stark gestiegen sind wie die Verbraucherpreise, blieben die Erzeugerpreise in allen anderen Industrieländern deutlich hinter der Entwicklung der Verbraucherpreise zurück, in Belgien und Japan lagen sie sogar deutlich unter dem Niveau des Jahres 1985, in Frankreich, den Niederlanden und Österreich in etwa auf dem Niveau von 1985 (Tabelle 3).

Die Erzeugerpreise industrieller Produkte haben sich im Zeitraum der letzten zehn Jahre in den meisten Partnerländern gleichförmiger und insgesamt nicht so dynamisch entwickelt wie der Außenwert der DM zu

Tabelle 3

Erzeuger- und Verbraucherpreise in den EU-Ländern, USA und Japan 1994

– 1985 = 100 –

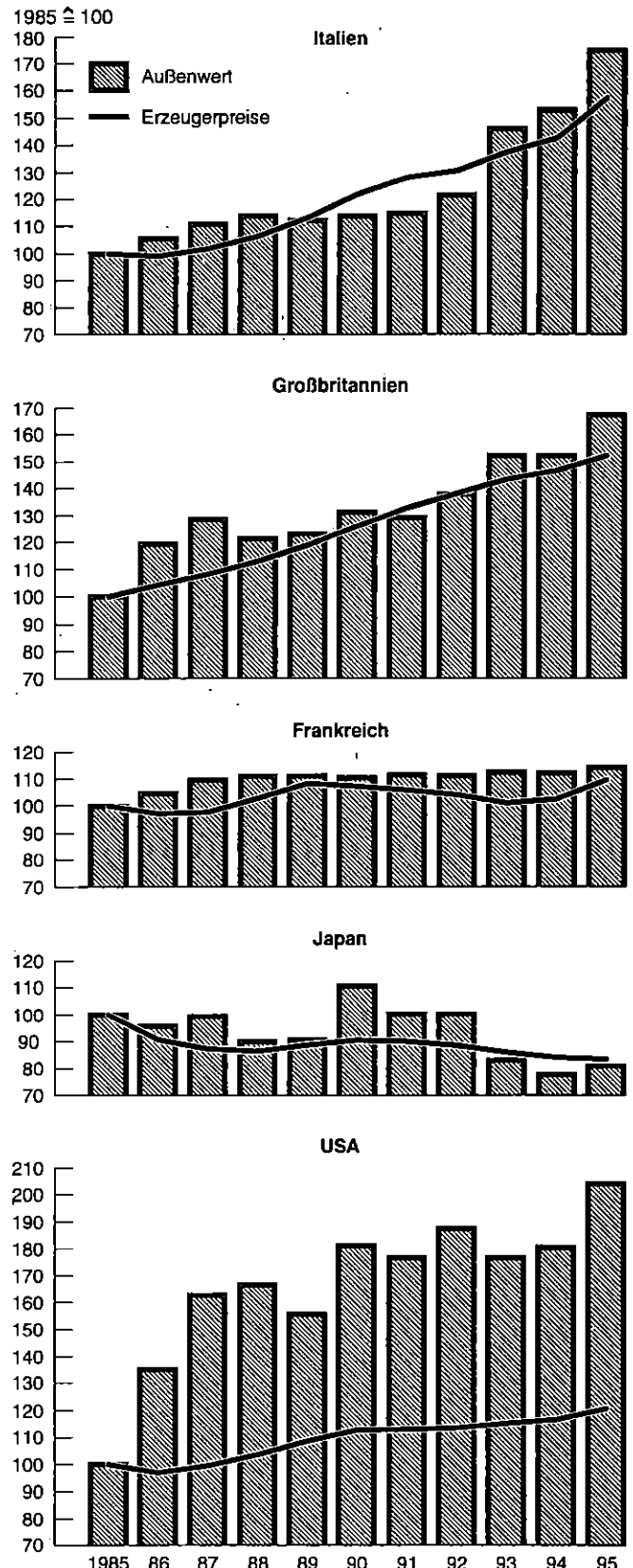
| Land | Erzeugerpreise | Verbraucherpreise |
|---------------------------|---------------------|---------------------|
| Deutschland ¹⁾ | 105,5 | 123,5 |
| Belgien | 93,1 | 123,4 |
| Dänemark | 103,4 | 130,9 |
| Frankreich | 102,5 | 127,8 |
| Griechenland | 269,1 ²⁾ | 390,8 |
| Großbritannien | 146,8 | 152,3 |
| Irland | 116,9 | 130,0 |
| Italien | 142,7 | 160,0 |
| Luxemburg | 93,8 | 122,7 |
| Niederlande | 100,2 | 117,0 |
| Portugal | 128,0 ²⁾ | 232,3 |
| Spanien | 123,4 | 168,2 |
| Finnland | 117,8 | 141,2 |
| Österreich | 98,4 | 127,7 |
| Schweden | 139,4 | 161,6 |
| EU-Länder | . | 139,1 ²⁾ |
| USA | 116,7 | 137,7 |
| Japan | 84,1 | 114,5 |

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) 1993.

3 Siehe hierzu: Döpke Jörg/Fischer Malte: Was bestimmt die deutschen Exporte?, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, S. 55.

Schaubild 6

Außenwert der DM und Erzeugerpreise in ausgewählten Partnerländern Baden-Württembergs seit 1985



Quelle: Außenwert der DM: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

289 96

diesen Ländern. Die meiste Zeit über lagen ihre Entwicklungslinien unterhalb derjenigen des Außenwerts der DM. In den Jahren, in denen sich der DM-Außenwert nur verhalten entwickelte, haben die Erzeugerpreise ihren Entwicklungsrückstand allerdings verkürzt und zeitweilig gar in einen Vorsprung umgemünzt (Schaubild 6). Auffällig war dies am Beispiel Italiens und Großbritanniens, die beide eine hohe Kosteninflation aufweisen. Der heftige Kurssturz des britischen Pfund Sterling und der italienischen Lira und die damit verbundene Aufwertung der DM gegenüber diesen Ländern ging über einen Ausgleich der bestehenden Kostenunterschiede deutlich hinaus und dies gilt auch für die weitere Wechselkursentwicklung beider Währungen.

Mit dieser Einschränkung trifft es für Italien und Großbritannien am besten zu, daß sich Erzeugerpreise und Wechselkurse im Trend synchron entwickelt haben und mit umgekehrtem Vorzeichen war dies auch für Japan zu beobachten. Dort wurde die Aufwertung des Yen von sinkenden Erzeugerpreisen begleitet. Im Fall Italiens und Großbritanniens wurden der wechselkursbedingte Preisvorteil gegenüber deutschen Exporteuren durch einen hohen Anstieg der Erzeugerpreise, im Fall Japans der wechselkursbedingte Preisnachteil durch nachhaltige Kostensenkungen mehr oder weniger neutralisiert. Auch für Frankreich liegen die Entwicklung des DM-Außenwerts und der Erzeugerpreise nahe beieinander. Aber obwohl die DM gegenüber dem Franc in der Tendenz nur moderat aufgewertet wurde, behielten die dortigen Erzeugerpreise in den letzten Jahren immer einen Entwicklungsrückstand. Nach deutlichen Kostensenkungen hat sich dieser Rückstand in den 90er Jahren gar vergrößert. Im Fall der USA hat indessen die DM-Stärke gegenüber der Währung dieser Länder durch die dortige Kostenentwicklung nicht annähernd einen Ausgleich gefunden. Der hohe Sturz des Dollars wurde aus der Sicht der deutschen Exporteure erst in den Jahren 1989 und 90 durch einen kleineren Kostenschub in den USA geringfügig gemildert.

Insgesamt gesehen entspricht die DM-Stärke weitgehend dem Tempounterschied zwischen den Kostenentwicklungen im In- und Ausland. Der aufwertungsbedingte Preisnachteil deutscher Exporteure wird somit durch hohe Kostensteigerungen im Ausland in der Tendenz wieder ausgeglichen. Prominente Ausnahme hiervon ist der US-Dollar, dessen Kurssturz in den Jahren 1986/87 nicht durch einen Inflationsvorsprung in den USA bedingt war und auch im Nachgang nicht annähernd durch ein unterschiedliches Inflationsstempo wieder ausgeglichen wurde. In den 90er Jahren treten solche Fälle, in denen inflationsbedingte Kostennachteile auf den Exportmärkten durch Abwertungen mehr als ausgeglichen werden, auch bei anderen Ländern auf.

D Aufwertungen insgesamt höher als Kostenvorteile

Während die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter durch einen Kostenanstieg im Ausland in der Tendenz begünstigt wird, wird sie durch eine Erhöhung deutscher Exportpreise wieder gemindert. Japan ausgenommen, entwickelten sich jedoch die deutschen Exportpreise in den letzten zehn Jahren meist deutlich schwächer als die Erzeugerpreise in den international bedeutenden Konkurrenzländern, so daß die Aufwertungs Nachteile der deutschen Exporteure durch ihre Kostenvorteile größtenteils neutralisiert werden und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sich in den meisten Fällen weit weniger dramatisch darstellt als dies durch den Verlauf der Wechselkurse zum Ausdruck kommt. Gemessen am "realen" Außenwert der DM, einem Indikator, bei dem der offizielle Außenwert um die Kosten- und Preisunterschiede zwischen der deutschen Wirtschaft und ihren ausländischen Wettbewerbern "deflationiert", also bereinigt wird,⁴ kommt dies insbesondere im Vergleich zu den EU-Ländern zum Tragen (Schaubild 7).

Am Beispiel Italiens und Großbritanniens zeigt sich die Wirkung der sich öffnenden Preiskostenschere auf die relative Preisposition der deutschen Exporteure am deutlichsten. Nach einem nominalen Anstieg des DM-Außenwerts wie in den Jahren 1986 und 1987 wird der DM-Außenwert durch die wesentlich höhere Inflationsrate dieser Länder "real" gesehen zügig zurückgeführt und liegt schon im Jahr 1988 wieder auf dem Niveau von 1986, danach sogar deutlich darunter. Nach dem Preisschub einer Aufwertung profitiert die deutsche Exportwirtschaft gegenüber diesen Ländern von ihrer relativen Preisstabilität und gewinnt dadurch viel an verlorenem Terrain zurück, phasenweise sogar einen Wettbewerbsvorsprung, der anschließend – wie in den Jahren nach 1992 geschehen – durch Veränderung der Wechselkurse kompensiert und überkompensiert wird. Ähnliches ist am Beispiel Frankreichs zu sehen, nur – weil die Preisdifferenz zu Deutschland und die DM-Aufwertung entsprechend viel geringer ausfielen – auf wesentlich niedrigerem Niveau. Die Wirkung der vergleichsweise geringen DM-Aufwertung

4 Berechnet wurde der reale Außenwert über die Formel:

$$A_{\text{real}} = \frac{P_{\text{exp}}}{P_{\text{erz}}} \times A$$

wobei:

A_{real} : realer Außenwert der DM

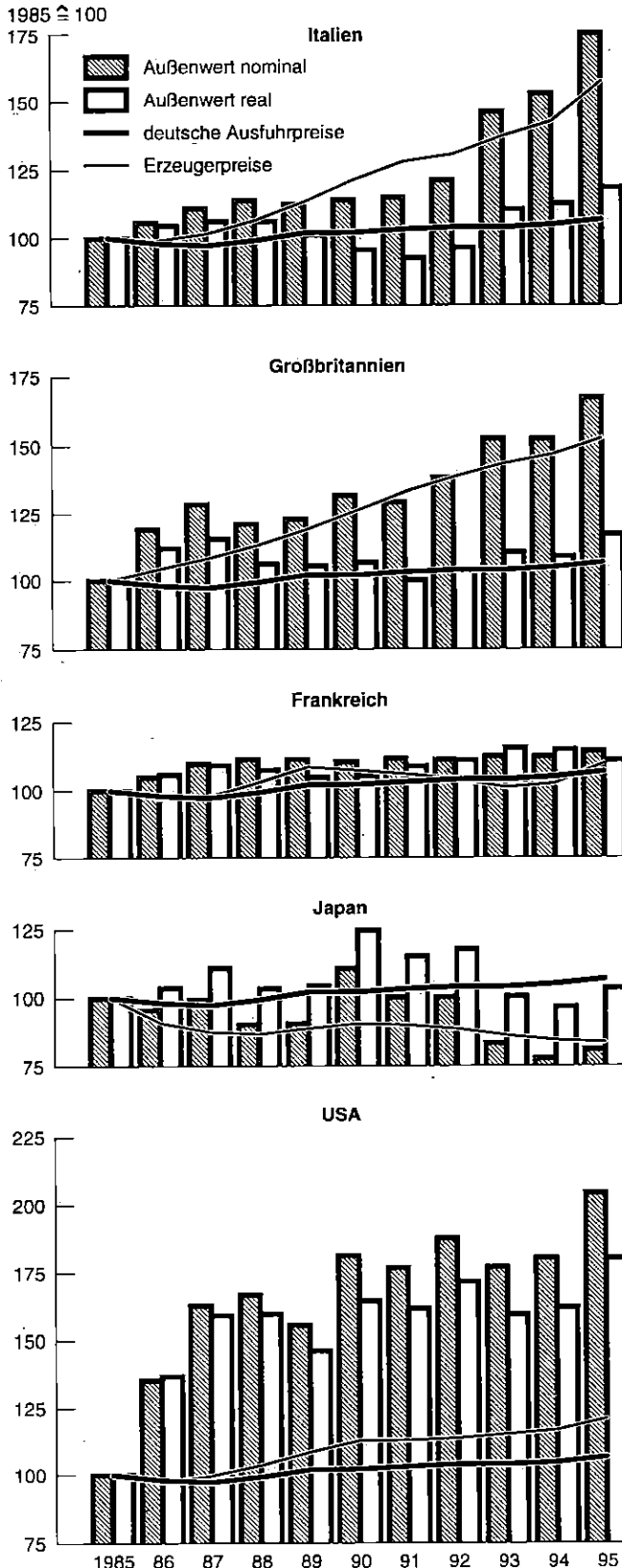
P_{exp} : deutsche Exportpreise

P_{erz} : ausländische Erzeugerpreise

A : (nominaler) Außenwert der DM.

Schaubild 7

Außenwert der DM, Ausfuhr- und Erzeugerpreise in ausgewählten Partnerländern Baden-Württembergs seit 1985



Quelle: Außenwert der DM: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

290 96

wird auch im Verhältnis zu Frankreich durch die Kostenentwicklung ausgeglichen. Allerdings nur in den 80er Jahren. Nach massiven Kostensenkungen stellten sich die französischen Produzenten in den 90er Jahren preislich geringer als ihre deutschen Konkurrenten, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure trotz stabilem Wechselkurs real doch leicht verschlechterte. Auch im Fall Japans wird die Änderung der Währungsparität in ihrer Wirkung durch die Unterschiede in der Preisentwicklung weitgehend kompensiert und teilweise überkompensiert. Anders als bei den europäischen Handelspartnern werden hier die aus der Stärke des Yen resultierenden Währungsvorteile durch sukzessive Kostensenkungen aufgehoben und über weite Strecken in einen Wettbewerbsnachteil umgemünzt. Die preisliche Wettbewerbsposition deutscher Anbieter gegenüber Japan ist damit real durchweg ungünstiger als der offizielle Umtauschkurs anzeigt.

Im Preiswettbewerb mit den USA schlug der Sturz des Dollars aus den Jahren 1986 und 1987 um zusammengekommen immerhin 60 % zunächst fast ungehindert durch. Erst in den 90er Jahren brachte die Kostenentwicklung für deutsche Exporteure eine Teillastung um zwischenzeitlich 25 %, die durch weitere Kurssprünge des Dollars in etwa stabilisiert wurden. Alles in allem haben die Kostenvorteile der deutschen Produzenten den mit der DM-Stärke verbundenen Preisnachteil gegenüber seinem Weltmarktkonkurrenten nur dämpfen, aber nicht gänzlich beseitigen können. Nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre ergibt sich zudem das Handicap, daß die Abwertungen der Konkurrenzländer meist eine Vorgabe darstellen, deren Nachteil die deutschen Exporteure in hartem Kostenwettlauf zu verringern suchen.

Preiswettbewerb in den 90er Jahren

– zuletzt wieder Vorteile gegenüber Japan und den USA, Nachteile gegenüber den EU-Ländern –

Zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist der Trend für den realen Außenwert der DM wichtig. Dieser hat sich seit den frühen 90er Jahren gegenüber den drei wichtigsten Handelspartnern in der EU in den letzten zehn Jahren gründlich gewandelt. Stand nach 1987 der Trend deutlich zugunsten der deutschen Exporteure, so wurden in den 90er Jahren die Preis- und Kostenvorteile der deutschen Anbieter nach und nach aufgezehrt und in erhebliche Nachteile gewendet. Innerhalb von zwei, drei Jahren hat sich nach 1991 der reale Außenwert der DM gegenüber dem Pfund und dem Franc um

10 %, im Fall Italiens gar um 20 % verschlechtert. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch den Austritt Italiens und Großbritanniens aus dem EWS im Herbst 1992 und der gleichzeitigen Freigabe der Wechselkurse. Die ökonomische Ursache hierfür lag allerdings Jahre zurück: Wegen des nachhaltigen Anstiegs der britischen und italienischen Erzeugerpreise und annähernd stabilen deutschen Exportpreisen erschienen die Währungen der erstgenannten Länder zunehmend als überbewertet und waren unter Abwertungsdruck geraten. Daß sich die preisliche Wettbewerbsposition sehr wohl auch bei konstanten Wechselkursen ändern kann, zeigt sich am Verhältnis der DM gegenüber dem französischen Franc. Obwohl Frankreich Mitglied im EWS ist und seine Währung gegenüber der DM nur innerhalb eines schmalen Korridors schwanken darf, ist der reale Außenwert der DM gegenüber dem Franc in dem Maße gestiegen, wie die französischen Erzeugerpreise gesunken sind. Seit 1993 liegt der reale Außenwert der DM sogar über dem amtlichen Wert, weil sich die französischen Erzeugerpreise seitdem unter dem Niveau der deutschen Exportpreise bewegen.

Auch gegenüber Japan entwickelte sich die preisliche Wettbewerbsposition der deutschen Anbieter zunächst ungünstiger als die Entwicklung des Yen auf den ersten Blick erwarten läßt. Dieser wurde seit 1985 im Trend deutlich und insgesamt fast um 20 % gegenüber der DM aufgewertet, lediglich im Winter 89/90 durch eine Schwäche des Yen unterbrochen. Parallel dazu haben die japanischen Erzeugerpreise – vor allem in den Phasen 1985 bis 1988 und dann wieder ab 1991 – merklich nachgegeben, so daß sich die Kluft zu den im Trend leicht steigenden Ausfuhrpreisen deutscher Güter mehr und mehr geöffnet hat. Angesichts des Kostennachteils wurde die sprunghafte Abwertung des Yen um rund 20 % im Winter 1989/90 für deutsche Exporteure zur schweren Hypothek, die noch weitere Jahre andauerte. Der Außenwert der DM zeigt gegenüber dem Yen – anders als der Wechselkurs – anfangs der 90er Jahre für deutsche Anbieter eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und erst die Yen-Aufwertungen im Jahr 1993 haben die Preisposition der deutschen Exporteure wieder deutlich verbessert. Sie ist heute wieder besser als vor zehn Jahren.

Wieder günstiger hat sich zuletzt auch die deutsche Wettbewerbsposition zu den USA entwickelt. Zwar leidet die deutsche Exportwirtschaft noch heute unter dem Kursverfall des US-Dollar in den Jahren 1986/87 und auch die Einbrüche im Winter 1989/90 sowie im Jahr 1992 verfehlten ihre Wirkung nicht, danach aber hat die unterschiedliche Preisentwicklung in beiden Ländern dazu beigetragen, den realen Außenwert der DM wieder spürbar zu senken.

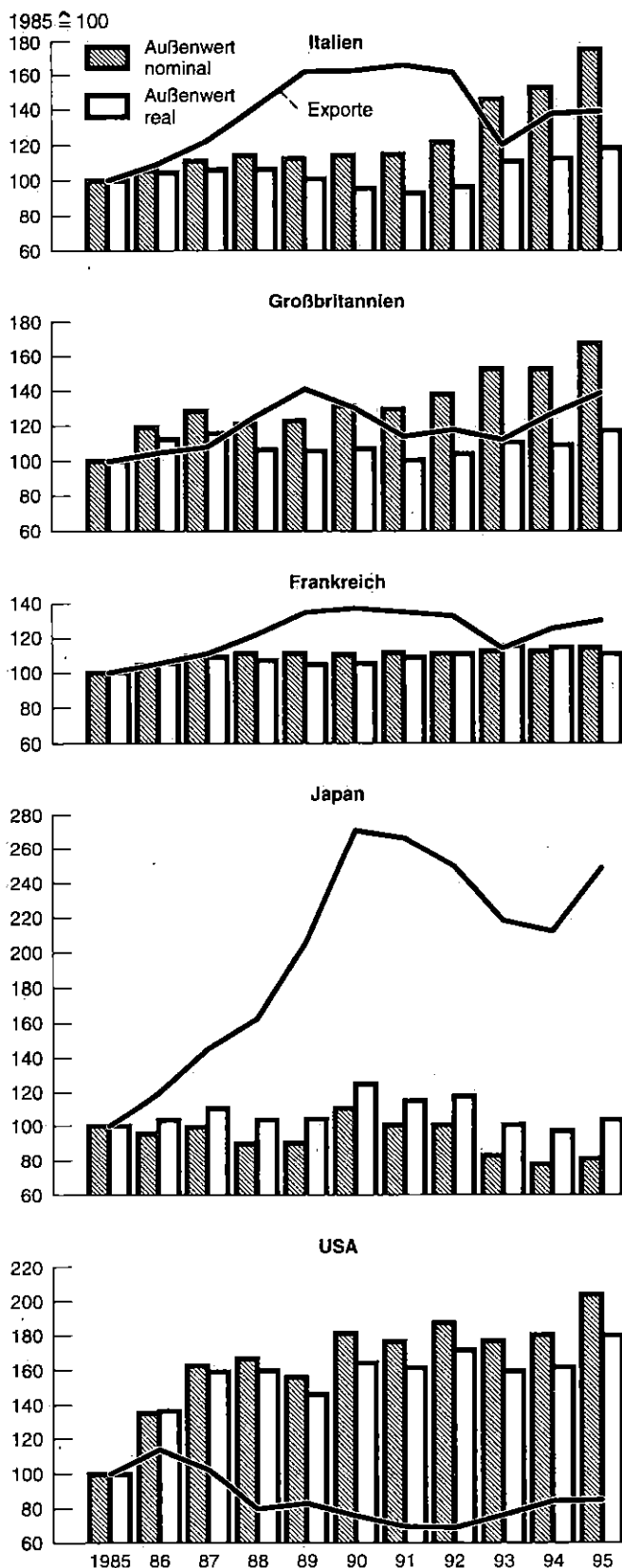
Preiswettbewerb mit den EU-Ländern verschärft

Wenn die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel eine wesentliche Rolle spielt, dann sollte dies im Verlauf der Exporte zum Ausdruck kommen. Bei einer Verschlechterung, das heißt einem Anstieg des realen Außenwerts der DM, wäre ein Rückgang der Exporte, bei einem Absinken des Außenwerts ein Anstieg der Exporte zu erwarten. In den letzten zehn Jahren hat die Exportentwicklung dieser Hypothese nur mit Einschränkung entsprochen (*Schaubild 8*). 1986 und 1987 gab es vor allem in die europäischen Hauptabnehmerländer beträchtliche Exportsteigerungen, obwohl sich der Außenwert der DM zu Ungunsten der deutschen Exporteure signifikant verschlechtert hatte. Dieses Phänomen war auch danach in einigen Jahren zu beobachten. Im Jahr 1988 für Italien und die USA, 1989 für Japan, 1990 für Frankreich, Italien und Japan, 1991 für Großbritannien sowie 1994 für Frankreich und Italien. Nun scheint die oben genannte Hypothese, die zur Verifizierung eines Zusammenhangs zwischen der Entwicklung von DM-Außenwert und Exporten nur das jeweils aktuelle Jahr betrachtet und mögliche drastische Veränderungen in den Vorjahren außer acht läßt, nur bedingt realistisch zu sein. Dies läßt sich gut am Beispiel der USA beobachten, wo die Stagnation des realen DM-Außenwerts im Jahr 1988 wohl kaum zu einer Schrumpfung des Exportvolumens um über 20 % geführt haben kann, sehr wohl aber der sprunghafte Anstieg des Außenwerts um zusammen gut die Hälfte in den beiden Jahren zuvor. Auch im Jahr 1991 war nach leichter Beruhigung des Außenwerts wohl kein starker Impuls für die Exportentwicklung zu erwarten, nachdem der DM-Außenwert gegenüber dem Dollar im Jahr zuvor nochmals um deutlich über 10 % gestiegen war.

Mehr noch als im Fall der USA zeigt die Entwicklung der Exporte nach Japan im jeweiligen Vorjahresvergleich eine erstaunliche Parallelität zur jährlichen Veränderung des DM-Außenwerts gegenüber dem Yen (*Schaubild im Anhang*)⁵. Auf den ersten Blick signalisiert dies kurioserweise einen Zusammenhang derart, daß die Exporte nach Japan in den 80er Jahren umso dynamischer anstiegen je stärker der DM-Außenwert stieg und in den 90er Jahren umso stärker nachgab, je stärker sich der DM-Außenwert wieder beruhigte. Unterstellt man indessen zwischen Warenbestellung und Lieferung eine zeitliche Verzögerung von 6 Monaten und mehr, wie dies bei Investitionsgütern (um die es sich im deutschen Außenhandel im wesentlichen

5 Die Veränderungsrate zum Vorjahr akzentuiert die kurzfristige Veränderung und läßt Tendenzwechsel besser erkennen. Sie hat aber den Nachteil, daß das Niveau auf dem sich die Entwicklung abspielte, unter den Tisch fällt.

Realer und nominaler Außenwert der DM und Exporte Baden-Württembergs seit 1985 nach ausgewählten Partnerländern



Quelle: Außenwert der DM: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

291 96

handelt) plausibel ist, dann wird auch aus dem Exportverlauf nach Japan sichtbar, daß vom realen Außenwert der DM Beschleunigungs- und Verzögerungseffekte ausgegangen sind.

Bei gleichem Interpretationsansatz lösen sich auch die oben genannten Widersprüchlichkeiten in der Entwicklung von Außenwert und Exporten für Frankreich im Jahr 1990 und Italien in den Jahren 1988 und 1990. Im Gegensatz zum Tenor anderer Untersuchungen darf man nach den dargelegten Fakten und daran anschließenden Überlegungen davon ausgehen, daß Veränderungen des DM-Außenwertes mit großer Wahrscheinlichkeit die Exportentwicklung wesentlich beeinflussen. Lediglich zu Beginn des Untersuchungszeitraums und danach mit vereinzelt Ausnahmen in diversen EU-Ländern war die Konstellation beider Faktoren so, daß ein signifikanter Einfluß des Außenwerts auf die Exportentwicklung auszuschließen ist. Für USA und Japan war dies auch damals kaum der Fall.

In der *Übersicht* werden die Zusammenhänge, wie sie aus dem *Anhangschaubild 1* erkennbar sind, in vereinfachter Form dargestellt. Für jedes Land werden die Jahre erkennbar, in denen der Exportverlauf in Richtung und Intensität gegenläufig zum Verlauf des realen Außenwerts der DM war bzw. in denen der Einfluß des DM-Außenwerts die Exportentwicklung dominiert. Dabei wurde ein time-lag von einem halben Jahr unterstellt und soweit möglich die unterjährigen Tendenzen berücksichtigt. Aus dieser *Übersicht* sind eine Reihe interessanter Aspekte abzulesen. So signalisiert über den ganzen Zeitraum der Exportverlauf in die USA die stärkste Reaktion auf Änderungen des realen DM-Außenwerts, gefolgt von Italien und Japan. Hierin zeigt sich die Bedeutung der starken DM-Aufwertung gegenüber dem Dollar. Mindestens genauso wichtig scheint die Beobachtung, daß der Export in die europäischen Partnerländer in den 90er Jahren wesentlich stärker auf den Verlauf des DM-Außenwerts reagiert als zuvor. Nach der Zahl der Nennungen gilt dies vor allem für den Export nach Italien, aber auch für den Export nach Frankreich und im übrigen auch für den nach Japan. Dies ist ein Indiz dafür, daß sich nicht nur die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure in den letzten zehn Jahren verschlechtert hat, sondern, daß sie sich tatsächlich – gerade mit den EU-Ländern – in einem verschärften Wettbewerb befinden. Dies zeigt sich auch daran, daß die Exporte nicht nur auf einen Anstieg des DM-Außenwerts, sondern auch auf dessen Sinken mit Verzögerung bzw. Beschleunigung reagierten.

Der Versuch, die Stärke eines möglichen Zusammenhangs zu quantifizieren, wird im Rahmen dieser Untersuchung nicht unternommen. Methodische Bedenken dagegen stützen sich nicht nur auf Wissenslücken bezüglich des time-lags zwischen Auslandsbestellung

Einfluß von Konjunktur und DM-Außenwert auf die Exportentwicklung

K = Export verläuft entsprechend der Konjunkturentwicklung

DM = Export verläuft entgegen der Konjunktur und gegenläufig zur Veränderung des realen DM- Außenwerts

(K) = Konjunkteinfluß überwiegt

(DM) = Veränderung des realen DM-Außenwerts überwiegt

| Jahr | Frankreich | Italien | Großbritannien | USA | Japan |
|------|------------|---------|----------------|------|-------|
| 1986 | K | K | K | K | K |
| 1987 | K | (DM) | DM | DM | K |
| 1988 | K | K | K | DM | (DM) |
| 1989 | (DM) | K | K | DM | DM |
| 1990 | K | (DM) | K | (DM) | K |
| 1991 | K | DM | K | K | DM |
| 1992 | K | (DM) | K | K | K |
| 1993 | (DM) | (DM) | DM | (DM) | (DM) |
| 1994 | (DM) | K | K | K | K |
| 1995 | (K) | DM | K | (DM) | DM |

und den Exportlieferungen, sondern auch darauf, daß der reale Außenwert der DM die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft vergleichsweise grob abgreift. Die Erzeugerpreise in den Zielländern verstehen sich als Durchschnittspreise und sind entsprechend der Warenstruktur der dortigen Produktion gewichtet statt – wie es unserer Fragestellung angemessen wäre – nach der Warenstruktur der Importe aus Baden-Württemberg. Entsprechendes gilt für die deutschen Ausführpreise, deren Gewichte sich auf die gesamte deutsche Warenausfuhr beziehen und nicht auf die baden-württembergischen Exporte in die jeweiligen Zielländer. Solche Unschärfen dürften allerdings die oben getroffene qualitative Aussage in ihrem Kern nicht tangieren.

einen bislang nicht beachteten dritten Faktor maßgeblich beeinflußt wird. Exportsteigerungen, wie sie am Ende der 80er Jahre oder zuletzt 1994 und 1995 zu beobachten waren, können nämlich durch andere Einflußfaktoren mitbegünstigt oder sogar ganz von ihnen bestimmt werden. Eine große Bedeutung wird allgemein dem Konjunkturverlauf in den Partnerländern beigemessen und das Kieler Institut für Weltwirtschaft sieht darin den wichtigsten Faktor überhaupt⁶. Die Autoren haben in ihrer Untersuchung den Außenwert der DM allerdings mittels Verbraucherpreisen deflationiert und kommen somit für den realen Außenwert zu einem anderen Verlauf, als wenn sie hierfür die Erzeugerpreise verwendet hätten.

Die Weltwirtschaft nahm gemessen an der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen seit 1985 einen Wachstumskurs, dessen Charakteristik durch den Konjunkturverlauf in den großen Welt handelsländern stark geprägt wird. Einem verhaltenen Anstieg folgte nach 1987 bis ins Jahr 1991 eine Phase

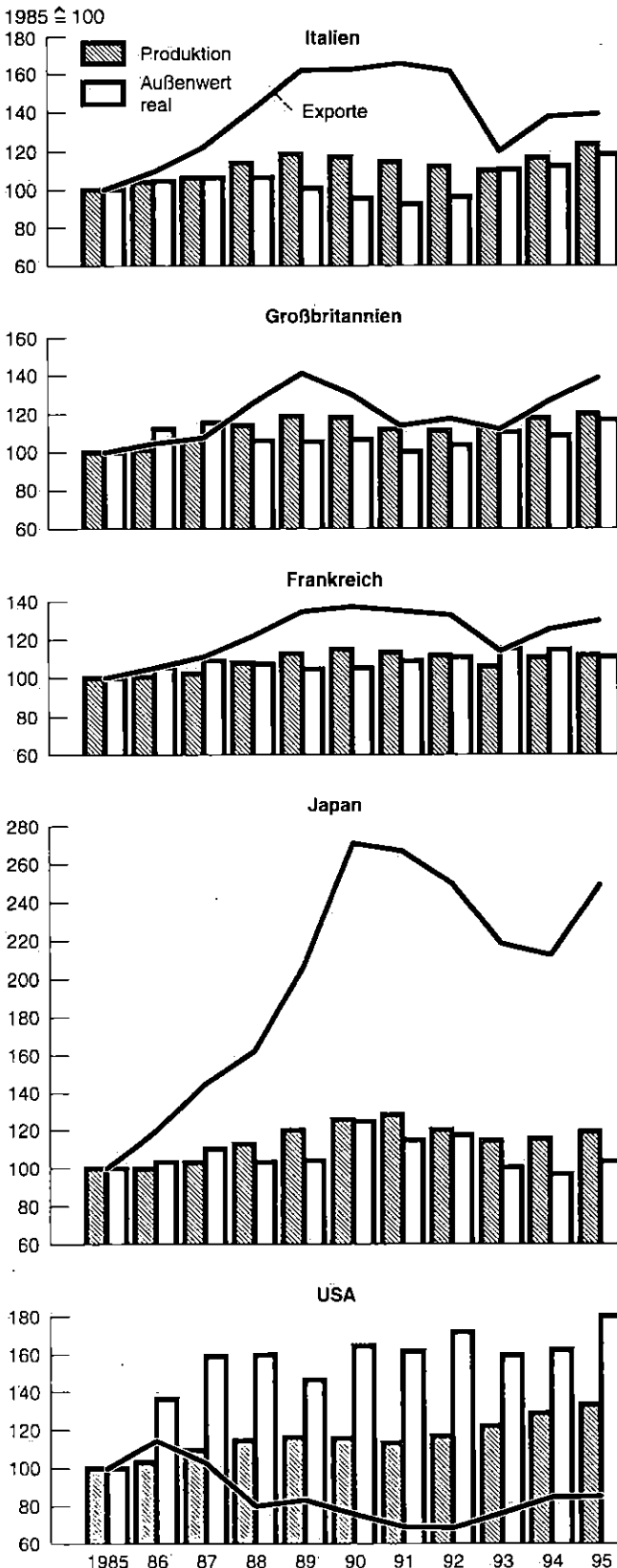
Wachstumspause in der Weltwirtschaft

Bei der Vielschichtigkeit der internationalen Produktions- und Austauschbeziehungen ist es denkbar, daß eine an und für sich plausible Wirkungskette durch

6 Döpke, J./Fischer, M., a.a.O.

Schaubild 9

Realer Außenwert der DM, Produktion und Exporte Baden-Württembergs seit 1985 nach ausgewählten Partnerländern



Quellen: Außenwert der DM: Deutsche Bundesbank; Produktion: Eurostat.

hohen Wachstums. In den weiteren 90er Jahren flachte das Wirtschaftswachstum dann deutlich ab und brachte für Deutschland und die meisten anderen EU-Länder eine deutliche, für Japan eine leichte Rezession (Schaubild 10). Die USA und Großbritannien weichen von diesem Grundmuster insofern ab, als ihre rezessive Phase früher einsetzte und länger dauerte als bei den anderen EU-Ländern, ab 1992 dafür ein deutlich stärkeres Wirtschaftswachstum ausweisen. Japan hatte bis 1991 das weitaus stärkste, zuletzt das schwächste Wachstum der großen Industrieländer.

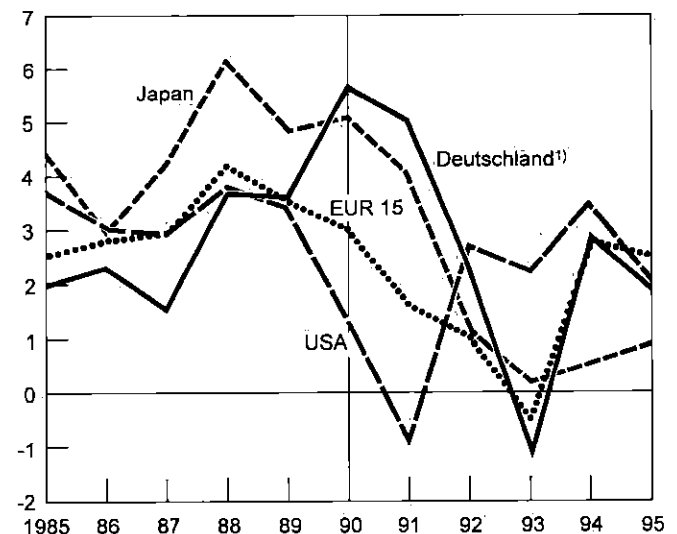
Wenn der Konjunkturverlauf in den Abnehmerländern die maßgebliche Einflußgröße ist, dann müßte sich der baden-württembergische Export in diese Länder zunächst verhalten, von 1987 bis 1990 stark, bis 1993 wieder verhalten und zuletzt stark entwickelt haben. Im großen und ganzen trifft dies auch zu, wenngleich die Intensität, mit der die südwestdeutschen Exporte auf Konjunkturschwankungen in den Abnehmerländern reagierten, in den 90er Jahren schwächer ausgeprägt war als zuvor. Besonders fällt dies im Jahr 1993 auf, als die Exporte in die EU-Länder um 16 % einbrachen, obwohl die Konjunktur insgesamt nur eine Wachstumspause durchlief.

Schaubild 10

Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Länder seit 1985

– in konstanten Preisen –

Veränderung zum
Vorjahr in %



1) Bis einschließlich 1991 früheres Bundesgebiet.
Quelle: OECD.

Konjunkteinfluß auf Exporte zuletzt schwächer

Der Einfluß der konjunkturellen Entwicklung auf den Exportverlauf läßt sich näherungsweise mit der selben Methode umreißen, die auch den Aussagen zum Einfluß des DM-Außenwerts zugrundeliegen. Danach wird in einem ersten Schritt ein Konjunkteinfluß auf die Exportentwicklung dann unterstellt, wenn die Industrieproduktion in einem Abnehmerland und die Exporte dahin gleichgerichtet verlaufen, das heißt jeweils steigen oder jeweils sinken. Die Industrieproduktion, die als Indikator für die Konjunkturentwicklung herangezogen wird und die Exportentwicklung liegen zeitlich nahe beieinander, so daß zur Untersuchung des Zusammenhangs die Wertepaare jeweils aus dem selben Jahr zu bilden sind. Erwartungsgemäß ist ein Konjunkteinfluß in den meisten Fällen zu erkennen, im Falle Frankreichs sogar für jedes Jahr (*Übersicht*). Für die anderen untersuchten Länder trifft dies dagegen in jeweils zwei oder drei Jahren aber nicht zu. In jedem fünften Fall ließ sich damit die Exportentwicklung nicht aus der Konjunkturentwicklung erklären, sondern hat im wesentlichen andere Ursachen.

Hinweise auf die Stärke des Zusammenhangs ergeben sich aus der Dynamik der beiden Entwicklungen. Der Einfluß der jeweiligen Landeskongunktur auf die baden-württembergischen Exporte in diese Länder ist als stark anzunehmen, wenn die jährliche Steigerungsrate der Exporte größer ist als die Steigerungsrate der Industrieproduktion und als eher schwach einzustufen, wenn die Industrieproduktion schneller wächst. Letzteres ist häufiger der Fall als zunächst vermutet. Neben den oben genannten Unvereinbarkeiten (Exportwachstum trotz Industrierezession bzw. Exportschrumpfung im industriellen Aufschwung) war in immerhin zwölf weiteren Fällen festzustellen, daß die Dynamik in der Entwicklung von Export und industrieller Produktion gegensätzlich ausgerichtet war, die Exporte sich beispielsweise schwächer entwickelten als nach dem Konjunkturverlauf zu vermuten. Häufiger als für die anderen Länder war dies für Italien, aber auch für Frankreich, die USA und Japan zu beobachten.

Faßt man die Ergebnisse beider Fragestellungen zusammen ("Läßt sich aus der Entwicklung von Exporten und Konjunktur überhaupt ein Zusammenhang ableiten" und "Ist dieser Zusammenhang eher stark oder schwach?"), dann ergibt sich als Gesamteindruck, daß für bald jede zweite Beobachtung ein Zusammenhang zwischen Export- und Konjunkturverlauf entweder nicht gegeben oder nicht dominant sein dürfte. Besonders ausgeprägt gilt dies für Italien, die USA, aber auch für Japan, und zwar in den 90er

Jahren stärker als zuvor. Auf den Export in diese Länder haben andere Faktoren offenbar stärker Einfluß genommen als der Konjunkturverlauf. Der Export nach Großbritannien und Frankreich war indessen auch noch in den 90er Jahren vorwiegend konjunkturbestimmt.

Wenn bei den bisherigen Untersuchungen für verschiedene Länder und Jahre ein Einfluß des DM-Außenwerts bzw. der konjunkturellen Entwicklung als nicht gegeben oder als weniger durchschlagend erkannt wurde, dann könnte der Grund dafür darin liegen, daß in diesen Fällen die Exportentwicklung jeweils durch den anderen Faktor maßgeblich bestimmt wird. Anlaß zu dieser Vermutung gibt die Beobachtung, daß die Konzentrationsschwerpunkte beider Faktoren sowohl zeitlich als auch regional deutlich auseinanderfallen. Im Ergebnis überrascht danach nur die Eindeutigkeit, mit der diese Vermutung bestätigt wird. In den meisten Fällen, in denen sich die Exporte deutlich anders entwickelten als nach dem Verlauf des DM-Außenwerts zu erwarten, kann dies mit dem Konjunkturverlauf erklärt werden und umgekehrt kann in den meisten Fällen, in denen sich die Exporte deutlich anders entwickelten als nach dem Konjunkturverlauf zu erwarten, dies mit dem Verlauf des DM-Außenwerts erklärt werden.

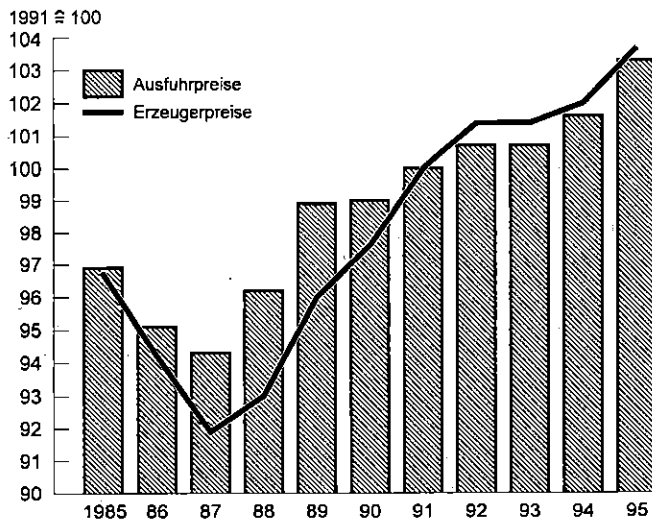
Alles in allem hat es den Anschein, daß die konjunkturelle Entwicklung in den Partnerländern in den 90er Jahren von ihrem Einfluß auf die baden-württembergischen Exporte verloren und der Preiswettbewerb an Einfluß gewonnen hat. Vor allem die Exporte nach Italien, aber auch nach Frankreich, den USA und Japan blieben deutlich hinter der konjunkturellen Entwicklung in den Partnerländern zurück und nur die Exporte nach Großbritannien entwickelten sich stärker als es nach dem dortigen Konjunkturverlauf angezeigt war. Allerdings verliefen die Exporte auch nicht so schlecht, wie man dies allein aufgrund der Veränderung in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hätte vermuten können. Bei einer Erhöhung des DM-Außenwerts gegenüber der italienischen Lira um fast ein Viertel genügte ein moderates Wirtschaftswachstum in Italien um das Schrumpfen der Exporte dorthin auf - 13 % zu begrenzen und angesichts der Konjunkturschwäche in Japan konnte selbst eine Verringerung des DM-Außenwerts gegenüber dem Yen um 17 % die Exportentwicklung in keiner Weise stimulieren. Hieran zeigt sich, daß kurzfristige Veränderungen des (realen) DM-Außenwerts sich nur bedingt auf die Exportentwicklung auswirken. Offenbar bedarf es hierzu großer Wechselkurssprünge wie dies in den Jahren 1992 und 1995 der Fall war und eines geringen Spielraums bei der Preisgestaltung.

Exportschwäche der 90er Jahre "hausgemacht"?

Die Exportschwäche der 90er Jahre hat damit eine Reihe von Gründen. Der wohl wichtigste dürfte im Verlauf der Weltkonjunktur liegen, die nach dem Boomjahr 1988 in den großen Industrieländern weitgehend synchron an Fahrt verlor und bis ins Jahr 1993 hinein einen langgezogenen Abschwung hatte. Die Ursache dürfte aber auch in den Wettbewerbsverzerrungen liegen, denen sich die deutschen Exporteure nach den Abwertungsmaßnahmen einiger Weltmarktkonkurrenten zu stellen hatten und welche die Preisgestaltung im Exportgeschäft deutlich erschwert haben.

Schaubild 11

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und Ausfuhrpreise in Deutschland^{*)} seit 1985



^{*)} Früheres Bundesgebiet; Ausfuhrpreise ab 1991 Deutschland.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

294 96

Zwei weitere Beobachtungen sprechen indessen dafür, daß die Exportflaute der frühen 90er Jahre ihre Ursache auch im Inland hatte. Rückläufige Auslandsbestellungen müßten sich nämlich in einer sinkenden Auslastung des hiesigen Produktionsapparats niederschlagen, wenn dieser Effekt nicht durch andere, gegenläufige Einflüsse überlagert wäre. In der Tat waren die südwestdeutschen Produktionskapazitäten selten zuvor so stark ausgelastet wie in den Jahren 1990 und 1991, obwohl nach dem Konjunkturverlauf eine Ab-

schwächung zu erwarten gewesen wäre⁷. Als Hauptgrund hierfür wird häufig die deutsche Einheit genannt, in deren Folge früher exportorientierte Produktionskapazitäten für Aufträge aus den neuen Bundesländern beansprucht wurden. Nachteilige Wirkungen auf das Exportgeschehen können nicht zuletzt aus der ökonomischen Situation herrühren, in welche die Exportwirtschaft im "Vereinigungsboom" geraten ist. Volle Auftragsbücher und ausgelastete Kapazitäten vor Augen fiel es den Unternehmern leicht, Lohnzugeständnisse zu machen und zu akzeptieren, daß sich die bereits Ende der 80er Jahre hohen Kostensteigerungen nahezu unvermindert in die 90er Jahre fortsetzten. Anders als die industriellen Erzeugerpreise waren jedoch die Ausfuhrpreise deutscher Güter mit fortschreitender Abschwächung der Weltkonjunktur unter Druck geraten, so daß die Kostensteigerungen in Deutschland sich auf den Auslandsmärkten nicht mehr erwirtschaften ließen. Insbesondere 1991 entwickelten sich die Erzeugerpreise schneller als die Ausfuhrpreise und dieses Auseinanderdriften wirkt bis heute nach (Schaubild 11). Auch mit der Wiederbelebung der Weltkonjunktur hat sich dies nicht entscheidend geändert.

Die lebhafte Auslandsnachfrage nach baden-württembergischen Gütern in den zwei zurückliegenden Jahren erweckt den Eindruck, daß die Voraussetzungen für die Exportwirtschaft in ihrer Tendenz wieder zum besseren stehen. Die Erzeugerpreise deutscher Industrieprodukte haben sich in den 90er Jahren insgesamt gesehen moderat entwickelt und lagen 1995 – trotz leicht beschleunigtem Anstieg – nur 6 % über dem Niveau von 1985. Damit hat die deutsche Wirtschaft ihren Kostenvorsprung gegenüber den wichtigsten Weltmarktkonkurrenten nicht nur halten, sondern sogar ausbauen können. In den USA, Großbritannien, Italien und zuletzt auch wieder in Frankreich stiegen die Kosten schneller als in Deutschland. Vor allem Japan war in seinen Rationalisierungsbemühungen erfolgreicher und hat seine Erzeugerpreise deutlich unter das Niveau des Jahres 1985 drücken können. Von daher deutet einiges daraufhin, daß die baden-württembergische Wirtschaft bald wieder auf export- und wachstumsstärkeren Bahnen geht – zumindest bis zur nächsten DM-Aufwertung.

⁷ Vgl. Walter, Ilse, A.: Brücken zwischen Methode und Praxis – Ein Beitrag zur Konjunkturbeobachtung, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, 39. Jg. 1994, S. 35 ff.

Trotz verschärftem Preiswettbewerb wurden die Auslandsaktivitäten verstärkt

Nach den obigen Ausführungen über den verschärften Wettbewerb wäre zu vermuten, daß die Exportunternehmen in den 90er Jahren versucht haben, die während der Exportflaute im Auslandsgeschäft entgangenen Umsätze auf dem Binnenmarkt zu tätigen. Dies hätte dazu führen müssen, daß sich die Exportquote entsprechend verringert. Das Gegenteil war der Fall. In der Zeit von 1991 bis 1994, der Periode also, in der die Schwierigkeiten auf den Exportmärkten besonders gravierend waren, hat sich die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes nicht verringert, sondern um 2 Prozentpunkte auf 32 % erhöht. Und nicht nur dies: erhöht haben sich die Auslandsaktivitäten vor allem in den Branchen, wo sie ohnehin schon stark ausgeprägt waren. Bei Branchen mit einer Exportquote zwischen 35 und 50 % stieg die Exportquote um 4,5 Prozentpunkte, bei Branchen mit einer Quote zwischen 20

und 35 % um 2,5 %, wogegen sie bei Branchen mit einer Quote unter 20 % praktisch unverändert geblieben ist. Nicht in dieses Bild will passen, daß bei den Branchen mit einer Quote über 50 % die Steigerung nur 3 Prozentpunkte betrug und nicht höher ausfiel (Anhangtabelle 1).

Die Beobachtung, daß die baden-württembergischen Unternehmen ihre Aktivitäten auf die Auslandsmärkte verlagert haben, und zwar umso stärker je mehr sie dort schon präsent waren, gilt nicht für alle Branchen. Bei jeder fünften Branche ist von 1991 bis 1994 die Exportquote nämlich signifikant gesunken. Bezeichnender Weise war dies ausschließlich bei solchen Branchen der Fall, die weniger im Exportgeschäft vertreten sind. Gut jede dritte Branche mit einer Exportquote unter 20 % hat auf den Exportmärkten an Boden verloren. Bei allen Branchen mit einer Exportquote über 35 % hat 1994 das Exportgeschäft dagegen einen größeren Anteil ausgemacht als 1991 (Anhangtabelle 1 und 2).

Tabelle 4

Veränderung wirtschaftlicher Kenngrößen in ausgewählten Industriebranchen*) Baden- Württembergs 1991 bis 1994

| Exportquote | Gesamtumsatz | Inlandsumsatz | Auslandsumsatz | Beschäftigte | Umsatz je Beschäftigter | Davon nachrichtlich: | |
|-----------------|--------------|---------------|----------------|--------------|-------------------------|----------------------|-------|
| | % | | | | | 1991 | 1994 |
| | | | | | | 1 000 DM | |
| insgesamt | | | | | | | |
| über 50% | - 6,9 | - 13,8 | - 0,1 | - 21,9 | + 19,1 | 238,8 | 284,5 |
| 35 - 50% | - 4,1 | - 11,2 | + 7,4 | - 16,5 | + 14,8 | 198,8 | 228,3 |
| 20 - 35% | - 5,7 | - 9,2 | + 3,1 | - 16,7 | + 13,3 | 187,5 | 212,4 |
| unter 20% | - 5,0 | - 2,3 | - 2,8 | - 12,6 | + 8,6 | 190,8 | 207,2 |
| zusammen | - 5,6 | - 8,6 | + 0,8 | - 16,8 | + 15,6 | 198,9 | 225,8 |
| FuE- Branchen | | | | | | | |
| über 50% | - 7,1 | - 13,6 | - 1,4 | - 21,2 | + 17,9 | 246,8 | 291,1 |
| 35 - 50% | - 0,5 | - 8,6 | + 12,9 | - 14,5 | + 16,4 | 189,9 | 221,0 |
| 20 - 35% | - 6,8 | - 11,2 | + 3,7 | - 17,0 | + 12,3 | 186,7 | 209,7 |
| unter 20% | - | - | - | - | - | - | - |
| zusammen | - 5,7 | - 11,3 | + 3,1 | - 17,6 | + 15,8 | 203,1 | 232,5 |
| andere Branchen | | | | | | | |
| über 50% | - 5,8 | - 16,9 | + 2,6 | - 26,5 | + 28,1 | 183,9 | 235,6 |
| 35 - 50% | - 15,4 | - 19,3 | - 9,3 | - 24,2 | + 11,6 | 232,3 | 259,2 |
| 20 - 35% | - 3,6 | - 5,6 | + 2,0 | - 16,1 | + 14,9 | 189,2 | 217,4 |
| unter 20% | - 5,0 | - 2,3 | - 2,8 | - 12,6 | + 8,6 | 190,8 | 207,2 |
| zusammen | - 5,4 | - 5,2 | - 0,8 | - 15,6 | + 15,5 | 192,8 | 216,2 |

*) Nicht berücksichtigt wurden Wirtschaftszweige mit Geheimhaltungsfällen bzw. allgemein solche, die gemessen an Umsatz und Beschäftigung weniger bedeutend sind. Sie stellen zusammen rund 20% des Inlands- und 10% des Auslandsumsatzes und würden die Ergebnisse nicht signifikant verändern.

Der Erfolg auf den Auslandsmärkten scheint eng auch an die Forschungsintensität geknüpft zu sein, die zur Entwicklung der Produkte eingesetzt wird. Branchen der Spitzen- oder höherwertigen Technik haben ihre Exportquote in der Regel erhöht, während die Branchen, deren Exportgeschäft extensiviert wurde, mit einer Ausnahme nicht zu den forschungsintensiven gehören.

Nun signalisiert eine steigende Exportquote nicht zwangsläufig auch Erfolg auf den Auslandsmärkten. Bei rückläufigem Inlandsgeschäft, wie dies in den 90er Jahren und zumal während der Rezession die Regel war, steigt die Exportquote rein rechnerisch auch dann, wenn sich auf den Auslandsmärkten nichts geändert hat oder wenn die Auslandsverluste geringer waren als die Inlandsverluste. Tatsächlich wurden die Auslandsumsätze des Verarbeitenden Gewerbes im Untersuchungszeitraum signifikant, und zwar um 3 % gesteigert. Trotz verschärftem Wettbewerb auf den Auslandsmärkten wurde die Geschäftstätigkeit dort ausgebaut, bei den mehr exportorientierten Branchen sogar stärker als bei den weniger exportorientierten. Bei Branchen mit einer Exportquote zwischen 35 % und 50 % stiegen sie um gut 7 %, bei einer Exportquote von 20 bis 35 % um 3 %; bei einer Quote unter 20 % schrumpften sie dagegen um knapp 3 %. Mit Blick auf den Verlauf der Inlandsumsätze ergibt sich der Eindruck, daß die Verlagerung der Geschäfte ins Ausland stark mit dem Inlandsgeschäft zu tun hat, denn die Inlandsumsätze schrumpften bei den exportorientierten Branchen stärker als bei den vorwiegend inlandsorientierten Branchen. Verloren Branchen mit einem Exportanteil von über 50 % immerhin knapp 14 % ihres Inlandsabsatzes, so hielten sich die Verluste bei den Branchen mit einem Exportanteil unter 20 % bei gut 2 % im Rahmen.

Für die Tatsache, daß exportorientierte Branchen ihre Geschäftstätigkeit häufig stärker auf die Auslandsmärkte verlagert haben, mag es im wesentlichen zwei Hauptgründe geben. Zum einen hatten sie wesentlich größere Verluste im Inlandsgeschäft wettzumachen als andere Branchen. Zum anderen dürften sie hierzu auch die besseren Voraussetzungen gehabt haben. Diese könnten beispielsweise darin gelegen haben, daß ihre Marktchancen angesichts ihrer höheren Auslandspräsenz ohnehin besser waren. Zu nennen ist aber auch die bessere Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte. Es fällt nämlich auf, daß FuE-intensive Branchen mit einer Exportquote von durchschnittlich 42 % im Jahr 1994 fast doppelt so stark im Export engagiert sind wie andere Branchen und daß sie ihr Auslandsengagement forcieren konnten, andere Branchen aber nicht.

Beschäftigungsabbau nicht nur Folge der Exportschwäche

In verschiedenen Verbandsmitteilungen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Ursachen des aktuellen Stellenabbaus beim Export zu suchen sind. Weil es in der amtlichen Statistik eine institutionelle Abgrenzung der Exportwirtschaft nicht gibt, Angaben zur Beschäftigung nur betriebsweise vorliegen, läßt sich die Frage nach der Kausalität nur auf analytischem Weg beantworten. Auf den ersten Blick hat es tatsächlich den Anschein, als sei die gegenwärtige Beschäftigungskrise geradezu eine Folge der Exportschwierigkeiten. Die exportorientierten Branchen der baden-württembergischen Industrie haben nämlich deutlich mehr an Beschäftigung eingebüßt als die mehr binnenorientierten Bereiche. In Branchen mit einer hohen Exportquote ist von 1991 bis 1994 der Beschäftigungsschwund jedenfalls deutlich höher ausgefallen als in Branchen, bei denen das Auslandsgeschäft weniger zum Gesamterfolg beiträgt. So war der Beschäftigungsrückgang in Branchen mit einer Exportquote über 50 % fast doppelt so hoch wie bei Branchen mit einer Exportquote unter 20 %. Wenn das Beschäftigungsminus im wesentlichen vom Grad des Auslandsengagements abhängt, diese Verluste also ein Ausgleich für die Kosten- bzw. Ertragsnachteile im Exportgeschäft darstellen, warum war der Beschäftigungseinbruch dann gerade bei den am stärksten am Export orientierten Branchen am stärksten, obwohl dort das Exportgeschäft im untersuchten Zeitraum gar nicht intensiviert wurde, sondern im Gegenteil nur stagniert hat? Die Beschäftigungsentwicklung paßt indessen auch und sogar besser zur Entwicklung im Inland als zur Entwicklung der Auslandsumsätze. Beschäftigungsschwund und Einbußen im Inlandsgeschäft steigen jeweils mit der Auslandsorientierung, während man – wie gezeigt – nicht widerspruchsfrei sagen kann, daß die Beschäftigungseinbußen die notwendige Folge der Ausweitung der Auslandsgeschäfte und der gleichzeitig verschlechterten Marktchancen darstellen.

Die Anpassungen auf dem Beschäftigungssektor sind aber auch nicht nur Reaktion auf die verschlechterten Absatzbedingungen im Inland oder Ausland; beide – der Inlandsumsatz stärker als der Auslandsumsatz – mögen die Richtung der Beschäftigungsentwicklung erklären, nicht aber deren Intensität; Die Beschäftigung schrumpfte nämlich dreimal so stark wie der Gesamtumsatz. Der Beschäftigungsrückgang ist in diesem Ausmaß mit Hilfe weiterer Einflußfaktoren zu erklären. So ist davon auszugehen, daß währungsbedingt nicht nur der Auslands-, sondern auch der Inlandsabsatz einem verschärften Preiswettbewerb ausgesetzt war und daß die Produzenten versucht haben, die Währungs Nachteile durch eine Produktivi-

tätsoffensive auszugleichen oder gar zu übertreffen. Nicht überall waren die Voraussetzungen hierfür gleichermaßen günstig. So hat bei vergleichbarer starker Exportorientierung (Exportquote von 35 bis 50 %) den FuE-intensiven Branchen wie dem Maschinenbau für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, dem sonstigen Maschinenbau oder den Herstellern von Fernseh- und Rundfunkgeräten eine eher unterdurchschnittliche Beschäftigtenreduzierung zu einem kräftigen Produktivitätsschub gereicht, mit dessen Hilfe sie ihre Umsatzentwicklung im Inland wie im Ausland so günstig gestalten konnten wie keine andere Branchengruppe. Dagegen führte (bei gleichem Maß an Exportorientierung) bei der Gruppe der nicht FuE-intensiven Branchen wie den Herstellern von Papier- und Pappe, sonstiger Metallwaren oder der Herrenoberbekleidung selbst ein hohes Produktivitätsniveau und zusätzlich eine Personalreduzierung um ein Viertel zu einem extrem starken Umsatzeinbruch von knapp 20 % im Inland und knapp 10 % auf den Auslandsmärkten.

Zwei Seiten der DM-Stärke

Währungsschwankungen äußern sich nicht nur so, daß im Falle einer Aufwertung der heimischen Währung die Exporte teurer werden und daß sich dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie in der Tendenz verschlechtert. Der Einfluß auf die gesamte Wirtschaft wird indessen durch andere, entgegengesetzte Wirkungen deutlich gemildert, und der aufwertungsbedingte Kaufkraftgewinn kann einer schwachen Verbrauchskonjunktur sogar erhebliche Impulse geben. Die Tatsache, daß der private Verbrauch in den letzten Jahren noch positiv tendierte, obwohl die Einkommen schrumpften, mag unter anderem darin seinen Grund haben. Auch werden die negativen Folgen der DM-Stärke insofern im Rahmen gehalten, als ein Teil des Exportgeschäfts vom Wechselkurs unabhängig ist. Dies gilt im Prinzip nach wie vor für maßgeschneiderte, hochtechnisierte Produkte und überall dort, wo eingespielte Kundenbeziehungen, die Breite des Exportsortiments oder andere Vorteile im nichtpreislichen Bereich wie die Lieferfähigkeit oder der After-Sale-Service die entscheidende Rolle spielen. Gemildert werden die Nachteile der DM-Stärke für die Exportwirtschaft auch dadurch, daß immer mehr Firmen Vor- oder Zwischenprodukte aus dem Ausland beziehen oder einen Teil ihrer Produktion in Niedriglohnländer verlagern. Ein verstärktes Auslandsengagement ist die konsequente Antwort auf die anhaltende DM-Stärke und hierzu gehört auch die Gründung von Tochtergesellschaften in Abwertungsländern.

Positive Effekte der DM-Stärke ergeben sich insbesondere auf monetärem Gebiet. Sie äußern sich in ei-

ner verbilligten Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten und machen verständlich, weshalb die deutsche Exportwirtschaft die vielen Aufwertungen der DM bisher ohne gravierende Substanzverluste überstehen konnte. Von der Senkung der Importpreise geht aber auch allgemein eine dämpfende Wirkung auf die inflationäre Entwicklung aus. Es liegt auf der Hand, daß die Nachteile der sukzessiven DM-Aufwertung, wie sie sich beispielsweise in den letzten zehn Jahren ergeben hat, bevorzugt in exportorientierten Regionen und ihre Vorteile eher in binnenorientierten Regionen zum Tragen kommen. Die Tatsache, daß Baden-Württemberg seit 1985 und damit seit Beginn der kontinuierlichen Aufwertungsperiode der DM in seinem gesamtwirtschaftlichen Wachstum unterhalb des Bundesdurchschnitts geblieben ist, mag darin einen seiner Gründe haben.

Die wirtschaftspolitische Grundentscheidung des derzeitigen Weltwährungssystems, den Wert der einzelnen Währung nicht kraft politischer Entscheidung festzusetzen, sondern sich am Markt je nach Angebot und Nachfrage frei bilden zu lassen, führt dazu, daß die Wechselkurse täglich neu fixiert werden und den Wert des Vortages mehr oder weniger deutlich über- oder unterschreiten. Im Verlauf des Februar und März 1996 wies der US-Dollar beispielsweise ohne signifikanten Trend eine Schwankungsbreite von etwa 6 Pfennigen gegenüber der DM auf. Solche kurzfristigen Schwankungen veranlassen die Finanzabteilungen der Exportfirmen zu Maßnahmen, um die Exporterlöse gegenüber möglichen Kursverlusten abzusichern. Abgesehen davon, daß nach Angaben der Deutschen Bank drei Viertel der deutschen Exporte in DM fakturiert werden, finanztechnische Kurssicherungsmaßnahmen in den meisten Fällen also gar nicht nötig sind, haben Währungsschwankungen um einen mittel- oder längerfristigen Trend eher einen betriebswirtschaftlichen als einen volkswirtschaftlichen Effekt. Anders ist es, wenn sich die Relation zwischen den Währungen sukzessive in eine Richtung verschiebt, wie dies seit Beginn des Systems flexibler Wechselkurse der Fall ist. Von solchen mittel- und längerfristig angelegten und insgesamt nachhaltigen Änderungen der Paritäten ist indessen anzunehmen, daß sie sich nicht nur auf die Struktur einer Volkswirtschaft, sondern auch auf die Dynamik der Wirtschaftsprozesse auswirkt.

Zusammenfassung

- Der Export hat in den letzten zehn Jahren einiges von seiner tragenden Rolle für Wirtschaft und Wohlstand Baden-Württembergs eingebüßt. Seit Mitte der 80er Jahre entwickelt er sich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt.

- Die Hauptursache für diese Entwicklung liegt nur vordergründig im Anstieg der Lohnkosten. Diese sind nämlich bei den wichtigsten Welthandelskonkurrenten meist schneller gestiegen als in Deutschland oder speziell in Baden-Württemberg.
- Die Deutsche Mark hat in den 90er Jahren eine signifikante Aufwertung erfahren. Ende April 1996 lag ihr Außenwert gegenüber 18 Industrieländern um 8 % über dem Stand zu Jahresanfang 1990. Auffallend hoch fiel die nominale Aufwertung der DM gegenüber der italienischen Lira (40 %), dem US-Dollar (12 %) und dem britischen Pfund (22 %) aus, während der Außenwert gegenüber Frankreich nahezu stabil blieb und gegenüber dem japanischen Yen um gut 10 % gesunken ist.
- Der Kursverlauf der einzelnen Währungen folgt mittel- bis langfristig den Kostenunterschieden zu den wichtigsten Handelspartnern, die sich auf den nationalen Märkten herausgebildet haben. Auf- und Abwertungen bringen insofern einen Ausgleich für die unterschiedlich starke inflationäre Entwicklung in den einzelnen Ländern. In den letzten Jahren war bei den wichtigsten Handelspartnern Baden-Württembergs zu beobachten, daß Abwertungen stärker ausfielen als aufgrund der Kostenunterschiede veranlaßt.
- Die Aufwertung der DM wurde durch die Inflation im Ausland weitgehend neutralisiert. Weil die Erzeugerpreise in Italien und Großbritannien wesentlich schneller stiegen als die deutschen Ausfuhrpreise war die Preisposition deutscher Anbieter gegenüber italienischen und britischen Konkurrenten anfangs der 90er Jahre sogar günstiger als 1985.
- Währungsschwankungen tragen dazu bei, die Exportentwicklung zu beschleunigen oder zu verzögern. Dies ist jedoch nicht immer zu beobachten und langfristig gesehen hat sich die einerseits stimulierende und andererseits bremsende Wirkung weitgehend aufgehoben. Mit dem DM-Außenwert allein ist die Exportentwicklung nicht zu erklären.
- Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft hat sich in den 90er Jahren spürbar verschlechtert. Erreichte der reale Außenwert der DM in den Jahren 1990 bis 1992 insbesondere gegenüber dem Dollar und dem japanischen Yen Rekordhöhen, so wiederholte sich dies danach in den Hauptabsatzländern in Europa. Gegenüber Frankreich, dem wichtigsten Abnehmerland baden-württembergischer Produkte, bestand diese Tendenz sogar während des gesamten Zeitraums.
- Die Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hat sich im Exportverlauf baden-württembergischer Güter niedergeschlagen. Beschleunigungs- und Verzögerungseffekte waren in den 90er Jahren häufiger festzustellen als zuvor, vor allem beim Export in die EU-Länder. Während sich der Preiswettbewerb mit den US-amerikanischen Produzenten schon in den 80er Jahren verschärft hat, ist dies in den 90er Jahren auch für die wichtigsten Handelspartner in der EU festzustellen.
- Umgekehrt hat sich der Konjunkturausfluß in den 90er Jahren für Italien und Großbritannien abgeschwächt, während er zuletzt dazu beigetragen hat, die Exporte zu stimulieren. Dies hat offensichtlich damit zu tun, daß sich der Preiswettbewerb mit den USA zuletzt entspannt hat, während er sich insbesondere gegenüber den italienischen und britischen Konkurrenten verschärft hat. Eine Rolle spielt hierbei sicher auch der Wachstumsvorsprung den die USA in den 90er Jahren vor den EU-Konkurrenten erzielt hat.
- Die Exportschwäche der 90er Jahre hat ihre Ursache nicht nur in den Abwertungen der meisten Weltmarktkonkurrenten, sondern auch in der Wachstumspause der Weltkonjunktur bis 1993. Eine wichtige Rolle ist auch der Umwidmung früher exportorientierter Kapazitäten in die neuen Bundesländer und die kräftigen Lohnsteigerungen nach dem Vereinigungsboom beizumessen.
- Trotz verschärftem Preiswettbewerb hat die Bedeutung des Außenhandels für die baden-württembergischen Unternehmen zugenommen. Jede dritte Mark wird inzwischen über den Auslandsumsatz verdient. Anlaß für die stärkere Auslandsorientierung war insbesondere die schwache Inlandskonjunktur in den traditionell stark im Exportgeschäft engagierten Branchen.
- FuE - engagierten Branchen ist es gelungen, ihre Verluste im Inlandsgeschäft wenigstens teilweise auf den Exportmärkten auszugleichen. Größere Erfolge haben überdies Branchen erzielt, denen es gelang, in Entwicklungsländern und ehemaligen Staatshandelsländern neue Märkte zu erschließen.
- Umgekehrt war nirgendwo sonst der Beschäftigungsschwund so groß wie in den exportstarken Branchen Baden-Württembergs. Die Betriebe haben durch Freisetzung von Beschäftigten ihre Produktivität in der Zeit von 1991 bis 1994 um bis zu 30 % erhöht. Anlaß hierfür war jedoch vor allem die Investitionsschwäche und die daraus folgenden Umsatzeinbußen der Investitionsgüterbranchen auf dem Binnenmarkt.

Anhang

Anhangtabelle 1

Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Länder 1983 bis 1993

| Jahr | Anteil am Bruttoinlandsprodukt | | | | |
|------|--------------------------------|----------------------------|-----|-------|------------|
| | Baden-Württemberg | Bundesrepublik Deutschland | USA | Japan | Frankreich |
| | % | | | | |
| 1983 | . | 2,5 | 2,7 | 2,6 | 2,1 |
| 1985 | 3,6 | 2,7 | 2,9 | 2,8 | 2,3 |
| 1987 | 3,7 | 2,9 | 2,9 | 2,8 | 2,3 |
| 1989 | 3,8 | 2,9 | 2,8 | 3,0 | 2,3 |
| 1991 | 3,6 | 2,6 | 2,8 | 3,1 | 2,4 |
| 1993 | 3,8 | 2,4 | 2,7 | 2,9 | 2,4 |

Quelle: OECD; eigene Berechnung.

Anhangtabelle 2

FuE-Ausgaben an den Hochschulen, im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen sowie in der Wirtschaft in Baden-Württemberg 1985 bis 1993

| Jahr | Forschungsausgaben... | | | | | | | |
|--------------------|-----------------------|--------------|-------------------|--------------|---|--------------|----------------------------------|--------------|
| | Insgesamt | | in der Wirtschaft | | im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen | | an den Hochschulen ¹⁾ | |
| | Mill. DM | Anteile in % | Mill. DM | Anteile in % | Mill. DM | Anteile in % | Mill. DM | Anteile in % |
| 1985 | 10 705 | 100 | 8 028 | 75,0 | 1 520 | 14,2 | 1 157 | 10,8 |
| 1987 | 12 263 | 100 | 9 396 | 76,6 | 1 649 | 13,4 | 1 218 | 9,9 |
| 1989 ²⁾ | 14 170 | 100 | 10 762 | 75,9 | 1 884 | 13,3 | 1 524 | 10,8 |
| 1991 | 15 731 | 100 | 11 938 | 75,9 | 2 155 | 13,7 | 1 638 | 10,4 |
| 1993 | 17 620 | 100 | 13 501 | 76,6 | 2 275 | 12,9 | 1 844 | 10,5 |

1) Verwaltungseinnahmen der Hochschulkliniken wurden berücksichtigt. – 2) Für den Hochschulbereich 1990.

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung.

Anhangtabelle 3

FuE-Ausgaben an den Hochschulen, im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen sowie in der Wirtschaft in Baden-Württemberg 1985 bis 1993

| Jahr | Forschungsausgaben | | | | | | | |
|------|--------------------|----------|-------------------|----------|---|----------|--------------------|----------|
| | Insgesamt | | in der Wirtschaft | | im öffentlichen Bereich außerhalb der Hochschulen | | an den Hochschulen | |
| | Mill. DM | 1985=100 | Mill. DM | 1985=100 | Mill. DM | 1985=100 | Mill. DM | 1985=100 |
| 1985 | 10 705 | 100 | 8 028 | 100 | 1 520 | 100 | 1 157 | 100 |
| 1987 | 12 263 | 115 | 9 396 | 117 | 1 649 | 108 | 1 218 | 105 |
| 1989 | 14 068 | 131 | 10 762 | 134 | 1 884 | 124 | 1 422 | 123 |
| 1991 | 15 731 | 147 | 11 938 | 149 | 2 155 | 142 | 1 638 | 142 |
| 1993 | 17 620 | 165 | 13 501 | 168 | 2 275 | 150 | 1 844 | 159 |

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung.

Anhangtabelle 4

Verhältnis der Wissenschaftsausgaben^{*)} zu den Haushaltsausgaben des Landes Baden-Württemberg und der Bundesländer 1980 bis 1994

| Jahr | Verhältnis zu den Haushaltsausgaben | |
|------|-------------------------------------|------------------------------------|
| | Baden-Württembergs | der Summe der Länder ¹⁾ |
| | % | |
| 1980 | 9,5 | 9,1 |
| 1981 | 9,8 | 9,1 |
| 1982 | 10,2 | 9,2 |
| 1983 | 10,3 | 9,3 |
| 1984 | 10,1 | 9,4 |
| 1985 | 10,3 | 9,8 |
| 1986 | 10,5 | 9,8 |
| 1987 | 10,5 | 10,0 |
| 1988 | 10,6 | 10,3 |
| 1989 | 10,6 | 10,3 |
| 1990 | 10,7 | 10,3 |
| 1991 | 11,2 | 10,4 |
| 1992 | 11,4 | 10,8 |
| 1993 | 11,6 | 10,8 |
| 1994 | 12,2 | 10,9 |

*) Nettoausgaben. – 1) Länder des früheren Bundesgebiets.

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; eigene Berechnung.

Anhangtabelle 6

Wissenschaftsausgaben^{*)} der Hochschulen in Baden-Württemberg pro Studierenden seit 1991

| Jahr | Ausgaben pro Studierenden | |
|--------------------|---------------------------|--|
| | Baden-Württemberg | Durchschnitt der Länder des früheren Bundesgebiets |
| | DM | |
| 1991 | 23 248 | 19 642 |
| 1992 | 24 913 | 21 091 |
| 1993 | 25 956 | 21 736 |
| 1994 | 27 445 | 21 761 |
| 1995 ¹⁾ | 27 646 | 22 769 |

*) Nettoausgaben. – 1) Haushaltsansatz.

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; eigene Berechnung.

Anhangtabelle 5

Wissenschaftsausgaben^{*)} in Baden-Württemberg pro Kopf der Bevölkerung seit 1991

| Jahr | Ausgaben pro Kopf | |
|--------------------|-------------------|--|
| | Baden-Württemberg | Durchschnitt der Länder des früheren Bundesgebiets |
| | DM | |
| 1991 | 570 | 544 |
| 1992 | 608 | 592 |
| 1993 | 635 | 614 |
| 1994 | 688 | 619 |
| 1995 ¹⁾ | 687 | 638 |

*) Nettoausgaben. – 1) Haushaltsansatz.

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; eigene Berechnung.

Anhangtabelle 7

**FuE-Ausgaben pro Studierenden an den Universitäten in Baden-Württemberg 1993
nach Fächergruppen**

| Universitäten nach ihrer Größe ¹⁾ | FuE-Ausgaben pro Studierenden | | | | | | |
|--|-------------------------------|---|--|---|--------------|---|------------------------------|
| | Insgesamt | Sprach-, Kultur- und Kunstwissen- schaften, Sport | Rechts-, Wirt- schafts- und Sozial- wissenschaften | Mathematik, Natur- wissenschaften | Humanmedizin | Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften | Ingenieur- wissenschaften |
| | DM | | | | | | |
| 1. Heidelberg | 8 506 | 3 638 | 3 219 | 23 160 | 9 035 | - | - |
| 2. Freiburg | 7 053 | 3 941 | 2 158 | 17 775 | 4 627 | 18 411 | - |
| 3. Tübingen | 6 058 | 4 257 | 2 298 | 15 307 | 2 630 | - | - |
| 4. Karlsruhe | 15 677 | 3 776 | 4 579 | 17 140 | - | - | 19 252 |
| 5. Stuttgart | 20 559 | 4 347 | 3 144 | 18 667 | - | - | 28 024 |
| 6. Mannheim | 4 312 | 4 575 | 3 957 | 5 601 | - | - | - |
| 7. Konstanz | 8 700 | 6 533 | 3 231 | 24 426 | - | - | - |
| 8. Ulm | 14 092 | - | - | 17 154 | 6 088 | - | 36 653 |
| 9. Hohenheim | 23 554 | 1 796 | 4 802 | 35 113 | - | 42 509 ²⁾ | - |
| Zusammen | 10 884 | 4 170 | 3 304 | 18 390 | 6 101 | 37 154 | 24 101 |

1) Rangfolge nach Anzahl der Studierenden. – 2) Einschließlich Veterinärmedizin.

Anhangtabelle 8

**Anteil der Drittmittel an den FuE-Ausgaben der Universitäten in Baden-Württemberg 1993
nach Fächergruppen**

| Universitäten nach ihrer Größe ¹⁾ | Drittmittelausgaben | | | | | | | | | | | | | |
|--|-----------------------|-----------------|---|-----------------|--|-----------------|---|-----------------|--------------|-----------------|---|-----------------|------------------------------|-----------------|
| | Insgesamt | | Sprach-, Kultur- und Kunstwissen- schaften, Sport | | Rechts-, Wirt- schafts- und So- zialwissenschaften | | Mathematik, Natur- wissenschaften | | Humanmedizin | | Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften | | Ingenieur- wissenschaften | |
| | 1 000 DM | % ²⁾ | 1 000 DM | % ²⁾ | 1 000 DM | % ²⁾ | 1 000 DM | % ²⁾ | 1 000 DM | % ²⁾ | 1 000 DM | % ²⁾ | 1 000 DM | % ²⁾ |
| 1. Heidelberg | 82 133 | 35,8 | 5 304 | 12,8 | 4 291 | 25,4 | 57 733 | 45,3 | 14 805 | 32,9 | - | - | - | - |
| 2. Freiburg | 51 183 | 33,1 | 10 859 | 33,9 | 532 | 5,0 | 22 891 | 26,9 | 10 957 | 66,5 | 5 944 | 56,4 | - | - |
| 3. Tübingen | 50 909 | 39,6 | 10 923 | 29,6 | 2 904 | 24,8 | 34 307 | 47,1 | 2 775 | 39,3 | - | - | - | - |
| 4. Karlsruhe | 119 708 | 39,0 | 557 | 13,1 | 4 770 | 39,1 | 33 855 | 30,9 | - | - | - | - | 80 526 | 44,6 |
| 5. Stuttgart | 184 860 | 48,5 | 1 525 | 13,5 | 817 | 18,3 | 14 272 | 18,0 | - | - | - | - | 168 246 | 58,7 |
| 6. Mannheim | 7 959 | 14,6 | 2 287 | 16,7 | 4 440 | 14,0 | 1 232 | 13,9 | - | - | - | - | - | - |
| 7. Konstanz | 26 711 | 20,7 | 5 584 | 34,6 | 3 465 | 22,5 | 17 662 | 36,1 | - | - | - | - | - | - |
| 8. Ulm | 16 324 | 20,7 | 348 | 83,7 | - | - | 9 756 | 20,2 | 3 969 | 27,9 | - | - | 2 251 | 14,3 |
| 9. Hohenheim | 35 165 | 30,1 | 54 | 22,0 | 1 528 | 14,3 | 3 858 | 18,5 | - | - | 29 725 ³⁾ | 37,3 | - | - |
| Zusammen | 574 952 ⁴⁾ | 37,5 | 37 441 | 23,9 | 22 747 | 20,0 | 195 565 | 32,5 | 32 506 | 39,3 | 35 669 | 37,3 | 251 023 | 52,0 |

1) Rangfolge nach Anzahl der Studierenden. – 2) Anteil der Drittmittelausgaben an den Forschungsausgaben. – 3) Einschließlich Veterinärmedizin. – 4) Ohne Bierbrunnen und Heidelberg (jüdische Studien).

Anhangtabelle 1

Zahl der Studierenden an Berufsakademien in Baden-Württemberg 1995 nach Ausbildungsbereichen

| Lfd. Nr. | Ausbildungsbereich Fachrichtung | Berufsakademie | | |
|-------------|--|----------------|------------|------------|
| | | Heidenheim | Karlsruhe | Lörrach |
| 1 | Sozialwesen zusammen | 220 | – | – |
| | davon | | | |
| 2 | Arbeit mit alten Menschen | 57 | – | – |
| 3 | Arbeit mit behinderten Menschen | – | – | – |
| 4 | Arbeit mit psychisch- und Suchtkranken | – | – | – |
| 5 | Arbeit mit Straffälligen | – | – | – |
| 6 | Heimerziehung | 98 | – | – |
| 7 | Kinder- und Jugendarbeit | – | – | – |
| 8 | Soziale Arbeit in der Verwaltung/Soziale Dienste | 65 | – | – |
| 9 | Soziale Arbeit im Gesundheitswesen | – | – | – |
| 10 | Technik zusammen | 91 | 166 | 69 |
| | davon | | | |
| 11 | Elektrotechnik | – | 33 | 26 |
| 12 | Holztechnik | – | – | – |
| 13 | Maschinenbau | 68 | 43 | 28 |
| 14 | Technische Informatik | 23 | 37 | 15 |
| 15 | Umwelt- und Strahlenschutz | – | 53 | – |
| 16 | Wirtschaft zusammen | 517 | 722 | 312 |
| | davon | | | |
| 17 | Bank | 99 | 93 | – |
| 18 | Datenverarbeitung | – | 20 | – |
| 19 | Handel | 223 | 168 | 128 |
| 20 | Handwerk | – | – | – |
| 21 | Industrie | 151 | 202 | 113 |
| 22 | Internationales Marketing | – | – | – |
| 23 | Medien- und Kommunikationswirtschaft | – | – | – |
| 24 | Öffentliche Wirtschaft | – | – | – |
| 25 | Spedition | – | – | 37 |
| 26 | Steuern/Prüfungswesen | – | 98 | – |
| 27 | Tourismusbetriebswirtschaft | – | – | – |
| 28 | Versicherung | – | 64 | – |
| 29 | Wirtschaftsinformatik | 44 | 77 | 34 |
| 30 | Insgesamt | 828 | 888 | 381 |

und Fachrichtungen

| Berufsakademie | | | | | | Lfd. Nr. |
|----------------|---------|------------|-----------|----------------------------|-----------|-------------|
| Mannheim | Mosbach | Ravensburg | Stuttgart | Villingen- Schwenningen | Insgesamt | |
| - | - | - | 550 | 305 | 1.075 | 1 |
| - | - | - | - | - | 67 | 2 |
| - | - | - | - | 105 | 106 | 3 |
| - | - | - | - | 64 | 64 | 4 |
| - | - | - | 43 | - | 43 | 5 |
| - | - | - | 244 | - | 342 | 6 |
| - | - | - | 79 | - | 79 | 7 |
| - | - | - | 184 | 85 | 334 | 8 |
| - | - | - | - | 51 | 51 | 9 |
| 299 | 254 | 117 | 538 | - | 1.534 | 10 |
| 107 | 35 | 39 | 128 | - | 368 | 11 |
| | 98 | | | | 98 | 12 |
| 125 | 102 | 57 | 215 | - | 638 | 13 |
| 67 | 19 | 21 | 195 | - | 377 | 14 |
| - | - | - | - | - | 63 | 15 |
| 1.924 | 414 | 811 | 1.694 | 761 | 7.155 | 16 |
| 212 | 86 | 77 | 176 | 161 | 904 | 17 |
| - | - | - | - | - | 20 | 18 |
| 316 | 150 | 99 | 232 | - | 1.316 | 19 |
| - | - | - | 66 | - | 66 | 20 |
| 564 | 146 | 89 | 561 | 194 | 2.020 | 21 |
| - | - | 60 | - | 85 | 145 | 22 |
| - | - | 108 | - | - | 108 | 23 |
| 119 | - | - | - | - | 119 | 24 |
| 168 | - | - | - | - | 205 | 25 |
| 33 | - | - | 211 | 246 | 588 | 26 |
| - | - | 333 | - | - | 333 | 27 |
| 236 | - | - | 146 | - | 446 | 28 |
| 276 | 32 | 45 | 302 | 75 | 885 | 29 |
| 2.223 | 668 | 928 | 2.782 | 1.066 | 9.764 | 30 |

Anhangtabelle 2

Studierende an Berufsakademien in Baden-Württemberg seit 1983 nach Standorten und Ausbildungs-

| Lfd. Nr. | Ort/Berufsakademie Ausbildungsbereich | Studierende | | | | | |
|-------------|--|-------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 |
| 1 | Heidenheim | 306 | 401 | 480 | 543 | 592 | 641 |
| | davon | | | | | | |
| 2 | Wirtschaft | 129 | 209 | 272 | 317 | 343 | 378 |
| 3 | Technik | 56 | 65 | 81 | 107 | 133 | 152 |
| 4 | Sozialwesen | 121 | 127 | 127 | 119 | 116 | 111 |
| 5 | Karlsruhe | 389 | 494 | 620 | 714 | 747 | 812 |
| | davon | | | | | | |
| 6 | Wirtschaft | 255 | 331 | 436 | 507 | 545 | 610 |
| 7 | Technik | 134 | 163 | 184 | 207 | 202 | 202 |
| 8 | Lörrach | 145 | 201 | 248 | 317 | 368 | 410 |
| | davon | | | | | | |
| 9 | Wirtschaft | 83 | 133 | 175 | 224 | 256 | 291 |
| 10 | Technik | 62 | 68 | 73 | 93 | 112 | 119 |
| 11 | Mannheim | 957 | 1 119 | 1 424 | 1 712 | 1 915 | 2 247 |
| | davon | | | | | | |
| 12 | Wirtschaft | 587 | 741 | 1 028 | 1 205 | 1 423 | 1 537 |
| 13 | Technik | 247 | 262 | 286 | 413 | 492 | 653 |
| 14 | Sozialwesen | 123 | 116 | 110 | 94 | – | 57 |
| 15 | Mosbach | 210 | 309 | 410 | 494 | 552 | 659 |
| | davon | | | | | | |
| 16 | Wirtschaft | 135 | 200 | 275 | 316 | 340 | 382 |
| 17 | Technik | 75 | 109 | 135 | 178 | 212 | 277 |
| 18 | Ravensburg ¹⁾ | 408 | 574 | 693 | 777 | 773 | 837 |
| | davon | | | | | | |
| 19 | Wirtschaft | 333 | 467 | 541 | 584 | 566 | 594 |
| 20 | Technik | 75 | 107 | 152 | 193 | 207 | 243 |
| 21 | Stuttgart ²⁾ | 1 524 | 1 704 | 2 004 | 2 309 | 2 601 | 2 883 |
| | davon | | | | | | |
| 22 | Wirtschaft | 851 | 1 011 | 1 249 | 1 435 | 1 585 | 1 734 |
| 23 | Technik | 318 | 330 | 377 | 504 | 644 | 780 |
| 24 | Sozialwesen | 355 | 363 | 378 | 370 | 372 | 369 |
| 25 | Villingen-Schwenningen | 465 | 555 | 637 | 718 | 781 | 801 |
| | davon | | | | | | |
| 26 | Wirtschaft | 228 | 319 | 406 | 484 | 546 | 561 |
| 27 | Sozialwesen | 237 | 236 | 231 | 234 | 235 | 240 |
| 28 | Insgesamt | 4 404 | 5 357 | 6 516 | 7 584 | 8 329 | 9 290 |

1) Einschließlich 60 Studierende der Außenstelle Tettnang im Jahre 1995. – 2) Einschließlich 89 Studierende der Außenstelle Horb im Jahr 1995.

bereichen

| Studierende | | | | | | | Nachrichtlich: weibliche Studierende 1995 | Lfd. Nr. |
|-------------|--------|--------|--------|--------|--------|-------|--|-------------|
| 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | | |
| 744 | 830 | 882 | 896 | 887 | 826 | 828 | 364 | 1 |
| 447 | 518 | 544 | 546 | 538 | 518 | 517 | 213 | 2 |
| 168 | 169 | 172 | 168 | 141 | 95 | 91 | 9 | 3 |
| 129 | 143 | 166 | 182 | 208 | 213 | 220 | 142 | 4 |
| 935 | 1 091 | 1 230 | 1 214 | 1 119 | 1 004 | 888 | 349 | 5 |
| 698 | 797 | 886 | 902 | 861 | 799 | 722 | 314 | 6 |
| 237 | 294 | 344 | 312 | 258 | 205 | 166 | 35 | 7 |
| 471 | 529 | 589 | 560 | 497 | 429 | 381 | 116 | 8 |
| 332 | 376 | 428 | 419 | 396 | 343 | 312 | 115 | 9 |
| 139 | 153 | 161 | 141 | 101 | 86 | 69 | 1 | 10 |
| 2 402 | 2 566 | 2 751 | 2 723 | 2 642 | 2 402 | 2 223 | 803 | 11 |
| 1 690 | 1 869 | 2 054 | 2 107 | 2 058 | 1 947 | 1 924 | 767 | 12 |
| 692 | 697 | 697 | 616 | 584 | 455 | 299 | 36 | 13 |
| 20 | – | – | – | – | – | – | – | 14 |
| 730 | 810 | 826 | 749 | 697 | 647 | 668 | 204 | 15 |
| 401 | 436 | 443 | 438 | 420 | 406 | 414 | 177 | 16 |
| 329 | 374 | 383 | 311 | 277 | 241 | 254 | 27 | 17 |
| 885 | 950 | 1 031 | 1 065 | 1 027 | 964 | 928 | 512 | 18 |
| 608 | 655 | 721 | 794 | 810 | 815 | 811 | 504 | 19 |
| 277 | 295 | 310 | 271 | 217 | 149 | 117 | 8 | 20 |
| 3 144 | 3 401 | 3 659 | 3 616 | 3 362 | 2 993 | 2 782 | 1 205 | 21 |
| 1 891 | 2 008 | 2 108 | 2 063 | 1 937 | 1 795 | 1 694 | 759 | 22 |
| 859 | 990 | 1 085 | 1 019 | 865 | 657 | 538 | 57 | 23 |
| 394 | 403 | 466 | 534 | 560 | 541 | 550 | 389 | 24 |
| 873 | 940 | 1 063 | 1 095 | 1 120 | 1 090 | 1 066 | 596 | 25 |
| 638 | 685 | 765 | 776 | 806 | 784 | 761 | 367 | 26 |
| 235 | 255 | 298 | 319 | 314 | 306 | 305 | 229 | 27 |
| 10 184 | 11 117 | 12 031 | 11 918 | 11 351 | 10 355 | 9 764 | 4 149 | 28 |

Anhangtabelle 3

Hochschulausgaben 1992 in Relation zur Studierendenzahl

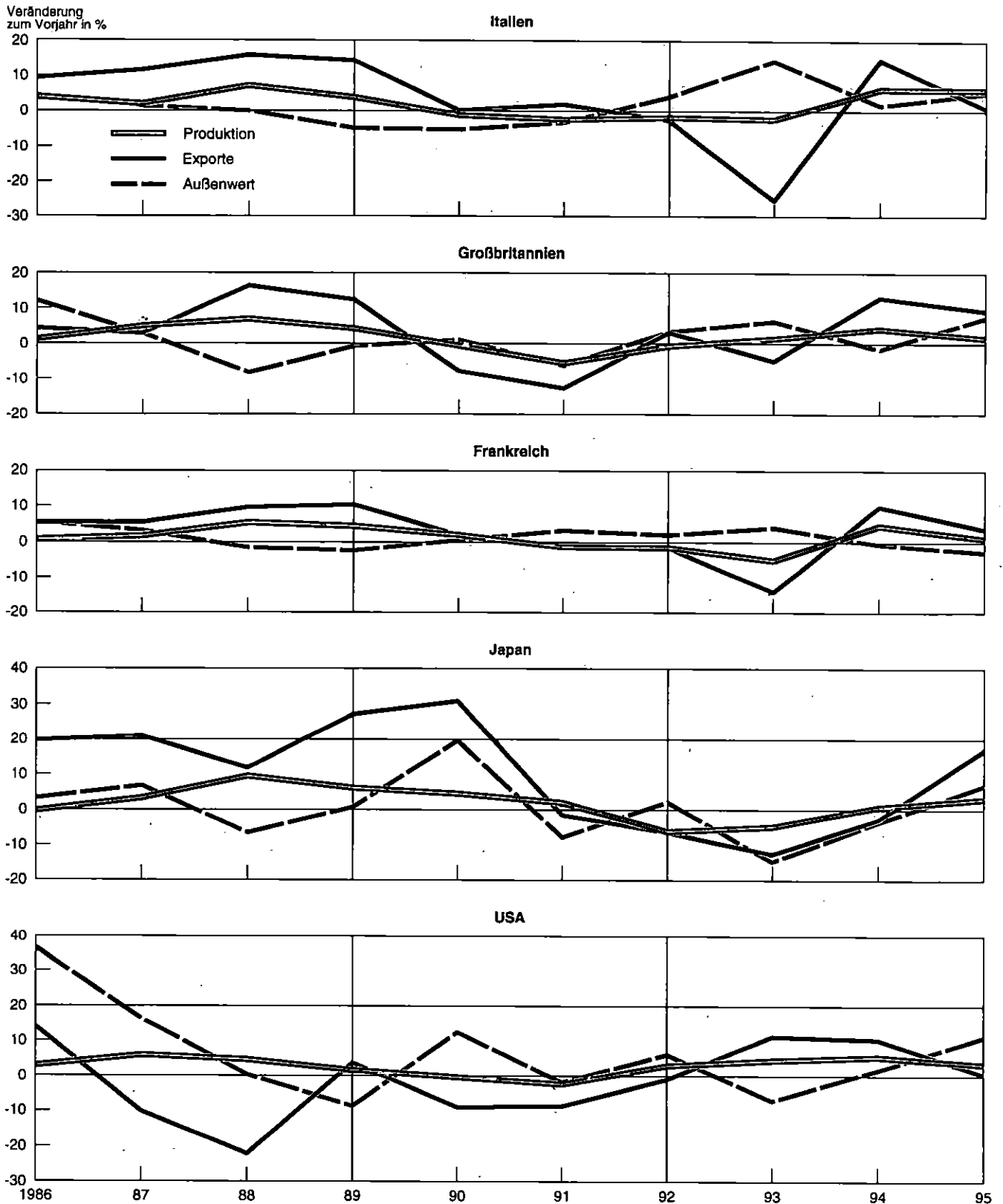
| Fächergruppe Lehr- und Forschungsbereich Studienbereich Fachrichtung | Universitäten | | Fachhochschulen ¹⁾ | | Berufsakademien | |
|---|------------------|---------------------------------------|-------------------------------|---------------------------------------|----------------------------|---------------|
| | Ausgaben | Studierende im Sommer- semester | Ausgaben | Studierende im Sommer- semester | Ausgaben | Studierende |
| | 1 000 DM | Anzahl | 1 000 DM | Anzahl | 1 000 DM | Anzahl |
| Sprach- und Kulturwissenschaften | 195 317 | 33 786 | 5 610 | 547 | X | X |
| Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | 167 935 | 35 775 | 46 931 | 10 883 | . | 9 080 |
| darunter | | | | | | |
| Politik/Sozialwissenschaften/Sozialwesen | 39 776 | 4 133 | 7 628 | 1 081 | . | 1 035 |
| Wirtschaftswissenschaften | 69 083 | 16 320 | 29 071 | 7 125 | . | 8 045 |
| Mathematik/Naturwissenschaften | 648 695 | 33 511 | 37 186 | 5 272 | X | X |
| Humanmedizin | 129 552 | 14 172 | – | – | X | X |
| Agrar-/Ernährungswissenschaften | 105 846 | 2 755 | 9 076 | 1 073 | X | X |
| Ingenieurwissenschaften | 475 710 | 20 203 | 177 363 | 23 182 | . | 2 838 |
| darunter | | | | | | |
| Maschinenbau/Verfahrenstechnik | 269 353 | 9 701 | 87 885 | 12 475 | . | 1 232 |
| Elektrotechnik | 75 068 | 4 195 | 44 246 | 5 859 | . | 741 |
| Zentrale Einrichtungen | 1 010 578 | – | 130 693 | – | . | – |
| Alle Fächergruppen, einschließlich Zentrale Einrichtungen | 2 752 580 | 144 544 | 416 703 | 42 002 | 82 854²⁾ | 11 918 |

1) Nur staatliche Fachhochschulen. – 2) Entnommen aus der Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu den Berufsakademien in Baden-Württemberg.

Quelle: Amtliche Statistik (Ausgaben für Berufsakademien: Wissenschaftsrat/MWF).

Anhangschaubild

Außenwert der DM, Exporte Baden-Württembergs und Produktion in den Partnerländern seit 1986



Quellen: Deutsche Bundesbank, Eurostat.

Anhangtabelle 1

Umsätze, Auslandsumsätze und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten

| Sypro Nr. | Wirtschaftszweig | Umsatz (insgesamt) | | | | Umsatz (Ausland) | |
|--------------|------------------|--------------------|------|------|------|------------------|------|
| | | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1991 | 1992 |

1 000

Exportquoten 1991 über 50%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | |
|------|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 3270 | H. v. Masch. für weitere bestimmte Wirtschaftszweige | 7 129 462 | 6 075 328 | 5 540 378 | 5 825 391 | 4 377 151 | 3 665 472 |
| 3311 | H. v. Kraftwagen und Kraftwagenmotoren | 32 978 161 | 34 114 450 | 29 623 185 | 31 915 557 | 16 726 115 | 18 099 919 |
| 3711 | Optik | 1 398 124 | 1 393 272 | 1 186 085 | 1 136 430 | 719 419 | 771 455 |
| 4031 | H. v. chemischen Grundstoffen | 3 058 962 | 3 176 375 | 2 958 981 | 3 011 107 | 1 706 696 | 1 834 450 |
| 5060 | H. v. Büromaschinen | 447 707 | 506 432 | 477 004 | 497 267 | . | 305 902 |
| 5080 | H. v. ADV-Geräten u. -Einrichtungen | 4 448 063 | 3 784 911 | 3 617 817 | 3 590 765 | . | 2 521 149 |
| | Zusammen | 49 460 479 | 49 050 768 | 43 403 450 | 45 976 517 | 23 529 381 | 27 198 347 |

andere Zweige

| | | | | | | | |
|------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 3210 | H. v. landwirtschaftl. Maschinen, Ackerschleppern | 2 737 462 | 2 471 478 | 2 224 453 | 2 404 589 | 1 418 963 | 1 334 670 |
| 3230 | H. v. Textil- und Nähmaschinen | 2 433 351 | 2 598 609 | 2 472 520 | 2 481 087 | 1 520 946 | 1 727 944 |
| 3957 | H. v. Phantasieschmuck | 206 576 | 258 763 | 191 278 | 178 921 | 106 718 | 103 719 |
| | Zusammen | 5 377 389 | 5 328 850 | 4 888 251 | 5 064 597 | 3 046 627 | 3 166 333 |

Exportquoten 1991 zwischen 35% und 50%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | |
|------|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 3240 | H. v. Masch. f. d. Nahr.- und Genußmittelind. usw. | 7 329 060 | 7 520 259 | 7 114 617 | 7 091 065 | 3 134 227 | 3 099 216 |
| 3280 | Sonstiger Maschinenbau | 15 966 486 | 16 742 184 | 16 007 203 | 16 517 308 | 5 621 806 | 5 899 086 |
| 3670 | H. v. Rundfunk-, Fernseh- u. phonotechn. Geräten | 2 318 630 | 1 912 086 | 1 733 862 | 1 727 518 | 958 967 | 729 426 |
| 3721 | H. v. Foto-, Projektions- u. Kinogeräten | 542 543 | 627 509 | 481 662 | 532 103 | 203 336 | 237 989 |
| 3760 | H. v. medizin- u. orthopädiemech. Erzeugnissen | 1 798 880 | 1 968 739 | 1 942 803 | 1 958 209 | 693 495 | 729 652 |
| | Zusammen | 27 955 599 | 28 770 777 | 27 280 147 | 27 826 203 | 10 611 831 | 10 695 369 |

andere Zweige

| | | | | | | | |
|------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 3882 | H. v. sonstigen Metallwaren | 1 941 364 | 1 603 499 | 1 438 481 | 1 438 403 | 695 912 | 560 812 |
| 3980 | H. v. Füllhallern u.ä. | 333 649 | 330 015 | 326 739 | 341 117 | 132 155 | 137 136 |
| 55 | Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- u. Pappeerzeugung | 4 173 194 | 3 915 773 | 3 479 503 | 3 807 299 | 1 585 339 | 1 518 003 |
| 6323 | Zwirnerei usw. | 648 967 | 640 105 | 551 865 | 577 432 | 310 734 | 338 617 |
| 6332 | Baumwollweberei, a.n.g. | 910 773 | 791 689 | 681 029 | 649 699 | 418 612 | 387 384 |
| 6413 | H. v. Herrenoberbekleidung | 1 058 071 | 992 281 | 890 295 | 856 196 | 387 446 | 370 852 |
| | Zusammen | 9 066 018 | 8 273 362 | 7 367 912 | 7 670 146 | 3 530 198 | 3 312 804 |

Exportquoten 1991 zwischen 20% und 35%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | |
|------|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 3220 | H. v. Metallbearbeitungsmaschinen u.ä. | 11 655 408 | 10 647 715 | 8 583 239 | 8 197 883 | 3 856 280 | 4 038 674 |
| 3256 | H. v. Hütten- und Walzwerkeinrichtungen usw. | 4 142 787 | 4 573 891 | 4 001 252 | 3 983 131 | 1 220 279 | 1 252 957 |
| 3257 | H. v. Bau-, Baustoff- u. ä. Maschinen | 3 463 918 | 3 876 465 | 3 360 397 | 3 298 136 | 1 184 909 | 1 080 635 |
| 3260 | H. v. Zahnrädern, Getrieben, Lagern u.ä. | 2 416 636 | 2 318 974 | 2 040 853 | 2 090 319 | 844 091 | 826 801 |
| 3620 | H. v. Geräten d. Elektrizitätserz., -verteilung u.ä. | 19 096 137 | 19 327 448 | 18 072 408 | 18 995 138 | 5 671 208 | 5 856 986 |
| 3640 | H. v. elektrischen Leuchten u. Lampen | 729 054 | 771 145 | 733 116 | 755 024 | 225 464 | 239 800 |
| 3650 | H. v. Elektrohaushaltsgeräten | 3 618 698 | 3 645 566 | 3 034 949 | 3 064 292 | 1 137 594 | 1 091 940 |
| 3660 | H. v. Zählern, Fernmeldegeräten u.ä. | 17 049 339 | 18 365 130 | 16 893 606 | 16 445 962 | 4 767 007 | 5 034 665 |
| 3715 | Augenoptik | 673 901 | 720 688 | 689 833 | 664 076 | 233 123 | 238 798 |
| 3751 | Feinmechanik | 1 992 606 | 1 679 059 | 1 389 665 | 1 303 517 | 529 946 | 509 426 |
| 3821 | H. v. Werkzeugen, Geräten f. d. Landwirtschaft | 1 232 448 | 1 171 286 | 1 013 735 | 1 124 037 | 420 823 | 406 864 |
| 4034 | H. v. chem. Erzeugnissen f. Gewerbe, Landwirtschaft | 5 004 012 | 5 337 021 | 5 258 749 | 5 585 186 | 1 494 494 | 1 612 884 |
| 4035 | H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen | 6 119 790 | 6 310 149 | 6 022 301 | 6 476 291 | 1 457 867 | 1 377 380 |
| | Zusammen | 77 194 734 | 78 744 537 | 71 094 103 | 71 982 992 | 23 043 085 | 23 567 810 |

Wirtschaftszweigen 1991 bis 1994

| Umsatz (Ausland) | | Exportquoten (fachliche Betriebsteile) | | | | Beschäftigte (fachliche Betriebsteile) | | | | Sypro Nr. |
|------------------|------|--|------|------|------|--|------|------|------|--------------|
| 1993 | 1994 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | |

%

Exportquoten 1991 über 50%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | | | | |
|------------|------------|------|------|------|------|---------|---------|---------|---------|------|
| 3 448 813 | 4 013 939 | 61,4 | 60,3 | 62,2 | 68,9 | 31 246 | 30 098 | 27 844 | 26 346 | 3270 |
| 15 542 799 | 16 878 612 | 50,7 | 53,1 | 52,5 | 52,9 | 125 191 | 122 585 | 110 799 | 102 069 | 3311 |
| 656 770 | 647 270 | 51,5 | 55,4 | 55,4 | 57,0 | 8 520 | 8 329 | 7 991 | 7 820 | 3711 |
| 1 786 724 | 1 896 758 | 55,8 | 57,8 | 60,4 | 63,0 | 10 956 | 10 711 | 9 930 | 8 871 | 4031 |
| 238 594 | 276 297 | . | 60,4 | 50,0 | 55,6 | 2 376 | 2 584 | 2 490 | 2 466 | 5060 |
| 2 465 081 | 2 367 955 | . | 66,6 | 68,1 | 65,9 | 22 140 | 20 081 | 12 102 | 10 362 | 5080 |
| 24 138 781 | 26 080 831 | 53,5 | 55,4 | 55,6 | 56,7 | 200 429 | 194 388 | 171 156 | 157 934 | zus. |

andere Zweige

| | | | | | | | | | | |
|-----------|-----------|------|------|------|------|--------|--------|--------|--------|------|
| 1 225 392 | 1 447 235 | 51,8 | 54,0 | 55,1 | 60,2 | 11 303 | 10 496 | 9 422 | 8 650 | 3210 |
| 1 637 433 | 1 586 523 | 62,5 | 66,5 | 66,2 | 63,9 | 16 368 | 14 796 | 13 113 | 11 710 | 3230 |
| 85 798 | 93 074 | 51,7 | 40,1 | 44,9 | 52,0 | 1 563 | 1 512 | 1 325 | 1 136 | 3957 |
| 2 948 623 | 3 126 832 | 56,7 | 59,4 | 60,3 | 61,7 | 29 234 | 26 604 | 23 860 | 21 496 | zus. |

Exportquoten 1991 zwischen 35% und 50%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | | | | |
|------------|------------|------|------|------|------|---------|---------|---------|---------|------|
| 3 112 175 | 3 260 324 | 42,8 | 41,2 | 43,7 | 46,0 | 37 349 | 37 071 | 34 603 | 32 559 | 3240 |
| 6 053 482 | 6 680 641 | 35,2 | 35,2 | 37,8 | 40,4 | 79 136 | 77 856 | 73 165 | 69 514 | 3280 |
| 780 489 | 921 853 | 41,4 | 38,1 | 45,0 | 53,4 | 15 336 | 13 267 | 11 231 | 9 406 | 3670 |
| 224 253 | 290 407 | 37,5 | 37,9 | 46,6 | 54,6 | 3 497 | 3 340 | 2 970 | 2 421 | 3721 |
| 829 388 | 826 392 | 38,6 | 37,1 | 42,7 | 42,2 | 11 861 | 12 194 | 12 284 | 11 993 | 3760 |
| 10 999 787 | 11 979 617 | 38,0 | 37,2 | 40,3 | 43,1 | 147 179 | 143 728 | 134 253 | 125 893 | zus. |

andere Zweige

| | | | | | | | | | | |
|-----------|-----------|------|------|------|------|--------|--------|--------|--------|------|
| 525 608 | 562 971 | 35,8 | 35,0 | 36,5 | 39,1 | 12 218 | 9 616 | 8 658 | 7 980 | 3882 |
| 140 569 | 142 134 | 39,6 | 41,6 | 43,0 | 41,7 | 2 140 | 2 106 | 2 010 | 1 935 | 3980 |
| 1 342 545 | 1 568 391 | 38,0 | 38,8 | 38,6 | 41,2 | 12 857 | 12 906 | 12 064 | 11 387 | 55 |
| 270 841 | 291 307 | 47,9 | 52,9 | 49,1 | 50,4 | 2 336 | 2 256 | 2 174 | 2 180 | 6323 |
| 326 209 | 301 421 | 46,0 | 48,9 | 47,9 | 46,4 | 5 311 | 4 434 | 3 523 | 2 981 | 6332 |
| 319 961 | 337 361 | 36,6 | 37,4 | 35,9 | 39,4 | 4 157 | 3 849 | 3 368 | 3 126 | 6413 |
| 2 925 733 | 3 203 585 | 38,9 | 40,0 | 39,7 | 41,8 | 39 019 | 35 167 | 31 797 | 29 589 | zus. |

Exportquoten 1991 zwischen 20% und 35%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | | | | |
|------------|------------|------|------|------|------|---------|---------|---------|---------|------|
| 3 390 263 | 3 231 286 | 33,1 | 37,9 | 39,5 | 39,4 | 74 192 | 69 595 | 60 919 | 52 956 | 3220 |
| 1 165 068 | 1 194 811 | 29,5 | 27,4 | 29,1 | 30,0 | 19 461 | 19 805 | 19 145 | 17 919 | 3256 |
| 1 050 683 | 1 124 745 | 34,2 | 27,9 | 31,3 | 34,1 | 14 019 | 14 538 | 14 166 | 13 291 | 3257 |
| 744 936 | 739 218 | 34,9 | 35,7 | 36,5 | 35,4 | 15 922 | 14 759 | 13 310 | 12 664 | 3260 |
| 5 641 034 | 6 360 135 | 29,7 | 30,3 | 31,2 | 33,5 | 108 087 | 103 648 | 94 749 | 88 830 | 3620 |
| 224 827 | 241 591 | 30,9 | 31,1 | 30,7 | 32,0 | 3 912 | 3 645 | 3 660 | 3 589 | 3640 |
| 921 296 | 976 423 | 31,4 | 30,0 | 30,4 | 31,9 | 18 353 | 17 780 | 16 157 | 15 290 | 3650 |
| 5 188 667 | 5 564 582 | 28,0 | 27,4 | 30,7 | 33,8 | 90 033 | 90 060 | 85 228 | 79 514 | 3660 |
| 218 961 | 208 424 | 34,6 | 33,1 | 31,7 | 31,4 | 4 832 | 4 842 | 4 609 | 4 171 | 3715 |
| 432 690 | 454 700 | 26,6 | 30,3 | 31,1 | 34,9 | 13 995 | 11 879 | 9 778 | 7 897 | 3751 |
| 359 103 | 416 994 | 34,1 | 34,7 | 35,4 | 37,1 | 8 622 | 8 105 | 7 162 | 6 853 | 3821 |
| 1 609 755 | 1 725 721 | 29,9 | 30,2 | 30,6 | 30,9 | 16 567 | 16 310 | 15 743 | 15 260 | 4034 |
| 1 484 567 | 1 651 764 | 23,8 | 21,8 | 24,7 | 25,5 | 25 574 | 26 211 | 26 160 | 24 984 | 4035 |
| 22 431 850 | 23 890 394 | 29,9 | 29,9 | 31,6 | 33,2 | 413 569 | 401 177 | 370 786 | 343 218 | zus. |

Noch: Anhangtabelle 1

Umsätze, Auslandsumsätze und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten

| Sypro Nr. | Wirtschaftszweig | Umsatz (insgesamt) | | | | Umsatz (Ausland) | |
|--------------|------------------|--------------------|------|------|------|------------------|------|
| | | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1991 | 1992 |

1 000

Noch: Exportquoten 1991 zwischen 20% und 35%

andere Zweige

| | | | | | | | |
|------|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2850 | NE- Metallhalbzeugwerke | 2 358 352 | 2 536 010 | 2 307 457 | 2 458 332 | 656 329 | 646 218 |
| 3314 | H. v. Teilen f. Kraftwagen u. -motoren | 15 139 907 | 15 332 089 | 12 951 645 | 13 952 363 | 4 798 347 | 4 886 609 |
| 3810 | H. v. Handelswaffen und deren Munition | 510 818 | 513 105 | 488 492 | 439 335 | 172 854 | 167 686 |
| 3842 | H. v. Stahlblechwaren | 2 626 882 | 2 723 734 | 2 474 882 | 2 347 131 | 533 981 | 467 892 |
| 3847 | H. v. Möbeln aus Metall | 2 710 784 | 2 655 064 | 2 376 347 | 2 416 266 | 592 444 | 536 204 |
| 3850 | H. v. Schlössern, Beschlägen | 954 690 | 1 024 852 | 1 047 755 | 1 122 734 | 296 654 | 285 270 |
| 3954 | H. v. Schmuck aus Edelmetall oder -plattierungen | 1 545 828 | 1 376 333 | 1 411 675 | 1 329 579 | 470 708 | 424 861 |
| 5691 | H. v. sonstigen Waren aus Papier, u. Pappe | 1 832 510 | 2 111 633 | 2 052 367 | 2 151 930 | 580 548 | 672 526 |
| 58 | H. v. Kunststoffwaren | 10 514 271 | 10 856 188 | 10 478 084 | 10 822 540 | 2 102 238 | 2 175 672 |
| 59 | Gummiverarbeitung | 1 922 539 | 2 021 713 | 1 857 794 | 1 820 664 | 543 310 | 574 098 |
| 6312 | Baumwollspinnerei | 408 743 | 330 199 | 256 453 | 220 439 | 135 155 | 125 115 |
| | Zusammen | 40 525 324 | 41 480 920 | 37 702 951 | 39 081 313 | 10 882 568 | 10 962 151 |

Exportquoten 1991 unter 20%

andere Zweige

| | | | | | | | |
|------|---|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|------------------|
| 2559 | H. v. Betonerzeugnisse | 1 107 706 | 1 247 348 | 1 255 240 | 1 377 887 | 70 094 | 69 986 |
| 2950 | NE-Metallgießerei | 1 715 305 | 1 596 438 | 1 228 146 | 1 359 201 | 214 814 | 175 376 |
| 3021 | H. v. Gesenk- u. Freiformschmiedestücken u.ä. | 1 274 021 | 1 318 876 | 1 067 712 | 1 294 810 | 133 999 | 144 831 |
| 3025 | Stahlverformung, a.n.g., Oberflächenvered., Härtung | 3 983 922 | 4 022 570 | 3 486 493 | 3 791 140 | 592 589 | 603 848 |
| 3111 | H. v. Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen | 3 046 781 | 3 564 649 | 3 370 869 | 3 427 172 | 242 819 | 221 737 |
| 3151 | Kessel- u. Behälterbau | 1 553 789 | 1 615 369 | 1 515 837 | 1 111 538 | 281 533 | 403 128 |
| 3316 | H. v. Karosserien, Aufbauten u.ä. | 2 657 284 | 2 264 884 | 1 535 395 | 1 460 179 | 448 913 | 353 971 |
| 3690 | Montage v. elektrotechnischen Erzeugnissen | 1 482 732 | 1 986 571 | 2 064 696 | 1 846 666 | 107 498 | 154 019 |
| 4036 | H. v. Seifen, Wasch- u. Körperpflegemitteln | 2 108 919 | 2 262 275 | 2 331 479 | 2 373 347 | 306 438 | 351 757 |
| 5311 | Säge- und Hobelwerke | 1 510 417 | 1 553 288 | 1 401 604 | 1 650 528 | 177 423 | 164 284 |
| 5411 | H. v. Bauelementen aus Holz | 1 003 559 | 1 113 680 | 1 131 293 | 1 134 358 | 70 649 | 59 072 |
| 5421 | H. v. Holzmöbeln | 3 919 750 | 4 067 432 | 3 921 603 | 3 813 319 | 472 561 | 424 770 |
| 5441 | H. v. sonstigen Holzwaren | 923 578 | 898 159 | 826 508 | 847 724 | 159 007 | 132 088 |
| 5610 | H. v. Tapeten, Spezialpapieren, Verpackungsmitteln | 2 591 857 | 2 521 220 | 2 310 234 | 2 290 938 | 379 719 | 407 311 |
| 57 | Druckerei, Vervielfältigung | 6 490 673 | 6 554 859 | 6 460 071 | 6 463 942 | 314 599 | 348 753 |
| 6370 | Wirkerei, Strickerei | 3 750 075 | 3 558 008 | 3 302 212 | 2 879 725 | 530 499 | 487 956 |
| 6828 | H. v. Süßwaren | 2 078 791 | 1 941 013 | 1 982 268 | 1 987 528 | 316 527 | 327 022 |
| 6852 | Schlachthäuser | 1 925 265 | 1 882 799 | 1 762 211 | 1 681 502 | 295 986 | 276 158 |
| 6871 | Brauerei | 1 524 772 | 1 545 927 | 1 465 805 | 1 431 148 | 27 416 | 26 118 |
| 6879 | Mineralbrunnen, H. v. Mineralwasser, Limonaden | 1 255 718 | 1 334 690 | 1 291 760 | 1 384 281 | | |
| | Zusammen | 45 904 914 | 46 850 055 | 43 711 436 | 43 606 933 | 5 143 083 | 5 132 185 |

Gesamtsumme 255 484 457 258 499 269 235 448 250 241 208 701 79 786 773 84 034 999

Verarbeitendes Gewerbe insgesamt 311 213 922 315 132 872 288 684 449 295 126 556 92 529 233 92 883 150

Wirtschaftszweigen 1991 bis 1994

| Umsatz (Ausland) | | Exportquoten (fachliche Betriebsteile) | | | | Beschäftigte (fachliche Betriebsteile) | | | | Sypro Nr. |
|------------------|------|--|------|------|------|--|------|------|------|--------------|
| 1993 | 1994 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | |
| % | | | | | | | | | | |

Noch: Exportquoten 1991 zwischen 20% und 35%

andere Zweige

| | | | | | | | | | | |
|------------|------------|------|------|------|------|---------|---------|---------|---------|------|
| 571 026 | 664 685 | 27,8 | 25,5 | 24,7 | 27,0 | 7 510 | 7 994 | 7 375 | 6 991 | 2850 |
| 4 293 301 | 4 816 365 | 31,7 | 31,9 | 33,1 | 34,5 | 83 185 | 79 745 | 71 976 | 66 683 | 3314 |
| 195 301 | 182 828 | 33,8 | 32,7 | 40,0 | 41,6 | 4 015 | 3 772 | 3 361 | 3 025 | 3810 |
| 426 175 | 406 832 | 20,3 | 17,2 | 17,2 | 17,3 | 13 625 | 13 493 | 12 538 | 11 807 | 3842 |
| 478 729 | 505 004 | 21,9 | 20,2 | 20,1 | 20,9 | 12 526 | 12 294 | 11 190 | 10 414 | 3847 |
| 268 463 | 329 663 | 31,1 | 27,8 | 25,6 | 29,4 | 6 006 | 5 972 | 5 621 | 5 686 | 3850 |
| 406 027 | 426 367 | 30,5 | 30,9 | 28,8 | 32,1 | 8 583 | 8 212 | 7 588 | 7 048 | 3954 |
| 636 317 | 702 060 | 31,7 | 31,8 | 31,0 | 32,6 | 5 309 | 5 436 | 5 366 | 5 212 | 5691 |
| 2 174 507 | 2 369 863 | 20,0 | 20,0 | 20,8 | 21,9 | 58 238 | 58 142 | 54 707 | 51 899 | 58 |
| 581 104 | 606 655 | 28,3 | 28,4 | 31,3 | 33,3 | 11 875 | 11 388 | 10 495 | 9 433 | 59 |
| 86 115 | 86 164 | 33,1 | 37,9 | 33,6 | 39,1 | 3 345 | 2 510 | 1 882 | 1 594 | 6312 |
| 10 117 065 | 11 096 486 | 26,9 | 26,4 | 26,8 | 28,4 | 214 217 | 208 958 | 192 099 | 179 792 | zus. |

Exportquoten 1991 unter 20%

andere Zweige

| | | | | | | | | | | |
|------------|------------|------|------|------|------|-----------|-----------|-----------|-----------|------|
| 69 472 | 76 788 | 6,3 | 5,6 | 5,5 | 5,6 | 5 268 | 5 530 | 5 720 | 5 749 | 2559 |
| 140 229 | 181 758 | 12,5 | 11,0 | 11,4 | 13,4 | 14 843 | 13 683 | 11 428 | 10 066 | 2950 |
| 124 186 | 161 575 | 10,5 | 11,0 | 11,6 | 12,5 | 7 885 | 7 843 | 7 083 | 7 137 | 3021 |
| 550 150 | 643 305 | 14,9 | 15,0 | 15,8 | 17,0 | 28 960 | 28 172 | 25 813 | 24 523 | 3025 |
| 194 736 | 204 014 | 8,0 | 6,2 | 5,8 | 6,0 | 13 807 | 15 342 | 15 470 | 15 067 | 3111 |
| 268 865 | 193 095 | 18,1 | 25,0 | 17,7 | 17,4 | 7 335 | 7 311 | 6 346 | 4 607 | 3151 |
| 297 393 | 298 748 | 16,9 | 15,6 | 19,4 | 20,5 | 10 728 | 9 571 | 8 189 | 7 229 | 3316 |
| 79 472 | 161 280 | 7,2 | 7,8 | 3,8 | 8,7 | 12 304 | 14 073 | 13 506 | 12 195 | 3690 |
| 380 254 | 487 231 | 14,5 | 15,5 | 16,3 | 20,5 | 7 085 | 7 136 | 6 797 | 6 374 | 4036 |
| 158 606 | 216 401 | 11,7 | 10,6 | 11,3 | 13,1 | 6 514 | 6 531 | 5 362 | 5 314 | 5311 |
| 51 429 | 59 767 | 7,0 | 5,3 | 4,5 | 5,3 | 5 499 | 5 859 | 5 965 | 5 692 | 5411 |
| 381 990 | 384 688 | 12,1 | 10,4 | 9,7 | 10,1 | 22 025 | 21 806 | 20 797 | 19 915 | 5421 |
| 101 337 | 120 899 | 17,2 | 14,7 | 12,3 | 14,3 | 5 579 | 5 502 | 5 186 | 5 067 | 5441 |
| 403 719 | 442 292 | 14,7 | 16,2 | 17,5 | 19,3 | 13 110 | 12 814 | 12 221 | 11 733 | 5610 |
| 331 557 | 349 597 | 4,8 | 5,3 | 5,1 | 5,4 | 35 038 | 35 494 | 34 741 | 33 097 | 57 |
| 432 027 | 396 663 | 14,1 | 13,7 | 13,1 | 13,8 | 24 757 | 23 472 | 20 952 | 18 863 | 6370 |
| 357 964 | 369 299 | 15,2 | 16,8 | 18,1 | 18,6 | 6 158 | 5 785 | 5 399 | 5 205 | 6828 |
| 239 380 | 211 500 | 15,4 | 14,7 | 13,6 | 12,6 | 3 362 | 3 309 | 3 138 | 2 977 | 6852 |
| 24 864 | 32 532 | 1,8 | 1,7 | 1,7 | 2,3 | 6 035 | 5 876 | 5 609 | 5 208 | 6871 |
| | 6 061 | | | | 0,4 | 4 352 | 4 627 | 4 325 | 4 409 | 6879 |
| 4 587 630 | 4 997 493 | 11,2 | 11,0 | 10,5 | 11,5 | 240 644 | 239 736 | 224 047 | 210 427 | zus. |
| | | | | | | | | | | |
| 78 149 469 | 84 375 238 | 31,2 | 32,5 | 33,2 | 35,0 | 1 284 291 | 1 249 958 | 1 147 998 | 1 068 349 | |
| 86 284 974 | 93 266 238 | 29,7 | 29,5 | 29,9 | 31,6 | 1 521 402 | 1 480 080 | 1 360 170 | 1 266 817 | |

Anhangtabelle 2

Umsätze, Auslandsumsätze und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten

– 1991 = 100 –

| Sypro Nr. | Wirtschaftszweig | Umsatz (insgesamt) | | | | Umsatz (Ausland) | |
|--------------|------------------|--------------------|------|------|------|------------------|------|
| | | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1991 | 1992 |

%

Exportquoten 1991 über 50%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | |
|------|---|------------|-------------|-------------|-------------|------------|--------------|
| 3270 | H. v. Masch. f. weitere bestimmte Wirtschaftszweige | 100 | 85,2 | 77,7 | 81,7 | 100 | 83,7 |
| 3311 | H. v. Kraftwagen und Kraftwagenmotoren | 100 | 103,4 | 89,8 | 96,8 | 100 | 108,2 |
| 3711 | Optik | 100 | 99,7 | 84,8 | 81,3 | 100 | 107,2 |
| 4031 | H. v. chemischen Grundstoffen | 100 | 103,8 | 96,7 | 98,4 | 100 | 107,5 |
| 5060 | H. v. Büromaschinen | 100 | 113,1 | 106,5 | 111,1 | . | . |
| 5080 | H. v. ADV-Geräten u. -Einrichtungen | 100 | 85,1 | 81,3 | 80,7 | . | . |
| | Zusammen | 100 | 99,2 | 87,8 | 93,0 | 100 | 102,9 |

andere Zweige

| | | | | | | | |
|------|---|------------|-------------|-------------|-------------|------------|--------------|
| 3210 | H. v. landwirtschaftl. Maschinen, Ackerschleppern | 100 | 90,3 | 81,3 | 87,8 | 100 | 94,1 |
| 3230 | H. v. Textil- und Nähmaschinen | 100 | 106,8 | 101,6 | 102,0 | 100 | 113,6 |
| 3957 | H. v. Phantasieschmuck | 100 | 125,3 | 92,6 | 86,6 | 100 | 97,2 |
| | Zusammen | 100 | 99,1 | 90,9 | 94,2 | 100 | 103,9 |

Exportquoten 1991 zwischen 35% und 50%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | |
|------|--|------------|--------------|-------------|-------------|------------|--------------|
| 3240 | H. v. Masch. f. d. Nahr.- und Genußmittelind. usw. | 100 | 102,6 | 97,1 | 96,8 | 100 | 98,9 |
| 3280 | Sonstiger Maschinenbau | 100 | 104,9 | 100,3 | 103,4 | 100 | 104,9 |
| 3670 | H. v. Rundfunk-, Fernseh- u. phonotechn. Geräten | 100 | 82,5 | 74,8 | 74,5 | 100 | 76,1 |
| 3721 | H. v. Foto-, Projektions- u. Kinogeräten | 100 | 115,7 | 88,8 | 98,1 | 100 | 117,0 |
| 3760 | H. v. medizin- u. orthopädiemech. Erzeugnissen | 100 | 109,4 | 108,0 | 108,9 | 100 | 105,2 |
| | Zusammen | 100 | 102,9 | 97,6 | 99,5 | 100 | 100,8 |

andere Zweige

| | | | | | | | |
|------|---|------------|-------------|-------------|-------------|------------|-------------|
| 3882 | H. v. sonstigen Metallwaren | 100 | 82,6 | 74,1 | 74,1 | 100 | 80,6 |
| 3980 | H. v. Füllhaltern u.ä. | 100 | 98,9 | 97,9 | 102,2 | 100 | 103,8 |
| 5500 | Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- u. Pappeerzeugung | 100 | 93,8 | 83,4 | 91,2 | 100 | 95,8 |
| 6323 | Zwirnerei usw. | 100 | 98,6 | 85,0 | 89,0 | 100 | 109,0 |
| 6332 | Baumwollweberei, a.n.g. | 100 | 86,9 | 74,8 | 71,3 | 100 | 92,5 |
| 6413 | H. v. Herrenoberbekleidung | 100 | 93,8 | 84,1 | 80,9 | 100 | 95,7 |
| | Zusammen | 100 | 91,3 | 81,3 | 84,6 | 100 | 93,8 |

Exportquoten 1991 zwischen 20% und 35%

FuE- intensive Zweige

| | | | | | | | |
|------|--|------------|--------------|-------------|-------------|------------|--------------|
| 3220 | H. v. Metallbearbeitungsmaschinen u.ä. | 100 | 91,4 | 73,6 | 70,3 | 100 | 104,7 |
| 3256 | H. v. Hütten- und Walzwerkseinrichtungen usw. | 100 | 110,4 | 96,6 | 96,1 | 100 | 102,7 |
| 3257 | H. v. Bau-, Baustoff- u. ä. Maschinen | 100 | 111,9 | 97,0 | 95,2 | 100 | 91,2 |
| 3260 | H. v. Zahnrädern, Getrieben, Lagern u.ä. | 100 | 96,0 | 84,5 | 86,5 | 100 | 98,0 |
| 3620 | H. v. Geräten d. Elektrizitätserz., -verteilung u.ä. | 100 | 101,2 | 94,6 | 99,5 | 100 | 103,3 |
| 3640 | H. v. elektrischen Leuchten u. Lampen | 100 | 105,8 | 100,6 | 103,6 | 100 | 106,4 |
| 3650 | H. v. Elektrohaushaltsgeräten | 100 | 100,7 | 83,9 | 84,7 | 100 | 96,0 |
| 3660 | H. v. Zählern, Fernmeldegeräten u.ä. | 100 | 107,7 | 99,1 | 96,5 | 100 | 105,6 |
| 3715 | Augenoptik | 100 | 106,9 | 102,4 | 98,5 | 100 | 102,4 |
| 3751 | Feinmechanik | 100 | 84,3 | 69,7 | 65,4 | 100 | 96,1 |
| 3821 | H. v. Werkzeugen, Geräten f. d. Landwirtschaft | 100 | 95,0 | 82,3 | 91,2 | 100 | 96,7 |
| 4034 | H. v. chem. Erzeugn. f. Gewerbe, Landwirtschaft | 100 | 106,7 | 105,1 | 111,6 | 100 | 107,9 |
| 4035 | H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen | 100 | 103,1 | 98,4 | 105,8 | 100 | 94,5 |
| | Zusammen | 100 | 102,0 | 92,1 | 93,2 | 100 | 102,3 |

Wirtschaftszweigen 1991 bis 1994

| Umsatz (Ausland) | | Exportquoten (fachliche Betriebsteile) | | | | Beschäftigte (fachliche Betriebsteile) | | | | Sypro Nr. |
|--|-------|--|-------|-------|-------|--|-------|-------|-------|--------------|
| 1993 | 1994 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | |
| % | | | | | | | | | | |
| Exportquoten 1991 über 50% | | | | | | | | | | |
| FuE- intensive Zweige | | | | | | | | | | |
| 78,8 | 91,7 | 100 | 98,3 | 101,4 | 112,2 | 100 | 96,3 | 89,1 | 84,3 | 3270 |
| 92,9 | 100,9 | 100 | 104,6 | 103,4 | 104,3 | 100 | 97,9 | 88,5 | 81,5 | 3311 |
| 91,3 | 90,0 | 100 | 107,6 | 107,6 | 110,7 | 100 | 97,8 | 93,8 | 91,8 | 3711 |
| 104,7 | 111,1 | 100 | 103,5 | 108,2 | 112,9 | 100 | 97,8 | 90,6 | 81,0 | 4031 |
| . | . | . | . | . | . | 100 | 108,8 | 104,8 | 103,8 | 5060 |
| . | . | . | . | . | . | 100 | 90,7 | 54,7 | 46,8 | 5080 |
| 91,3 | 98,6 | 100 | 103,7 | 104,0 | 106,1 | 100 | 97,0 | 85,4 | 78,8 | zus. |
| andere Zweige | | | | | | | | | | |
| 86,4 | 102,0 | 100 | 104,2 | 106,3 | 116,1 | 100 | 92,9 | 83,4 | 76,5 | 3210 |
| 107,7 | 104,3 | 100 | 106,4 | 106,0 | 102,3 | 100 | 90,4 | 80,1 | 71,5 | 3230 |
| 80,4 | 87,2 | 100 | 77,6 | 86,8 | 100,7 | 100 | 96,7 | 84,8 | 72,7 | 3957 |
| 96,8 | 102,6 | 100 | 104,9 | 106,5 | 109,0 | 100 | 91,7 | 81,6 | 73,5 | zus. |
| Exportquoten 1991 zwischen 35% und 50% | | | | | | | | | | |
| FuE- intensive Zweige | | | | | | | | | | |
| 99,3 | 104,0 | 100 | 96,4 | 102,3 | 107,5 | 100 | 99,3 | 92,6 | 87,2 | 3240 |
| 107,7 | 118,8 | 100 | 100,1 | 107,4 | 114,9 | 100 | 98,4 | 92,5 | 87,8 | 3280 |
| 81,4 | 96,1 | 100 | 92,2 | 108,8 | 129,0 | 100 | 86,5 | 73,2 | 61,3 | 3670 |
| 110,3 | 142,8 | 100 | 101,2 | 124,2 | 145,6 | 100 | 95,5 | 84,9 | 69,2 | 3721 |
| 119,6 | 119,2 | 100 | 96,1 | 110,7 | 109,5 | 100 | 102,8 | 103,6 | 101,1 | 3760 |
| 103,7 | 112,9 | 100 | 97,9 | 106,2 | 113,4 | 100 | 97,7 | 91,2 | 85,5 | zus. |
| andere Zweige | | | | | | | | | | |
| 75,5 | 80,9 | 100 | 97,6 | 101,9 | 109,2 | 100 | 78,7 | 70,9 | 65,3 | 3882 |
| 106,4 | 107,6 | 100 | 104,9 | 108,6 | 105,2 | 100 | 98,4 | 93,9 | 90,4 | 3980 |
| 84,7 | 98,9 | 100 | 102,0 | 101,6 | 108,4 | 100 | 100,4 | 93,8 | 88,6 | 55 |
| 87,2 | 93,7 | 100 | 110,5 | 102,5 | 105,4 | 100 | 96,6 | 93,1 | 93,3 | 6323 |
| 77,9 | 72,0 | 100 | 106,5 | 104,2 | 100,9 | 100 | 83,5 | 66,3 | 56,1 | 6332 |
| 82,6 | 87,1 | 100 | 102,1 | 98,1 | 107,6 | 100 | 92,6 | 81,0 | 75,2 | 6413 |
| 82,9 | 90,7 | 100 | 102,8 | 102,0 | 107,3 | 100 | 90,1 | 81,5 | 75,8 | zus. |
| Exportquoten 1991 zwischen 20% und 35% | | | | | | | | | | |
| FuE- intensive Zweige | | | | | | | | | | |
| 87,9 | 83,8 | 100 | 114,6 | 119,4 | 119,1 | 100 | 93,8 | 82,1 | 71,4 | 3220 |
| 95,5 | 97,9 | 100 | 93,0 | 98,9 | 101,8 | 100 | 101,8 | 98,4 | 92,1 | 3256 |
| 88,7 | 94,9 | 100 | 81,5 | 91,4 | 99,7 | 100 | 103,7 | 101,0 | 94,8 | 3257 |
| 88,3 | 87,6 | 100 | 102,1 | 104,5 | 101,2 | 100 | 92,7 | 83,6 | 79,5 | 3260 |
| 99,5 | 112,1 | 100 | 102,0 | 105,1 | 112,7 | 100 | 95,9 | 87,7 | 82,2 | 3620 |
| 99,7 | 107,2 | 100 | 100,6 | 99,2 | 103,5 | 100 | 93,2 | 93,6 | 91,7 | 3640 |
| 81,0 | 85,8 | 100 | 95,3 | 96,6 | 101,4 | 100 | 96,9 | 88,0 | 83,3 | 3650 |
| 108,8 | 116,7 | 100 | 98,0 | 109,8 | 121,0 | 100 | 100,0 | 94,7 | 88,3 | 3660 |
| 93,9 | 89,4 | 100 | 95,8 | 91,8 | 90,7 | 100 | 100,2 | 95,4 | 86,3 | 3715 |
| 81,6 | 85,8 | 100 | 114,1 | 117,1 | 131,2 | 100 | 84,9 | 69,9 | 56,4 | 3751 |
| 85,3 | 99,1 | 100 | 101,7 | 103,7 | 108,6 | 100 | 94,0 | 83,1 | 79,5 | 3821 |
| 107,7 | 115,5 | 100 | 101,2 | 102,5 | 103,5 | 100 | 98,4 | 95,0 | 92,1 | 4034 |
| 101,8 | 113,3 | 100 | 91,6 | 103,5 | 107,1 | 100 | 102,5 | 102,3 | 97,7 | 4035 |
| 97,3 | 103,7 | 100 | 100,3 | 105,7 | 111,2 | 100 | 97,0 | 89,7 | 83,0 | zus. |

Noch: Anhangtabelle 2

Umsätze, Auslandsumsätze und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten

– 1991 = 100 –

| Sypro Nr. | Wirtschaftszweig | Umsatz (insgesamt) | | | | Umsatz (Ausland) | |
|--------------|------------------|--------------------|------|------|------|------------------|------|
| | | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1991 | 1992 |

%

Noch: Exportquoten 1991 zwischen 20% und 35%

andere Zweige

| | | | | | | | |
|------|--|------------|--------------|-------------|-------------|------------|--------------|
| 2850 | NE- Metallhalbzeugwerke | 100 | 107,5 | 97,8 | 104,2 | 100 | 98,5 |
| 3314 | H. v. Teilen f. Kraftwagen u. -motoren | 100 | 101,3 | 85,5 | 92,2 | 100 | 101,8 |
| 3810 | H. v. Handelswaffen und deren Munition | 100 | 100,4 | 95,6 | 86,0 | 100 | 97,0 |
| 3842 | H. v. Stahlblechwaren | 100 | 103,7 | 94,2 | 89,4 | 100 | 87,6 |
| 3847 | H. v. Möbeln aus Metall | 100 | 97,9 | 87,7 | 89,1 | 100 | 90,5 |
| 3850 | H. v. Schlössern, Beschlägen | 100 | 107,3 | 109,7 | 117,6 | 100 | 96,2 |
| 3954 | H. v. Schmuck aus Edelmetall oder -plattierungen | 100 | 89,0 | 91,3 | 86,0 | 100 | 90,3 |
| 5691 | H. v. sonstigen Waren aus Papier u. Pappe | 100 | 115,2 | 112,0 | 117,4 | 100 | 115,8 |
| 58 | H. v. Kunststoffwaren | 100 | 103,3 | 99,7 | 102,9 | 100 | 103,5 |
| 59 | Gummiverarbeitung | 100 | 105,2 | 96,6 | 94,7 | 100 | 105,7 |
| 6312 | Baumwollspinnerei | 100 | 80,8 | 62,7 | 53,9 | 100 | 92,6 |
| | Zusammen | 100 | 102,4 | 93,0 | 96,4 | 100 | 100,7 |

Exportquoten 1991 unter 20%

andere Zweige

| | | | | | | | |
|------|---|------------|--------------|-------------|-------------|------------|-------------|
| 2559 | H. v. Betonerzeugnisse | 100 | 112,6 | 113,3 | 124,4 | 100 | 99,8 |
| 2950 | NE-Metallgießerei | 100 | 93,1 | 71,6 | 79,2 | 100 | 81,6 |
| 3021 | H. v. Gesenk- u. Freiformschmiedestücken u.ä. | 100 | 103,5 | 83,8 | 101,6 | 100 | 108,1 |
| 3025 | Stahlverformung, a.n.g., Oberflächenvered., Härtung | 100 | 101,0 | 87,5 | 95,2 | 100 | 101,9 |
| 3111 | H. v. Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen | 100 | 117,0 | 110,6 | 112,5 | 100 | 91,3 |
| 3151 | Kessel- u. Behälterbau | 100 | 104,0 | 97,6 | 71,5 | 100 | 143,2 |
| 3316 | H. v. Karosserien, Aufbauten u.ä. | 100 | 85,2 | 57,8 | 55,0 | 100 | 78,9 |
| 3690 | Montage v. elektrotechnischen Erzeugnissen | 100 | 134,0 | 139,2 | 124,5 | 100 | 143,3 |
| 4036 | H. v. Seifen, Wasch- u. Körperpflegemitteln | 100 | 107,3 | 110,6 | 112,5 | 100 | 114,8 |
| 5311 | Säge- und Hobelwerke | 100 | 102,8 | 92,8 | 109,3 | 100 | 92,6 |
| 5411 | H. v. Bauelementen aus Holz | 100 | 111,0 | 112,7 | 113,0 | 100 | 83,6 |
| 5421 | H. v. Holzmöbeln | 100 | 103,8 | 100,0 | 97,3 | 100 | 89,9 |
| 5441 | H. v. sonstigen Holzwaren | 100 | 97,2 | 89,5 | 91,8 | 100 | 83,1 |
| 5610 | H. v. Tapeten, Spezialpapieren, Verpackungsmitteln | 100 | 97,3 | 89,1 | 88,4 | 100 | 107,3 |
| 57 | Druckerei, Vervielfältigung | 100 | 101,0 | 99,5 | 99,6 | 100 | 110,9 |
| 6370 | Wirkerei, Strickerei | 100 | 94,9 | 88,1 | 76,8 | 100 | 92,0 |
| 6828 | H. v. Süßwaren | 100 | 93,4 | 95,4 | 95,6 | 100 | 103,3 |
| 6852 | Schlachthäuser | 100 | 97,8 | 91,5 | 87,3 | 100 | 93,3 |
| 6871 | Brauerei | 100 | 101,4 | 96,1 | 93,9 | 100 | 95,3 |
| 6879 | Mineralbrunnen, H. v. Mineralwasser, Limonaden | 100 | 106,3 | 102,9 | 110,2 | | |
| | Zusammen | 100 | 102,1 | 95,2 | 95,0 | 100 | 99,8 |

Gesamtsumme 100 101,2 92,2 94,4 100 101,6

Verarbeitendes Gewerbe insgesamt 100 101,3 92,8 94,8 100 100,4

Wirtschaftszweigen 1991 bis 1994

| Umsatz (Ausland) | | Exportquoten (fachliche Betriebsteile) | | | | Beschäftigte (fachliche Betriebsteile) | | | | Sypro Nr. |
|------------------|------|--|------|------|------|--|------|------|------|--------------|
| 1993 | 1994 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | |
| % | | | | | | | | | | |

Noch: Exportquoten 1991 zwischen 20% und 35%

andere Zweige

| | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-----|-------|-------|-------|-----|-------|-------|------|------|
| 87,0 | 101,3 | 100 | 91,6 | 88,9 | 97,2 | 100 | 106,4 | 98,2 | 93,1 | 2850 |
| 89,5 | 100,4 | 100 | 100,6 | 104,6 | 108,9 | 100 | 95,9 | 86,5 | 80,2 | 3314 |
| 113,0 | 105,8 | 100 | 96,6 | 118,2 | 123,0 | 100 | 93,9 | 83,7 | 75,3 | 3810 |
| 79,8 | 76,2 | 100 | 84,5 | 84,7 | 85,3 | 100 | 99,0 | 92,0 | 86,7 | 3842 |
| 80,8 | 85,2 | 100 | 92,4 | 92,2 | 95,6 | 100 | 98,1 | 89,3 | 83,1 | 3847 |
| 90,5 | 111,1 | 100 | 89,6 | 82,5 | 94,5 | 100 | 99,4 | 93,6 | 94,7 | 3850 |
| 86,3 | 90,6 | 100 | 101,4 | 94,5 | 105,3 | 100 | 95,7 | 88,4 | 82,1 | 3954 |
| 109,6 | 120,9 | 100 | 100,5 | 97,9 | 103,0 | 100 | 102,4 | 101,1 | 98,2 | 5691 |
| 103,4 | 112,7 | 100 | 100,2 | 103,8 | 109,5 | 100 | 99,8 | 93,9 | 89,1 | 58 |
| 107,0 | 111,7 | 100 | 100,5 | 110,7 | 117,9 | 100 | 95,9 | 88,4 | 79,4 | 59 |
| 63,7 | 63,8 | 100 | 114,6 | 101,6 | 118,2 | 100 | 75,0 | 56,3 | 47,7 | 6312 |
| 93,0 | 102,0 | 100 | 98,4 | 99,9 | 105,7 | 100 | 97,5 | 89,7 | 83,9 | zus. |

Exportquoten 1991 unter 20%

andere Zweige

| | | | | | | | | | | |
|-------|-------|-----|-------|-------|-------|-----|-------|-------|-------|------|
| 99,1 | 109,6 | 100 | 88,7 | 87,5 | 88,1 | 100 | 105,0 | 108,6 | 109,1 | 2559 |
| 65,3 | 84,6 | 100 | 87,7 | 91,2 | 106,8 | 100 | 92,2 | 77,0 | 67,8 | 2950 |
| 92,7 | 120,6 | 100 | 104,4 | 110,6 | 118,6 | 100 | 99,5 | 89,8 | 90,5 | 3021 |
| 92,8 | 108,6 | 100 | 100,9 | 106,1 | 114,1 | 100 | 97,3 | 89,1 | 84,7 | 3025 |
| 80,2 | 84,0 | 100 | 78,1 | 72,5 | 74,7 | 100 | 111,1 | 112,0 | 109,1 | 3111 |
| 95,5 | 68,6 | 100 | 137,7 | 97,9 | 95,9 | 100 | 99,7 | 86,5 | 62,8 | 3151 |
| 66,2 | 66,5 | 100 | 92,5 | 114,7 | 121,1 | 100 | 89,2 | 76,3 | 67,4 | 3316 |
| 73,9 | 150,0 | 100 | 106,9 | 53,1 | 120,5 | 100 | 114,4 | 109,8 | 99,1 | 3690 |
| 124,1 | 159,0 | 100 | 107,0 | 112,2 | 141,3 | 100 | 100,7 | 95,9 | 90,0 | 4036 |
| 89,4 | 122,0 | 100 | 90,0 | 96,3 | 111,6 | 100 | 100,3 | 82,3 | 81,6 | 5311 |
| 72,8 | 84,6 | 100 | 75,3 | 64,6 | 74,8 | 100 | 106,5 | 108,5 | 103,5 | 5411 |
| 80,8 | 81,4 | 100 | 86,6 | 80,8 | 83,7 | 100 | 99,0 | 94,4 | 90,4 | 5421 |
| 63,7 | 76,0 | 100 | 85,4 | 71,2 | 82,8 | 100 | 98,6 | 93,0 | 90,8 | 5441 |
| 106,3 | 116,5 | 100 | 110,3 | 119,3 | 131,8 | 100 | 97,7 | 93,2 | 89,5 | 5610 |
| 105,4 | 111,1 | 100 | 109,8 | 105,9 | 111,6 | 100 | 101,3 | 99,2 | 94,5 | 57 |
| 81,4 | 74,8 | 100 | 96,9 | 92,5 | 97,4 | 100 | 94,8 | 84,6 | 76,2 | 6370 |
| 113,1 | 116,7 | 100 | 110,6 | 118,6 | 122,0 | 100 | 93,9 | 87,7 | 84,5 | 6828 |
| 80,9 | 71,5 | 100 | 95,4 | 88,4 | 81,8 | 100 | 98,4 | 93,3 | 88,5 | 6852 |
| 90,7 | 118,7 | 100 | 94,0 | 94,3 | 126,4 | 100 | 97,4 | 92,9 | 86,3 | 6871 |
| | | | | | | 100 | 106,3 | 99,4 | 101,3 | 6879 |
| 89,2 | 97,2 | 100 | 97,8 | 93,7 | 102,3 | 100 | 99,6 | 93,1 | 87,4 | zus. |
| | | | | | | | | | | |
| 94,5 | 102,0 | 100 | 100,4 | 102,5 | 108,1 | 100 | 97,3 | 89,4 | 83,2 | |
| 93,3 | 100,8 | 100 | 99,1 | 100,5 | 106,3 | 100 | 97,3 | 89,4 | 83,3 | |

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiter beteiligt:

Dr. Lothar Baumann
Dipl. - Volkswirt Reinhard Burkard
Dr. Bernd Eggen
Dr. Michael Hohlstein
Dr. Monika Kaiser
Dr. Ilse Anette Walter
Dr. Martin Votteler
Dipl. - Volkswirt Manfred Wörner

- Zeichenerklärung:**
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden (genau null)
 - Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
 - X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - ... Angabe fällt später an
 - / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
 - () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann